LBB LandesBank Berlin

London Branch

Nachtrag h

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz
(in der vor dem 01. Juli 2005 geltenden Fassung)

vom 7. Juni 2006

zum

Unvollständigen Verkaufsprospekt
vom 31. März 2005

über

Zertifikate auf *

Teil 1

Landesbank Berlin Geschäftsbericht 2005

Kennzahlen der Geschäftsentwicklung nach HGB i
Management 2
Geschäftsfelder 14
Lagebericht 29
Jahresabschluss 71
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 112
Wichtige Adressen 113

Teil 2

Bankgesellschaft Berlin Geschäftsbericht 2005

Konzernkennzahlen - Auf einen Blick i
Ratingübersicht ii
Unternehmensprofil iii
Management 2
Aus dem Konzern 21
Lagebericht des Konzerns nach IFRS 52
Jahresabschluss des Konzerns nach IFRS 108
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (für den Konzern) 216
Jahresabschluss des Konzerns nach HGB 218
Lagebericht der AG nach HGB 266
Jahresabschluss der AG nach HGB 308
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (für die AG) 351
Sonstiges 352

Teil 3

Bankgesellschaft Berlin Zwischenbericht zum 31. März 2006

Der Konzern im Überblick 2
Geschäftsentwicklung Januar bis März 2006 8
Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin 11
Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin 12
Entwicklung des Eigenkapitals in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006 13
Kapitalflussrechnung 15

Landesbank Berlin

Geschäftsbericht 2005

LBB LandesBank Berlin

Kennzahlen der Geschäftsentwicklung nach HGB

		2005	2004
Kennzahlen und Quoten			
Cost-Income-Ratio	in %	68,5	74,8
Gesamtkennziffer nach KWG[1)]	in %	10,3	10,9
Kernkapitalquote nach KWG[1)]	in %	7,7	8,1
GuV-Rechnung			
Zinsüberschuss	in Mio. €	**723**	**708**
Provisionsüberschuss	in Mio. €	**275**	**274**
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	in Mio. €	**11**	**– 6**
Personalaufwand	in Mio. €	299	298
Andere Verwaltungsaufwendungen	in Mio. €	411	433
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	in Mio. €	8	14
Verwaltungsaufwendungen	in Mio. €	**718**	**745**
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen / Erträge	in Mio. €	39	20
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	in Mio. €	**330**	**251**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	in Mio. €	103	106
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	in Mio. €	19	– 4
Risikovorsorge	in Mio. €	**122**	**102**
Betriebsergebnis	in Mio. €	**208**	**149**
Ergebnis aus Finanzanlagen	in Mio. €	19	0
Saldo der übrigen Positionen	in Mio. €	11	– 24
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	**238**	**125**
Ertragsteuern	in Mio. €	17	1
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	**211**	**124**
Vergütung stille Beteiligungen Land Berlin	in Mio. €	78	26
Gewinnabführung an die Bankgesellschaft	in Mio. €	108	73
Jahresüberschuss	in Mio. €	**35**	**25**
Bilanz			
Bilanzsumme	in Mio. €	**90.390**	**85.958**
Kreditvolumen	in Mio. €	28.168	30.243
Risikopositionen (KWG)	in Mio. €	26.295	24.895
Ausgewiesenes Eigenkapital	in Mio. €	2.063	2.053
Off-balance-Sheet			
Nominalvolumen	in Mio. €	87.729	66.103
Kreditäquivalent (KWG)	in Mio. €	243	212
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Anzahl	5.348	5.703

RATINGÜBERSICHT	Moody's			Fitch		
Stand: Februar 2006	Long-term Deposit Rating	Short-term Deposit Rating	Financial Strength Rating	Long-term Rating	Short-term Rating	Individual Strength Rating
Landesbank Berlin (garantiert)	Aa3*	P1*	D+	AAA	F-1+	–
Landesbank Berlin (ungarantiert)	A1*	P-1	D+	BBB+**	F2	–
Öffentlicher Pfandbrief Landesbank Berlin (garantiert)	Aaa*	–	–	AAA	–	–
Öffentlicher Pfandbrief Landesbank Berlin (ungarantiert)	Aaa	–	–	AAA	–	–

[1)] nach Feststellung
* Ausblick stabil
** Ausblick evolving

Inhaltsverzeichnis

2 **Management**
- Vorwort 3
- Bericht des Aufsichtsrats 6
- Organe der Landesbank Berlin 12

14 **Geschäftsfelder**
- Segmentberichterstattung 15
- Private Kunden 16
- Firmenkundengeschäft 20
- Kapitalmarktgeschäft 24
- Immobilienfinanzierung 25
- Sonstiges / Konsolidierung 26
- Mitarbeiter 27

29 **Lagebericht**
- Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick 30
- Geschäftsverlauf 2005 36
- Risikobericht 41
- Pronosebericht/Ausblick 68

71 **Jahresabschluss**
- Bilanz des Konzerns 72
- Gewinn- und Verlustrechnung 74
- Anhang 76

112 **Bestätigungsvermerk**

113 **Wichtige Adressen**

Management

- Vorwort 3
- Bericht des Aufsichtsrats 6
- Organe der Landesbank Berlin 12

Vorwort

Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

nach vier Jahren hat die Landesbank Berlin im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Sanierung im Jahr 2005 erfolgreich abgeschlossen. Auf den gelungenen Turnaround, der im deutschen Bankwesen ohne Beispiel ist, sind Vorstand und Mitarbeiter stolz. Nun können wir uns selbstbewusst und mit Zuversicht den vor uns liegenden Herausforderungen stellen.

Im vergangenen Jahr haben wir weitere große Schritte auf dem Weg zu einer konsequent kundenorientierten, leistungsfähigen Universalbank für die Region Berlin/Brandenburg getan. Wir haben die Angebote für unsere Kunden verbessert und das Leistungsspektrum erweitert. Auf diese Weise wollen wir den Ansprüchen unserer Kunden immer besser gerecht werden.

Die Bank konnte im vergangenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung festigen und Aktivitäten in den Kerngeschäftsfeldern weiter ausbauen. Die Kunden honorieren das Angebot an qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen mit einer steigenden Zahl von Vertragsabschlüssen sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft.

Der Verkaufsprozess für unsere Niederlassung Berliner Bank wurde gemäß den von der EU-Kommission bei Gewährung der Sanierungsbeihilfe für den Konzern Bankgesellschaft Berlin im Jahr 2004 bestimmten Auflagen in die Wege geleitet. Dieser Verkaufsprozess soll 2006 zum Abschluss gebracht werden. Wir sind zuversichtlich, dass der Verkauf zu einem Ergebnis führen wird, das allen betroffenen Parteien – Kunden, Mitarbeitern, der Landesbank und der Bankgesellschaft – gerecht werden wird.

Vorwort

Das derzeit wohl wichtigste Vorhaben der Bank ist das Projekt „Eine Bank“. Es soll die Struktur noch einmal wesentlich vereinfachen, indem die Geschäftsaktivitäten von Landesbank und Bankgesellschaft in der Landesbank Berlin AG zusammengeführt werden. Die Voraussetzungen dafür hatte das Land Berlin mit der Neufassung des Sparkassengesetzes im Juni 2005 geschaffen. Gleichzeitig sichert das neue Gesetz die Zukunft der Berliner Sparkasse innerhalb der Landesbank.

Zum 1. Januar 2006 ist die Landesbank Berlin AG gegründet und ins Handelsregister eingetragen worden. Die Übertragung der Geschäftsaktivitäten der Bankgesellschaft auf die Landesbank soll nach einem entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin im Jahresverlauf 2006 erfolgen. Unser Ziel ist es, Transparenz und Steuerbarkeit der Bank weiter zu verbessern und die heutige Bankgesellschaft – dann unter dem Namen Landesbank Berlin Holding AG – mit der Landesbank Berlin AG als Tochtergesellschaft stark und zukunftsorientiert zu positionieren.

Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren,
unsere Bank arbeitet wieder nachhaltig profitabel. Das operative Geschäft hat sich im Jahr 2005 erfreulich entwickelt. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge stieg um 32 % auf 330 Mio. €. Dies konnte zu etwa gleichen Teilen durch Ertragssteigerungen und Kostensenkungen erreicht werden. Das operative Ergebnis (nach Risikovorsorge) wurde deutlich um 40 % auf 208 Mio. € verbessert. Wir setzen alles daran, insbesondere auf der Ertragsseite in den kommenden Jahren weitere Verbesserungen zu erzielen. Unsere hervorragende Marktposition und die in den Jahren der Sanierung und Neuausrichtung gewonnene Stärke bieten dafür beste Voraussetzungen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen Jahren Großartiges geleistet. Sie haben neue Kunden gewonnen, unsere Marktführerschaft gefestigt und die Erträge gesteigert. Wir haben 2005 erreicht, was wir uns vorgenommen hatten, und sogar noch etwas mehr. Die Landesbank Berlin ist auf einem guten Weg.

Wir wissen, dass wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Wir werden die Arbeit für unsere Kunden und Geschäftspartner weiter intensivieren und die Attraktivität der Bank damit erhöhen.

Die Landesbank Berlin bedankt sich bei Ihnen für das Vertrauen, das Sie in den zurückliegenden Jahren in uns gesetzt haben. Wir hoffen, dass Sie uns auch auf dem vor uns liegenden Weg begleiten werden.

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Dr. Johannes Evers

Uwe Kruschinski

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2005 in sechs Plenums- und insgesamt elf Ausschuss-Sitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die wirtschaftliche Entwicklung der Bank diskutiert, den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht.

Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bank befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Dabei hat er sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, sowie über die Risikosituation informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Zwischen den Sitzungen wurden aktuelle Einzelthemen und anstehende Entscheidungen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Im Rahmen der bevorstehenden Zusammenführung von Landesbank Berlin und Bankgesellschaft Berlin tagten der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse teilweise mit den entsprechenden Gremien der Bankgesellschaft in gemeinsamen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von für die Bank wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat, sofern erforderlich, nach intensiver Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt.

Außerdem hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung der Rechnungslegung nach IAS/IFRS-Standard und zudem in Informationsveranstaltungen ausführlich über die Auswirkungen der Umstellung der Rechnungslegung im Konzern auf IAS/IFRS sowie auch zu den Anforderungen des Risikocontrolling unterrichten lassen

Schwerpunkte der Aufsichtsratstätigkeit

Im Zentrum unser Beratungen stand im abgelaufenen Berichtsjahr der erfolgreiche Abschluss der Sanierungsbemühungen, die damit verbundene weitere Reduzierung der Kosten und die Verbesserung der Ertragslage der Landesbank Berlin, die der Aufsichtsrat in allen Sitzungen diskutiert und mit dem Vorstand beraten hat.

Infolge der Entscheidungen der EU-Kommission ist es erforderlich, die Berliner Bank – Niederlassung der Landesbank Berlin AG – spätestens bis Anfang 2007 aus dem Konzern Bankgesellschaft auszugliedern und zu veräußern. Der Aufsichtsrat hat diese Verkaufstransaktion eng begleitet, indem er sich vom Vorstand laufend über den aktuellen Stand dieses Verkaufsprozesses und die hierzu eingeleiteten Schritte hat unterrichten lassen.

Auch über die Umsetzung der weiteren in diesem Zusammenhang an die Bank gestellten Aufgaben, wie beispielsweise die Übernahme von Gesellschaften des Immobilien-Dienstleistungsgeschäfts des Konzerns durch das Land Berlin, hat sich das Gremium eingehend informieren lassen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Weiterhin hat sich der Aufsichtsrat zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, für die er gemäß Gesetz zuständig ist, u. a. Haftpflichtansprüche und Prospekthaftungsklagen, mit Hilfe externer juristischer Berater und mittels der durch die von ihm und vom Vorstand beauftragten Anwaltskanzleien erstellten Gutachten über den aktuellen Stand zu einzelnen Verfahren beraten, entsprechende Beschlüsse gefasst und die erforderlichen Maßnahmen veranlasst.

Im November 2005 hat der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin, Anstalt öffentlichen Rechts (LBB AöR), der formwechselnden Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft zugestimmt. Ferner hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung der Vereinbarung zur Einbringung der stillen Beteiligung zwischen der LBB AöR und der Bankgesellschaft Berlin sowie der Vereinbarung betreffend die Aufhebung des Vertrags zur Begründung einer einheitlichen Leitung zwischen Landesbank Berlin und Bankgesellschaft Berlin zugestimmt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

In der ersten Sitzung des Jahres am 18. Februar 2005 wurden die Eckwerte des Jahresabschlusses 2004, der aktuelle Lagebericht und die Sachstandsberichte zum Projekt „Eine Bank“ behandelt.

Am 27. April 2005 wurde im Rahmen der Bilanzsitzung vorrangig der Jahresabschluss 2004 gebilligt, der damit festgestellt war. Ferner wurden die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Trägerversammlung 2005 verabschiedet.

In einer weiteren Sitzung am 29. April 2005 hat der Aufsichtsrat unter anderem die Ergebnisse der Geschäftsfelder 2004, den Jahresbericht 2004 der Revision, die aktuelle Geschäftsentwicklung im Jahr 2005 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2006 bis 2009 erörtert.

Bericht des Aufsichtsrats

In seiner Sitzung vom 27. Juni 2005 hat sich der Aufsichtsrat über die geschäftliche Entwicklung in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres 2005 und zum Stand der Prospekthaftungsklagen bei geschlossenen Immobilienfonds informiert. Daneben wurde eine gutachterliche Stellungnahme zum Sachstandsbericht zur Aufarbeitung von Ansprüchen und Sachverhalten im Zusammenhang mit der existenzbedrohenden Krise der Bankgesellschaft im Jahre 2001 entgegengenommen und unter Hinzuziehung externer juristischer Berater erörtert.

Gegenstand einer weiteren Sitzung des Aufsichtsrats am 09. September 2005 waren neben der aktuellen Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2005 unter anderem die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte des Aufsichtsrats und des Prüfungshonorars für den Abschlussprüfer.

In seiner letzten Sitzung des Jahres am 25. November 2005 hat der Aufsichtsrat den Beschluss zur formwechselnden Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – , Anstalt öffentlichen Rechts, in eine Aktiengesellschaft herbeigeführt. Die Umwandlung zur Landesbank Berlin AG erfolgte zum 1. Januar 2006.

Ferner hat der Aufsichtsrat in diesem Zusammenhang der Vereinbarung zur Einbringung der stillen Beteiligung zwischen der LBB AöR und der Bankgesellschaft Berlin sowie der Vereinbarung betreffend die Aufhebung des Vertrags zur Begründung einer einheitlichen Leitung zwischen LBB AöR und BGB zugestimmt. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat der Veräußerung der Immobilien-Dienstleistungsgeschäft-Gesellschaften des Konzerns an das Land Berlin zugestimmt. Ein weiterer wichtiger Punkt war und ist im Zusammenhang mit der anstehenden Veräußerung der Berliner Bank der laufende Projektüberblick sowie die Erörterung der weiteren hierzu geplanten Verfahrensschritte.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben während ihrer Amtszeit im Jahr 2005 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch zwei vom Aufsichtsrat gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der **Arbeitsausschuss** trat im Berichtsjahr fünfmal zur Vorbereitung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen. Der Ausschuss behandelte den Vorstand betreffende Personalangelegenheiten und bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Aufsichtsratssitzung inhaltlich vor – darunter insbesondere die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses – und er vertiefte strategische Fragen und Vorgänge von besonderer Bedeutung. An den Sitzungen zur Bilanzvorberatung nahmen auch die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurde dabei die Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses.

Der **Kreditausschuss** des Aufsichtsrats hat in seinen sechs Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken beraten. Ein Beschluss wurde im Umlaufverfahren gefasst. Die Mitglieder des Kreditausschusses ließen sich entsprechend der Geschäftsordnung die nach den Kompetenzregeln zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen. Daneben befasste sich der Kreditausschuss mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte gegebenenfalls seine Zustimmung. Des Weiteren wurde regelmäßig über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit der Ausschüsse berichten lassen.

Alle Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen teilgenommen.

Jahresabschluss 2005

Der vorliegende Jahresabschluss und der Lagebericht der Landesbank Berlin sowie der Teilkonzernabschluss mit dem Teilkonzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2005 wurden durch die von der Trägerversammlung als Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der mit dem Aufsichtsrat vereinbarten Prüfungsschwerpunkte geprüft. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Die Jahresabschlüsse mit den Lageberichten wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats nebst dem Bericht des Abschlussprüfers nach eingehender Vorprüfung durch den Arbeitsausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats informierte sich regelmäßig beim Abschlussprüfer über den Stand der Prüfung.

Wie in den Vorjahren nahmen die Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2006 sowohl an den Sitzungen des Kreditausschusses sowie des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses (vormals Arbeitsausschuss), in der die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte bestehen.

Gegen das Prüfungsergebnis ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Landesbank Berlin – Girozentrale – und des Teilkonzerns zum 31. Dezember 2005 in seiner Sitzung vom 31. März 2006 gebilligt und den Jahresabschluss der Landesbank Berlin – Girozentrale – festgestellt. Ferner hat er sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Jahresergebnisses einverstanden erklärt und eine entsprechende Empfehlung zur Verwendung des Bilanzgewinns an die erste Hauptversammlung der Landesbank Berlin AG ausgesprochen.

Personalia

In der Zusammensetzung des Vorstands haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Zum 1. Januar 2005 war Herr Martin K. Müller vom Aufsichtsrat für die Dauer von vier Jahren zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin bestellt worden.

Die bisherigen Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale – und Herr Serge Demolière wurden zum 1. Januar 2006 zu Mitgliedern des Vorstands der Landesbank Berlin AG bestellt.

Im Aufsichtsrat gab es zum 1. Januar 2006 folgende Veränderungen:

Mit Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft endete die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder Frau Astrid Maurer und Frau Bärbel Wulff sowie der Herren Thomas Dobkowitz, Michael Dutschke, Manfred Rapphahn und Frank Walde.

Die Herren Dr. Klaus G. Adam, Axel Berger, Dr. Michael Endres, Dr. Thomas Guth, Senator Dr. Thilo Sarrazin, Dr. Heinz-Gerd Stein, Senator Harald Wolf sowie Bernd Wrede wurden von der Gründerin Bankgesellschaft Berlin AG zu Mitgliedern des Gründungsaufsichtsrats der Landesbank Berlin AG bestellt. In seiner ersten Sitzung wurde Herr Dr. Adam zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG gewählt.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG aus insgesamt 16 Mitgliedern. Er setzt sich aus je acht Mitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Unter Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes und gemäß § 104 AktG i.V.m. §§ 31, 96, 97 AktG wurden Frau Claudia Fieber, Frau Christina Förster und Frau Bärbel Wulff als Arbeitnehmervertreterinnen sowie die Herren Sascha Händler, Michael Jänichen, Daniel Kasteel, Heiko Reinhard und Frank Wolf als Arbeitnehmervertreter mit Wirkung vom 7. März 2006 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG bestellt.

Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihr Engagement und die konstruktive Begleitung der Bank in der außerordentlich schwierigen Phase sowie für den eingebrachten Sachverstand und die konstruktive Zusammenarbeit.

Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen, durch die sie das Ergebnis der Landesbank Berlin im Geschäftsjahr 2005 ermöglicht haben.

Berlin, im Mai 2006

Der Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Organe der Landesbank Berlin

(bis 31. Dezember 2005 Landesbank Berlin – Girozentrale –; seit 1. Januar 2006 Landesbank Berlin AG)

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Serge Demolière
(ab 1.1.2006)

Dr. Johannes Evers

Uwe Kruschinski

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Von der Trägerversammlung bestellte Mitglieder

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer

Senator Harald Wolf
stellv. Vorsitzender
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

Senator Dr. Thilo Sarrazin
stellv. Vorsitzender
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Axel Berger
Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V., Berlin;
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Thomas Dobkowitz
Unternehmensberater

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG;
Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

Von der Personalvertretung bestellte Mitglieder

Michael Dutschke
Sparkassenbetriebswirt; Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Astrid Maurer
Sparkassenfachwirtin; Frauenvertreterin der Landesbank Berlin AG

Manfred Rapphahn
Sparkassenkaufmann; Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Frank Walde
Sparkassenbetriebswirt; stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Bärbel Wulff
Sparkassenbetriebswirtin; Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Arbeitsausschuss

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Thomas Dobkowitz

Astrid Maurer

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Senator Harald Wolf

Bärbel Wulff

Kreditausschuss

Dr. Michael Endres
Vorsitzender

Dr. h. c. Klaus G. Adam
stellv. Vorsitzender

Dr. Heinz-Gerd Stein

Frank Walde

Bernd Wrede

Bärbel Wulff

Stand: Mai 2006

Aus den Geschäftsfeldern

- Segmentberichterstattung 15
- Private Kunden 16
- Firmenkundengeschäft 20
- Kapitalmarktgeschäft 24
- Immobilienfinanzierung 25
- Sonstiges/Konsolidierung 26
- Mitarbeiter 27

Segmentberichterstattung

Wir berichten über folgende Segmente:

Strategische Geschäftsfelder

- Private Kunden
- Firmenkundengeschäft
- Kapitalmarktgeschäft
- Immobilienfinanzierung

Weitere Segmente

- Sonstiges/Konsolidierung

Im Geschäftsjahr 2005 wurden methodische Veränderungen in der Berichterstattung vorgenommen. Der Eigenkapitalausweis je Segment wurde vom bilanziellen Eigenkapital auf das gebundene Eigenkapital umgestellt. Im Hinblick auf die Bilanzierung nach IFRS wurden die Erfolgskomponenten Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, Ergebnis aus Finanzanlagen und Saldo der übrigen Positionen in die Berechnung der Cost-Income-Ratio einbezogen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden betreibt die Landesbank Berlin unter den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse. Mit über 2 Mio. Kunden ist sie führend in der Kernregion.

Im Berichtsjahr haben wir im Geschäftsfeld Private Kunden die Restrukturierung abgeschlossen. Die Sachkosten konnten erneut signifikant gesenkt werden und die Zahl der Vollzeitstellen wurde nochmals um rund 150 reduziert.

In den nächsten Jahren wird die Ertragssteigerung des Geschäftsfeldes weiter engagiert vorangetrieben. Insbesondere durch verstärktes Cross-Selling soll die Marktführerschaft in Berlin bei privaten Kunden zu einer Intensivierung der Kundenbeziehungen genutzt werden.

Erträge im Anlagegeschäft uneinheitlich

Während sich die Erträge im Wertpapiergeschäft im Jahr 2005 positiv entwickelten, ging der Zinsüberschuss im Passivgeschäft zurück. Ursächlich hierfür war ein Volumenrückgang der Einlagen zugunsten von Wertpapieranlagen, wie er im Übrigen auch im Markt zu beobachten war.

Das für private Kunden verwaltete Geldvermögen (Einlagen- und Depotvolumen einschließlich der Volumina in den BB-INVEST-Konten und den Deka-Bank-Depots) erhöhte sich leicht um 2,1 % auf 21,6 Mrd. €. Dabei veränderten sich das Einlagenvolumen um – 1,5 % und das Depotvolumen um + 8,4 %.

2005 war ein weiteres Erfolgsjahr für die Neuemissionen der SOFIA-Zertifikate aus unserem Kapitalmarktgeschäft. Die Kapitalgarantie zum Ende der Laufzeit, die hohe Anfangsverzinsung sowie die Chance auf weitere attraktive Kupons in Abhängigkeit von der Entwicklung ausgewählter Aktien entsprachen den Bedürfnissen der Anleger.

Positive Entwicklung im Aktivgeschäft

Das Neugeschäft an Ratenkrediten / Allzweckdarlehen erhöhte sich um 133,1 Mio. € auf 393,4 Mio. € (+51,1 %). Der Bestand wuchs um 25,4 % auf 523,4 Mio. €.

Im Berichtsjahr haben wir unser Angebot an Konsumentenkrediten um einen Autokredit zu besonders attraktiven Konditionen ergänzt. Aus dem Stand heraus konnte binnen zehn Monaten ein Volumen von 45,0 Mio. € für dieses Produkt generiert werden.

Seit dem Frühjahr 2005 kann der Kunde den Konsumenten-Kreditvertrag auch online über das Internet abschließen. Schnell und unkompliziert können Interessierte damit von zu Hause aus ihre finanziellen Spielräume erweitern.

Das Neugeschäft mit privaten Baufinanzierungen stieg 2005 um 52,1 % auf 247,2 Mio. €. Damit liegt die Entwicklung im Rahmen der Planung. Die Baufinanzierung bleibt eines der wichtigsten Entwicklungsfelder im Geschäft mit privaten Kunden.

Das gesamte Kreditvolumen mit privaten Kunden sank um 3,3 % auf rund 5,7 Mrd. €. Dies liegt vor allem an der weiteren planmäßigen Abschmelzung von auslaufenden, nicht mehr strategiekonformen Kreditportfolios.

Besteuerung der Alterseinkünfte dämpft Versicherungsgeschäft

Das Versicherungsgeschäft verlief im Berichtsjahr erwartungsgemäß in ruhigeren Bahnen. Die durch die Aufhebung der Steuerfreiheit der Erträge bedingten Vorzieheffekte, die Ende 2004 entsprechend hohe Absatzzahlen zur Folge hatten, führten 2005 zum Rückgang der Abschlüsse.

Die nettopolicierte Beitragssumme erreichte 201,3 Mio. €.

Entwicklung im Bauspargeschäft zufriedenstellend

Das Bauspargeschäft entwickelte sich 2005 planmäßig. Mit privaten Kunden wurden 15.983 Verträge über eine Bausparsumme von 259,3 Mio. € abgeschlossen.

Private Kunden

Starke Produktinnovationen im Kartengeschäft

Im Geschäft mit Kreditkarten haben wir im Berichtsjahr wieder zahlreiche Neuerungen auf den Markt gebracht:

Gemeinsam mit AirBerlin, Deutschlands zweitgrößter Fluggesellschaft, und MasterCard haben wir ein Cobranding eingeführt. AirBerlin-Kunden können nun beim Bezahlen mit der AirBerlin-MasterCard zusätzlich Meilen sammeln und damit schneller ihre AirBerlin-Flugprämien erhalten.

Darüber hinaus wurde für junge Kunden als Deutschlandpremiere gemeinsam mit Microsoft Xbox und VISA die Xbox VISA Prepaid-Karte entwickelt. Wie vom Mobiltelefon gewohnt, bleibt über die Prepaidfunktion die volle Kostenkontrolle erhalten, so dass Jugendliche schrittweise an den kartenbasierten Zahlungsverkehr herangeführt werden können. Als weltweit erste Bank haben wir eine so genannte VISA PictureCard im innovativen Hochkant-Design mit dem neuen VISA-Logo und einem Hologramm-Magnetstreifen herausgebracht. Mit dieser Karte können Xbox-Karteninhaber das Design ihrer Karte individuell festlegen.

Die Landesbank Berlin als größte Kreditkartenemittentin in Deutschland hat damit einmal mehr ihre Innovationskraft in diesem Geschäft bewiesen.

Ausgedehntes Vertriebsnetz

Das Vertriebsnetz für private Kunden umfasst 194 PrivatkundenCenter (41 Berliner Bank, 153 Berliner Sparkasse), 27 VermögensAnlageCenter in der Berliner Sparkasse bzw. 18 BeratungsCenter Private Kunden in der Berliner Bank, drei ImmobilienCenter in der Berliner Sparkasse sowie jeweils ein Private Banking-Center in beiden Marken. Geldausgabeautomaten an weiteren 92 Standorten ergänzen das Angebot.

Im Online-Banking wurde im Berichtsjahr die Verknüpfung mit dem Kreditkartenbanking hergestellt. Für unsere Kunden entfällt damit ein Legitimationsvorgang bei der Nutzung dieser Online-Angebote.

Prozessverschlankungen weitgehend umgesetzt

Die sanierungsbedingten Prozessoptimierungen wurden 2005 abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde dem Vertrieb eine neue Anwendung zur Geschäftsabwicklung zur Verfügung gestellt, die eine fallabschließende Bearbeitung im Kundengespräch gewährleistet. Wichtige Vertragsunterlagen unserer Kunden werden seitdem elektronisch abgelegt.

Die Landesbank Berlin verfügt damit im Retailgeschäft im Kooperationsverbund der Sparkassen über Abwicklungsprozesse, die neue Benchmarks setzen.

Perspektiven

Nach Abschluss der Sanierung steht die Ertragssteigerung im Mittelpunkt aller Aktivitäten. Die Unterstützung des Vertriebs beim Verkauf hat oberste Priorität.

Intelligente Kundenanalyse, konsequente Ansprache der Kunden mit Lösungsvorschlägen für ihre Bedürfnisse und eine effektive technische Unterstützung der Abwicklung sollen die Realisierung der ehrgeizigen Ziele im Geschäftsfeld Private Kunden ermöglichen.

Des Weiteren planen wir eine Qualitätsoffensive, in der unsere Leistungen und Prozesse weiter verbessert werden sollen. Aufbauend auf unseren regelmäßigen Kundenbefragungen werden wir gezielt auf die Erwartungen unserer Kunden eingehen und unser Leistungsangebot darauf ausrichten.

Der Veräußerungsprozess für die Niederlassung Berliner Bank bildet im Jahr 2006 einen weiteren Aktivitätsschwerpunkt. Hierbei gilt es, die Interessen aller Beteiligten – der Kunden, der Mitarbeiter sowie der Bank selbst – möglichst ausgewogen zu berücksichtigen und die EU-Auflagen zum Verkauf zu erfüllen.

Firmenkundengeschäft

Die Landesbank Berlin hat mit ihren Marken Landesbank Berlin / Berliner Sparkasse und Berliner Bank im regionalen Firmenkundengeschäft ihre starke Marktstellung auch im Geschäftsjahr 2005 behaupten können. Insgesamt werden rund 75.000 Unternehmen in der Kernregion über unterschiedliche Vertriebswege betreut.

Das Berichtsjahr war durch ein weiterhin schwieriges konjunkturelles Umfeld gekennzeichnet. Mit offensiven Betreuungsstrategien gelang es, den Unternehmen in Berlin-Brandenburg innovative Produkte und Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen und über diese erfolgreiche Marktbearbeitung die Ertragsbasis des Firmenkundengeschäfts auf hohem Niveau zu stabilisieren. Für Gewerbekunden wurde mit der BusinessLine der moderne Vertriebsweg einer telefonischen Direktbank geschaffen und erfolgreich am Markt platziert. Damit konnte das Leistungsangebot im Firmenkundengeschäft weiter abgerundet werden. Die Maßnahmen der optimierten Steuerung der Vertriebsaktivitäten zeigten positive Wirkung.

Unverändert regionale Fokussierung

Der Schwerpunkt des Firmenkundengeschäfts liegt nach wie vor auf dem Kernmarkt Berlin-Brandenburg. Hier konnten wir bei anhaltend hoher Wettbewerbsintensität im Geschäftsjahr 2005 die gewachsenen Kundenbeziehungen fortführen und damit unsere Marktstellung festigen. Angesichts der spezifischen Unternehmenslandschaft der Region steht die Betreuung mittelständischer Firmenkunden unverändert im Mittelpunkt der Geschäftspolitik. Die detaillierte Kenntnis des regionalen Markts hat dazu beigetragen, unser Leistungsprofil auf Basis einer weiterentwickelten Strategie durch die

Nutzung unterschiedlicher Vertriebskanäle marktkonform auszugestalten und die Betreuungsqualität für unsere Kunden zu verbessern. Dabei berücksichtigt unsere Strategie einer ganzheitlichen Kundenbetreuung das Nachfrageprofil der Gewerbekunden und der mittelständischen Unternehmen in der Region Berlin-Brandenburg mit flexibel gestalteten Produkt- und Leistungsangeboten. Wir profitieren von den zumeist langjährigen Beziehungen zu Unternehmen und dem klaren Bekenntnis zum mittelständischen Firmenkundengeschäft in unserer Kernregion. Im Jahr 2005 haben wir zudem das Firmenkundengeschäft der Weberbank erfolgreich in das bestehende Firmenkundengeschäft integriert.

Tendenzen im Kreditgeschäft

Die anhaltend geringe Investitionsneigung der Unternehmen Berlin-Brandenburgs beeinflusste weiterhin die Entwicklung des Kreditgeschäfts. Hinzu kommt als wichtiger Einflussfaktor die weitere Fokussierung auf das Geschäft der Region und die damit verbundene gezielte Aussteuerung von nicht-strategiekonformen überregionalen Engagements. Die Forderungen an Kunden sind rückläufig, da das Geschäft mit Schuldscheindarlehen im Umfang von 0,8 Mrd. € vom Firmenkunden- auf das Kapitalmarktgeschäft übertragen worden ist. Im Übrigen ist es gelungen, das Neukreditgeschäft zu stabilisieren. Wir werden die Vertriebsaktivitäten auf die Ausweitung des Kreditgeschäfts lenken, um angesichts der sich allmählich verbessernden konjunkturellen Aussichten an einer positiven Entwicklung teilhaben zu können.

Trotz der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der überdurchschnittlich hohen Insolvenzquote in der Region Berlin-Brandenburg entwickelte sich die Risikosituation im Firmenkundengeschäft insgesamt stabil. Die segmentspezifische Entwicklung spiegelt die risikoorientierte Kreditpolitik im Firmenkundengeschäft wider. Zunehmend werden die Ergebnisse der eingeführten risikoabhängigen Preisgestaltung spürbar. Die in den vergangenen Jahren eingeführten Prozessverschlankungen und Beschleunigungen der Entscheidungs- und Bearbeitungszeiten im Kreditgeschäft haben sich bewährt.

Ertragsbasis stabilisiert

Die im Berichtsjahr umgesetzten Maßnahmen der Vertriebssteuerung und die Intensivierung der Vertriebsmaßnahmen führten trotz schwieriger Marktbedingungen zu einer Stabilisierung der Ertragsbasis im Firmenkundengeschäft auf hohem Niveau. Dabei haben sich die eingeführten Musterkundenprofile bei der gezielten Identifizierung der Bedarfslagen unserer Kunden bewährt.

Firmenkundengeschäft

Das Passivgeschäft des Geschäftsfelds konnte weiter ausgebaut werden. Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus und unterjährig erfolgter Zinsanpassungen stieg das Volumen der Kundeneinlagen. Diese Entwicklung verdeutlicht das Vertrauen unserer Kunden in die Leistungsfähigkeit der Bank. Weiter ausbaufähig ist die Entwicklung im Provisionsgeschäft. Die Stärkung des Provisionsgeschäfts ist unverändert eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Im Geschäftsjahr 2005 haben wir bereits das Angebot an Kapitalmarktprodukten im mittelständischen Firmenkundengeschäft erweitert und damit das Fundament für die Provisionsstärkung verbreitert.

Die Risikovorsorge blieb auf erfreulich niedrigem Niveau. Dennoch wurde allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen.

Modernisierung der Vertriebswege

Im Geschäftsjahr 2005 haben wir mit der Business-Line einen modernen Vertriebsweg vor allem für Gewerbekunden erfolgreich eingeführt und unser bestehendes Multikanalangebot erweitert. Über die telefonische Direktbank sind erfahrene Betreuer zu verlängerten Servicezeiten erreichbar, was den Wünschen unserer Kunden entspricht. Zugleich haben wir die Produktpalette der Kundennachfrage weiter angepasst und können damit zielgenaue Lösungen für die konkreten Bedarfslagen anbieten.

Parallel stehen für den beratungsintensiveren Bedarf flächendeckend stationäre Vertriebsstellen zur Verfügung, deren Anzahl optimiert wurde. Mit diesen Maßnahmen schloss die Bank die Neugestaltung der Vertriebswege im Geschäftsjahr 2005 ab.

Zeitgleich wurden im Firmenkundengeschäft die Instrumente zur Optimierung der Marktbearbeitung weiter ausgebaut. Im Jahr 2005 haben wir das Customer-Relationship-Management-System (CRM), das sich bereits in anderen Vertriebswegen des Firmenkundengeschäfts bewährt hat, allen Vertriebsmitarbeitern im Gewerbekundengeschäft zur Verfügung gestellt. Damit steht nunmehr allen Vertriebsmitarbeitern durchgängig für alle Kundensegmente ein modernes Informationssystem zur effizienten Kundenbetreuung zur Verfügung. Es konnten weitere Prozessanpassungen umgesetzt werden, die es ermöglichten, im Vertrieb Freiräume für die Kundenbetreuung zu generieren und effiziente Bearbeitungsformen sicherzustellen.

Unsere Kompetenzzentren Ausland, Electronic Banking, Leasing und Factoring sowie Gründungen und Unternehmensnachfolge mit ihrem Spezial-Know-how haben sich als Dienstleister zur Unterstützung in der Kundenbetreuung bewährt. Ihr Einsatz erfolgt zielgerichtet entsprechend dem Kundenbedarf.

Perspektiven

Unser geschäftspolitisches Ziel ist unverändert der weitere Ausbau der Marktstellung in der Kernregion Berlin-Brandenburg und die nachhaltige Stärkung und Verbreiterung der Ertragsbasis in allen Segmenten des Firmenkundengeschäfts. Dabei werden segmentbezogene Betreuungskonzeptionen umgesetzt, die sich an den jeweiligen Bedarfslagen unserer Kunden orientieren. Um die anspruchsvollen Marktziele zu erreichen, werden wir den Ausbau des Aktivgeschäfts forcieren. Unverändert halten wir dabei an der risikoorientierten Kreditpolitik fest. Auch die Stärkung des Provisionsgeschäfts steht weiterhin auf der Agenda. Im Geschäftsjahr 2006 wird das Produkt- und Leistungsangebot regelmäßig überprüft und gezielt an die Kundenbedarfslagen angepasst werden. Dabei werden für die mittelständischen Firmenkunden auch neue Produkte strukturiert.

Die im Geschäftsjahr 2005 erfolgreich im Markt verankerte BusinessLine werden wir konsequent auf weitere Ausbaustufen hin prüfen, um den Direktbankenaspekt weiterzuentwickeln. Die wertorientierte Vertriebssteuerung im Firmenkundengeschäft wird weiter verfeinert, um auch künftig eine optimale Betreuung zu gewährleisten und die Vertriebsleistung zu forcieren.

Kapitalmarktgeschäft

Die Landesbank Berlin tritt weiterhin als Daueremittentin am Kapitalmarkt auf.

Das ausstehende Volumen der eigenen gedeckten und ungedeckten Emissionen (einschließlich der Namensschuldverschreibungen und aufgenommenen Schuldscheindarlehen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten) belief sich auf 38,1 Mrd. €, der Bruttoabsatz lag mit 16,8 Mrd. € um 5,9 Mrd. € über dem Vorjahreswert.

Alle Emissionen der Landesbank Berlin werden standardmäßig an der Börse Berlin-Bremen eingeführt und sind zum aktuellen Marktpreis jederzeit handelbar.

Perspektiven

Auch nach der Änderung der Konzernstruktur in 2006 wird die Landesbank neben ihrer Funktion als Daueremittentin weiterhin als Bieterin bei Bundesemissionen auftreten. Darüber hinaus werden dann die Kapitalmarktgeschäftsaktivitäten in vollem Umfang aus der LBB heraus betrieben werden.

Immobilienfinanzierung

Die Bestände der gewerblichen Immobilienfinanzierung der Landesbank Berlin, in denen wir bisher Neugeschäft nur mit Bestandskunden verbuchten, entwickelten sich im Vergleich zum Jahr 2004 planmäßig leicht rückläufig. Tilgungsabgänge wurden durch das Neugeschäft nicht vollständig ersetzt. Der damit einhergehende Rückgang an Zinsüberschüssen führte erwartungsgemäß trotz verbesserter Prolongationsmargen in den Beständen zu einem leichten Ertragsrückgang. Der Anteil des Provisionsüberschusses an den Erträgen blieb konstant.

Die Risikovorsorge konnte auf niedrigem Niveau stabilisiert werden. Die Verwaltungsaufwendungen gingen infolge von planmäßigen Anpassungen an die Bestandsentwicklung zurück.

Insgesamt konnte auch in diesem Jahr ein positives Vorsteuerergebnis ausgewiesen werden.

Die Performanceverbesserung des Bestandsportfolios unter Risiko- und Renditegesichtspunkten wird weiter fortgeführt.

Sonstiges / Konsolidierung

Im Segment Sonstiges / Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Mitarbeiter

Nachdem in den Jahren der Sanierung und auch noch im Jahr 2005 das Kostenmanagement und damit verbunden die Personalanpassungen die Personalarbeit bestimmten, stehen nunmehr Maßnahmen der Zukunftssicherung im Fokus. Dazu werden die strategischen Geschäftsfelder bei der Erfüllung ihrer Geschäftsziele durch zeitgemäße Personalinstrumente unterstützt. Die Führungskräfte- und Personalentwicklung ist in die strategische Ressourcen- und Erfolgskontrolle integriert.

Die Überzeugung, dass im Dienstleistungsbereich die Mitarbeiter einer der wichtigsten Wettbewerbs- und Erfolgsfaktoren eines Unternehmens sind, ist Basis für die Personalentwicklung unserer Bank. Entscheidend ist für uns, die individuellen Fähigkeiten, Stärken und Talente der Mitarbeiter zu nutzen und weiter zu entwickeln. Wir stellen sowohl für Führungskräfte als auch für Mitarbeiter Methoden und Instrumente bereit, die möglichst unkompliziert und effizient eingesetzt werden können, um eine hohe Zielerreichung, Qualität und Transparenz zu gewährleisten.

Die vier Säulen unserer Personalentwicklung sind:

Führungskräfte

Die systematische Entwicklung von Mitarbeitern in Führungsfunktionen beginnt bereits bei der Führungskräfteauswahl. Sie basiert auf speziellen Verfahren, die eine möglichst hohe Validität und Zuverlässigkeit gewährleisten. Die sich daran anschließende Führungskräfteentwicklung ist nach zwei abgestuften Programmen differenziert und bereitet die Mitarbeiter umfassend auf die Übernahme ihrer jeweiligen Führungsfunktion vor.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiter werden mit unterschiedlichen Programmen bzw. Methoden – je nach Intention – bedarfs- und zielorientiert gefördert. Im Rahmen der Spitzenqualifizierung werden Experten mit hohem Potenzial insbesondere in ihrer fachlichen Weiterentwicklung unterstützt.

Mitarbeiter

Bei der Nachwuchsförderung stehen die Intensivierung von akquisitorischen und verkäuferischen Kompetenzen sowie die Festigung der Persönlichkeit im Vordergrund.

Auszubildende

Das Angebot von Ausbildungsplätzen betrachten wir als einen Teil unserer gesellschaftlichen Verantwortung. So befanden sich 2005 im Jahresdurchschnitt 236 Auszubildende in der Ausbildung zum Bankkaufmann.

Strukturen

Als Arbeitsgrundlage für die Umsetzung der einzelnen Bausteine unserer Anreiz- und Motivationspolitik stellen wir die erforderlichen Steuerungsinstrumente bereit. In einem personalwirtschaftlichen Ordnungs-Tool sind die Führungs- und Fachebenen unternehmenseinheitlich strukturiert. Ergänzend hierzu gibt es für die einzelnen Funktionen Stellenprofile, die die wesentlichen Aufgaben und Anforderungen sowie die Qualifikationen beschreiben und stets auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Um auch in Zukunft eine hohe Vertriebsleistung zu gewährleisten, sind mitarbeiterorientierte Ziele und zielorientierte Leistungsmessungen so gestaltet, dass realistisch formulierte Ziele mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung erreicht werden. Gute bis sehr gute Leistungen werden mit zusätzlichen Zahlungen angemessen on top honoriert.

Alle diese Maßnahmen richten sich insbesondere auf die Förderung unserer Unternehmenskultur. Deren nachhaltiger Entwicklung kommt nach den Jahren der Sanierung und Neuausrichtung besondere Bedeutung zu, um im Konzern ein gemeinsames Wertigkeits-, Rollen- und Führungsverständnis entstehen zu lassen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Vertreter haben die Sanierung und Neuausrichtung der Bank unterstützt und viele – zum Teil schmerzliche – Maßnahmen engagiert mitgetragen. Sie haben den Erfolg der Sanierung möglich gemacht.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Vertretern im Konzern ausdrücklich. Ohne ihren Einsatz wären der eng terminierte Ablauf der Restrukturierung und die Bewältigung der gestellten Aufgaben nicht möglich gewesen.

Lagebericht

30 **Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick**
- Unternehmensdarstellung 30
- Allgemeiner Verlauf im Überblick 32

36 **Geschäftsverlauf 2005**
- Ertragslage 36
- Vermögenslage 38
- Nachtragsbericht 40

41 **Risikobericht**
- Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling 41
- Gesamt-Risikosteuerung 41
- Adressenausfallrisiken 44
- Liquiditätsrisiken 49
- Marktpreisrisiken 52
- Operationelle Risiken 54
- Sonstige Risiken 62

68 **Prognosebericht / Ausblick**
- Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 68
- Geschäftliche Ausrichtung 68
- Entwicklung der Geschäftssegmente 68
- Zusammenfassung 69

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – war bis zum 31. Dezember 2005 eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Sie wurde zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Gründerin und Alleinaktionärin ist die Bankgesellschaft Berlin AG. Die Landesbank Berlin war zum 31. Dezember 2005 unmittelbar an 53 Unternehmen beteiligt. Sie hielt bei 15 dieser Gesellschaften unmittelbar die Mehrheit der Kapitalanteile oder Stimmrechte. Mit zwei Unternehmen hat sie einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Der Kreis der Gesellschaften setzt sich maßgeblich aus Kapitalgesellschaften mit Sitz im Inland zusammen.

Entsprechend der Aufstellung nach strategischen Geschäftsfeldern im Konzern Bankgesellschaft Berlin sind die Beteiligungen der Landesbank ihrer Geschäftstätigkeit folgend den einzelnen Geschäftsfeldern / Segmenten zugeordnet.

Auf die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin beziehungsweise des Teilkonzerns wird in den nachfolgenden Abschnitten des Lageberichts eingegangen. Darüber hinaus verweisen wir auf die Angaben im Anhang, wo unter anderem der Konsolidierungskreis sowie eine Übersicht des Anteilsbesitzes und der Unternehmensverträge dargestellt werden.

Bis einschließlich 31. Dezember 2005 war das Land Berlin Träger (bis 19. Juli 2005 Gewährträger) der Landesbank Berlin – Girozentrale –. Zum 1. Januar 2006 wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – gemäß Berliner Sparkassengesetz aus einer Anstalt des öffentlichen Rechts formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Gründerin der Landesbank Berlin AG im Sinne des Aktiengesetzes ist die Bankgesellschaft Berlin AG.

Organe der Landesbank Berlin – Girozentrale – waren gemäß § 10 der Satzung der Landesbank Berlin Vorstand, Aufsichtsrat und Trägerversammlung.

Der Vorstand der Landesbank Berlin führte die Geschäfte der Bank in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank sowie der vom Aufsichtsrat beschlossenen Richtlinien für die Tätigkeit der Bank und der Geschäftsordnung für den Vorstand im Sinne der Grundsätze zur einheitlichen Leitung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin. Die Aufgaben des Vorstands regelte der § 13 der Satzung der Landesbank Berlin.

Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder (zum Stichtag 31. Dezember 2005):

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobiliendienstleistungen

Dr. Johannes Evers
Privatkunden

Uwe Kruschinski
Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Hans Jürgen Kulartz
Firmenkunden
Kapitalmarktgeschäft

Martin K. Müller
Risikocontrolling
Controlling
Compliance

Dr. Thomas Veit
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie

Der Aufsichtsrat bestimmte nach § 14 der Satzung die Richtlinien für die Tätigkeit der Bank, überwachte die Geschäftsführung des Vorstands und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Er arbeitete vertrauensvoll und eng mit dem Vorstand zusammen. Insbesondere war er zur Bestellung, Abberufung und für die Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und für die Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer zuständig. Der Aufsichtsrat bestand aus zehn Anteilseigner- und vier Arbeitnehmervertretern und hatte aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuss und einen Kreditausschuss gebildet.

Segmente

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind im Folgenden konzernbezogen dargestellt.

Private Kunden

Das Geschäft mit Privatkunden wird ausschließlich am Standort Berlin in der Landesbank Berlin mit den Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank betrieben. Im Kernmarkt Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten.

Firmenkunden

Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berliner Bank geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie Beratungen zu Gründungen und Unternehmensnachfolge. Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft vornehmlich durch die Bankgesellschaft Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Kapitalmarktgeschäft

Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige Produkte des Kapitalmarktgeschäfts sind vor allem innovative Aktien-, Zins- und Währungsportfolios. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft BB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der BB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise.

Neben den Kerngeschäftssegmenten enthält die Berichterstattung das Segment „Sonstiges / Konsolidierung“. Dieses beinhaltet die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts verlangsamte sich im Gesamtjahr 2005 leicht. Die Arbeitslosigkeit nahm in der zweiten Jahreshälfte nicht weiter zu. Anzeichen für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau gab es aber dennoch nicht. Die Zugewinne beruhten auf dem Ausbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktreformen.

Es fehlten einmal mehr die Nachfrageimpulse aus dem Inland. Noch stärker als im Jahr zuvor war die Ausweitung des Außenbeitrags für die allgemeine Konjunkturentwicklung ausschlaggebend. Die Auslandsnachfrage entwickelte sich vor dem Hintergrund gestiegener Einkünfte aus dem Rohstoffexport und allmählich auslaufender Belastungen aus vorangegangenen Euro-Aufwertungen ausgesprochen robust.

Da die stark gestiegenen Energiepreise anders als in früheren Hochpreisphasen nicht von vergleichbaren Gegenmaßnahmen der Notenbanken begleitet wurden, blieben die konjunkturellen Rückwirkungen eng begrenzt. Trotz Zinserhöhungen blieb die geldpolitische Ausrichtung sowohl in der Euro-Zone als auch in den USA expansiv.

Die guten Ertragsperspektiven der Exportwirtschaft steigerten bei weiterhin moderater inländischer Kostenentwicklung und verbesserten Unternehmensfinanzen die Investitionsbereitschaft in der deutschen Wirtschaft. Dieser Prozess könnte sich im weiteren Verlauf auf das Ausgabeverhalten der Verbraucher übertragen und zu einer zweiten Wachstumsstütze entwickeln.

Die Berliner Konjunktur konnte im Jahr 2005 nach einer vorübergehenden Schwächephase im ersten Halbjahr an den zaghaften Wachstumskurs des Vorjahres anknüpfen. Positive Ergebnisse in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, verarbeitendes Gewerbe sowie Einzelhandel und Verkehr waren dafür ausschlaggebend. Dagegen kam es in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung, Gastgewerbe und Bau erneut zu Einbußen.

Die Berliner Industriebetriebe konnten ihren Absatz im Berichtsjahr stabilisieren. Dies gelang aufgrund einer überdurchschnittlichen Entwicklung im Exportgeschäft, auf das in der Region etwa ein Viertel der Umsätze entfällt. Der wieder günstigere Euro-Kurs erhöht mittlerweile die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit deren Exportchancen. Im Berliner Bauhauptgewerbe, das sich seit 1996 in einer tiefen Krise befindet, kam die Abwärtsbewegung 2005 vorübergehend zum Stillstand. Allerdings wurde – trotz der guten Ergebnisse im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau – die Wachstumsschwelle zum Jahresende noch nicht erreicht.

Für die Finanzbranche in Berlin resultiert aus den nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ein verstärkter Wettbewerbs- und Margendruck. Die Landesbank Berlin konnte sich in diesem Umfeld behaupten und im Geschäftsjahr 2005 die Erwartungen deutlich übertreffen.

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Am 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Liquidation der Beteiligung an der BGB Ireland plc bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Weberbank Privatbankiers KGaA,
- Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin bis zum 1. Februar 2007,
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft bis zum 31. Dezember 2007.

Davon wurden die ersten drei Maßnahmen im Jahr 2005 realisiert, der Verkauf der Berliner Bank wurde eingeleitet. Die Liquidation der BGB Ireland plc wurde zu Beginn des Jahres 2006 mit der Löschung aus dem irischen Handelsregister abgeschlossen.

Zum Jahresende 2005 unterzeichneten die Bankgesellschaft Berlin AG und das Land Berlin Kaufverträge, mit denen das Land den Immobiliendienstleistungsbereich erwirbt. Danach werden alle Immobiliendienstleistungsgesellschaften, welche unter die Risikoabschirmung des Landes fallen, an das Land übertragen. Wirtschaftlich erfolgte die Übertragung zum 1. Januar 2006, dinglich wird sie zum 30. Juni durchgeführt werden.

Als weitere Einzelmaßnahme innerhalb des Restrukturierungsplans wurde die Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA veräußert. Zur Vorbereitung des Verkaufs an die WestLB verkaufte die Landesbank Berlin zuvor ihre Anteile an die Bankgesellschaft Berlin AG.

Am 11. November 2005 eröffnete die Landesbank Berlin – Girozentrale – das Bieterverfahren für den Verkauf ihrer Niederlassung Berliner Bank. Vorangegangen waren bereits seit Sommer 2005 umfangreiche Vorbereitungen für die Abtrennung und anschließende Veräußerung der Berliner Bank.

Eine weitere Zusage der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission ist die diskriminierungsfreie Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile bis zum 31. Dezember 2007. Um diese Veräußerung in geeigneter Weise durchführen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dieser Formwechsel folgt der Vorgabe des Berliner Sparkassengesetzes vom 28. Juni 2005. Gründerin der Landesbank Berlin AG im Sinne des Aktiengesetzes ist die Bankgesellschaft Berlin AG. Die Umwandlung der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft bildet die rechtliche Grundlage für die Vereinfachung der Konzernstruktur.

Eine ausführliche Darstellung der aufgeführten Maßnahmen enthält der Risikobericht.

Die Bank steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Weitere Maßnahmen

Die im Berichtsjahr durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hatten zusammen mit den Aktivitäten zur Ertragsverbesserung auf die einzelnen Geschäftsfelder folgende Auswirkungen:

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurden die Maßnahmen zur Prozess- und Strukturoptimierung intensiviert. So wurden der Einsatz von SB-Systemen weiter ausgeweitet und vertriebsunterstützende Systeme implementiert. Die 2003 vollzogene Zusammenführung des Retailgeschäfts mit den eigenständigen Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin hat sich bewährt und zu Synergien geführt.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden wurde im Berichtszeitraum die Betreuung des Gewerbekundensegments neu organisiert. Das Geschäft mit Gewerbekunden wird weiterhin von den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse betrieben. Neben dem stationären Vertrieb und dem Internet wird den Gewerbekunden beider Marken über die Business-Line eine kompetente telefonische Betreuungsmöglichkeit angeboten. Ergänzt wird dieses Angebot durch die auf Back-Office-Funktionen spezialisierte ServiceLine.

Nachdem das Neugeschäfts-Volumen im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung des Konzerns bereits 2004 von 0,8 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € gestiegen war, erreichte es im Berichtsjahr mit rund 2,4 Mrd. € einen deutlich über Plan liegenden Wert. Für diese im Marktvergleich überdurchschnittliche Entwicklung, die den Erfolg der Neuausrichtung dokumentiert, waren die markenübergreifende Steuerung, ausgeprägte Kundenorientierung und kurze Entscheidungswege entscheidend.

2005 wurde auch das Kapitalmarktgeschäft neu strukturiert. Die Kernbereiche des Kapitalmarktgeschäfts bilden die ertragsstarken Aktivitäten im Eigenhandel und Kundenhandel/Sales. Die Ausweitung des Kundenhandels und der Ausbau des Asset Managements werden durch die Neustrukturierung noch besser unterstützt. Das gebundene Eigenkapital des Kapitalmarktgeschäfts konnte durch die strategiekonforme Rückführung von Risikoaktiva sowie das Ende 2004 für die Bankgesellschaft Berlin AG von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Interne Modell zur Marktpreisrisikosteuerung signifikant gesenkt werden. Die Integration der BB-Invest und deren erfolgreiches Asset Management führten neben Bestandszuwächsen zu Ertragsteigerungen sowohl im Privatkunden- als auch im Kapitalmarktgeschäft. Die für das Jahr 2005 gesetzten Ziele im Aussteuerungsprozess der Portfolios Corporate Banking und Structured Finance wurden planmäßig erreicht.

Der vorgesehene Personalabbau wurde in den einzelnen Konzerngesellschaften umgesetzt und ist damit weitgehend abgeschlossen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen im Konzern konnten 2005 gegenüber dem Vorjahr weiter gesenkt werden.

Die Phase der Sanierung ist mit dem Geschäftsjahr 2005 beendet.

Geschäftsverlauf 2005

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2005 kam es erneut zu einer Verbesserung des operativen Betriebsergebnisses der Landesbank Berlin. Grundlage dieser Verbesserungen sind die in allen Positionen erreichten Steigerungen der Erträge bei gleichzeitig konsequenter Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen, die auch im Berichtsjahr zu einer Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen führten.

Im Ergebnis dieser verbesserten Situation konnten die Gewinnabführung an die Bankgesellschaft sowie der Jahresüberschuss, trotz der erstmaligen Bedienung der stillen Einlagen des Landes Berlin für ein volles Kalenderjahr, im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Das **operative Ergebnis** der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahreswert um 59 Mio. € auf 208 Mio. € kräftig erhöht. Diese positive Entwicklung basierte zu nahezu gleichen Anteilen sowohl auf einer Steigerung der Erträge als auch auf sinkenden Aufwendungen. Mit attraktiven Bank- und Dienstleistungsprodukten wurde die Position der Bank am Standort Berlin weiter ausgebaut.

Trotz einer im Rahmen der Mindestbesteuerung deutlich gestiegenen Ertragsteuerbelastung (17 Mio. € nach 1 Mio. € im Vorjahr) verbesserte sich das **Ergebnis nach Steuern** um 97 Mio. € auf 221 Mio. €.

Aus dem Nachsteuerergebnis wurden die **Vergütungen für die stillen Beteiligungen des Landes Berlin** an der Landesbank Berlin in Höhe von 78 Mio. € geleistet. Der anteilige Vorjahreswert betrug 26 Mio. €. Nach Berücksichtigung dieser vorrangig vor anderen Eigenkapitalansprüchen zu bedienenden Vergütung führte die Landesbank Berlin an die Muttergesellschaft einen Gewinn in Höhe von 108 Mio. € nach 73 Mio. € im Vorjahr ab.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 723 Mio. € um 15 Mio. € über dem Vorjahr (708 Mio. €). Die Ergebnisentwicklung der einzelnen Kundensegmente findet sich in der gesonderten Segmentberichterstattung im Anhang.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 275 Mio. € und erreichte damit erneut das hohe Vorjahresniveau (274 Mio. €).

Der **Verwaltungsaufwand** lag mit 718 Mio. € um 3,6 % (27 Mio. €) unter dem Vorjahreswert von 745 Mio. €. Dieser Rückgang ist auf die Verringerung der Anderen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Hierin wirken sich insbesondere verringerte IT-Aufwendungen aus. Die laufenden Maßnahmen zur Kostenreduzierung haben zu den erwarteten Einsparungen geführt.

Die **Abschreibungen** beliefen sich auf 8 Mio. € nach 14 Mio. € im Vorjahr.

ERGEBNIS DER LANDESBANK BERLIN

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Zinsüberschuss	723	708	15	+2,1
Provisionsüberschuss	275	274	1	+0,4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	11	–6	17	>100,0
Verwaltungsaufwendungen	718	745	–27	–3,6
Personalaufwand	299	298	1	+0,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	411	433	–22	–5,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	8	14	–6	–42,9
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	39	20	19	+95,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**330**	**251**	**79**	**+31,5**
Risikovorsorge	122	102	20	+19,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	103	106	–3	–2,8
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	19	–4	23	>100,0
Betriebsergebnis	**208**	**149**	**59**	**+39,6**
Ergebnis aus Finanzanlagen	19	0	19	x
Saldo der übrigen Positionen	11	–24	35	>100,0
Ergebnis vor Steuern	**238**	**125**	**113**	**+90,4**
Ertragsteuern	17	1	16	>100,0
Ergebnis nach Steuern	**221**	**124**	**97**	**+78,2**
Vergütung stille Beteiligungen Land Berlin	78	26	52	>100,0
Gewinnabführung Bankgesellschaft	108	73	35	+47,9
Jahresüberschuss	**35**	**25**	**10**	**+40,0**

Der Saldo der **Risikovorsorge** (ohne Reserve nach § 340 f HGB) belief sich auf 122 Mio. € (Vorjahr: 102 Mio. €). Die darin enthaltene Vorsorge für das Kreditgeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % auf 103 Mio. € reduziert werden. Ursächlich für den Anstieg der Risikovorsorge war die Erhöhung im Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve auf 19 Mio. € (Vorjahr: –4 Mio. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 19 Mio. € enthält unter anderem den Gewinn aus der Übertragung der Anteile an der Weberbank auf die Bankgesellschaft, die in Vorbereitung des Verkaufs der Anteile durchgeführt worden ist.

Im **Saldo der übrigen Positionen** in Höhe von 11 Mio. € sind Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften in einer Höhe von –2 Mio. € sowie ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 13 Mio. € enthalten.

Geschäftsverlauf 2005

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der Landesbank Berlin lag am 31. Dezember 2005 mit 90,4 Mrd. € um 4,4 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres (86,0 Mrd. €). Aus der Übernahme von ausgewählten Aktiva der Weberbank resultierte ein Anstieg um rund 3,7 Mrd. €.

Aktiva

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 47,0 Mrd. € um 0,8 Mrd. € leicht unter dem Vorjahresniveau von 47,8 Mrd. €; darin enthalten sind Geschäfte mit konzernangehörigen Instituten mit einem Volumen von 38,7 Mrd. € (Vorjahr: 38,5 Mrd. €).

Die **Forderungen an Kunden** gingen um 2,0 % auf 23,0 Mrd. € (Vorjahr: 23,4 Mrd. €) zurück. Der Anteil der durch Grundpfandrechte gesicherten Kredite belief sich auf 13,0 % (Vorjahr: 11,9 %). In dieser Entwicklung kompensieren sich Zuwächse aus der Übernahme von Portfolios der Bankgesellschaft Berlin AG und der Weberbank mit abschmelzenden Volumina aus dem Kapitalmarktgeschäft.

In der Position **Aktien,** die sich um rund 1,6 Mrd. € auf 1,8 Mrd. € erhöhte, werden von der Weberbank im Rahmen der Ausgliederung übernommene Investmentfondsanteile ausgewiesen.

AKTIVA

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Forderungen an Kreditinstitute	46.954	47.792	–838	–1,8
Forderungen an Kunden	22.949	23.423	–474	–2,0
Schuldverschreibungen	16.626	11.029	5.597	50,7
Aktien	1.785	162	1.623	>100,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	201	477	–276	–57,9
Sachanlagen	90	109	–19	–17,4
übrige Aktiva	1.785	2.966	–1.181	–39,8
Summe Aktiva	**90.390**	**85.958**	**4.432**	**5,2**

KREDITVOLUMEN

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	1	2	–1	–50,0
Kredite an Kreditinstitute (Restlaufzeit über 1 Jahr)	5.218	6.818	–1.600	–23,5
Forderungen an Kunden	22.949	23.423	–474	–2,0
darunter:				
Kommunalkredite	9.710	10.571	–861	–8,1
durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	2.985	2.784	201	7,2
übrige Kundenforderungen	10.254	10.068	186	1,9
Kreditvolumen	**28.168**	**30.243**	**–2.075**	**–6,9**

Das **Kreditvolumen** verringerte sich um 2,1 Mrd. € auf 28,2 Mrd. € und gliedert sich im Einzelnen wie oben dargestellt.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft beträgt 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €).

Die Position **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** erhöhte sich nochmals deutlich um 5,6 Mrd. € auf 16,6 Mrd. € (Vorjahr: 11,0 Mrd. €). Der Anteil, der auf Emissionen der Bankgesellschaft Berlin-Gruppe entfällt, betrug 24,8 % nach 28,4 % im Vorjahr.

In den **übrigen Aktiva** wurde 2004 eine Forderung gegenüber dem Land Berlin aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung in Höhe von 1,1 Mrd. € ausgewiesen.

Passiva

Die Refinanzierung der Landesbank Berlin wurde im Geschäftsjahr 2005 durch die Ausweitung der Emissionstätigkeit geprägt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € auf 27,2 Mrd. € und enthalten Geschäfte mit konzernangehörigen Instituten in Höhe von 9,7 Mrd. € (Vorjahr: 9,0 Mrd. €).

PASSIVA

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.160	28.391	–1.231	–4,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.015	26.193	–178	–0,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.082	26.274	6.808	25,9
Rückstellungen	634	650	–16	–2,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	818	783	35	4,5
Eigenkapital	2.063	2.053	10	0,5
davon:				
stille Einlagen	1.944	1.944	0	0
Rücklagen [1)]	119	109	10	9,1
übrige Passiva	618	1.614	–996	–61,7
Summe Passiva	**90.390**	**85.958**	**4.432**	**5,2**

[1)] Einschließlich Bilanzgewinn i.H.v. 35 Mio. € (Vorjahr: 25 Mio. €).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** gingen gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Mrd. € auf 26,0 Mrd. € zurück. Während sich die zurückhaltende Investitionsneigung der regionalen Firmenkunden in der Region Berlin / Brandenburg eher in einem Anlagebedarf niederschlug und damit zu einem Zuwachs führte, brachte die planmäßige Geschäftsreduzierung in ausgewählten Teilen des Kapitalmarktgeschäfts per Saldo einen Volumenrückgang.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichnete auch im Geschäftsjahr 2005 einen weiteren deutlichen Anstieg um 6,8 Mrd. € oder 25,9 % auf 33,1 Mrd. € (Vorjahr: 26,3 Mrd. €). Der Erhöhung – die überwiegend noch im ersten Halbjahr 2005 erfolgte – steht die Ausweitung der aktiven Wertpapierposition zu Refinanzierungszwecken gegenüber.

Rückstellungen werden in einer Gesamthöhe von 634 Mio. € (Vorjahr: 650 Mio. €) ausgewiesen. Die darin enthaltenen Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen haben sich um 23 Mio. € auf 79 Mio. € reduziert.

Die **übrigen Passiva** enthielten 2004 eine Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung in Höhe von 1,1 Mrd. €.

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Landesbank Berlin gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2005 (nach Feststellung des Jahresabschlusses) betrugen insgesamt 2,7 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 26,3 Mrd. € errechnen sich daraus eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 10,3 % (Vorjahr: 10,9 %) und eine Kernkapitalquote von 7,7 % (Vorjahr: 8,1 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – wurde zum 1. Januar 2006 formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Aufbringung des Grundkapitals erfolgte durch Einbringung der atypisch stillen Beteiligung seitens der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG. Die atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin wurde damit beendet. Der Vertrag über den Erwerb der Gewinnbezugsrechte des Landes Berlin (24,99 % des Bilanzgewinns und eines eventuellen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin) wurde gegenstandslos. Durch ihre Umwandlung in eine AG gehört die Landesbank Berlin mit ihren Tochterunternehmen ab dem 1. Januar 2006 zum umsatzsteuerlichen Organkreis der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit fällt für Lieferungen und Leistungen zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG sowie ihren jeweiligen Tochterunternehmen keine Umsatzsteuer an. Die Landesbank Berlin AG erwartet daraus eine Reduzierung der nicht abziehbaren Vorsteuer von circa 10 Mio. € pro Jahr.

Mit Wirkung vom 3. Januar 2006 wurde das Grundstück Bundesallee 171, die ehemalige Zentrale der Landesbank Berlin, verkauft. Für die Landesbank ergibt sich aus dieser Veräußerung im Geschäftsjahr 2006 ein Buchgewinn in Höhe 29 Mio. €.

Risikobericht

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Eine zielgerichtete und funktionsfähige Banksteuerung setzt eine klar definierte, vom Vorstand verabschiedete und kommunizierte Risikostrategie voraus.

Die 2002 vom Vorstand beschlossene Risikostrategie des Konzerns Bankgesellschaft Berlin wird jährlich aktualisiert.

Diese Risikostrategie beinhaltet zwei wesentliche Komponenten:

- Durch festgelegte Kerngeschäftsfelder wird spezifiziert, in welchen Bereichen Risiken neu eingegangen werden sollen.
- Durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können.

Das Risikocontrolling hat als unabhängige Stelle die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Förderung einer offenen Kommunikation erhöht die Risikotransparenz, die Etablierung von Anreizstrukturen steigert das Risikobewusstsein. Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Im Konzern-Risikohandbuch, das auch für die Landesbank Berlin (LBB) gültig ist, wird beschrieben, welche Risikoarten im Konzern und in der LBB vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzerneinheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements und welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns und der LBB erfolgt durch das Risk Review Komitee (RRK), das aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) und dem Vorstand der Landesbank Berlin (LBB) besteht. Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
  - Kreditrisiken
  - Kontrahentenrisiken
  - Länderrisiken
  - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken
  - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
  - Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Im Verlauf des Berichtsjahres haben wir unser internes Risikotragfähigkeitskonzept methodisch weiter ausgebaut. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken,

das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen Mindeststandards an den Stellen ersetzt, an denen intern bereits bessere Risikomessmethoden implementiert worden sind. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamt-Risikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Kreditrisiken, Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, Operationelle Risiken und Restrisiken. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2005 im Parallelbetrieb das Risikokapital, neben der an die aufsichtsrechtlichen Verfahren angelehnten Methodik, zusätzlich nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

Die betriebswirtschaftliche Risikodeckungsmasse orientiert sich zunächst an den aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteilen.

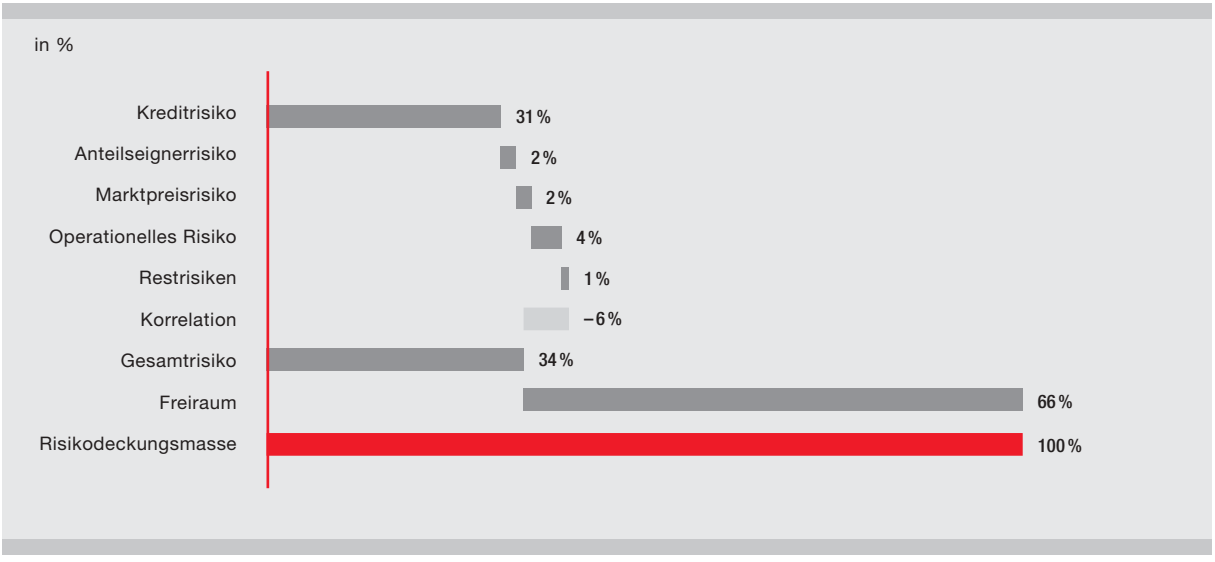
Zusätzlich wird unter anderem die Ertragslage berücksichtigt, indem der Risikodeckungsmasse das prognostizierte Ergebnis nach Steuern für das aktuelle Geschäftsjahr zugerechnet wird.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, oder zu einem starken Rückgang der Risikodeckungsmasse kommen, entscheidet das RRK über Maßnahmen zur Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite gab es im Berichtsjahr jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellen sich zum 31. Dezember 2005 in der LBB wie folgt dar:

INANSPRUCHNAHMEN NACH RISIKOARTEN FÜR DIE LBB ZUM 31. DEZEMBER 2005



Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Akkords (Basel II), die voraussichtlich ab dem 1. Januar 2007 in Kraft treten werden, setzen der Konzern und die LBB im Rahmen eines Projekts mit folgenden Zielen um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldewesenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Die LBB plant, den auf internen Ratings basierenden (IRB) Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken umzusetzen. Durch die Verwendung des IRB-Basisansatzes rechnen wir im Vergleich mit dem Standardansatz mit einer reduzierten Eigenkapitalbelastung. Die technische Umsetzung erfolgt entsprechend der IT-Strategie der Bankgesellschaft auf SAP-Basis. Dazu wird die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert. Das Projekt baut auf die Vorarbeiten des IAS-Projekts auf, insbesondere bei der Modellierung der Datenbank und der Anbindung der Vorsysteme. Das Projekt liegt im Budget und wird die Meldefähigkeit rechtzeitig erfüllen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 20. Dezember 2005 die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Mit den MaRisk sollen die qualitativen Elemente der zweiten Säule von Basel II (Aufsichtliches Überprüfungsverfahren) umgesetzt werden. Zu diesem Zweck hat die BaFin insbesondere die existierenden Mindestanforderungen (Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), an das Handelsgeschäft (MaH) und die Interne Revision (MaIR)) im Sinne einer „ganzheitlichen Risikobetrachtung“ zusammengefasst.

Aufgrund der Umsetzung der MaH, MaK und MaIR und der darüber hinausgehenden Risikomanagementmethoden hinsichtlich einer ganzheitlichen Risikobetrachtung (Konzernrisiko-Strategie, Konzernrisiko-Report, Risikotragfähigkeitskonzept) hat die LBB die Anforderungen der MaRisk bereits größtenteils umgesetzt.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale der LBB zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren. Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling in der LBB haben wir auf der Grundlage der in den Vorjahren durchgeführten Projekte weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht.

Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung der Datenqualität wurden die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter gesteigert.

Im Berichtsjahr wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Abstimmung der Risikokennzahlen mit der Ertragsrechnung gelegt. Hieraus ergeben sich qualitativ verbesserte Steuerungsimpulse vor dem Hintergrund einer Risiko-Rendite-Steuerung.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den Ratingklassen ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat die LBB in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Ratingsysteme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Um statistisch validierte Aussagen zum Verlustpotenzial treffen zu können, hat die Bank in Zusammenarbeit mit den anderen Landesbanken im Rahmen eines Projekts Schätzungen zu den Verlustquoten (den so genannten Loss-Given-Default-Quoten) durchgeführt. Dieses Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren kann nun auch für ganze Kreditportfolios vollständig durchgeführt werden. Das im Jahr 2004 entwickelte Kreditportfoliomodell, das aus einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen resultiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen (bis Ende des Berichtsjahres im Parallelbetrieb mit dem alten Verfahren) ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Hierbei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt.

Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat die LBB den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt. Besonderes Augenmerk wurde auf eine verfeinerte Darstellung der Immobilienrisiken gelegt – es können nun sowohl Aussagen zu Kreditnehmern als auch zu den finanzierten, kommerziellen Immobilienobjekten getroffen werden.

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden durch volumenbasierte Portfoliolimite in den Dimensionen Länder und Branchen / Bonitäten strategisch gesteuert. Hierzu wurden die Vorgaben der Kreditrisikostrategie in Limite übersetzt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen. Auf diese Art wurde beispielsweise die Neuausrichtung des Portfolios auf die strategisch vorgegebene Zielregion des Konzerns erfolgreich umgesetzt. Die im 4. Quartal 2003 erstmals beschlossenen Limite werden laufend überprüft und an veränderte Einschätzungen angepasst.

STRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS DES KONZERNS

[1] Kreditvolumen: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.
[2] Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten.
[3] Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

Im Rahmen der Branchensteuerung wird das gesamte Kreditportfolio in 29 verschiedene Branchen eingeteilt. Je Branche werden die einzelnen Engagements nach Risikogehalt in sechs Ratingklassen eingeordnet. Für jede sich ergebende Kombination Branche / Ratingklasse werden die Inanspruchnahmen laufend den beschlossenen Limiten gegenübergestellt. Die Steuerungsinformation wird in Form einer „Ampel“ (Rot = Limit ausgelastet, Gelb = Limit zu mehr als 80 % ausgelastet, Grün = freies Limit verfügbar) aufbereitet und an die Vertriebsstellen weitergegeben.

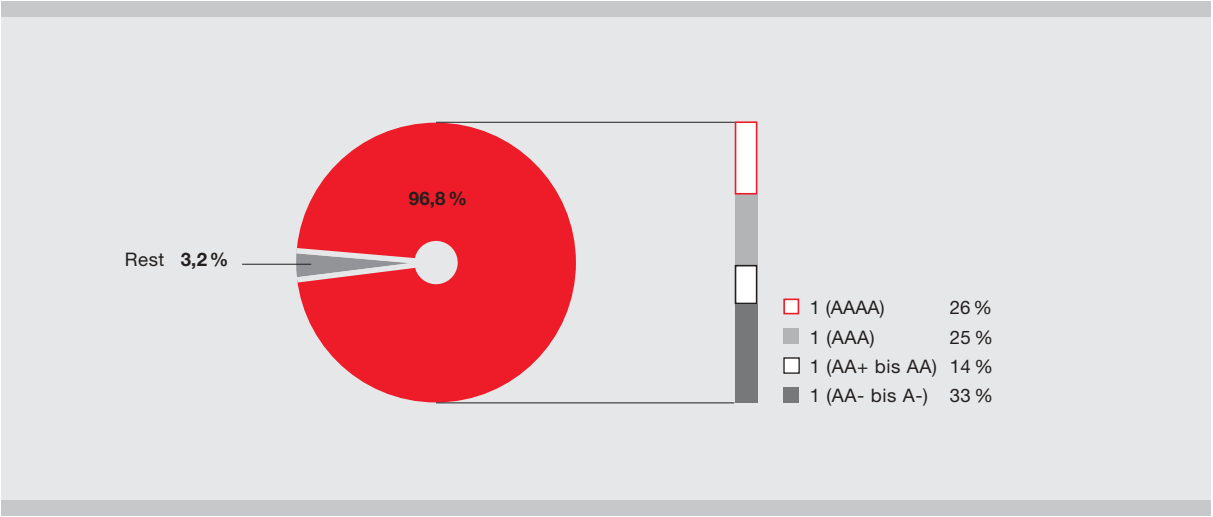
Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements. Die Aussagen werden zukünftig ergänzt durch quantitative Analysen zur resultierenden Risikoausweitung und zum Verhältnis Risiko und Ertrag der Geschäfte.

Länderrisiken

Die Landesbank Berlin ist keine Länderrisiken in nennenswertem Umfang eingegangen, da der weitaus überwiegende Teil des Geschäfts der LBB im Inland erfolgt. Das Auslandsgeschäft spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle und wird darüber hinaus als Dienstleistung durch die Bankgesellschaft Berlin AG abgewickelt.

Im Rahmen der Überführung der Geschäfte der Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB wird auch das dortige Länderportfolio auf die LBB übergehen.

ADRESSENAUSFALLRISIKEN AUS HANDELSGESCHÄFTEN – LBB 2005



Aufgrund von Rundungen kommt es zu einer Differenz bei der Summe.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Austausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

Die LBB handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

Angaben zu den Derivatevolumina sind im Anhang zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich. Diese Fälle werden unterjährig entschieden.

Risikobericht

In einem Report an den Vorstand auf monatlicher Basis wird sowohl über die bereits entschiedenen Fälle als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, ermitteln wir im Sinne einer Portfoliobetrachtung den Kreditrisikovorsorgebedarf. Im Rahmen dieser Berechnung werden die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Keditrisikomessverfahrens (zum Beispiel Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) verwendet. Mit diesem Verfahren wird beispielsweise der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS/IFRS quartalsweise festgelegt.

Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) haben wir umgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel die Kreditrisikostrategie, die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich und die aufbauorganisatorische Trennung dieser Bereiche bis in die Vorstandsebene. Auch problembehaftete Kreditengagements werden von Risikobetreuungsbereichen beziehungsweise entsprechenden Spezialisten betreut und bearbeitet.

Weiterhin sind nach den MaK für das Ausüben der Kreditkompetenzen zwei positive, voneinander unabhängige Voten erforderlich. Diese unabhängige Votierung wird über die Einbindung des Markt- und des Marktfolgebereichs in die Kreditentscheidung gewährleistet.

Um bei der Bewertung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und -bewertung zu garantieren, erstellt eine zentrale Gutachterstelle die Bewertungen. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG angesiedelt und übt ihre Tätigkeiten auch für die Landesbank Berlin aus.

Anteilseignerrisiken

Der Bereich Unternehmensentwicklung verfügt im Rahmen der Beteiligungsverwaltung und des Vertragsmanagements über eine gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz. Die Aufgaben des Beteiligungs-Risikocontrollings werden vom Bereich Risikocontrolling wahrgenommen und weiterentwickelt. Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Zielsetzungen der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage informiert; dazu gehört auch ein Reporting über die Jahres- und Mittelfristplanung der Gesellschaften sowie die Hochrechnung der Beteiligungsergebnisse.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings aufgedeckt und analysiert.

Das Beteiligungsportfolio haben wir auch im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Komplexität als auch des Umfangs strategiekonform weiter deutlich abgebaut. Diese Reduzierung wurde durch konsequenten Verkauf, Liquidation beziehungsweise Verschmelzung von Gesellschaften erzielt. Insbesondere wurde die Weberbank Privatbankiers KGaA verkauft.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts werden unter Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung dargestellt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die Bank zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsbereitschaft). Es unterteilt sich in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem neu eingeführten internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Liquiditätsrisiken gemäß Grundsatz II

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beurteilt im Regelfall nach dem Grundsatz II, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Sie sieht die Liquidität als ausreichend an, wenn die Grundsatz-II-Kennziffer mindestens eins beträgt. Die Ermittlung erfolgt durch den Bereich Finanzen, die Einhaltung des Grundsatzes II steuert das Geschäftsfeld Treasury.

Die Liquiditätskennziffer für die LBB betrug per 31. Dezember 2005 1,80.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Der Grundsatz II bildet den aufsichtsrechtlichen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken.

Zusätzlich wurde für den Konzern Bankgesellschaft Berlin ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling eingeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist. Die LBB ist über die Konzernüberwachung Bestandteil dieses Controllings.

Für den Aufbau des Controllings haben wir unter Führung der Bereiche Risikocontrolling und Treasury ein Projekt zur Schaffung der fachlichen und technischen Voraussetzungen durchgeführt. Durch die Beteiligung beider Bereiche wurde sichergestellt, dass die Basis für die Ermittlung und Limitierung der Risiken durch das Risikocontrolling sowie die Basis der operativen Steuerung durch das Treasury identisch sind. Im Anschluss an das Projekt gab es eine Datenqualitätssicherungsphase, die eine intensive Überprüfung der an das Liquiditätsrisikosystem gelieferten Daten beinhaltete.

Die Einbindung der erweiterten Liquiditätsrisikosystematik in die Risikosystematik der Bank erfolgte im November 2005.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch den Grundsatz II angenommen werden, und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungs-

quellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

In-Kraft-Treten des neuen Pfandbriefgesetzes

Am 19. Juli 2005 ist das „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen“ (PfandBG) in Kraft getreten, das die bisher für die Landesbank Berlin geltenden gesetzlichen Grundlagen aus dem „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten“ (ÖPG) für die Emission von Pfandbriefen abgelöst hat. Die Anforderungen, die das PfandBG an die Emittenten von Pfandbriefen stellt, gehen deutlich über die des ÖPG hinaus und orientieren sich in vielen Aspekten an den Anforderungen, die in der Vergangenheit bereits durch die Hypothekenbanken zu erfüllen waren.

Da die Refinanzierung über die Ausgabe von Pfandbriefen auch unter dem neuen PfandBG ein wichtiger Baustein in der Refinanzierungspolitik des Konzerns sein wird, haben wir zur Umsetzung der neuen Erfordernisse ein Projekt in der Landesbank Berlin durchgeführt. Im Ergebnis haben wir in der LBB ein Treuhandbüro eingerichtet sowie ein Deckungsregister gemäß PfandBG aufgebaut, das als Deckung für die ausstehenden Pfandbriefe dient. Die Steuerung des Deckungsregisters erfolgt auf Grundlage einer selbst entwickelten Software. Dies erlaubt es der LBB, flexibel auf neue gesetzliche und interne Anforderungen zu reagieren und das geforderte Risikomanagement des Deckungsregisters gemäß § 27 PfandBG auf Basis der bestehenden bewährten IT-Architektur des Konzerns vornehmen zu können. Die Anzeige für die Fortführung des Pfandbriefgeschäfts gemäß § 42 PfandBG haben wir im Oktober bei der BaFin eingereicht.

Risikobericht

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken nahezu ausschließlich in Form von Zinsänderungsrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In diesen Strategien wird der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten verträglichen Risikoniveaus formuliert. Sowohl für Handelsbuch- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Capital-at-Risk [1] (CAR)-Limite) transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite/-Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch daily- und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren. Die Ergebnisse der täglichen CAR- und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling.

Im Dezember 2005 wurden die internen Verfahren (Partial-Use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken ohne Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung von der BaFin aufsichtsrechtlich anerkannt. Die LBB wird ab Januar 2006 auf Basis des internen Modells die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten melden.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Nach Erreichen der Vorwarnstufe bei 80 %-iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld dem Vorstand erweiterte Informationen zur Verfügung stellt.

[1] Capital-at-Risk bezeichnet das 10-tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %.

CAPITAL-AT-RISK-LIMITE UND -INANSPRUCHNAHMEN 2005

in Mio. €	Capital-at-Risk LBB 2005			
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Limit per
Einheit	2005	2005	2005	31.12.2005
Eigenhandel	0,59	0,34	1,28	4,00
Equities	0,17	0,00	0,88	1,00
Zins-/Kreditprodukte	1,70	0,30	5,44	9,00
Treasury	2,64	0,90	7,30	60,00
Handelsbereiche	**3,75**	**1,12**	**10,36**	**70,00**
Bankbuch Landesbank	**37,74**	**11,47**	**82,98**	**185,00**
LBB (gesamt)	**39,31**	**13,56**	**82,46**	**255,00**
Aktienrisiko	1,92	0,07	6,27	
Währungsrisiko	0,07	0,02	1,17	
Zinsrisiko	31,99	10,22	73,60	
Credit Spread Risiko	16,79	0,01	31,27	
LBB (gesamt)	**39,31**	**13,56**	**82,46**	

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Gesamtwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über so genannte Kategoriespreads auf Basis ratingabhängiger Zinskurven berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die Bank in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.300 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Eigenentwicklung ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) besitzt die Bank ein anerkannt hochwertiges System zur integrativen Marktpreis-Risikomessung, das sowohl bei der Bankgesellschaft Berlin AG als auch bei der LBB und im Konzern die Zulassung als internes Modell erzielt hat. Die Verfahren erfassen nicht nur sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte, sondern auch die Marktpreisrisiken aus den Bankbüchern, die sich zum Beispiel aus dem Retailgeschäft ergeben. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaH hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten. Die tägliche Überwachung aller Marktpreisrisiken im Konzern, sowohl im Handels- als auch im Bankbuch, nach einheitlicher Methodik auf Basis von ARMADA ist ein wesentlicher Bestandteil der integrativen Gesamtbanksteuerung durch den Vorstand.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die LBB hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaH an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaH an den Konzernvorstand mit Backtest und Stresstest

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren entsprechen denen des Konzerns Bankgesellschaft und haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert. Die Zulassung des internen Modells für die Bankgesellschaft Berlin AG und die LBB nach Prüfung durch die BaFin bestätigt die hohe Qualität der sowohl in der Bankgesellschaft als auch in der LBB einheitlich eingesetzten Verfahren.

Operationelle Risiken

Entsprechend den im Juni 2004 verabschiedeten Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken in der LBB definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken

und die Eingrenzung und/oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Risikocontrolling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Die LBB wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen. Die internen Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken werden laufend weiterentwickelt. Die eventuelle aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Wir gehen davon aus, dass die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel-II-Anforderungen bereits weitestgehend erfüllt sind.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (zum Beispiel Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Schadensfallsammlung.

Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung der Risiken selbst ein. Damit erhält die Bank Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die in der Bank durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2005 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehört die Einführung eines Verfahrens zur risikoorientierten Analyse und Bewertung von wesentlichen IT-Systemen.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung beteiligt sich der Konzern an einem Projekt der VÖB-Service GmbH (Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums. Der Projektfortschritt und die aktuell durchgeführten Tests lassen eine erfolgreiche Nutzung ab dem ersten Quartal 2006 erwarten.

Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistische Auswertungen.

Risikobericht

Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt neben anderen Risikoarten auch das operationelle Risiko in der Gesamtrisikosteuerung.

Die Bank hat 2005 mit der Vorbereitung für die qualitative Bewertung der Geschäftsprozesse im Rahmen des Frühwarnsystems begonnen.

Personalrisiken

Der im Rahmen der Sanierungsvereinbarung vorgesehene Personalabbau wurde im Berichtsjahr in allen betroffenen Teilen des Konzerns konsequent fortgesetzt. Die Grundlage dafür bilden weiterhin die „Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG“ vom 17. Dezember 2001 und die Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002.

Der Gefahr eines durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl möglichen Know-how-Verlusts begegnet die Bank durch verschiedene, in ihrer Wirkung gestaffelte Maßnahmen. So wird durch Vertretungs-, Auftrags- und Kooperationsregelungen sowie bereichsübergreifende projektbezogene Zusammenarbeit sichergestellt, dass das Risiko gering gehalten wird.

Zur Gewährleistung der Führungsqualität und Führungsstandards werden angehende Führungskräfte in den Programmen Basic und Professional auf ihre Aufgaben vorbereitet.

In Ausnahmefällen wurden weiterhin externe Einstellungen vorgenommen.

Die Planung der Qualifizierungsmaßnahmen erfolgte im Wesentlichen vor dem Hintergrund der Marktanforderungen sowie der gesetzlichen Anforderungen. Dem Fortbildungsbedarf wurde durch ein entsprechendes Budget Rechnung getragen. Schwerpunkte bilden das Vertriebstraining im Retailgeschäft, Grundlagen- und Expertenqualifizierungen im Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie Inhouse-Maßnahmen für die Corporate Center.

Systemrisiken

Das Erreichen der gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen haben für den Konzern weiterhin höchste Priorität. Die beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert. Im Berichtsjahr haben wir die Vereinheitlichung der Darlehenssysteme umgesetzt sowie die geplante Konsolidierung der Back-Office- und Front-Office-Systeme.

Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Bilanzierung des Konzerns wurde zum 1. Januar 2005 in Betrieb genommen. Die hierfür notwendigen neuen Prozesse wurden im Rahmen des Projekts „Organisatorische Einführung IAS“ eingeführt.

Die Aktivitäten zur Implementierung eines umfassenden Informationssicherheits-Managementsystems im Konzern wurden fortgeführt. Die aus den Leitsätzen abgeleiteten Top Level Richtlinien zur Gewährleistung eines Grundschutzes der Informationssicherheit sind Anfang 2005 eingeführt worden.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)

Wie bereits in den vorausgegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die IBG natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Darüber hinaus hatte die LBB im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die LBB die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank freigestellt. Die BaFin teilte mit, dass sie diese Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die LBB teilt die Auffassung der BaFin hinsichtlich der Beurteilung dieser Freistellungserklärungen als Organkredite. Folglich betrachtet sie diese Freistellungserklärungen wegen der Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen bei der Kreditvergabe als unwirksam. Daher mussten diese Freistellungserklärungen wie im Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt werden.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)

Die Europäische Kommission hat am 18. Februar 2004 die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin vollumfänglich genehmigt. Die Entscheidung wurde am 4. Mai 2005 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Die Genehmigung der Kommission umfasst die Kapitalzuführung des Landes Berlin vom August 2001 in Höhe von 1,755 Mrd. €, die Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002 mit einem nominalen Höchstwert von 21,6 Mrd. € sowie die Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002. Diese Genehmigung war an verschiedene Zusagen der Bundesregierung an die EU-Kommission geknüpft. Der Konzern Bankgesellschaft und die LBB wirken intensiv an der Erfüllung dieser Zusagen mit. Sie haben alle dafür bislang auf Konzernseite notwendigen Schritte in die Wege geleitet und werden dies auch in Zukunft konsequent und fristgerecht tun. Für den Konzern und die LBB steht es außer Frage, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten.

Risikobericht

Ende Juli 2005 verstrich die Frist, innerhalb derer beim Gericht Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 18. Februar 2004 hätten eingelegt werden können. Da innerhalb dieser Frist keine Klagen eingegangen sind, besitzt die Entscheidung Bestandskraft und kann nicht mehr angefochten werden.

Bund, Land Berlin und Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Jeweils bei Erreichen eines bestimmten Meilensteins erhält die EU-Kommission Bericht über die ordnungsgemäße Umsetzung der Maßnahme. Zusätzlich berichten Bund, Land Berlin und Bank der EU-Kommission einmal jährlich anhand der mit der Kommission vereinbarten Mittelfristplanung über den Gesamtfortschritt der Restrukturierung. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmen mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen plangemäß umsetzt und es für den Konzern und die LBB außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung der Bank keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfeverfahren für die Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – etwa im Fall der für 2007 vorgesehenen Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile – die Bank nicht alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat am 20. Oktober 2004 auch im Verfahren über die Beihilfe für die LBB eine Entscheidung getroffen. Unter Berücksichtigung einer Verständigung, die im September 2004 zwischen dem Land Berlin, der LBB und dem Bundesverband deutscher Banken erzielt worden war, hat die EU-Kommission entschieden, dass die LBB eine Beihilfe in Höhe von 810 Mio. € zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckrücklage durch die LBB.

Zur Umsetzung dieser Entscheidung hat das Land Berlin die LBB mit Bescheid vom 20. Januar 2005 aufgefordert, den von der Kommission als Beihilfe angesehenen Betrag zuzüglich Zinsen, insgesamt 1,124 Mrd. €, zurückzuzahlen.

Zum gleichen Zeitpunkt ist das Land Berlin seiner Verpflichtung aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung nachgekommen und hat den von der LBB geleisteten Betrag der LBB in voller Höhe als Sanierungszuschuss gewährt. Die LBB hat die Forderung des Landes am 20. Januar 2005 durch Aufrechnung mit der eigenen Forderung gegenüber dem Land auf Leistung des Sanierungszuschusses in vollem Umfang erfüllt.

Bundesregierung, Land Berlin und LBB gehen davon aus, dass mit der ordnungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung vom 20. Oktober 2004 dieses Beihilfeverfahren für die LBB abgeschlossen ist und sich keine weiteren Risiken mehr aus ihm ergeben.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 20. Oktober 2004 einlegen. Die Klagefristen für die bislang an den Verfahren Beteiligten sind inzwischen abgelaufen, ohne dass Klagen bekannt geworden sind. Die Entscheidung der EU-Kommission ist bisher nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Nach der Veröffentlichung der Entscheidungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften können auch bislang Unbeteiligte innerhalb einer Frist von zwei Monaten Rechtsmittel einlegen, sofern sie hinreichende Gründe dafür geltend machen können. Die Bank geht allerdings davon aus, dass Rechtsmittel nicht erfolgreich wären. Zudem ist zu beachten, dass auch ein – rein hypothetischer, in einem Gerichtsverfahren durchgesetzter – höherer Beihilfebetrag aufgrund der Regelungen in der Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002 keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank und des Konzerns hätte.

Veräußerung der Anteile an der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Ein Bestandteil des Sanierungsplans, welcher der Genehmigung der vom Land Berlin gewährten Restrukturierungsbeihilfen durch die EU-Kommission zugrunde liegt, ist die Veräußerung der Anteile an der Weberbank.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank mussten die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Bankgesellschaft Berlin AG den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin und der Bankgesellschaft Berlin AG sind diese Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig.

Einige Kunden haben sich daraufhin mit dem Hinweis auf die Unwirksamkeit des Darlehensvertrags an die Bank gewandt. Ein Großteil dieser Beschwerden ist rechtlich unbegründet. Selbst wenn Kunden einen Anspruch auf Auskehrung der bisher gezahlten Raten zuzüglich Zinsen hätten, steht der Bank ihrerseits ein Anspruch auf Rückzahlung der Darlehensvaluta gegen deren tatsächlichen Empfänger zu. Zur Erlangung von Rechtssicherheit hat die Bank inzwischen einen Großteil der Kunden auf Feststellung der Wirksamkeit der Darlehensverträge verklagt. Einige Kunden haben sich daraufhin mit der Bank verglichen. Die anderen Verfahren laufen noch.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds, die durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) initiiert worden sind (IBV-Fonds), sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die per Ende Dezember 2005 rechtshängig gemachten Klagen, die von circa 7.700 Klägern eingereicht wurden, haben insgesamt ein Streitwertvolumen von circa 456 Mio. €. Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG mittlerweile ein so genanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet worden ist. Aufgrund dieses Angebots, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgt, ist damit zu rechnen, dass eine große Zahl der klagenden Zeichner ihre Klagen bis zum 31. März 2006 zurücknehmen wird, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

Die Bankgesellschaft Berlin und die LBB hatten bei diversen von der IBV initiierten Fonds auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der so genannten engen und/oder weiten Prospekthaftung bis zum 31. Dezember 2005 verzichtet, um zum einen den Kunden, die Fondsanteile gezeichnet haben, die vollständige und sachliche Prüfung ihrer Rechte zu ermöglichen, zum anderen, um wegen der drohenden Verjährung möglicher Prospekthaftungsansprüche der Zeichner zum 31. Dezember 2004 keine unnötigen Klagen zu provozieren. Die IBV hatte den Zeichnern die entsprechende Verzichtserklärung der Banken übermittelt. Im Zusammenhang mit dem Angebot an die Zeichner haben Bankgesellschaft Berlin AG und LBB hinsichtlich der vom streitschlichtenden Angebot umfassten 15 IBV-Fonds den erwähnten Einredeverzicht bis zum 31. März 2006 verlängert. Bezüglich der übrigen IBV-Fonds, bei denen ein Einredeverzicht Ende 2004 erklärt wurde, wurde dieser bis zum 31. Dezember 2006 prolongiert. Die entsprechenden Erklärungen der Banken wurden wiederum von der IBV an die Zeichner übermittelt.

Das Landgericht (LG) Berlin, bei dem die meisten der Verfahren rechtshängig sind, hat zunächst ab Oktober 2005 Termine zur mündlichen Verhandlung angesetzt, diese inzwischen aber zumeist in das Jahr 2006 verschoben. Drei Prospekthaftungsklagen gegen die LBB wurden bereits in erster Instanz vom LG Berlin abgewiesen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern der BGB gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgeschirmt.

Neben den erwähnten Prospekthaftungsklagen der Zeichner hat eine Fondsgesellschaft, die Perseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co KG – LBB Fonds 13 –, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadenersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die BGB, die

LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft GmbH im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998 erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i.L. und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe wurde der Streit verkündet.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hat der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 zur Rückabwicklung von Finanzierungen Stellung genommen, die der Beteiligung an geschlossenen Fonds gedient haben.

Aufgrund dieser Rechtsprechung haben sich diverse Kunden an die Bank gewandt und unter Hinweis auf eine angeblich zurechenbare Haustürsituation beziehungsweise teilweise fehlerhafte Angaben der Gesamtkreditkosten im Darlehensvertrag die Rückabwicklung ihrer Anteilsfinanzierungen verlangt. Die Bank hat diesen Begehren nicht entsprochen.

In diversen gegen die Bank geführten Rechtsstreiten konnten die klagenden Kunden eine Haustürsituation schon bei Vermittlung der Fondsanteile nicht beweisen.

Hinsichtlich der fehlerhaften Angaben der Gesamtkreditkosten hat das Kammergericht zunächst die Auffassung vertreten, dass eine fehlerhafte Angabe nicht mit einer fehlenden Angabe im Sinne des Verbraucherkreditrechts gleichgestellt werden könne. Demgemäß sei der Darlehensvertrag wirksam. In neueren Entscheidungen stellt das Kammergericht in Kenntnis der erwähnten BGH-Rechtsprechung allerdings fest, dass auch die fehlerhafte Angabe der Gesamtkreditkosten zur Nichtigkeit des Darlehensvertrags führe, jedoch durch Auszahlung des Darlehens der Nichtigkeitsgrund beseitigt werde. Allerdings dürfe die Bank gegenüber dem Kunden lediglich den gesetzlichen statt des vertraglich vereinbarten Zinssatzes abrechnen. Eine Erstattung der vom Kunden in der Vergangenheit geleisteten Zinsen komme nur für den nicht verjährten Zeitraum in Betracht. Alle diese neueren Entscheidungen des Kammergerichts, für die das Revisionsverfahren zugelassen wurde, sind noch nicht rechtskräftig.

LBS Nord

Die Landesbank Berlin AG ist Trägerin der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord). Der Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin und Niedersachsen über die LBS Nord sieht jedoch nur Anstalten des öffentlichen Rechts als Trägerinnen der Bausparkasse vor. Durch den Rechtsformwechsel der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2006 bestehen damit Unsicherheiten über die Trägerstellung der Landesbank Berlin. Ein wirtschaftliches Risiko aus diesem Sachverhalt wird als sehr gering eingeschätzt, weil alle Beteiligten von einer einvernehmlichen Änderung des Staatsvertrags ausgehen. Hinsichtlich der Eckpunkte für eine entsprechende Änderung wurde zwischen den Beteiligten Einigkeit erzielt, eine Gesetzesvorlage und die formale Genehmigung durch die Landesparlamente stehen aber noch aus und werden für den Sommer 2006 erwartet.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Im Verlauf des Jahres 2005 sind die Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center eingehend geprüft worden. Daraus resultierte eine gründlich überarbeitete und zusammengefasste Gesamtbankstrategie, die am 20. September 2005 vom Vorstand verabschiedet wurde. Die geplante Veräußerung der Berliner Bank ist nicht Bestandteil der Dokumentation Gesamtbankstrategie.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft.

Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Restrukturierung

Die Restrukturierung und Neuausrichtung der Bank ist weitgehend abgeschlossen. Die Grundzüge der Sanierungsziele werden in dem Abschnitt „Restrukturierung und Neuausrichtung“ des Lageberichts ausführlich beschrieben. Für die Umsetzung der gegenüber der EU-Kommission getroffenen Zusagen im Zusammenhang mit der Genehmigung der Beihilfe wurden bereits im Geschäftsjahr 2003 im notwendigen Umfang Rückstellungen gebildet.

Laufende Projekte

Die Vielzahl gesetzlich vorgegebener und restrukturierungsrelevanter Projekte bindet erhebliche Ressourcen. Beispielhaft seien genannt:

- die Einführung der Rechnungslegungsvorschriften nach IAS/IFRS
- die Umsetzung von Basel II
- die Ausgründung der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
- die Veräußerung der Berliner Bank
- das Projekt „Eine Bank“

„Eine Bank“

Ziel des Projekts „Eine Bank“ ist die Zusammenführung des gesamten Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG in den Büchern der Landesbank im Verlauf des Jahres 2006 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006. Daher wird die Landesbank die Risikopositionen des heutigen Konzerns Bankgesellschaft Berlin praktisch vollständig übernehmen.

Das Risikomanagement und -controllingsystem der beiden Institute Bankgesellschaft und Landesbank wurde bereits in den letzten Jahren weitestgehend vereinheitlicht. So werden identische Methoden und Systeme bei der Risikobewertung und identische Verfahren zur Sicherstellung des Risikofrüherkennungssystems verwendet. Soweit das Kreditwesengesetz (KWG) dies zulässt, wurden bereits bisher die Aufgaben des Risikomanagements und -controllings für beide Banken von den gleichen Organisationseinheiten wahrgenommen. Damit ist die Bank in Bezug auf das Risikomanagementsystem optimal auf die Zusammenführung der Risikopositionen in den Büchern der Landesbank vorbereitet.

Die noch ausstehenden Vereinheitlichungen betreffen unter anderem Tätigkeiten, deren Zusammenführung bisher durch die Beschränkungen des § 25a KWG nicht möglich war. Darüber hinaus werden im Rahmen des Projekts „Eine Bank“ die letzten Schritte zur Vereinheitlichung der IT-Plattform und der Prozessketten der beiden Banken abgeschlossen. Die damit einhergehende Komplexitätsreduzierung wird neben der Generierung erheblicher Synergieeffekte auch eine deutliche Reduzierung der Prozess- und IT-Risiken bewirken.

Zur Vermeidung von Prozessrisiken im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts hat die Bank umfangreiche organisatorische Maßnahmen ergriffen. Gleichwohl ist es aufgrund der erheblichen Komplexität der juristischen und technischen Herausforderungen des Projekts nicht auszuschließen, dass es durch äußere Einwirkungen zu Zeitverzögerungen gegenüber dem Projektplan kommen kann.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 wird die Bankgesellschaft Berlin AG das unter der Marke Berliner Bank in einer eigenen Niederlassung der LBB geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wird in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt. Ein straffes Projektmanagement, die Begleitung durch externe Mergers & Acquisitions-Berater sowie die regelmäßige Information der Europäischen Kommission und deren Treuhänder für die Berliner Bank stellen sicher, dass Verzögerungen im Veräußerungsprozess vermieden werden.

Für die negativen wirtschaftlichen Effekte der Herauslösung der Berliner Bank aus der LBB wurde bereits im Jahresabschluss 2003 ausreichend Vorsorge getroffen. Die Effekte entstehen insbesondere aus der technischen, organisatorischen und personellen Separierung der heute weitgehend in die LBB integrierten Berliner Bank. Die Veräußerung der Berliner Bank wird neben der Projektorganisation auch erhebliche Ressourcen innerhalb der Linienorganisation der LBB binden.

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) durch das Land Berlin vom 16. April 2002 weitestgehend abgeschirmt.

Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Bankgesellschaft Berlin bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr.

Risikobericht

Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten von der Bankgesellschaft Berlin AG als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Für den Konzern insgesamt bestehen bei der Umsetzung der Risikoabschirmung durch das Land Berlin Abwicklungsrisiken, zum Beispiel durch Unvollständigkeit von Unterlagen, durch Auslegungsunterschiede oder durch Nichteinhaltung von Fristen, denen durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet wird. Zur Ergänzung der DetV wurde im Jahre 2004 die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVO) unterzeichnet, durch die Zustimmungs- und Verfahrensfragen im Detail geregelt und insofern die entsprechenden Regelungen der Detailvereinbarung ergänzt und präzisiert worden sind. Eine Veränderung des materiellen Umfangs der Risikoabschirmung erfolgt durch die ZuVO nicht.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Diese werden im Konzern zentral in Verantwortung der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Bei der praktischen Anwendung der Detailvereinbarung sowie der ZuVO werden gegenüber der Controllinggesellschaft des Landes Berlin (BCIA) einvernehmlich abgestimmte und damit sichere und verbindliche Handlungsweisen angestrebt; trotz noch bestehender Schwierigkeiten konnten die zur Zustimmung vorgelegten Sachverhalte bislang geregelt werden. Die Verbesserung der Prozesse, letztendlich auch der Zusammenarbeit der beteiligten Parteien im Sinne pragmatischer und effizienter Vorgehensweisen, ist und bleibt der ausschließlich zielführende Weg, der zu Kosteneinsparungen, Verlustminimierungen und Vermeidung von Fehlmaßnahmen führt.

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 für die Bankgesellschaft Berlin AG genehmigte die EU-Kommission die Risikoabschirmung für die Bankgesellschaft Berlin AG durch das Land Berlin, im Gegenzug ist die Bankgesellschaft verpflichtet, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern oder aber zu liquidieren. Die Gesellschaften DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, die BCA Hotels GmbH sowie die IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH wurden im Berichtsjahr an private Investoren veräußert.

Im Berichtsjahr 2005 wurden der in 2004 begonnene Due-Diligence-Prozess für die Übertragung der Gesellschaften sowie das Bewertungsverfahren fortgeführt und abgeschlossen. In dem „Gemeinsamen Gutachten zur Ermittlung des Kaufpreises für den Immobiliendienstleistungsbereich (IDL) der Bankgesellschaft

Berlin AG zum 31.12.2005“ vom 20. Juli 2005 wurde durch die mit der Bewertung beauftragten Gesellschaften KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG und SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Unternehmenswert für die Gesamttransaktion ermittelt.

Das Land Berlin und die Bankgesellschaft Berlin verhandelten anschließend die Eckpunkte der Geschäftsübertragung, die Eingang in den Kaufvertrag und seine Anlagen gefunden haben. Gleichzeitig wurden die im Vorfeld der Übertragung erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen vorbereitet und durchgeführt. Dies sind insbesondere der Rechtsformwechsel der IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft in eine GmbH, deren Umfirmierung in BIH Berliner Immobilien Holding GmbH sowie die Bündelung der zu veräußernden Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts inklusive IBG und LPFV in der BIH als eine wesentliche Voraussetzung der Übertragung dieser Gesellschaften.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern Bankgesellschaft Berlin verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Hier sind insbesondere die Abspaltung der IBAG (neu) zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der erweiterten Negativliste zur Aufnahme in die Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH (GIB) zu erwähnen. Paraphierung und notarielle Beurkundung des Kaufvertrags sind noch im Dezember 2005 erfolgt.

Die Übertragung des auszugliedernden Immobiliendienstleistungsgeschäfts erfolgt mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Ergebnisse stehen ab 1. Januar 2006 dem Käufer zu.

Der Bewertung der IDL-Gesellschaften liegen bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zugrunde. Die Richtigkeit dieser Annahmen soll anhand eines zum 30. Juni 2006 zu erstellenden Zwischenabschlusses geprüft werden.

Über den 30. Juni 2006 hinaus bedarf die Transaktion bis zu ihrer vollständigen Umsetzung einer sorgfältigen und risikoaversen Begleitung, um eventuelle Risiken des Abtrennungsprozesses zu erkennen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Sicherung eines planmäßigen Verlaufs treffen zu können.

Im Zuge der Restrukturierung der IDL-Gesellschaften wurde ein nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen von circa 4,4 Mrd.€ rückabgewickelt oder veräußert. Risiken können sich aus der Vielzahl von in ihrer Art einmaligen, teilweise hochkomplexen Sachverhalten des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ergeben, die bei der Bewertung der IDL-Gesellschaften möglicherweise nicht vollständig berücksichtigt werden konnten. Die Komplexität der Sachverhalte vergrößert auch den Ermessensspielraum beider Parteien bei strittigen Fragen.

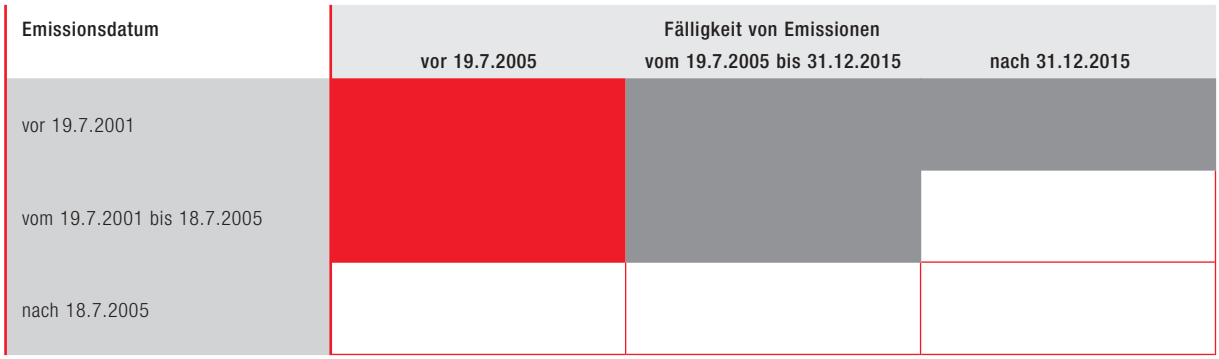
Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende des Berichtsjahres begonnene Rückkauf von Fondsanteilen dar. Er ist gleichzeitig eine weitere Maßnahme, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert. Den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, wurde ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile durch die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der Landesbank Berlin ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungsabtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Bis zum 31. Dezember 2005 sind 1.996 beantragte Kauffälle mit einem Zeichnungsvolumen von circa 52,1 Mio. € und einem Kaufpreis von circa 36,7 Mio. € für Anteilsrücknahmen registriert, von denen circa 17,6 Mio. € bereits zur Auszahlung gelangt sind. Beantragt wurden weiterhin 1.169 Darlehen, die zum 31. Dezember 2005 noch nicht valutiert wurden. Der Anteilserwerb erfolgt im Rahmen der Risikoabschirmung durch das Land Berlin.

Auch nach Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts wird der Konzern die Regeln der DetV zu beachten haben, insbesondere für die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Kreditnehmer aus dem IDL sowie die damit verbundenen und von dem Konzern einzuhaltenden Verfahrensregeln. Dies betrifft einerseits hauptsächlich die laufenden Informationsrechte des Landes und die mit der DetV eingegangene Pflicht zur Minimierung der bei dem Land geltend zu machenden Schäden, andererseits den Fortbestand von Abwicklungsrisiken bei einer möglichen Inanspruchnahme der Risikoabschirmung dieser Kredite. Zu beachten sind andererseits die im Konzern verbliebenen und der BB-Data / GfBI beziehungsweise deren Tochtergesellschaft GIB zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der Negativliste sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen.

Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Über die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei deutschen Landesbanken kam es im Sommer 2001 zu der so genannten „Brüsseler Verständigung“. Das Land Berlin hat daraufhin die Vorgaben aus dieser Verständigung umgesetzt. Die Anstaltslast für die LBB wurde mit Ablauf des 18. Juli 2005 abgeschafft. Die Bestimmungen über die Gewährträgerhaftung wurden so geändert, dass Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für bis zum 18. Juli 2001 begründete Verbindlichkeiten besteht die Gewährträgerhaftung unverändert fort. Der Ablauf der beiden Haftungsinstrumente in Abhängigkeit von Emissions- und Fälligkeitsdatum der betroffenen Verbindlichkeiten wird im nachfolgenden Schaubild zusammenfassend dargestellt:

HAFTUNGSINSTRUMENTE IN ABHÄNGIGKEIT VON EMISSIONS- UND FÄLLIGKEITSDATUM



- Anstaltslast **und** Gewährträgerhaftung
- Gewährträgerhaftung, Garantie der öffentlichen Hand für den Fall, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus eigenen Mitteln nicht nachkommen kann
- Keine öffentliche Garantie

Bereits im Rahmen der Restrukturierung haben wir ein Geschäftsmodell entwickelt, das den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung berücksichtigt. Der Konzern war deshalb auf die veränderte Haftungssituation ausreichend vorbereitet. Die Bank hat mittels aktueller marktgerechter Annahmen die Auswirkung des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage des Konzerns kalkuliert und in ihrer Planung berücksichtigt.

Die Ratingagentur Moody's hat für die Sparkassen-Finanzgruppe, deren Mitglied die Landesbank Berlin ist, eine Ratinguntergrenze nach Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung von „A1" definiert. Damit beträgt das langfristige ungarantierte Rating der Landesbank Berlin ebenfalls „A1".

Die Ratingagentur Fitch hat für ungarantierte Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin ein langfristiges Rating von „BBB+" vergeben.

Prognosebericht/Ausblick

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld für die Bank, insbesondere in ihrem Heimatmarkt Berlin-Brandenburg, schätzen wir trotz absehbarer Verbesserungen einzelner Konjunkturdaten insgesamt weiterhin als schwierig ein. Kurzfristig, das heißt im weiteren Verlauf des Jahres 2006, dürfte sich der konjunkturelle Rückstand des Mittelstands zu den großen Unternehmen zwar aufgrund der vorübergehend etwas lebhafteren Binnenkonjunktur verringern. Damit könnte die Wirtschaft in der Region Berlin 2006 erstmals seit Jahren wieder wachsen. Mittelfristig werden aber aufgrund der schwierigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – zu nennen sind hier vor allem die geringe Einkommensentwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit in der Region Berlin – rückläufige private Konsumausgaben kaum vermeidbar sein.

Zudem belastet die sich weiter verengende Zinsspanne die Ertragsperspektiven der Kreditwirtschaft. Fortgesetzte Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sorgen weiterhin für einen starken Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt. Gleichzeitig wird die Marktdurchdringung durch ausländische Anbieter allmählich zunehmen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass der Wettbewerbsdruck weiter steigen wird.

In dieser Einschätzung des konjunkturellen Umfelds kann sich ein moderater Anstieg der Geschäftsvolumina durch die Konzentration auf die gewerbliche Kundschaft ergeben. Nach erfolgter Stärkung der Unternehmensfinanzen sind in diesem Kundenkreis die Spielräume für zusätzliche Kreditaufnahmen wieder gewachsen.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Entwicklung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin, die seit 2001 durch einen konsequenten Sanierungskurs geprägt war, werden wir in den kommenden Jahren eine deutlich stärker markt- und ertragswachstumsbetonte Ausrichtung geben.

Dabei werden wir die eingeschlagene Strategie in den Geschäftssegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und gewerbliche Immobilienfinanzierung weiter ausbauen und gezielt ergänzen.

Als wesentliche strukturelle Maßnahme gehört hierzu auch die weitgehende Konzentration der operativen Geschäftstätigkeit in der Landesbank Berlin AG, die für Mitte des Jahres 2006 vorgesehen ist.

Mit dem bevorstehenden Verkauf der Niederlassung Berliner Bank und der bereits vereinbarten Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin gibt der Konzern Bankgesellschaft Berlin 2006 zwei weitere bedeutende Geschäftseinheiten ab und erfüllt damit im Wesentlichen die letzten Auflagen der Europäischen Kommission für den Sanierungsprozess.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund unserer Prognose des Marktumfelds sowie der beschriebenen strukturellen Maßnahmen und Geschäftsabgänge erwarten wir in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen:

Private Kunden

Zwei Schwerpunkte werden wir im Geschäft mit privaten Kunden verfolgen: Zum einen werden wir die Anlageberatung systematisch und kundenorientiert verstärken, zum anderen werden wir in Angebote und Prozesse für die Konsumentenfinanzierung investieren.

Aus beiden Schwerpunkten planen wir einen Ertragszuwachs, der auch nach dem Verkauf der Berliner Bank eine Eigenkapitalrendite [1)] von nachhaltig mindestens 30 % ermöglicht.

Firmenkunden

Nachdem wir im Jahr 2005 im Gewerbekundengeschäft eine neue Betreuungsplattform erfolgreich eingeführt haben, erwarten wir in diesem Segment eine leichte Erhöhung des Marktanteils, vor allem aber eine deutliche Verbesserung der Rentabilität, da es mit der neuen Betreuungslinie möglich sein wird, effizientere Prozesse ohne Angebotseinschränkungen zu realisieren.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden planen wir – auch nach dem Verkauf der Berliner Bank –, eine nachhaltige Eigenkapitalrendite von mindestens 10 % zu erzielen.

Kapitalmarktgeschäft

Im Geschäftsfeld Client Business steht der Ausbau des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts im Vordergrund. In diesem Bereich wird die Verzahnung mit dem Privatkunden-, Firmenkunden- und Immobilienkundengeschäft besonders unterstützt. Im Bereich Treasury und Trading setzen wir auf abgegrenzte kurzfristige Investitionsstrategien, die uns eine flexible Reaktion auf aktuelle Marktentwicklungen ermöglichen.

Naturgemäß ist der Ergebnisverlauf des Kapitalmarktgeschäfts in erheblichem Maße von der Entwicklung und der Volatilität der Märkte abhängig. Mit einem wachsenden Anteil des Kundengeschäfts und der Konzentration auf marktneutrale Eigenhandelsstrategien haben wir jedoch stabile Ertragsquellen geschaffen.

Wir gehen daher von einer erzielbaren Eigenkapitalrendite von durchschnittlich 15 % bis 20 % aus.

Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden wir unsere Strategie der Ausrichtung auf Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen bundesweit fortsetzen und ergänzend selektiv im europäischen Ausland tätig werden. Kundenorientierung, Flexibilität und Schnelligkeit unserer Vertriebs- und Kreditbearbeitungsprozesse sollen zu einer weiteren Erhöhung unseres Marktanteils beitragen. Wir erwarten, in diesem Geschäftsfeld dauerhaft eine Eigenkapitalrendite von 10 % bis 12 % zu erreichen.

Zusammenfassung

Nach der im Jahr 2005 erfolgreich abgeschlossenen Sanierungsphase können wir auf der Basis durchgreifend restrukturierter Verwaltungsaufwendungen und umfassend bereinigter Kreditrisiken ein moderates Wachstum und eine weitere Ergebnisverbesserung in der Gesamtbank erwarten.

Wir sehen es als ein realistisches Ziel an – ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren aus dem Verkauf der Berliner Bank –, innerhalb der nächsten beiden Jahre eine Eigenkapitalrendite von 8 % bis 12 % zu erreichen.

[1)] Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital wird aus einer 6 %igen Anrechnung der durchschnittlichen Risikopositionen nach KWG sowie der Anrechnung von operationellen Risiken in Anlehnung an den Standardansatz Basel II ermittelt.

Jahresabschluss

72 **Bilanz**

74 **Gewinn- und Verlustrechnung**

76 **Anhang**

- Verzeichnis des Anteilsbesitzes 76
- Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 76
- Angaben zu den Bilanzpositionen 79
- Angaben zu den GuV-Positionen 87
- Sonstige Angaben 95
- Organe der Landesbank Berlin – Girozentrale – 104
- Anlagen 106

Bilanz der Landesbank Berlin – Girozentrale –

zum 31. Dezember 2005

AKTIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	2005 T€	2004 T€
Barreserve						
a) Kassenbestand				553.331		518.438
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				669.456		630.623
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		655.954				(461.154)
					1.222.787	**1.149.061**
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10					
b) Wechsel				763		1.842
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		763				(1.842)
					763	**1.842**
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5					
a) täglich fällig				1.265.985		8.183.458
b) andere Forderungen				45.687.916		39.608.394
					46.953.901	**47.791.852**
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 10				22.949.445	**23.422.546**
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		2.984.529				(2.783.499)
Kommunalkredite		9.710.261				(10.571.482)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 8, 10					
a) Geldmarktpapiere						
ab) von anderen Emittenten			308.465			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		274.641				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			447.792			786.671
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		432.391				(511.400)
bb) von anderen Emittenten			15.639.716			10.121.641
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		10.205.226		16.395.973		(5.676.232)
						10.908.312
c) eigene Schuldverschreibungen				230.262		120.391
Nennbetrag		203.172				(124.987)
					16.626.235	**11.028.703**
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6, 8				1.785.096	**161.543**
Beteiligungen	6, 8				156.775	**155.360**
darunter: an Kreditinstituten		101.624				(101.470)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 8				44.092	**321.944**
darunter: an Kreditinstituten		7.551				(311.928)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen	7				14.923	**14.979**
darunter: Treuhandkredite		14.923				(14.979)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	10				0	**88.699**
Sachanlagen	6, 11				89.938	**108.700**
Sonstige Vermögensgegenstände	12				316.358	**1.471.833**
Rechnungsabgrenzungsposten	13				230.166	**241.238**
Summe der Aktiva:					**90.390.479**	**85.958.300**

PASSIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	2005 T€	2004 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) täglich fällig				2.955.824		5.028.622
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				24.204.389		23.362.148
					27.160.213	**28.390.770**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			7.474.295			7.598.910
ab) von mehr als drei Monaten			145.607			175.362
				7.619.902		7.774.272
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			9.492.948			9.598.527
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			8.902.459			8.820.013
				18.395.407		18.418.540
					26.015.309	**26.192.812**
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen				33.082.324		26.273.845
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0		0
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
					33.082.324	**26.273.845**
Treuhandverbindlichkeiten	7				14.923	**14.979**
darunter: Treuhandkredite		14.923				(14.979)
Sonstige Verbindlichkeiten	14				410.303	**1.455.594**
Rechnungsabgrenzungsposten	15				192.878	**144.344**
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	16			299.377		248.002
b) Steuerrückstellungen				46.473		35.692
c) andere Rückstellungen	17			287.739		366.468
					633.589	**650.162**
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 18				818.011	**783.212**
Fonds für allgemeine Bankrisiken					0	**0**
Eigenkapital	19					
a) Stille Einlagen				1.943.887		1.943.887
c) Gewinnrücklagen						
cc) satzungsmäßige Rücklagen						
Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen						
Gewinnrücklage der Bank			83.757			83.757
				83.757		
d) Bilanzgewinn				35.285		24.938
					2.062.929	**2.052.582**
Summe der Passiva:					**90.390.479**	**85.958.300**
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)					524.879	**811.817**
Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				0		14.777
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				1.451.892		2.303.838
					1.451.892	**2.318.615**

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin – Girozentrale –

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

AUFWENDUNGEN

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	2005 T€	2004 T€
Zinsaufwendungen	20				2.521.481	2.303.888
Provisionsaufwendungen	21				46.310	35.335
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	22				0	5.810
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	23					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			229.272			234.800
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			69.326			63.326
darunter: für Altersversorgung		25.502				18.049
				298.598		298.126
b) andere Verwaltungsaufwendungen				410.802		432.200
					709.400	730.326
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6				8.451	14.799
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26				19.361	22.732
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	24				122.102	102.054
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				0	351
Aufwendungen aus Verlustübernahme					2.111	7.481
Außerordentliche Aufwendungen	27				11.640	1.142.427
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	28				17.249	1.309
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					49	2.454
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne					185.693	99.336
Jahresüberschuss					35.285	24.938
Summe der Aufwendungen:					3.679.132	4.493.240
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag					35.285	24.938
Bilanzgewinn					35.285	24.938

ERTRÄGE

	Anhang Textziffer	T€	2005 T€	2004 T€
Zinserträge aus	20			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.729.134		2.739.862
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		485.612		249.501
			3.214.746	**2.989.363**
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	20	9.894		209
b) Beteiligungen		5.679		6.248
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		14.224		16.525
			29.797	**22.982**
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0	**0**
Provisionserträge	21		321.380	**309.390**
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	22		11.000	**0**
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	6		18.779	**0**
Sonstige betriebliche Erträge	26		57.816	**44.554**
Außerordentliche Erträge	27		25.614	**1.126.951**
Summe der Erträge:			3.679.132	**4.493.240**

Anhang der Landesbank Berlin 2005

Die Landesbank Berlin ist Tochtergesellschaft der Bankgesellschaft Berlin AG. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist als Konzernmuttergesellschaft bis zum 31. Dezember 2005 in Form einer atypisch stillen Beteiligung mit 75,01 % am Vermögen und – nach Ergebnisanteilen der stillen Gesellschaften mit dem Land Berlin – am Ergebnis der Landesbank Berlin beteiligt. Die nicht durch den Beteiligungsvertrag erfassten Ergebnis- und Vermögensanteile stehen dem Land Berlin als Träger der Landesbank zu. Das Land Berlin hat seine Ansprüche auf den Bilanzgewinn der Landesbank an die Bankgesellschaft Berlin AG abgetreten; die Bankgesellschaft Berlin AG war danach – nach Ergebnisanteilen der stillen Gesellschaften mit dem Land Berlin – zu 100 % am wirtschaftlichen Erfolg sowie einem evtl. Liquidationserlös der Landesbank Berlin beteiligt.

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 ist die Landesbank Berlin Anstalt öffentlichen Rechts in die Landesbank Berlin Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG.

Die Landesbank Berlin ist in den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG einbezogen. Deren Abschluss wurde gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt.

Der IFRS-Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG sowie der erstmalig für das Geschäftsjahr 2005 erstellte LBB-Teilkonzernabschluss nach HGB werden beim Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg hinterlegt.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigefügt ist.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. In den Jahresabschluss ist die rechtlich unselbständige Abteilung Berliner Sparkasse und die Niederlassung Berliner Bank einbezogen. Auswirkungen aus dem in 2006 erfolgenden Formwechsel zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sind im vorliegenden Jahresabschluss nicht enthalten.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Wesentlichen beibehalten. Ausschüttungen auf Genussscheine werden ab dem Geschäftsjahr 2005 periodengleich mit dem zeitanteiligen Wert angesetzt. Gegenüber der bisherigen Vereinnahmung nach dem Zuflussprinzip ergibt sich daraus ein positives Ergebnis in Höhe von 10 Mio. €.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden im Hinblick auf die EU-Entscheidung, die eine Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission und die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen (Aufzinsung) entsprechende Veränderungen.

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten.

Im Finanzanlagevermögen der Landesbank Berlin befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete börsenfähige Aktien und Wertpapiere in Höhe von 10 (i.V.: 10) Mio. €.

Die Wertpapiere des Handelsbestands sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen werden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6 %. Der steuerlich zulässige Wert wird dann angesetzt, wenn er den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Betrag übersteigt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G) verwendet.

Anhang

Die Bewertung hinsichtlich der unter die Detailvereinbarung fallenden Aktiva und Passiva erfolgt im Jahresabschluss 2005 unverändert zum Jahresabschluss 2004: „Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG (und damit auch der Landesbank Berlin) von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2001 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Die Entscheidung der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren vom 18. Februar 2004 legitimiert die Fortführung dieses Bewertungsansatzes zum 31. Dezember 2003. Bei den unter die Detailvereinbarung fallenden Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichte Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/IBAG-Gruppe abgeschirmt. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.“

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für welche die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen bewertet werden und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Angaben zu den Bilanzpositionen

1 Fristengliederung

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Andere Forderungen		
bis drei Monate	36.157	27.492
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.314	5.298
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.124	5.216
mehr als fünf Jahre	1.093	1.602
Insgesamt	**45.688**	**39.608**
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	4.637	4.098
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.220	1.855
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.861	8.216
mehr als fünf Jahre	10.231	9.254
davon mit unbestimmter Laufzeit	(2.698)	(2.699)
Insgesamt	**22.949**	**23.423**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	16.138	12.773
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.538	3.061
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.792	5.664
mehr als fünf Jahre	1.736	1.864
Insgesamt	**24.204**	**23.362**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis drei Monate	14	21
mehr als drei Monate bis ein Jahr	13	15
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	110	128
mehr als fünf Jahre	9	11
Insgesamt	**146**	**175**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	2.765	2.302
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.220	1.546
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.409	2.277
mehr als fünf Jahre	2.509	2.695
Insgesamt	**8.903**	**8.820**

2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Enthalten in Position:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.545	1.094
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen	4.814	3.719

3 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	38.735	38.534
Forderungen an Kunden	418	347
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.130	3.131
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.727	9.035
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	223	125
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.485	4.867
Nachrangige Verbindlichkeiten	728	693

4 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	323	389
Forderungen an Kunden	107	113
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	134
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	68	22
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0

5 Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	163	163
Forderungen an Kunden	6	4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	173	153

6 Entwicklung des Anlagevermögens

	Finanzanlagen				Sachanlagen
in Mio. €	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	
Buchwert zum 31.12.2004	**93**	**0**	**155**	**322**	**109**
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2004	93	10	159	504	311
Zugänge 2005	10	0	2	38[1)]	3
Abgänge 2005	5	0	0	393	41
Umbuchungen 2005	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2005	98	10	161	149	273
Kumulierte Zuschreibungen	0	0	2	0	1
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2004	0	10	6	183	202
Zugänge 2005	0	0	0	10[2)]	8
Abgänge 2005	0	0	0	88	26
Umbuchungen 2005	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2005	0	10	6	105	184
Buchwert zum 31.12.2005	**98**	**0**	**157**	**44**	**90**

[1)] darin umgegliederte sonstige Vermögensgegenstände 36 Mio. €
[2)] darin kumulierte Abschreibungen aus umgegliederten sonstigen Vermögensgegenständen 10 Mio. €

In der Entwicklung der Anteile an verbundenen Unternehmen spiegelt sich im Wesentlichen der Verkauf der Weberbank Privatbankiers KGaA wider.

Anhang

7 Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	15	15
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
	15	**15**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
	15	**15**

8 Börsenfähigkeit / Börsennotierung

	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.626	11.029	13.549	9.008	3.077	2.021
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	369	153	145	0	224	153
Beteiligungen	0	0		0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	305		0	0	305

Der Anstieg in der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere resultiert aus der Übernahme von Investmentfondsanteilen im Rahmen der Ausgliederung der Weberbank.

9 Bestände in Fremdwährung

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Vermögensgegenstände	5.682	8.428
Verbindlichkeiten	5.680	8.607

10 Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Wertpapiere	8.501	3.571
davon: Ausgleichsforderungen	0	9
Wirtschaftskredite	203	268
davon: Wechsel	1	2
davon: Kreditforderungen	202	266
Gesamt	**8.704**	**3.839**

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme 3.000 (i.V.: 1.000) Mio. €.

11 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Von den Grundstücken und Gebäuden werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien mit einem Buchwert von 50 (i.V.: 61) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 35 (i.V.: 35) Mio. € enthalten. Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 50 Jahre
Mietereinbauten	25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

12 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
GbR-Anteile an geschlossenen Fonds und Anteile an sonstigen Gesellschaften	0	27
Forderungen an Finanzbehörden	14	21
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	275	270
Einzugspapiere	3	3
Übrige	24	1.151
Insgesamt	**316**	**1.472**

In den übrigen Sonstigen Vermögensgegenständen war im Vorjahr ein Betrag in Höhe von 1.124 Mio. € enthalten, der eine Forderung auf Sanierungszuschuss gegenüber dem Land Berlin aufgrund der „Vereinbarung über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Beihilfeprüfverfahren C 48/2002 – Landesbank Berlin – Girozentrale – der Europäischen Kommission“ vom 23./27. Dezember 2002 (Rückzahlungsvereinbarung) darstellte. Sie diente dem Ausgleich der Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Land Berlin aus der Entscheidung der Europäischen Kommission zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen WBK als unzulässige Beihilfe, die unter den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert war. Die Forderung war zum Bilanzstichtag 2004 noch nicht entstanden (§ 268 Abs. 4 Satz 2 HGB). Sie ist unmittelbar nach Eintritt der Fälligkeit des Rückzahlungsanspruchs, der mit Bescheid des Landes Berlin vom 20. Januar 2005 erfolgte, fällig geworden und durch Aufrechnung mit der Zahlungsverpflichtung erloschen.

13 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 149 (i.V.: 152) Mio. €.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 66 (i.V.: 69) Mio. €.

14 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	20	24
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	15	14
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	1	7
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps	256	252
Übrige	118	1.159
Insgesamt	**410**	**1.456**

In den übrigen Sonstigen Verbindlichkeiten war im Vorjahr ein Betrag in Höhe von 1.124 Mio. € enthalten, der aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen WBK als unzulässige Beihilfe an das Land Berlin zurückzuzahlen war. Dieser Verbindlichkeit stand aufgrund der „Vereinbarung über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Beihilfeprüfverfahren C 48/2002 – Landesbank Berlin – Girozentrale – der Europäischen Kommission“ vom 23./27. Dezember 2002 (Rückzahlungsvereinbarung) eine Forderung in gleicher Höhe gegen das Land Berlin gegenüber, die unter den sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert war. Die Verbindlichkeit war zum Bilanzstichtag 2004 rechtlich noch nicht entstanden (§ 268 Abs. 5 Satz 3 HGB). Sie ist, wie auch die entgegenstehende Forderung, mit Bescheid des Landes Berlin vom 20. Januar 2005 fällig geworden und durch Aufrechnung erloschen.

15 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 98 (i.V.: 119) Mio. € ausgewiesen.

16 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen um 51 Mio. € auf 299 (i.V.: 248) Mio. €.

17 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	50	58
Rückstellungen für Verlustübernahmen	2	11
Rückstellungen aus der DM-Eröffnungsbilanz	14	29
Rückstellungen im Personalbereich	62	65
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	79	102
Rückstellungen EU-Entscheidung	21	48
Übrige	60	54
Insgesamt	**288**	**367**

Die Rückstellungen für **Restrukturierungsmaßnahmen** entwickelten sich **2005** wie folgt:

in Mio. €	01.01.2005	Verbrauch	Umbuchung	Auflösung	Zuführung	31.12.2005
Personal	49	14	– 9	1	7	32
Flächenmanagement	41	4	0	4	5	38
Sachaufwand	12	3	0	0	0	9
Gesamt	**102**	**21**	**– 9**	**5**	**12**	**79**

Entsprechend dem vom Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG beschlossenen Restrukturierungskonzept zur Sicherung des Fortbestands des Konzerns waren im Zeitraum bis 2005 personalwirtschaftliche Maßnahmen und Maßnahmen zur Sachkostensenkung durchzuführen. Die hiermit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen wurden getrennt nach Personal-, Gebäude- und Raumkosten (Flächenmanagement) und sonstigen Sachaufwendungen in der Restrukturierungsrückstellung erfasst.

18 Nachrangige Verbindlichkeiten

		Nominalwerte				
	Währung	in Mio.	in Mio. €		Zinssatz	Fälligkeit
(1)*	FRF	1.000	152	Tec 10 – 0,40 %	2,88000	2009
(2)	DEM	60	31	6-M.-Euribor + 0,50 %	3,10100	2008
(3)	DEM	10	5		4,86000	2008
(4)	DEM	20	10		4,86000	2008
(5)	DEM	1	1		4,86000	2008
(6)	DEM	5	3		4,85000	2008
(7)	DEM	5	3		4,85000	2008
(8)	DEM	10	5		4,85000	2008
(9)	DEM	5	3		4,82000	2008
(10)	DEM	8	4		4,82000	2008
(11)	DEM	2	1		4,86000	2008
(12)	DEM	10	5		4,80000	2008
(13)	DEM	10	5		4,80000	2008
(14)	DEM	10	5		4,74000	2008
(15)	DEM	10	5		4,85000	2008
(16)	DEM	10	5		4,85000	2008
(17)	DEM	1	1		4,86000	2008
(18)*	EUR	29	29		5,37500	2010
(19)*	JPY	3.500	25		FRN	2013
(20)*	JPY	3.000	22		FRN	2018
(21)*	JPY	1.000	7		FRN	2018
(22)*	EUR	10	10	3-M.-Euribor + 0,39 %	2,77200	2009
(23)*	USD	250	212		7,12500	2012
(24)*	GBP	150	219		8,00000	2012
(25)*	EUR	51	51		FRN	2012

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (1, 23, 24) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2005 beträgt 43 (i.V.: 42) Mio. € unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 0,3 (i.V.: 2) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2005 sind 787 (i.V.: 783) Mio. € als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 485 (i.V.: 450) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

19 Eigenkapital

Das Grundkapital betrug zum Bilanzstichtag gemäß § 3 der Satzung der Landesbank Berlin – Girozentrale – 844 Mio. €. Es wird in der Bilanz als atypisch stille Einlage der Bankgesellschaft Berlin AG ausgewiesen. Daneben bestehen typische stille Einlagen des Landes Berlin in Höhe von 1.100 Mio. €. Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 84 (i.V.: 84) Mio. €.

Angaben zu den GuV-Positionen

20 Zinsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Zinserträge	3.214	2.989
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.729	2.740
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	485	249
Laufende Erträge	30	23
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	10	0
aus Beteiligungen	6	6
aus verbundenen Unternehmen	14	17
Erträge aus Gewinngemeinschaften	0	0
Zinsaufwendungen	2.521	2.304
für Einlagen	1.455	1.441
für verbriefte Verbindlichkeiten	1.022	821
für nachrangige Verbindlichkeiten	44	42
Insgesamt	**723**	**708**

21 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	91	83
Wertpapiere/Vermögensanlagen	90	83
Emissions- u. Konsortialgeschäft	1	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	129	135
Kreditgeschäft	7	7
Kreditgeschäft	0	0
Avalprovisionen	4	4
Auslandsgeschäft	3	3
Kartengeschäft	33	36
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	15	13
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	14	12
Insgesamt	**275**	**274**

22 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. €	2005	2004
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	10	–7
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	0	0
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	1	1
Handelsergebnis	**11**	**–6**

23 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2005	2004
Gebäude- und Raumkosten	58	64
EDV	144	159
Werbung und Marketing	18	19
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	18	15
Geschäftsbetriebskosten	28	31
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	6	5
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	137	138
Insgesamt	**411**	**433**

Aufwendungen für den Abschlussprüfer:

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge	T €
für Jahresabschlussprüfungen	1.825
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	163
für Steuerberatung	27
für sonstige Leistungen	0
Insgesamt	**2.015**[1)]

[1)] Davon im Zusammenhang mit IFRS 477 T €

24 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2005	2004
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	103	106
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	19	– 4
Reserven gemäß § 340 f HGB	0	0
Insgesamt	**122**	**102**

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 10. Januar 1994. In 2005 wurde für die Berechnung des maßgeblichen Prozentsatzes anstelle des Bruttovolumens erstmals das risikobehaftete Kreditvolumen den tatsächlichen Ausfällen gegenübergestellt. Hieraus ergab sich eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen um 8 Mio. €. Um einen sachgerechten Ausweis der latenten Kreditrisiken zu erreichen, wurden in diesem Jahr erstmals Ausbuchungen von bestimmten Kreditengagements aus den neunziger Jahren nicht in die Berechnung der Pauschalwertberichtung einbezogen. Da dieses Kreditportfolio unserer nunmehr seit Jahren gültigen Kreditrisikostrategie nicht mehr entspricht, darf es sich nicht in einer die künftige Entwicklung reflektierenden Berechnung der Pauschalwertberichtigung niederschlagen. Unsere geänderte Betrachtungsweise wird durch die Ergebnisse der Expected-Loss Schätzung gestützt.

Anhang

Die Risikovorsorge **für das Kreditgeschäft** hat sich wie folgt entwickelt [4]:

	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direkt-abschreibungen		EWB [1]		PWB [2]		Rückstellungen Kreditgeschäft							
in Mio. €	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Stand 01.01.			**2.214**	**2.545**	**49**	**54**	**58**	**71**	**1**	**6**	**2.322**	**2.676**		
Zuführungen	–	–	172	158	17	6	14	6	0		203	170	203	170
Inanspruch-nahmen	–	–	314	200			1	0	1	1	316	201		
Auflösungen	–	–	100	71	3	0	15	11	0	4	118	86	118	86
Direktabschrei-bungen	23	26											23	26
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	5	4											5	4
Umbuchungen [3]	–	–	73	–217	0	–11	–7	–8	0	0	66	–236		
Wechselkurs-änderungen	–	–	3	–1	0	0	0	0	0	0	3	–1		
Stand 31.12.	**–**	**–**	**2.048**	**2.214**	**63**	**49**	**49**	**58**	**0**	**1**	**2.160**	**2.322**	**103**	**106**

[1] Einzelwertberichtigung
[2] Pauschalwertberichtigung
[3] Die Umbuchungen betreffen in 2005 im Wesentlichen die Weberbank, in 2004 im Wesentlichen die IBB.
[4] Ohne Einzelwertberichtigung auf Altkredite in Höhe von 305 Mio. € (i.V.: 316 Mio. €)

Der **Bestand** der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	2005	2004
Forderungen an Kreditinstitute	2	12
Forderungen an Kunden	2.107	2.252
Rückstellungen	49	58
Sonstige Positionen	2	0
Insgesamt	**2.160**	**2.322**

25 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge gesamt	
in Mio. €	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Zinserträge	2.865	2.688	350	301	3.215	2.989
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	30	23	0	0	30	23
Provisionserträge	321	309	0	0	321	309
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	10	–	1	–	11	–
Sonstige betriebliche Erträge	58	45	0	0	58	45

26 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird unter anderem die Avalprovision an das Land Berlin für die Enthaftung in Höhe von 6 Mio. € (i.V.: 6 Mio. €) ausgewiesen. Darüber hinaus werden in diesem Posten auch die Erträge aus der Konzernleistungsverrechnung erfasst.

27 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

in Mio. €	2005	2004
Außerordentliche Aufwendungen	**12**	**1.143**
aus Zuführung Restrukturierungsrückstellungen	12	12
davon Personal	7	11
Flächenmanagement	5	1
Rückstellung WBK Beihilfeentscheidung	0	1.124
Rückstellung aufgrund EU-Entscheidung	0	1
Sonstige	0	6
Außerordentliche Erträge	**26**	**1.127**
aus Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	5	3
davon Personal	1	0
Flächenmanagement	4	2
Sachaufwand	0	1
aus dem Ausgleich für die WBK Beihilfeentscheidung	0	1.124
aus Auflösung Rückstellung für Tochterunternehmen	4	0
Sonstige	17	0
Insgesamt	**14**	**–16**

Die im Vorjahr ausgewiesenen betragsgleichen Aufwendungen und Erträge in Höhe von 1.124 Mio. € resultieren aus der Entscheidung der Europäischen Kommission zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen WBK.

28 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Ertragsteueraufwand der Landesbank Berlin in Höhe von 17 Mio. € ist in Höhe von 2 Mio. € auf den Erfolg der Niederlassung Luxemburg zurückzuführen. Auf das inländische Bankgeschäft entfällt im Berichtszeitraum – trotz bestehender steuerlicher Verlustvorträge – eine Ertragsteuerbelastung von 15 Mio. €. Sie resultiert aus der ab 2004 gültigen Mindestbesteuerung.

29 Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder der Landesbank Berlin

	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarkt-geschäft	
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Zinsüberschuss	422	454	167	174	99	95
Provisionsüberschuss	241	241	35	35	– 2	– 4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0	0	0	0	11	– 6
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	4	0	0	1	0	0
Summe Erträge	**667**	**695**	**202**	**210**	**108**	**85**
Personalaufwand	201	198	64	63	1	1
Andere Verwaltungsaufwendungen	314	338	57	62	19	17
Normalabschreibungen	3	4	0	0	0	– 1
Summe Verwaltungsaufwand	**518**	**540**	**121**	**125**	**20**	**17**
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**149**	**155**	**81**	**85**	**88**	**68**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft [2)]	40	58	27	22	0	2
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	0	0	2	0	11	– 2
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	0	0	0	0	**0**	0
Risikovorsorge	**40**	**58**	**29**	**22**	**11**	**0**
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	**109**	**97**	**52**	**63**	**77**	**68**
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	2	1	0	0
Saldo der übrigen Positionen	0	0	– 1	– 2	0	0
Ergebnis vor Steuern	**109**	**97**	**53**	**62**	**77**	**68**
Vergütung der stillen Einlagen						
Ergebnis vor Steuern nach Vergütung stille Einlagen	**109**	**97**	**53**	**62**	**77**	**68**
Segmentvermögen	5.264	5.424	6.591	7.845	55.449	50.405
Segmentverbindlichkeiten	13.350	13.559	4.764	4.833	34.242	29.886
Risikopositionen [Stichtag]	4.132	4.287	4.891	4.911	13.024	10.830
Gebundenes Eigenkapital [Durchschnitt]	337	345	323	334	771	653
Mitarbeiterkapazitäten [Stichtag]	3.148	3.303	865	892	5	5
Eigenkapitalrentabilität [%]	32,3 %	28,1 %	16,4 %	18,6 %	10,0 %	10,4 %
Cost-Income-Ratio [%]	77,7 %	77,7 %	59,9 %	59,5 %	18,5 %	20,0 %

[1)] Vergütung zeitanteilig, stille Einlagen des Landes Berlin ganzjährig berücksichtigt

[2)] Hierin sind PWB i.H.v. 1,9 Mio. € von Private Kunden, 4,3 Mio. € von Firmenkunden und 1,8 Mio. € von Immobilienfinanzierung aufgrund einer Methodenänderung im Berichtsjahr dem Segment Sonstiges / Konsolidierung zugeordnet.

Immobilien-finanzierung		Sonstiges / Konsolidierung		Gesamtbank vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		Gesamtbank nach Vergütung stille Einlagen	
2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004[1)]	2005	2004
53	54	– 18	– 69	723	708			723	708
3	3	– 2	– 1	275	274			275	274
0	0	0	0	11	– 6			11	– 6
– 6	– 2	40	20	38	19			38	19
50	**55**	**21**	**– 49**	**1.048**	**996**			**1.048**	**996**
5	5	28	31	299	298			299	298
12	14	9	1	411	432			411	432
0	0	5	12	8	15			8	15
17	**19**	**42**	**44**	**718**	**745**			**718**	**745**
33	**36**	**– 21**	**– 93**	**330**	**251**			**330**	**251**
20	9	16	15	103	106			103	106
0	0	6	– 2	19	– 4			19	– 4
0	0	0	0	0	0			0	0
20	**9**	**22**	**13**	**122**	**102**			**122**	**102**
13	**27**	**– 43**	**– 106**	**208**	**149**			**208**	**149**
2	– 1	15	0	19	0			19	0
– 1	– 1	14	– 20	12	– 23			12	– 23
14	**25**	**– 15**	**– 126**	**238**	**126**			**238**	**126**
						78	26	– 78	– 26
14	**25**	**– 15**	**– 126**	**238**	**126**	**– 78**	**– 26**	**160**	**100**
5.770	5.612	17.316	16.672	90.390	85.958			90.390	85.958
473	328	37.561	37.352	90.390	85.958			90.390	85.958
2.382	2.175	1.866	2.692	26.295	24.895			26.295	24.895
145	147	522	619	2.098	2.098	– 1.100	– 1.100	998	998
61	65	458	537	4.537	4.802			4.537	4.802
9,7 %	17,0 %			11,3 %	6,0 %	7,1 %	2,4 %	16,0 %	10,0 %
34,0 %	34,5 %			68,5 %	74,8 %			68,5 %	74,8 %

Anhang

Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Die Segmentberichterstattung ist wie folgt gegliedert:

- Private Kunden
  Geschäft mit Privatkunden der Landesbank Berlin / Berliner Sparkasse inklusive Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin.
- Firmenkunden
  Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand der Landesbank Berlin / Berliner Sparkasse inklusive Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin.
- Kapitalmarktgeschäft
  Alle Handelsgeschäfte der Landesbank Berlin im In- und Ausland sowie in geringem Umfang mit großen Firmenkunden.
- Immobilienfinanzierung
  Gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft der Landesbank Berlin.
- Sonstiges / Konsolidierung
  Hier erfassen wir die nicht auf andere Segmente zurechenbaren Kosten und Personalkapazitäten der Steuerungs- und Servicefunktionen sowie Sonderkostenstellen Personal (z.B. Erziehungsurlaub, Wehrdienst) beziehungsweise andere geringfügige Ergebnisteile, außerdem die Volumina und Erfolge des Bilanzstrukturmanagements und die Konsolidierungsposten.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftsfeld erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Für die kundenorientierten Geschäftsfelder erfolgt die Zuordnung gemäß Vertriebsauftrag der Organisationseinheiten. Die Verrechnung der zentralen Stabskosten erfolgt entsprechend den Dienstleistungen, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt. Bei allen Kostenverrechnungen zwischen den Gesellschaften bzw. den Segmenten im Konzern verwenden wir Vollkosten-Ansätze für die jeweils erbrachte Leistung.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (Netto). Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbriefte Verbindlichkeiten.

Die Risikopositionen bestehen aus den Risikoaktiva und den Marktrisiken sowie den operationellen Risiken gemäß SolvV jeweils auf Segmentebene. Entsprechend den Risikopositionen statten wir die Segmente mit Eigenkapital aus und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Wir wenden dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern (ohne Aufwand für die stillen Einlagen des Landes Berlin). Die oben definierte Methode der Renditeberechnung wenden wir in dieser Form erstmals im Jahresabschluss 2005 an. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe der Erträge ermittelt.

Sonstige Angaben

30 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011, ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale – entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Landesbank Berlin vor.

Die Landesbank Berlin hat im Jahr 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach einer Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben.

Anhang

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es für die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Bankgesellschaft Berlin AG erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung von Landesbank Berlin – Girozentrale – und Bankgesellschaft Berlin AG sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 8 (i.V.: 1) Mio. €.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2025 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 179 (i.V.: 187) Mio. €, davon 106 (i.V.: 113) Mio. € gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen bestanden zum Jahresende für die Beteiligungen der Bank in Höhe von 0,1 (i.V.: 0,2) Mio. €. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 7 (i.V.: 7) Mio. €.

Aus dem Vertrieb von Anteilen geschlossener Immobilienfonds bestehen Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Andienungsrechten der Anteilszeichner in Höhe von insgesamt 101 (i.V.: 101) Mio. €. Zur Abschirmung der daraus eventuell entstehenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 4 (i.V.: 4) Mio. €, die übrigen Verpflichtungen sind nicht in der Bilanz enthalten. Die Fälligkeit dieser Beträge liegt im Jahr 2019.

Die Bank hat zum Jahresultimo Wertpapiere im Buchwert von 12 (i.V.: 14) Mio. € als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt.

31 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2005	2004
Vollzeitbeschäftigte	3.864	4.222
Teilzeitkräfte	1.248	1.274
Auszubildende	236	207
Insgesamt	**5.348**	**5.703**

32 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T €	2005	2004
Gesamtbezüge des Vorstands	1.322	1.665
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	267	287
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	1.511	1.519
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	17.680	19.722

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist keine erfolgsabhängige Zahlung (i.V.: 55 T €) enthalten. Die Zahlungen für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene werden um Nachzahlungen für die Vorjahre (3 T €) erhöht ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in T €	2005	2004
an Mitglieder des Vorstands	584	602
an Mitglieder des Aufsichtsrats	138	137

33 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Landesbank Berlin in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 und 4 zum Anhang dargestellt.

34 Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2005	Restlaufzeit			Nominal-betrag Summe	Positive Markt-werte	Negative Markt-werte
in Mio. €	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte	**14.145**	**48.459**	**23.598**	**86.202**	**2.172**	**1.423**
Börsengehandelte Produkte	0	69	75	144	0	0
Zinsfutures	0	69	75	144	0	0
Zinsoptionen	0	0	0	0	0	0
OTC-Produkte	14.145	48.390	23.523	86.058	2.172	1.423
Zinsswaps	11.261	48.082	23.393	82.736	2.165	1.419
Forward Rate Agreements	1.120	0	0	1.120	1	1
Swaptions	1.743	48	26	1.817	5	3
Zinsoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	21	260	104	385	1	0
Währungsbezogene Geschäfte	**288**	**291**	**782**	**1.361**	**91**	**50**
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0	0
OTC-Produkte	288	291	782	1.361	91	50
Devisentermingeschäfte	45	0	0	45	1	1
Cross-Currency-Swaps	241	291	782	1.314	90	49
Devisenoptionen, Käufe	1	0	0	1	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	1	0	0	1	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	**101**	**5**	**0**	**106**	**3**	**2**
Börsengehandelte Produkte	86	5	0	91	3	2
Aktien-/Indexfutures	4	0	0	4	0	0
Aktien-/Indexoptionen	82	5	0	87	3	2
OTC-Produkte	15	0	0	15	0	0
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	14	0	0	14	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	1	0	0	1	0	0
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	**0**	**60**	**0**	**60**	**2**	**2**
Insgesamt	**14.534**	**48.815**	**24.380**	**87.729**	**2.268**	**1.477**

Das Derivategeschäft der Landesbank Berlin entfällt auf Mikro- und Makroeinheiten zur Absicherung von Marktrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch sowie in geringem Umfang auf Handelsgeschäfte.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	211	169
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	32	43
Insgesamt	**243**	**212**

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

35 Deckungsrechnung

Die Darstellung der Angaben zur Deckungsrechnung wurde an die geänderten Anforderungen des Pfandbriefgesetzes angepasst. Im Berichtsjahr wird auf die Ermittlung und Darstellung daran angepasster Vorjahreswerte gemäß § 28 Abs. 5 PfandBG verzichtet.

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:**

Quartal IV / 2005	Hypothekenregister Nominal T €	Öffentliches Register Nominal T €
Nennwert Deckungsmasse	998.445	12.883.527
Nennwert Pfandbriefumlauf	644.092	10.300.917
Nennwertüberdeckung	**354.353**	**2.582.610**
Barwert Deckungsmasse	1.075.351	13.657.277
Barwert Pfandbriefumlauf	631.682	10.876.959
Barwertüberdeckung	**443.669**	**2.780.318**
Risikobarwert Deckungsmasse	1.032.729	13.404.572
Risikobarwert Umlauf	605.200	10.702.357
Risikobarwertüberdeckung	**427.529**	**2.702.215**

Anhang

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:**

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen Quartal IV / 2005	**Anteil %**	**Deckungsmasse T €**
Bis zu einem Jahr	9,36	90.360
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	60,94	588.135
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	24,62	237.600
> 10 Jahre	5,08	49.082
Insgesamt	**100,00**	**965.177**

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe Quartal IV / 2005	**Anteil %**	**Deckungsmasse T €**
Bis zu einem Jahr	7,94	51.129
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	39,20	252.500
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	43,57	280.642
> 10 Jahre	9,29	59.821
Insgesamt	**100,00**	**644.092**

Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen Quartal IV / 2005	**Anteil %**	**Deckungsmasse T €**
Bis zu einem Jahr	32,63	4.204.403
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	51,13	6.586.998
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	15,80	2.035.460
> 10 Jahre	0,44	56.666
Insgesamt	**100,00**	**12.883.527**

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe Quartal IV / 2005	**Anteil %**	**Betrag T €**
Bis zu einem Jahr	25,93	2.671.088
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	69,23	7.131.711
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	4,84	498.118
> 10 Jahre	0,00	0
Insgesamt	**100,00**	**10.300.917**

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:**

Hypothekendeckungsregister

Größenklassen Quartal IV / 2005	T €
Bis 300.000 EUR	160.939
Mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	483.534
Mehr als 5.000.000 EUR	320.710
Insgesamt	**965.183**

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 1b/c PfandBG:**

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten Quartal IV / 2005	Wohnungen T €	Einfamilien-häuser T €	Mehrfamilien-häuser T €	Gesamt T €
Deutschland	24.931	39.459	311.565	375.955
Insgesamt	**24.931**	**39.459**	**311.565**	**375.955**

Bundesländer Quartal IV / 2005	Wohnungen T €	Einfamilien-häuser T €	Mehrfamilien-häuser T €	Gesamt T €
Sachsen-Anhalt	217	0	9.837	10.054
Berlin	18.559	29.465	290.740	338.764
Schleswig-Holstein	0	578	0	578
Niedersachsen	0	27	0	27
Mecklenburg-Vorpommern	1.256	0	0	1.256
Brandenburg	4.899	9.192	10.988	25.079
Hessen	0	174	0	174
Thüringen	0	23	0	23
Insgesamt	**24.931**	**39.459**	**311.565**	**375.955**

Anhang

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 1b/c PfandBG:**

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten Quartal IV / 2005	Büro-gebäude T €	Handels-gebäude T €	Industrie-gebäude T €	Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude T €	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten T €	Bauplätze T €	Gesamt T €
Deutschland	385.577	179.792	6.037	17.768	0	54	589.228
Insgesamt	**385.577**	**179.792**	**6.037**	**17.768**	**0**	**54**	**589.228**

Bundesländer Quartal IV / 2005	Büro-gebäude T €	Handels-gebäude T €	Industrie-gebäude T €	Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude T €	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten T €	Bauplätze T €	Gesamt T €
Sachsen-Anhalt	0	27.521	0	0	0	0	27.521
Hamburg	4.306	0	0	0	0	0	4.306
Berlin	368.600	34.860	4.481	15.215	0	54	423.210
Sachsen	1.288	7.427	0	155	0	0	8.870
Schleswig-Holstein	182	0	0	0	0	0	182
Niedersachsen	0	4.995	553	0	0	0	5.548
Mecklenburg-Vorpommern	241	15.557	0	0	0	0	15.798
Brandenburg	8.186	36.920	1.003	966	0	0	47.075
Hessen	1.976	0	0	0	0	0	1.976
Thüringen	271	37.307	0	1.432	0	0	39.010
Baden-Württemberg	0	15.205	0	0	0	0	15.205
Nordrhein-Westfalen	527	0	0	0	0	0	527
Insgesamt	**385.577**	**179.792**	**6.037**	**17.768**	**0**	**54**	**589.228**

Angabe gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:**

Es bestehen keine rückständigen Leistungen auf zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendete Forderungen mit einem Rückstand von neunzig oder mehr Tagen.

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c/d PfandBG:**

Zwangsmaßnahmen und Rückzahlungen des Hypothekendeckungsregisters

Geschäftsjahr 2005	Gewerblich Anzahl	Wohnungsbau Anzahl
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0

Geschäftsjahr 2005	Gewerblich T €	Wohnungsbau T €
Rückständige Zinsen, soweit diese nicht bereits in den vorhergehenden Jahren abgeschrieben worden sind	34	2
Rückzahlungen im abgelaufenen Jahr durch Amortisation	21.427	17.269
Rückzahlungen im abgelaufenen Jahr durch sonstige Art	1.424	1.468

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:**

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie) Quartal IV / 2005	Staats-regierungen T €	Regionale Gebiets-körper-schaften T €	Örtliche Gebiets-körper-schaften T €	Sonstige öffentliche Schuldner T €	Gesamt T €
Griechenland	50.000	0	0	0	50.000
Zypern	10.000	0	0	0	10.000
Polen	34.312	0	0	0	34.312
Ungarn	25.000	0	0	0	25.000
Tschechische Republik	30.000	0	0	0	30.000
Deutschland	605.810	5.393.022	486.815	6.248.568	12.734.215
Insgesamt	**755.122**	**5.393.022**	**486.815**	**6.248.568**	**12.883.527**

Angabe gemäß **§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:**

Es bestehen keine rückständigen Leistungen auf zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen mit einem Rückstand von neunzig oder mehr Tagen.

Anhang

Organe der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Trägerversammlung:

Nach § 10 des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in der geltenden Fassung vom 15. Dezember 2004 besteht die Trägerversammlung aus vier Mitgliedern des Senats. Mit Senatsbeschluss vom 5. Februar 2002 wurden die Senatoren der Senatsverwaltungen für

– Wirtschaft, Arbeit und Frauen
– Finanzen
– Bildung, Jugend und Sport
– Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

zu Mitgliedern der Trägerversammlung bestellt. Im Zuge der Umwandlung der Landesbank Berlin in die Landesbank Berlin AG ist mit Beginn des 1. Januar 2006 die Funktion der Trägerversammlung entfallen.

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin 2005

Von der Trägerversammlung bestellte Mitglieder

Dr. h.c. Klaus Georg Adam
– Vorsitzender –
Wirtschaftsprüfer

Senator Harald Wolf
– stellv. Vorsitzender –
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

Senator Dr. Thilo Sarrazin
– stellv. Vorsitzender –
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Axel Berger
Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Thomas Dobkowitz
Unternehmensberater

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG
Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands der Thyssen Krupp AG

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

Von der Personalvertretung bestellte Mitglieder

Michael Dutschke
Sparkassenbetriebswirt, stellv. Vorsitzender des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Astrid Maurer
Sparkassenfachwirtin; Frauenvertreterin der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Manfred Rapphahn
Sparkassenkaufmann; Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Frank Walde
Sparkassenbetriebswirt; stellv. Vorsitzender des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Bärbel Wulff
Sparkassenbetriebswirtin; Vorsitzende des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Die Amtszeit aller Aufsichtsräte der Landesbank Berlin endete mit Ablauf des 31. Dezember 2005.

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG ab 2006

Von den Gründern der Landesbank Berlin AG bestellte Mitglieder

Dr. h.c. Klaus Georg Adam
– Vorsitzender –
Wirtschaftsprüfer

Senator Dr. Thilo Sarrazin
– stellv. Vorsitzender –
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Senator Harald Wolf
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

Axel Berger
Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG
Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands der Thyssen Krupp AG

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

Die Amtszeit der Mitglieder des ersten Aufsichtsrats begann am 25. November 2005 (für die Landesbank Berlin AG i.G.) und endet mit Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr der Landesbank Berlin AG beschließt.

Vorstand der Landesbank Berlin 2005

Hans-Jörg Vetter
– Vorsitzender –

Dr. Johannes Evers

Uwe Kruschinski

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Die Amtszeit aller Vorstände der Landesbank Berlin endete mit Ablauf des 31. Dezember 2005.

Vorstand der Landesbank Berlin AG ab 2006

Zu Vorstandsmitgliedern der Landesbank Berlin AG hat der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG i.G. am 25. November 2005 bestellt:

Hans-Jörg Vetter
– Vorsitzender –

Serge Demolière

Dr. Johannes Evers

Uwe Kruschinski

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Berlin, 7. Februar 2006

Vorstand

Vetter	Demolière	Dr. Evers	Kruschinski
Kulartz	Müller	Dr. Veit	

Anlagen

Anlage 1: Verzeichnis des Anteilsbesitzes (§§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)
Anlage 2: Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen
Anlage 3: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)
Anlage 4: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Verzeichnis des HGB-Anteilsbesitzes der Landesbank Berlin – Girozentrale – (§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Gesellschaft, Sitz	Kapitalanteil in %	davon mittelbar in %	Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahresabschluss
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin					
Verbundene Unternehmen					
ABT No. 3 Ltd., London	100,0	0,0	530	13	31.12.2004
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin	100,0	0,0	2.344	112	
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin	25,0	0,0	16.535	5.900	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin	60,0	0,0	0	– 947	31.12.2004
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin	33,3	0,0	1.367	336	
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking	94,9	0,0	– 10.907	397	31.12.2004
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin	62,5	0,0	10.359	– 646	31.12.2004
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin	62,5	0,0	16	1	31.12.2004
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	49,0	0,0	103	0	31.12.2004
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH / Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin	50,0	50,0	1.023	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin	97,7	94,0	– 79	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin	99,9	0,0	– 7.106	863	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin	97,8	94,0	– 132	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds1 –, Berlin	60,2	0,0	– 4.918	151	31.12.2004
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München	92,5	0,0	2.009	534	31.12.2004
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	23	– 1	31.12.2004
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	0,0	119	– 3	31.12.2004

Gesellschaft, Sitz	Kapitalanteil in %	davon mittelbar in %	Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahresabschluss
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin [1]	100,0	0,0	1.816	0	31.12.2004
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin [1]	100,0	0,0	256	0	31.12.2004
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin	62,5	50,0	–62	–57	31.12.2004
LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin	97,8	94,0	9.033	0	31.12.2004
Lenscare AG, Kiel	53,5	53,5	2.154	266	31.12.2004
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	0,0	25	0	31.12.2004
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	52,4	0,0	3.879	2.507	31.12.2004
4care fulfilment GmbH, Laboe (vormals: OptiStar Großhandels GmbH)	100,0	100,0	26	0	31.12.2004
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 %					
ATTO-TEC GmbH, Siegen	26,0	26,0	–909	–426	31.12.2004
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin	45,0	0,0	12.263	497	31.12.2004
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	0,0	25	2	31.12.2004
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin	49,0	0,0	10.605	409	31.12.2004
Chiracon GmbH, Berlin	35,1	35,1	–79	–473	31.12.2003
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München	94,0	0,0	–284	–3	31.12.2004
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	94,0	94,0	–2.815	75	31.12.2004
fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin	34,6	34,6	22	–101	31.12.2004
GbR Schönhauser Allee, Berlin	50,0	50,0		163	31.12.2003
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	–2.212	–249	31.12.2004
getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow	32,0	32,0	2.691	447	31.12.2004
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	0,0	26	0	31.12.2004
Hiper Ceramics GmbH, Eichstädt	26,0	26,0	684	10	31.12.2004
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München	94,0	94,0	–2.710	116	31.12.2004
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam	25,0	0,0	173.048	9.852	31.12.2004
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH i. L., Berlin	50,0	0,0	51	0	31.12.2004
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin	50,0	50,0	–3.275	639	31.12.2004
proAlpha AG, Weilerbach	20,5	20,5	10.613	2.033	31.03.2005
ProSyst Software AG, Köln	27,7	27,7	–1.011	–3.168	31.12.2003
Sarros GmbH, Berlin	29,0	29,0	1.312	350	31.12.2004
SEPIAtec GmbH, Berlin	46,6	46,6	–1.534	–657	31.12.2004
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	0,0	–3.381	–190	31.12.2004
xtradyne Technologies AG, Berlin	25,0	25,0	–1.607	–618	31.12.2003
X-Verleih AG, Berlin	20,0	20,0	3.578	121	31.12.2004
Yozma III GmbH & Co. KG, München [2]	21,9	21,9	982	–115	31.12.2004
Zellwerk GmbH, Eichstädt	24,5	24,5	664	–228	31.12.2004

Gesellschaft, Sitz	Kapitalanteil in %	davon mittelbar in %	Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahresabschluss
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (gem. § 34 Abs. 1 S. 1 RechKredV i. V. m. §§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)					
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main	10,0	0,0	13.489	4.830	31.12.2004
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L., Berlin	5,1	0,0	18.603	– 2.091	
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	10,0	0,0	9.187	986	30.09.2005
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin	5,1	0,0	511	–13.265	

(1) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag seitens der LBB.

EZB-Kurs vom 31.12.2005
(2) 1 EUR = 1,17970 USD

Anlage 2 zum Anhang

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin – Girozentrale –

- IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH
- LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Anlage 3 zum Anhang

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31. Dezember 2005 beziehungsweise Datum des Ausscheidens aus dem Vorstand

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
◆ auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Interseroh AG, Köln ◆

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover ◆
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin ◆

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ◆
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main ◆

Dr. Johannes Evers

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart ◆

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin ◆

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Cids! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◆

Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ◆
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa EU, London
- Visa International Service Association, San Francisco

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Anhang

Uwe Kruschinski

Mitglied des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- FWU AG, München

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin ◆

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin
- Zivnostenska Banka a.s., Prag

Hans Jürgen Kulartz

a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin ◆

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin
- BLEG Berliner Landesentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
- Deutsche Sparkassenleasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H. ◆
- Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ◆
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin

stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale Luxemburg S.A., Luxemburg
- DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ◆

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover ◆

b) Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
- BGB Reinsurance Ltd., Dublin

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- FinanzIT GmbH, Hannover ◆

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover ◆

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◆
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Anlage 4 zum Anhang

Verzeichnis gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31. Dezember 2005

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern der Landesbank Berlin – Girozentrale – wahrgenommen werden

Jörg Auermann

Mitglied des Aufsichtsrats der

– Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der

– ILB (Investitionsbank des Landes Brandenburg), Potsdam

Claus-Günther Richardt

Mitglied des Verwaltungsrats der

– Bankgesellschaft Berlin International S.A. Luxemburg

Hans-Jürgen Torkler

Mitglied des Aufsichtsrats der

– B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Manfred Wiesinger

Mitglied des Aufsichtsrats der

– BankenService GmbH, Berlin

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 28. Februar 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Berninger
Wirtschaftsprüfer

ppa. Maternus
Wirtschaftsprüfer

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postanschrift: 10889 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Geschäftsbereichsleiter des Vertriebs der Landesbank Berlin

Private Kunden

Frank Gilly	Private Kunden Berliner Bank
Claus-Günther Richardt	Vermögensanlagen Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse
Michael Thanheiser	Private Kunden Berliner Sparkasse

Firmenkunden

Dr. Christian Engell	Firmenkunden Berliner Bank
Michael Jänichen	Firmenkunden Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse

Geschäftsstellenübersicht Landesbank Berlin

Direktion Brandenburg	Jörg-Olaf Lemm
Jägerallee 26	Telefon: 0331/280 930
14469 Potsdam	Telefax: 0331/280 950

Zentrale Direktion Firmenkunden	Peter Straub
Badensche Straße 23	Telefon: 030/869 843 83
10715 Berlin	Telefax: 030/869 846 11

Direktion Firmenkunden Nord	Frank Wicher
Berliner Straße 40/41	Telefon: 030/869 862 09
10715 Berlin	Telefax: 030/869 862 50

Direktion Firmenkunden Süd	Bernd-Jürgen Müller
Uhlandstraße 97	Telefon: 030/245 513 12
10715 Berlin	Telefax: 030/245 513 50

Wichtige Adressen

Direktion Firmenkunden Zentrum	Dieter Barz
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 992 0
10117 Berlin	Telefax: 030/209 925 5
Direktion Firmenkunden Zentrum II	Peter Jülich
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 992 17
10117 Berlin	Telefax: 030/202 992 69
Direktion FirmenkundenCenter	Hans-Joachim Diesing
Badensche Straße 23	Telefon: 030/869 830 11
10715 Berlin	Telefax: 030/245 694 10 92
Direktion Business-/ServiceLine	Heino Henke
Badensche Straße 23	Telefon: 030/869 830 12
10715 Berlin	Telefax: 030/869 830 20
Private Banking	Bernhard Stahr
Bundesallee 171	Telefon: 030/869 840 71
10715 Berlin	Telefax: 030/869 840 72

Berliner Sparkasse
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postanschrift: 10889 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Geschäftsstellenübersicht Berliner Sparkasse

Vertriebsbereich Süd

Privatkunden	Bianca Richardt/Dr. Christian Beyer
Vermögensanlagen	Norman Castendyck/Silvia Kontny
Uhlandstraße 97	Telefon: 030/869 940 39
10715 Berlin	Telefax: 030/869 940 49

Bezirke: Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf

Vertriebsbereich Ost

Privatkunden	Jürgen Bruhn/Jens Süfke/Reiner Koll
Vermögensanlagen	Gabriele Röder/Hartmut Goetzke
Frankfurter Allee 147	Telefon: 030/555 012 30
10365 Berlin	Telefax: 030/555 012 50

Bezirke: Hellersdorf, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Treptow

Vertriebsbereich Zentrum

Privatkunden	Gudrun Mann/Gerhard Puhlmann
Vermögensanlagen	Gabriele Röder
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 992 0
10117 Berlin	Telefax: 030/202 992 56

Bezirke: Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg

Wichtige Adressen

Vertriebsbereich Nord

Privatkunden	Thorsten Feige / Jürgen Hergt
Vermögensanlagen	Frank Tönjes
Scharnweberstraße 14	Telefon: 030 / 498 910
13405 Berlin	Telefax: 030 / 498 911 50

Bezirke: Hohenschönhausen, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee

Vertriebsbereich West

Privatkunden	Susann Steiniger-Breuer / Michael Hermann
Vermögensanlagen	Hans-Werner Aschenbroich
Berliner Straße 40/41	Telefon: 030 / 869 862 32
10715 Berlin	Telefax: 030 / 869 862 50

Bezirke: Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf

Vertriebsbereich ImmobilienCenter	Heinz-Helmut Müller
Badensche Straße 23	Telefon: 030 / 869 840 51
10715 Berlin	Telefax: 030 / 869 840 52

Eine aktuelle Aufstellung der Privatkunden-, Firmenkunden-, Vermögensanlage- und ImmobilienCenter finden Sie im Internet unter www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Berliner Bank
Hardenbergstraße 32
10809 Berlin
Telefon: 030/310 90
Telefax: 030/310 921 65
www.berliner-bank.de

Geschäftsstellenübersicht Berliner Bank

Zentrale Direktion Firmenkunden	Hans-Jürgen Stephan
Hardenbergstraße 32	Telefon: 030/310 946 01
10623 Berlin	Telefax: 030/310 946 54
Direktion Firmenkunden Nord-West	Matthias Kramm
Hardenbergstraße 32	Telefon: 030/310 948 73
10623 Berlin	Telefax: 030/310 949 60
Direktion Firmenkunden Süd-West	Michael Stachowiak
Hardenbergstraße 32	Telefon: 030/310 933 03
10623 Berlin	Telefax: 030/310 933 66
Direktion Firmenkunden Ost	Ralf Kelpin
Hardenbergstraße 32	Telefon: 030/310 921 50
10623 Berlin	Telefax: 030/310 828 89
Private Banking	Andreas Schmidt
Hardenbergstraße 32	Telefon: 030/310 920 50
10623 Berlin	Telefax: 030/310 934 00

Wichtige Adressen

Vertriebsbereich Mitte

Privatkunden	Wolfgang Mieske
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 653 81
10117 Berlin	Telefax: 030/202 652 80

Bezirke: Mitte, Friedrichshain, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Tiergarten, Schöneberg

Vertriebsbereich Nord

Privatkunden	Angelika Strehle
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 653 86
10117 Berlin	Telefax: 030/202 652 80

Bezirke: Hellersdorf, Marzahn, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee

Vertriebsbereich West

Privatkunden	Philipp Nix
Friedrichstraße 185-190	Telefon: 030/202 653 66
10117 Berlin	Telefax: 030/202 652 80

Bezirke: Spandau, Charlottenburg

Vertriebsbereich Süd-West

Privatkunden	Thomas Neukamm
Uhlandstraße 97	Telefon: 030/310 933 23
10715 Berlin	Telefax: 030/310 933 34

Bezirke: Steglitz, Wilmersdorf, Zehlendorf, Potsdam

Vertriebsbereich Süd-Ost

Privatkunden	Andreas Partenheimer
Uhlandstraße 97	Telefon: 030/310 933 22
10715 Berlin	Telefax: 030/310 933 34

Bezirke: Köpenick, Neukölln, Treptow, Tempelhof

Eine aktuelle Aufstellung der BeratungsCenter Private Kunden finden Sie im Internet unter www.berliner-bank.de/Standorte.

Bankgesellschaft Berlin
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postanschrift: 10838 Berlin
Telefon: 030 / 245 500
Telefax: 030 / 245 509
www.bankgesellschaft.de

Ausländische Niederlassungen

Niederlassung London
LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44 020 / 757 282 00
Telefax: +44 202 / 757 282 99

Niederlassung Luxemburg
LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352 / 477 80
Telefax: +352 / 477 820 09

Impressum

Herausgeber
Bankgesellschaft Berlin
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung
HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG,
Hamburg

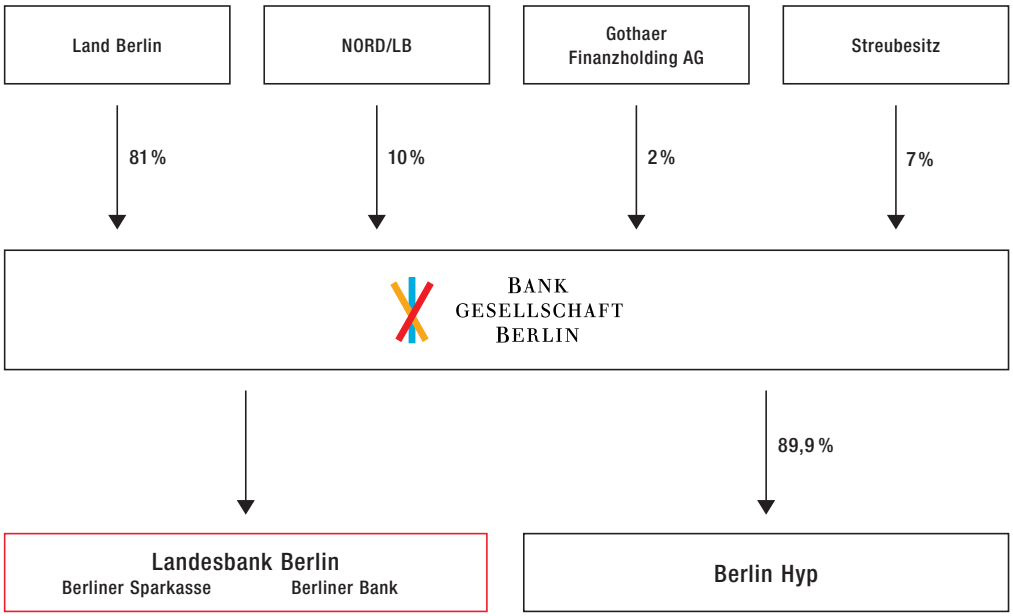
Fotografie
Sabine Wenzel, Berlin

Druck
Langebartels & Jürgens Druckereigesellschaft mbH,
Hamburg

Abkürzungsverzeichnis

ARMADA Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem
ABS Asset-Backed-Securities
AfA Absetzung für Abnutzung
AktG Aktiengesetz
ARWOBAU ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BBG Beitragsbemessungsgrenze
BCIA BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH
Berlin Hyp Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG
BetrAVG Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BFA Bankenfachausschuss des IDW
BGB Bürgerliches Gesetzbuch oder Bankgesellschaft Berlin
BGH Bundesgerichtshof
BIH BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)
CaR Capital-at-Risk
CRM Customer Relationship Management
CVaR Credit-Value-at-Risk
DAX Deutscher Aktien Index
DCGK Deutscher Corporate Government Kodex
DetV Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
DRS Deutscher Rechnungslegungs-Standard
DRSC Deutsches Rechnungslegungs-Standards Committee e.V.
DSGV Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
EK Eigenkapital
EStG Einkommensteuergesetz
ESZB Europäisches System der Zentralbanken
EWB Einzelwertberichtigung
EZB Europäische Zentralbank
FK Firmenkunden
FRF französische Francs
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH
GIB Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH
GuV Gewinn- und Verlustrechnung
HGB Handelsgesetzbuch
HV Hauptversammlung
i. L. in Liquidation
i.V. im Vorjahr
IAS International Accounting Standards
IASB International Accounting Standards Board
IBAG IBAG Immobilien- und Beteiligungen AG
IBB Investitionsbank Berlin
IBG IBG Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH
IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH
IDL Immobiliendienstleistungsbereich
IDW Institut der Wirtschaftsprüfer
IFRIC International Financial Reporting Interpretations Commitee
IFRS International Financial Reporting Standards
ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg
IRB auf internen Ratings basierend
IT Informationstechnologie
JPY japanische Yen
KMG Kapitalmarktgeschäft
KStG Körperschaftsteuergesetz
KWG Kreditwesengesetz
LBB Landesbank Berlin
LBS Landesbausparkasse
LPFV LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH
MaH Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
MaIR Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision
MaK Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute
MaRisk Mindestanforderungen an das Risikomanagement
OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖPG Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten
OpRisk Operationelle Risiken
PfandBG Gesetz zur Neuordnung des Pfandbriefrechts
PK Private Kunden
PLN polnische Zloty
PWB Pauschalwertberichtigung
RechKredV Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute
RRK Risk Review Kommitee
SBSM Siemens Business Services Management GmbH
SB-System Selbstbedienungs-System
SolvV Solvabilitätsverordnung
USD US-Dollar
VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VÖB Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands e.V.
WBK Wohnungsbaukreditanstalt
WpHG Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)
ZuVo Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (zur Ergänzung der DetV)

Einordnung der Landesbank Berlin in die Bankgesellschaft Berlin



Aufgabenverteilung im Vorstand der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender) BGB und LBB

Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobiliendienstleistungen

Serge Demolière
BGB

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers
LBB

Privatkunden

Uwe Kruschinski
BGB und LBB

Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Hans Jürgen Kulartz
LBB

Firmenkunden

Martin K. Müller
BGB und LBB

Risikocontrolling
Controlling
Compliance

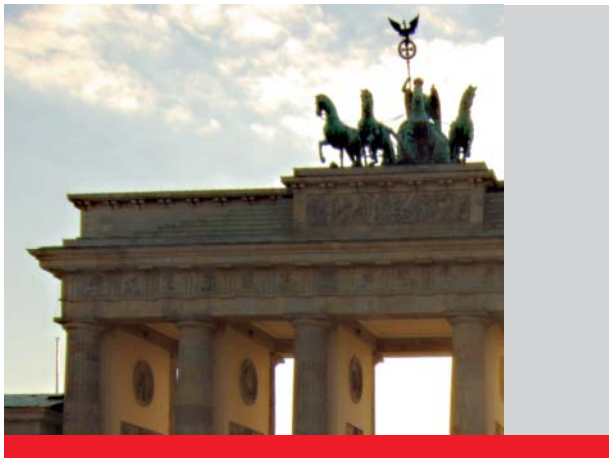
Dr. Thomas Veit
BGB und LBB

Finanzen
Immobilienfinanzierung
Organisation
Informationstechnologie

Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
D-10178 Berlin
Postanschrift 10889 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation
Christina Pries
Telefon: 030/245 663 89
Telefax: 030/245 663 93
E-Mail: IR@bankgesellschaft.de
www.bankgesellschaft.de



Bankgesellschaft Berlin

Geschäftsbericht 2005

BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN

Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

		nach IFRS		nach HGB				
		2005	2004	2005	2004	2003	2002 [1]	2001 [1]
GuV-Rechnung (Auszüge)								
Zinsüberschuss	Mio. €	889 [2]	915 [2]	1.290	1.264	1.507	1.706	1.876
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	192	255	142	253	400	617	738
Provisionsüberschuss	Mio. €	322	308	315	315	288	342	386
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften (HGB)	Mio. €	–	–	– 10	– 22	12	– 24	– 106
Handelsergebnis (IFRS) [3]	Mio. €	140	102	–	–	–	–	–
Verwaltungsaufwand	Mio. €	1.112	1.140	1.141	1.186	1.282	1.546	1.828
Operatives Ergebnis (HGB)	Mio. €	–	–	295	172	128	– 48	– 632
Veränderung § 340 f HGB-Reserve	Mio. €	–	–	– 41	– 1	0	– 25	2
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	61	50	9	6	– 72	– 449	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis (IFRS)	Mio. €	217	122	–	–	–	–	–
Operatives Ergebnis (IFRS)	Mio. €	244	75	–	–	–	–	–
Ergebnis vor Steuern (HGB)	Mio. €	–	–	255	119	– 338	– 616	– 59
Ergebnis nach Steuern	Mio. €	255	108	302	107	– 328	– 699	– 112
Vergütung stille Einlagen	Mio. €	– [2]	– [2]	78	26	–	–	–
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Mio. €	255	108	224	81	– 328	– 699	– 112
Bilanz								
Bilanzsumme	Mio. €	144.520	130.302	135.609	132.572	136.216	174.804	189.163
Eigenkapital inklusive Bilanzverlust	Mio. €	1.851	1.957	3.356	3.385	3.563 [1]	3.889	4.525
Stille Einlagen [4]	Mio. €	1.100	1.100	(1.100)	(1.100)	(1.342)	(1.342)	(1.342)
Risikopositionen (KWG)	Mio. €	40.924	41.691	40.924	41.691	57.443	70.824	89.533
Kennzahlen								
Cost/Income-Ratio	%	68,8	76,2	72, 0	76,1	73,1	76,2	93,3
Eigenkapitalrendite	%	11,5	3,7	7,9	4,2	– 9,6	– 14,0	– 1,4
Gesamtkennziffer nach KWG [5]	%	11,6	11,1	11,6	11,1	9,2	9,4	9,4
Kernkapitalquote nach KWG [5]	%	8,1	7,5	8,1	7,5	5,7	5,6	5,7
Aktie								
Ergebnis je Aktie	€	0,26	0,09					
Börsenkapitalisierung	Mio. €	2.907	1.959	2.907	1.959	1.954	1.944	1.954
Aktienkurs 1.1. – 31.12.								
höchst	€	3,51	2,08	3,51	2,08	2,59	2,53	15,20
tiefst	€	2,02	1,80	2,02	1,80	1,20	1,26	2,36
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt								
im Bankgeschäft	Anz.	8.459 [6]	9.120 [6]	8.501	9.089	9.643	13.823	14.945
im Immobiliendienstleistungsgeschäft	Anz.	–	–	484	779	1.063	1.181	1.831

[1] Inklusive IBB

[2] Vergütung stille Einlagen im Zinsüberschuss IFRS enthalten (2005: 78 Mio. €, 2004: 26 Mio. €)

[3] Nach IFRS-Standard: Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

[4] Nach HGB Bestandteil des Eigenkapitals; bis 2003 Zweckrücklage der IBB

[5] Nach Feststellung des Jahresabschlusses HGB

[6] Veränderter Konsolidierungskreis nach IFRS

Ratingübersicht

MOODY'S

	Long-term Deposit Rating		Short-term Deposit Rating		Financial Strength Rating
Bankgesellschaft Berlin AG (ungarantiert)	A2*		P-1*		E+
Landesbank Berlin (garantiert)	Aa3*		P-1*		D+
Landesbank Berlin (ungarantiert)	A1*		P-1*		D+
Öffentlicher Pfandbrief Landesbank Berlin (ungarantiert)	Aaa		–		–

* Stable outlook

FITCH

	Long-term Rating		Short-term Rating		Individual Rating
Bankgesellschaft Berlin AG (ungarantiert)	BBB+*		F2		C/D
Landesbank Berlin (garantiert)	AAA		F1+		–
Landesbank Berlin (ungarantiert)	BBB+*		F2		–
Öffentlicher Pfandbrief Landesbank Berlin (ungarantiert)	AAA		–		–

* Outlook: evolving

STANDARD & POOR'S

	Rating für Öffentliche Pfandbriefe
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft	AAA

Stand: Februar 2006

Unternehmensprofil

Die Bankgesellschaft Berlin ist eine börsennotierte Universalbank mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Das Geschäftsmodell unseres Konzerns basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem die Bank als innovatives kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnimmt; dem Kapitalmarktgeschäft, bei dem wir ausgewählte Aktivitäten offerieren, sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichtet ist.

Unsere gute Marktstellung im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden wollen wir qualitativ weiter ausbauen. Dabei vertrauen wir auf die Stärke etablierter und geschätzter Marken wie Berliner Sparkasse und Landesbank Berlin. Wir bieten unsere Leistungen unter verschiedenen Marken und Vertriebsformen von der Filiale, über Telefon-Banking bis zum Internet an. Vom Anlage- und Kreditgeschäft bis zur Beratung über Versicherungs-, Bauspar- und Zahlungsverkehrsprodukte stellen wir unseren privaten Kunden ein umfassendes Angebot an Bankprodukten bereit. In den VermögensanlageCentern der Berliner Sparkasse und den BeratungsCentern der Berliner Bank betreuen wir vermögende Privatkunden bei ihren Anlage- und Finanzierungswünschen. Im Firmenkundengeschäft liegt unser Fokus auf der Betreuung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Auch für die finanziellen Bedürfnisse unserer Gewerbekunden gestalten wir umfassende Lösungen.

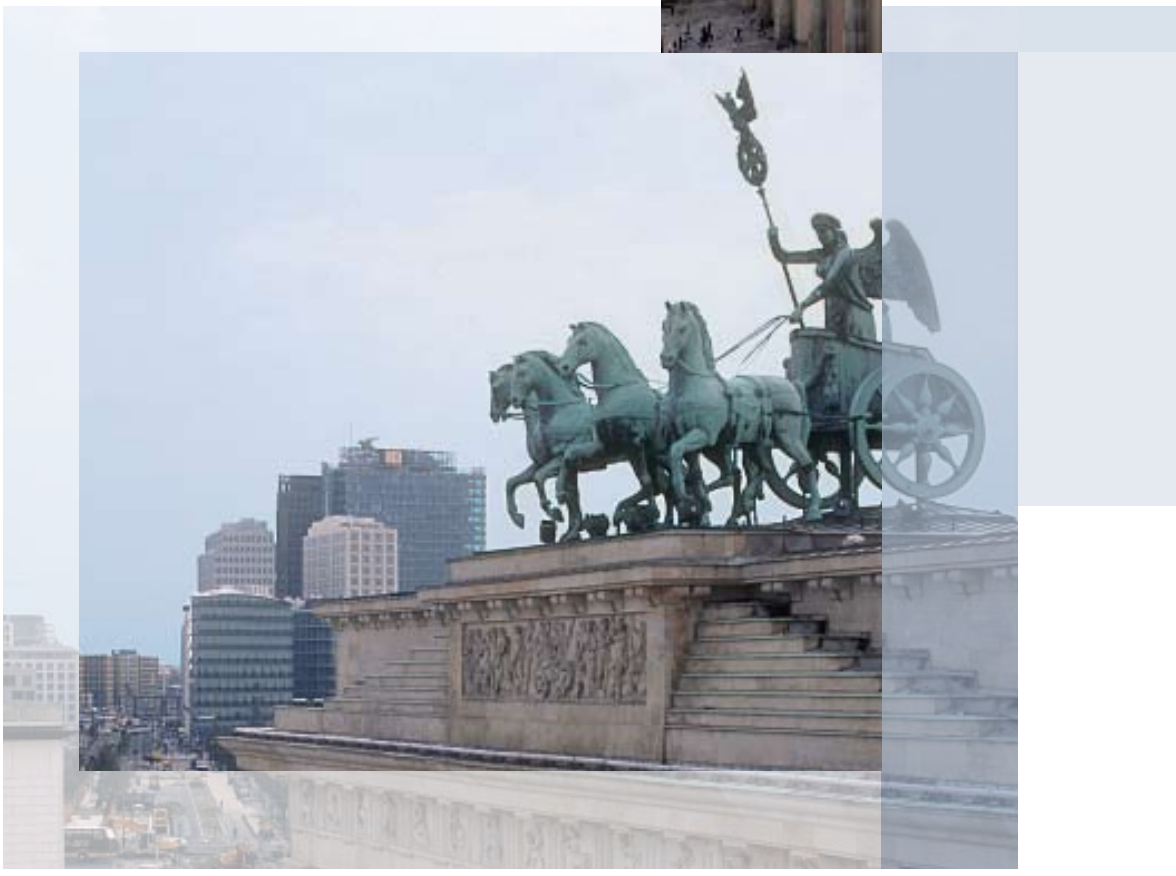
Zentrale Aufgabe des Kapitalmarktgeschäfts ist die Intensivierung der Kundenhandels- und Sales-Aktivitäten. Die Bank profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Im Auslandsgeschäft konzentrieren wir uns auf Geschäftsverbindungen in Zentral- und Osteuropa.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richten wir uns bundesweit auf die Anforderungen privater und gewerblicher Investoren und Wohnungsbaugesellschaften aus.

Die Nähe zum Kunden ist die oberste Prämisse unseres Handelns. Dabei geht es nicht nur um die Dichte des Filialnetzes, sondern nicht zuletzt um das Engagement unserer Mitarbeiter. Ihre Motivation sowie ihre Fachkompetenz sind unabdingbare Voraussetzungen für Kundenzufriedenheit und Kundenbindung.

Inhaltsverzeichnis

2	**Management**	
	Vorwort	5
	Bericht des Aufsichtsrats	8
	Corporate Governance-Bericht	14
	Organe der Bankgesellschaft Berlin AG	16
21	**Aus dem Konzern**	
	Segmentberichterstattung	21
	Private Kunden	24
	Firmenkundengeschäft	28
	Kapitalmarktgeschäft	34
	Immobilienfinanzierung	37
	Immobiliendienstleistungen	40
	Corporate Investments	43
	Sonstiges / Konsolidierung	43
	Mitarbeiter	46
	Aktie der Bankgesellschaft Berlin	50
52	**Lagebericht des Konzerns nach IFRS**	
	Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick	52
	Geschäftsverlauf 2005	58
	Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	76
	Risikobericht	77
	Prognosebericht / Ausblick	105
108	**Jahresabschluss des Konzerns nach IFRS**	
	Gewinn- und Verlustrechnung	108
	Bilanz	109
	Entwicklung des Eigenkapitals	110
	Kapitalflussrechnung	111
	Anhang	116
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	216
218	**Jahresabschluss des Konzerns nach HGB**	
	Gewinn- und Verlustrechnung	218
	Bilanz	220
	Eigenkapitalspiegel	224
	Segmentberichterstattung	226
	Kapitalflussrechnung	228
	Anhang (in Auszügen)	230
266	**Lagebericht der AG nach HGB**	
	Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick	266
	Geschäftsverlauf 2005	272
	Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	276
	Risikobericht	277
	Prognosebericht / Ausblick	305
308	**Jahresabschluss der AG nach HGB**	
	Bilanz	308
	Gewinn- und Verlustrechnung	312
	Anhang	314
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	351
352	**Sonstiges**	



Unsere Ansprüche

…an uns selbst sind nicht klein. Die Bankgesellschaft Berlin versteht sich als führendes Institut für die Region Berlin-Brandenburg. Das Attribut „führend“ hat nicht nur etwas mit Größe zu tun. Wir verstehen darunter auch Kundennähe, Innovationskraft und überzeugende Finanzierungslösungen. Diesen Ansprüchen wollen wir täglich gerecht werden.

Management

- Vorwort 5
- Bericht des Aufsichtsrats 8
- Corporate Governance-Bericht 14
- Organe der Bankgesellschaft Berlin AG 16

Vorwort

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

nach vier Jahren hat die Bankgesellschaft Berlin im Jahr 2005 die Sanierung erfolgreich abgeschlossen. Auf den gelungenen Turnaround, der im deutschen Bankwesen ohne Beispiel ist, und auf die damit für unsere Aktionäre erreichte Wertsteigerung sind Vorstand und Mitarbeiter stolz. Nun können wir uns selbstbewusst und mit Zuversicht den vor uns liegenden Herausforderungen stellen.

Im vergangenen Jahr haben wir weitere große Schritte auf dem Weg zu einer konsequent kundenorientierten, leistungsfähigen Universalbank für die Region Berlin/Brandenburg getan. Aber auch überregional engagieren wir uns wieder zunehmend erfolgreich mit ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft und im bundesweit auf Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft.

Der Konzern konnte seine Marktstellung festigen und Aktivitäten in den Kerngeschäftsfeldern weiter ausbauen. Die Kunden honorieren das Angebot an qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen mit einer steigenden Zahl von Vertragsabschlüssen sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft.

Um die Zielstruktur des Konzerns zu erreichen, haben wir 2005 die Zahl der Beteiligungen planmäßig weiter reduziert. Dazu gehörte insbesondere der Verkauf der Anteile an der Weberbank.

Außerdem haben wir die vertraglichen Voraussetzungen zur Abtrennung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts geschaffen. Die Gesellschaften sollen am 30. Juni 2006 rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf das Land Berlin übertragen werden. Damit wird ein wesentlicher Teil des Restrukturierungsprogramms zum Abschluss gebracht.

Vorwort

Der Verkaufsprozess für die Berliner Bank wurde gemäß den von der EU-Kommission bei Gewährung der Sanierungsbeihilfe im Jahr 2004 bestimmten Auflagen in die Wege geleitet. Dieser Verkaufsprozess wird spätestens bis zum 1. Februar 2007 zum Abschluss gebracht werden. Wir sind zuversichtlich, dass der Verkauf zu einem Ergebnis führen wird, das allen betroffenen Parteien – Kunden, Mitarbeitern und der Bankgesellschaft – gerecht werden wird.

Das derzeit wohl wichtigste Vorhaben der Bank ist das Projekt „Eine Bank“. Es soll die Konzernstruktur nochmals wesentlich vereinfachen, indem die Geschäftsaktivitäten von Landesbank und Bankgesellschaft in der Landesbank Berlin AG zusammengeführt werden. Die Voraussetzungen dafür hatte das Land Berlin mit der Neufassung des Sparkassengesetzes im Juni 2005 geschaffen. Gleichzeitig sichert das neue Gesetz die Zukunft der Berliner Sparkasse innerhalb der Landesbank.

Zum 1. Januar 2006 ist die Landesbank Berlin AG gegründet und ins Handelsregister eingetragen worden. Für die Übertragung der Geschäftsaktivitäten der Bankgesellschaft auf die Landesbank werden wir Sie, unsere Aktionäre, auf der kommenden Hauptversammlung um Ihre Zustimmung bitten. Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse soll dann in der zweiten Jahreshälfte 2006 erfolgen. Unser Ziel ist es, Transparenz und Steuerbarkeit der Bank weiter zu verbessern und die heutige Bankgesellschaft – dann unter dem Namen Landesbank Berlin Holding AG – mit ihrer Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG stark und zukunftsorientiert zu positionieren.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,
unsere Bank arbeitet wieder nachhaltig profitabel. Das operative Geschäft hat sich im Jahr 2005 erfreulich entwickelt. Das operative Konzernergebnis nach IFRS wurde auf 244 Mio. € nach 75 Mio. € im Vorjahr gesteigert. Dies konnte durch Ertragssteigerungen und Kostensenkungen erreicht werden. Zudem sind im Ergebnis positive Sonderfaktoren in einer Größenordnung von etwa 100 Mio. € enthalten. Wir setzen alles daran, insbesondere auf der Ertragsseite in den kommenden Jahren weitere Verbesserungen zu erzielen. Unsere hervorragende Marktposition und die in den Jahren der Sanierung und Neuausrichtung gewonnene Stärke bieten dafür beste Voraussetzungen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen Jahren Großartiges geleistet. Sie haben neue Kunden gewonnen, Marktpositionen gezielt ausgebaut und Erträge gesteigert. Wir haben 2005 erreicht, was wir uns vorgenommen hatten, und sogar noch etwas mehr. Die Bankgesellschaft ist auf einem guten Weg.

Wir wissen, dass wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Wir werden die Arbeit für unsere Kunden und Geschäftspartner weiter intensivieren und die Attraktivität der Bank damit erhöhen.

Die Bankgesellschaft Berlin bedankt sich bei Ihnen, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, für das Vertrauen, das Sie in den zurückliegenden Jahren in uns gesetzt haben. Wir hoffen, dass Sie uns auch auf dem vor uns liegenden Weg begleiten werden.

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2005 in fünf Plenums- und insgesamt elf Ausschuss-Sitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die wirtschaftliche Entwicklung der Bank und des Konzerns diskutiert, den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht.

Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bank befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Dabei hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, sowie über die Risikosituation informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Zwischen den Sitzungen wurden aktuelle Einzelthemen und anstehende Entscheidungen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Im Rahmen der bevorstehenden Zusammenführung von Bankgesellschaft und Landesbank Berlin tagten der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse teilweise mit den entsprechenden Gremien der LBB in gemeinsamen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von für die Bank respektive den Konzern wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat, sofern erforderlich, nach intensiver Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt.

Außerdem hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung der Rechnungslegung nach IAS/IFRS-Standard und zudem in Informationsveranstaltungen ausführlich über die Auswirkungen der Umstellung der Rechnungslegung auf IAS/IFRS sowie auch zu den Anforderungen des Risikocontrolling unterrichten lassen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratstätigkeit

Im Zentrum unserer Beratungen stand im abgelaufenen Berichtsjahr der erfolgreiche Abschluss der Sanierungsbemühungen, die damit verbundene weitere Reduzierung der Kosten und die Verbesserung der Ertragslage des Bankgesellschaft Konzerns, die der Aufsichtsrat in allen Sitzungen diskutiert und mit dem Vorstand beraten hat.

Infolge der Entscheidungen der EU-Kommission ist es erforderlich, die Berliner Bank – Niederlassung der Landesbank Berlin AG – spätestens bis Anfang 2007 aus dem Konzern auszugliedern und zu veräußern. Der Aufsichtsrat hat diese Transaktion eng begleitet, indem er sich vom Vorstand laufend über den aktuellen Stand des Verkaufsprozesses und die hierzu eingeleiteten Schritte hat unterrichten lassen.

Auch über die Umsetzung der weiteren in diesem Zusammenhang an die Bank gestellten Aufgaben, wie beispielsweise die Übernahme von Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns durch das Land Berlin, hat sich das Gremium eingehend informieren lassen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst. Ebenso ließ sich der Aufsichtsrat über das Verkaufsverfahren Weberbank Privatbankiers KGaA wiederholt ausführlich unterrichten und erteilte durch den zuständigen Ausschuss seine Zustimmung.

Weiterhin hat sich der Aufsichtsrat zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, für die er gemäß Gesetz zuständig ist, unter anderem Haftpflichtansprüche und Prospekthaftungsklagen, mit Hilfe externer juristischer Berater und mittels der durch die von ihm und vom Vorstand beauftragten Anwaltskanzleien erstellten Gutachten über den aktuellen Stand zu einzelnen Verfahren beraten, entsprechende Beschlüsse gefasst und die erforderlichen Maßnahmen veranlasst.

Sitzungen des Aufsichtsrats

In der ersten Sitzung des Jahres am 18. Februar 2005 wurden die Eckwerte des Jahresabschlusses 2004, der aktuelle Lagebericht und die Sachstandsberichte zum Projekt „Eine Bank“ sowie zu den Verkaufsverhandlungen bezüglich der Weberbank behandelt.

Am 29. April 2005 wurden im Rahmen der Bilanzsitzung vorrangig der Jahresabschluss der AG und des Konzerns 2004 gebilligt und der Jahresabschluss der AG damit festgestellt. Ferner wurden der Corporate Governance-Bericht diskutiert und die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2005 verabschiedet. Daneben hat der Aufsichtsrat unter anderem die Ergebnisse der Geschäftsfelder 2004, den Jahresbericht 2004 der Revision, die aktuelle Geschäftsentwicklung im Jahr 2005 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2006 bis 2009 erörtert.

In der Sitzung am 27. Juni 2005 hat sich der Aufsichtsrat über die geschäftliche Entwicklung in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres 2005 und zum Stand der Prospekthaftungsklagen bei geschlossenen Immobilienfonds informiert. Daneben wurde der Sachstandsbericht zur Aufarbeitung von Ansprüchen und Sachverhalten im Zusammenhang mit der existenzbedrohenden Krise der Bankgesellschaft im Jahre 2001 entgegengenommen und unter Hinzuziehung externer juristischer Berater erörtert.

Gegenstand einer weiteren Sitzung des Aufsichtsrats am 09. September 2005 war neben der aktuellen Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2005 unter anderem die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte des Aufsichtsrats und des Prüfungshonorars für den Abschlussprüfer.

Bericht des Aufsichtsrats

In seiner letzten Sitzung des Jahres am 25. November 2005 hat auch der Aufsichtsrat den Beschluss zur formwechselnden Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB AöR) zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft herbeigeführt. Ferner hat der Aufsichtsrat in diesem Zusammenhang der Vereinbarung zur Einbringung der stillen Beteiligung zwischen der Bankgesellschaft Berlin und der LBB AöR sowie der Vereinbarung betreffend die Aufhebung des Vertrags zur Begründung einer einheitlichen Leitung zwischen BGB und LBB AöR zugestimmt. Neben der Entgegennahme des Schlussberichts zum Verkauf der Weberbank war die Berichterstattung über die ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres und über die operative Planung für 2006 Gegenstand dieser Sitzung. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat der Veräußerung der Immobilien-Dienstleistungsgeschäft-Gesellschaften des Konzerns an das Land Berlin zugestimmt. Ein weiterer wichtiger Punkt war und ist im Zusammenhang mit der anstehenden Veräußerung der Berliner Bank der laufende Projektüberblick sowie die Erörterung der weiteren hierzu geplanten Verfahrensschritte.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben während ihrer Amtszeit im Jahr 2005 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch folgende aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der **Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss** trat im Berichtsjahr fünfmal zur Vorbereitung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen. Der Ausschuss behandelte den Vorstand betreffende Personalangelegenheiten. Er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Aufsichtsratssitzung inhaltlich vor – darunter insbesondere die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses – und vertiefte strategische Fragen und Vorgänge von besonderer Bedeutung. An den Sitzungen zur Bilanzvorberatung nahmen auch die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden dabei die Prüfung und Feststellung beziehungsweise Billigung des Jahres- und des Konzernabschlusses.

Der **Kreditausschuss** des Aufsichtsrats hat in seinen sechs Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken, beraten. Die Mitglieder des Kreditausschusses ließen sich entsprechend der Geschäftsordnung die nach den Kompetenzregeln zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen. Daneben befasste sich der Kredit-

ausschuss mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte gegebenenfalls seine Zustimmung. Zwei Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren gefasst. Des Weiteren wurde regelmäßig über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten.

Für den gemäß § 11 Abs. 3 des Vertrags über eine Stille Gesellschaft und zur Begründung einer einheitlichen Leitung zwischen der BGB und der LBB AöR bestehenden **„Weisungsausschuss“** gab es auch im Berichtsjahr keine Veranlassung zusammenzutreten. Aufgrund der am 25. November 2005 vom Aufsichtsrat beschlossenen Aufhebung dieses Vertrags wurde der Weisungsausschuss zum 31. Dezember 2005 aufgelöst.

Sitzungen des gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildenden **„Vermittlungsausschusses“** waren im abgelaufenen Geschäftsjahr wie in den Vorjahren nicht erforderlich.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit der Ausschüsse berichten lassen.

Alle Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen teilgenommen.

Corporate Governance

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen erörtert. Im Dezember 2005 haben Vorstand und Aufsichtsrat auf Basis der Änderungen des DCGK vom Juni 2005 eine neue Entsprechenserklärung abgegeben, die zum 31. März 2006 aktualisiert wurde. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht des Unternehmens 2005 zu entnehmen, in dem das Corporate Governance-Verständnis der Bank erläutert wird. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Bank unter **www.bankgesellschaft.de** hinterlegt.

Außerdem hat sich der Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen mit der Prüfung der Effizienz seiner Aufsichtstätigkeit befasst und einen individuell auf die Gegebenheiten des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin abgestimmten Fragebogen entwickelt. Anhand der Auswertung dieser Checkliste hat der Aufsichtsrat Verbesserungsvorschläge erörtert und hierzu Beschlüsse gefasst. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Bericht des Aufsichtsrats

Jahresabschluss 2005

Der vorliegende Jahresabschluss mit dem Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2005 sowie der Konzernabschluss mit dem Konzernlagebericht wurden durch die von der Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der mit dem Aufsichtsrat vereinbarten Prüfungsschwerpunkte geprüft. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Der Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der Jahresabschluss mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Konzernlagebericht wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats nebst dem Bericht des Abschlussprüfers nach eingehender Vorprüfung durch den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats informierte sich regelmäßig beim Abschlussprüfer über den Stand der Prüfung.

Wie in den Vorjahren nahmen die Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2006 sowohl an den Sitzungen des Kreditausschusses sowie des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses, in denen die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte bestehen.

Gegen das Prüfungsergebnis ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der AG und des Konzerns zum 31. Dezember 2005 in seinen Sitzungen vom 31. März 2006 beziehungsweise 24. Mai 2006 gebilligt. Der Jahresabschluss der AG gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2005 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Personalia

In der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Zum 1. Januar 2005 war Herr Martin K. Müller vom Aufsichtsrat für die Dauer von vier Jahren zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Bankgesellschaft Berlin AG bestellt worden.

Außerdem rückte nach dem Eintritt von Herrn Bernd Reinhard Ende März 2005 in den Ruhestand Herr Heiko Reinhard am 1. April 2005 als gewähltes Ersatzmitglied der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Bankgesellschaft nach.

Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen, durch die sie das Ergebnis der Bankgesellschaft Berlin im Geschäftsjahr 2005 ermöglicht haben.

Berlin, im Mai 2006

Der Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der Wichtigkeit verlässlicher und effizienter Regeln zur Führung und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften bewusst und messen dem Thema Corporate Governance auch nach Abschluss des Sanierungsprozesses weiterhin eine hohe Bedeutung bei. Die Einhaltung der Corporate Governance-Regelungen ist ein wichtiger Faktor zur Festigung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzernunternehmen beachten unabhängig von ihrer Rechtsform die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) weitgehend, sofern die Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernübergreifenden Leitbilds von Bedeutung sind. Die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance-Bericht einschließlich Entsprechenserklärung.

Die in Ziffer 6.6 des DCGK genannten Voraussetzungen für mitteilungspflichtige Geschäfte und angabepflichtigen Besitz in Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente lagen im Geschäftsjahr 2005 nicht vor.

Vorstand

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG bekennt sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung angelegten Unternehmensführung und leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, Satzung und Geschäftsordnung. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Die Zusammensetzung des Vorstands und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind auf Seite 52 dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und arbeitet vertrauensvoll und eng mit dem Vorstand zusammen. Entsprechend der Satzung hat der Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG 20 Mitglieder, die namentlich auf den Seiten 16 und 17 des Geschäftsberichts aufgeführt sind. Er hat aus seinen Mitgliedern unter anderem den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss gebildet. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat behandelten wesentlichen Themen im Geschäftsjahr 2005 sind im Einzelnen dem Bericht des Aufsichtsrats zu entnehmen. Über die Effizienz seiner Tätigkeit informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht auf den Seiten 8 bis 13.

Bilanzierung

Die Bilanzierung des Konzernabschlusses für die Bankgesellschaft Berlin erfolgt für das Geschäftsjahr 2005 erstmals nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Zusätzlich wird freiwillig ein HGB-Konzernabschluss veröffentlicht. Der Einzelabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wird gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zum Jahresabschluss gehört auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Bank informiert. Er ist den Seiten 77 bis 104 zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG in Form von Jahres- und Zwischenberichten informiert. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Aufgrund der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 2. Juni 2005 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung aktualisiert.

In Abweichung von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex werden im Geschäftsjahr 2006 aufgrund der Komplexität und der umfangreichen Umstellung auf IAS/IFRS die Zwischenberichte voraussichtlich nicht innerhalb der 45-Tage-Frist veröffentlicht werden. Aus demselben Grund wird auch der Konzernabschluss weiterhin nicht DCGK-konform veröffentlicht.

Im Geschäftsbericht 2005 wird wie in den Vorjahren auf die Darstellung von Vergütungssystemen des Vorstands und auf eine individualisierte Aufschlüsselung der Vorstandsbezüge im Anhang verzichtet, da allein der Erkenntnisgewinn, den Öffentlichkeit und Investoren aus diesen Informationen ziehen, eine detaillierte Offenlegung nicht rechtfertigt.

Auch die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird bisher nicht individualisiert und aufgegliedert nach Bestandteilen ausgewiesen, um die Offenlegungspolitik einheitlich zu handhaben. Bereits jetzt ist dadurch Transparenz gegeben, dass die Aufsichtsratsvergütung in § 13 der Satzung geregelt ist. Gleichwohl haben Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, den Empfehlungen hinsichtlich der individualisierten Offenlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung erstmals für das Geschäftsjahr ab dem 1. Januar 2006 zu folgen.

Vor diesem Hintergrund wird eine aktualisierte Entsprechenserklärung mit Stand 31. März 2006 abgegeben.

Die auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 2. Juni 2005 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

Die Bankgesellschaft Berlin AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit folgenden Ausnahmen:

- Der Konzernabschluss 2004 und die Zwischenberichte des Geschäftsjahres 2005 wurden abweichend von der Verhaltensempfehlung noch nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards, sondern gemäß den Vorschriften des HGB erstellt (7.1.1 DCGK).
- Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte der Konzern in der Vergangenheit wegen der Umbruchphase und kann er derzeit aufgrund der Komplexität im Zusammenhang mit der Umstellung auf IAS/IFRS nicht erfüllen. Auch die Anforderung zur Veröffentlichung der IAS/IFRS-Zwischenberichte binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums kann im Geschäftsjahr 2006 vor dem Hintergrund der hierfür erforderlichen Umstellungen voraussichtlich nicht erfüllt werden (7.1.2 DCGK).
- Das System der Vorstandsvergütung wurde nicht veröffentlicht (4.2.3 DCGK).
- Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wurde bis einschließlich Jahresabschluss 2005 im Anhang des Konzernabschlusses pauschal offen gelegt. Es erfolgte keine Individualisierung und Angabe der Aufteilung (4.2.4 DCGK).
- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurde bis einschließlich Jahresabschluss 2005 nicht individualisiert und aufgeteilt offen gelegt. Es erfolgte jedoch im Anhang eine pauschale Angabe (5.4.7 DCGK).

Vorstand und Aufsichtsrat
der Bankgesellschaft Berlin AG

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h.c. Klaus G. Adam
Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer

Bärbel Wulff*
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Axel Berger
Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle
für Rechnungslegung e. V., Berlin;
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dagmar Brose*
Referentin im Bereich Finanzen
der Bankgesellschaft Berlin AG

Thomas Dobkowitz
Unternehmensberater

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands
der Deutsche Bank AG;
Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Claudia Fieber*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Christina Förster*
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industrie-
beteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Sascha Händler*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG;
Kundenbetreuer Exportfinanzierung
der Bankgesellschaft Berlin AG

Michael Jänichen*
Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG;
Leiter der LBB Niederlassung Luxemburg

Daniel Kasteel*
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Dr. Hannes Rehm
Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Bernd Reinhard*
bis 31.03.2005
ehem. Mitglied des Beirats der Integra-
tionsgruppe Berliner Bank / Landesbank
Berlin – Girozentrale –

* Arbeitnehmervertreter

Heiko Reinhard*
ab 01.04.2005
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG;
Berater Universalkunden

Senator Dr. Thilo Sarrazin
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands der
ThyssenKrupp AG

Joachim Tonndorf*
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Frank Wolf*
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Senator Harald Wolf
Senator für Wirtschaft, Arbeit
und Frauen des Landes Berlin

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der Hapag-Lloyd AG

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Dr. h.c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Bärbel Wulff
stellv. Vorsitzende

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Joachim Tonndorf

Kreditausschuss

Dr. Michael Endres
Vorsitzender

Dr. h.c. Klaus G. Adam
stellv. Vorsitzender

Dagmar Brose

Michael Jänichen

Dr. Heinz-Gerd Stein

Vermittlungsausschuss

Dr. h.c. Klaus G. Adam

Christina Förster

Senator Harald Wolf

Bärbel Wulff

Weisungsausschuss**

Dr. h.c. Klaus G. Adam

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Senator Harald Wolf

** Der Ausschuss ist per 31. Dezember 2005 entfallen.

Stand: Mai 2006

Unsere Kunden

…stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Nur wenn wir die spezifischen Bedürfnisse unserer Kunden wirklich verstehen, können wir zielgenaue Lösungen für sie entwickeln. Kundenzufriedenheit ist nicht nur das Ergebnis richtiger wirtschaftlicher Entscheidungen. Sie ist auch das Ergebnis von Vertrauen, Nachhaltigkeit und Integrität im Umgang miteinander.

Aus dem Konzern

- Segmentberichterstattung 21
- Private Kunden 24
- Firmenkundengeschäft 28
- Kapitalmarktgeschäft 34
- Immobilienfinanzierung 37
- Immobiliendienstleistungen 40
- Corporate Investments 43
- Sonstiges/Konsolidierung 43
- Mitarbeiter 46
- Aktie der Bankgesellschaft Berlin 50

Segmentberichterstattung

Wir berichten über folgende Segmente:

Strategische Geschäftsfelder

- Private Kunden
- Firmenkundengeschäft
- Kapitalmarktgeschäft
- Immobilienfinanzierung

Weitere Segmente

- Immobiliendienstleistungen (nur in der HGB-Segmentberichterstattung)
- Corporate Investments
- Sonstiges/Konsolidierung

Die strategischen Geschäftsfelder und Segmente werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis
- Eigenkapitalrentabilität
- Cost-Income-Ratio

Die Bankgesellschaft hat im Rahmen der IFRS-Erstanwendung bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IAS 32/39 von der Befreiung nach IFRS 1.36A Gebrauch gemacht und als Vorjahresvergleichszahlen (für 2004) die Bilanzansätze und Bewertungen nach HGB übernommen. In der Segmentberichterstattung wird folglich analog verfahren.

Gegenüber der Berichterstattung für das Geschäftsjahr 2004 hat sich die Segmentstruktur inhaltlich insofern geändert, als die Tochtergesellschaften Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und Bankgesellschaft Berlin International S.A. vollständig den Segmenten Immobilienfinanzierung beziehungsweise Kapitalmarktgeschäft zugeordnet wurden.

Im Geschäftsjahr 2005 haben wir des Weiteren methodische Veränderungen in der Berichterstattung vorgenommen. Der Eigenkapitalausweis je Segment wurde vom bilanziellen Eigenkapital auf das gebundene Eigenkapital umgestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit haben wir die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Segmentberichterstattung

IFRS-SEGMENTBERICHTERSTATTUNG PER 31.12.2005

	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarktgeschäft	
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Zinsüberschuss	423	454	178	169	77	199
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	48	58	–10	22	6	22
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**375**	**396**	**188**	**147**	**71**	**177**
Provisionsüberschuss	245	249	35	35	32	22
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					–6	
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					279	97
Ergebnis aus Finanzanlagen			–19	-6	15	54
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7		2	6	14	33
Verwaltungsaufwendungen	527	550	128	130	209	220
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**100**	**95**	**78**	**52**	**196**	**163**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen						
Operatives Ergebnis	**100**	**95**	**78**	**52**	**196**	**163**
Segmentvermögen	5.271	5.444	6.969	7.934	66.455	56.428
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital)	13.354	13.566	4.979	4.946	55.436	48.458
Risikopositionen [2]	4.137	4.298	5.237	4.913	14.507	12.884
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) [3]	341	356	360	354	910	979
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.187	3.341	876	903	456	481
Eigenkapitalrentabilität	29,3 %	26,7 %	21,7 %	14,7 %	21,5 %	16,6 %
Cost-Income-Ratio	78,1 %	78,2 %	65,3 %	63,7 %	50,9 %	54,3 %

[1] Vergütung zeitanteilig, stille Einlagen des Landes Berlin ganzjährig berücksichtigt

[2] Im Geschäftsfeld Corporate Investments gehörte die Weberbank bis zum 31.08.2005 zum KWG-Konsolidierungskreis.

[3] Für den Konzern insgesamt wird unter „gebundenem Eigenkapital" das Kernkapital gemäß § 10 KWG inklusive und exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.

Immobilien-finanzierung		Corporate Investments		Sonstiges/ Konsolidierung		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
2005	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**[1)]	**2005**	**2004**
516	312	13	15	–240	–208	967	941	–78	–26	889	915
144	146	–6		10	7	192	255			192	255
372	**166**	**19**	**15**	**–250**	**–215**	**775**	**686**	**–78**	**–26**	**697**	**660**
6	4	6		–2	–2	322	308			322	308
–8				2		–12				–12	
–247		22		86	5	140	102			140	102
77	–4	–1		–11	6	61	50			61	50
–1	23	1		194	60	217	122			217	122
120	128	18		110	112	1.112	1.140			1.112	1.140
79	**61**	**29**	**15**	**–91**	**–258**	**391**	**128**	**–78**	**–26**	**313**	**102**
–5	–14			–64	–13	–69	–27			–69	–27
74	**47**	**29**	**15**	**–155**	**–271**	**322**	**101**	**–78**	**–26**	**244**	**75**
48.986	44.949			16.839	15.547	144.520	130.302			144.520	130.302
41.138	36.728			27.762	24.647	142.669	128.345			142.669	128.345
14.752	14.470		2.415	2.291	2.711	40.924	41.691			40.924	41.691
937	925	118	168	553	351	3.219	3.133	–1.100	–1.100	2.119	2.033
678	708			2.139	2.349	7.336	7.782			7.336	7.782
7,9 %	5,1 %	24,6 %	8,9 %			10,0 %	3,2 %	7,1 %	2,4 %	11,5 %	3,7 %
35,0 %	38,2 %	43,9 %				65,6 %	74,9 %			68,8 %	76,2 %

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden betreibt im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Landesbank Berlin unter den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse. Mit über 2 Mio. Kunden ist sie führend in der Kernregion.

Im Berichtsjahr haben wir im Geschäftsfeld Private Kunden die Restrukturierung abgeschlossen. Die Sachkosten konnten erneut signifikant gesenkt werden und die Zahl der Vollzeitstellen wurde nochmals um rund 150 reduziert. Das operative Ergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden belief sich 2005 auf 100 Mio. €.

In den nächsten Jahren wird die Ertragssteigerung des Geschäftsfeldes weiter engagiert vorangetrieben. Insbesondere durch verstärktes Cross-Selling soll die Marktführerschaft in Berlin bei privaten Kunden zu einer Intensivierung der Kundenbeziehungen genutzt werden.

PRIVATE KUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Tages- und Termingelder	63	77
Kontokorrentkredite	430	832
Geldmarktnahe Kredite	249	228
Immobilienkredite	3.194	3.131
Andere Kredite (z. B. Konsumentenkredite)	1.745	1.607
Summe Forderungen an Kunden	**5.681**	**5.875**

PRIVATE KUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Sichteinlagen	5.785	5.670
Tagesgelder	54	50
Termineinlagen/Sparbriefe	437	513
Spareinlagen	7.073	7.321
Summe Kundeneinlagen	**13.349**	**13.554**

Erträge im Anlagegeschäft uneinheitlich

Während sich die Erträge im Wertpapiergeschäft im Jahr 2005 positiv entwickelten, ging der Zinsüberschuss im Passivgeschäft zurück. Ursächlich hierfür war unter anderem ein Volumenrückgang der Einlagen zugunsten von Wertpapieranlagen, wie er im Übrigen auch im Markt zu beobachten war.

Das für private Kunden verwaltete Geldvermögen (Einlagen- und Depotvolumen einschließlich der Volumina in den BB-Invest-Konten und den DekaBank-Depots) erhöhte sich leicht um 2,1 % auf 21,6 Mrd. €. Dabei veränderten sich das Einlagenvolumen um –1,5 % und das Depotvolumen um +8,4 %.

2005 war ein weiteres Erfolgsjahr für die Neuemissionen der SOFIA-Zertifikate aus unserem Kapitalmarktgeschäft. Die Kapitalgarantie zum Ende der Laufzeit, die hohe Anfangsverzinsung sowie die Chance auf weitere attraktive Kupons in Abhängigkeit von der Entwicklung ausgewählter Aktien entsprachen den Bedürfnissen der Anleger.

Private Kunden

Positive Entwicklung im Aktivgeschäft

Das Neugeschäft an Ratenkrediten/Allzweckdarlehen erhöhte sich um 133,1 Mio. € auf 393,4 Mio. € (+51,1%). Der Bestand wuchs um 25,4% auf 523,4 Mio. €.

Im Berichtsjahr haben wir unser Angebot an Konsumentenkrediten um einen Autokredit zu besonders attraktiven Konditionen ergänzt. Aus dem Stand heraus konnte binnen 10 Monaten ein Volumen von 45,0 Mio. € für dieses Produkt generiert werden.

Seit dem Frühjahr 2005 kann der Kunde den Konsumenten-Kreditvertrag auch online über das Internet abschließen. Schnell und unkompliziert können Interessierte damit von zu Hause aus ihre finanziellen Spielräume erweitern.

Das Neugeschäft mit privaten Baufinanzierungen stieg 2005 um 52,1% auf 247,2 Mio. €. Damit liegt die Entwicklung im Rahmen der Planung. Die Baufinanzierung bleibt eines der wichtigsten Entwicklungsfelder im Geschäft mit privaten Kunden.

Das gesamte Kreditvolumen mit privaten Kunden sank um 3,3% auf rund 5,7 Mrd. €. Dies liegt vor allem an der weiteren planmäßigen Abschmelzung von auslaufenden, nicht mehr strategiekonformen Kreditportfolios.

Besteuerung der Alterseinkünfte dämpft Versicherungsgeschäft

Das Versicherungsgeschäft verlief im Berichtsjahr erwartungsgemäß in ruhigeren Bahnen. Die durch die Aufhebung der Steuerfreiheit der Erträge bedingten Vorzieheffekte, die Ende 2004 entsprechend hohe Absatzzahlen zur Folge hatten, führten 2005 zum Rückgang der Abschlüsse.

Die nettopolicierte Beitragssumme erreichte 201,3 Mio. €.

Entwicklung im Bauspargeschäft zufriedenstellend

Das Bauspargeschäft entwickelte sich 2005 planmäßig. Mit privaten Kunden wurden 15.983 Verträge über eine Bausparsumme von 259,3 Mio. € abgeschlossen.

Starke Produktinnovationen im Kartengeschäft

Im Geschäft mit Kreditkarten haben wir im Berichtsjahr wieder zahlreiche Neuerungen auf den Markt gebracht:

Gemeinsam mit AirBerlin, Deutschlands zweitgrößter Fluggesellschaft, und MasterCard haben wir ein Cobranding eingeführt. AirBerlin-Kunden können nun beim Bezahlen mit der AirBerlin-MasterCard zusätzlich Meilen sammeln und damit schneller ihre AirBerlin-Flugprämien erhalten.

Darüber hinaus wurde für junge Kunden als Deutschlandpremiere gemeinsam mit Microsoft Xbox und VISA die Xbox VISA Prepaid-Karte entwickelt. Wie vom Mobiltelefon gewohnt, bleibt über die Prepaidfunktion die volle Kostenkontrolle erhalten, so dass Jugendliche schrittweise an den kartenbasierten Zahlungsverkehr herangeführt werden können. Als weltweit erste Bank haben wir eine so genannte VISA PictureCard im innovativen

Hochkant-Design mit dem neuen VISA-Logo und einem Hologramm-Magnetstreifen herausgebracht. Mit dieser Karte können Xbox-Karteninhaber das Design ihrer Karte individuell festlegen.

Die Landesbank Berlin als größte Kreditkartenemittentin in Deutschland hat damit einmal mehr ihre Innovationskraft in diesem Geschäft bewiesen.

Ausgedehntes Vertriebsnetz

Das Vertriebsnetz für private Kunden umfasst 194 PrivatkundenCenter (41 Berliner Bank, 153 Berliner Sparkasse), 27 VermögensAnlageCenter in der Berliner Sparkasse beziehungsweise 18 Beratungs-Center Private Kunden in der Berliner Bank, drei ImmobilienCenter in der Berliner Sparkasse sowie jeweils ein Private Banking Center in beiden Marken. Geldausgabeautomaten an weiteren 92 Standorten ergänzen das Angebot.

Im Online-Banking wurde im Berichtsjahr die Verknüpfung mit dem Kreditkartenbanking hergestellt. Für unsere Kunden entfällt damit ein Legitimationsvorgang bei der Nutzung dieser Online-Angebote.

Prozessverschlankungen weitgehend umgesetzt

Die sanierungsbedingten Prozessoptimierungen wurden 2005 abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde dem Vertrieb eine neue Anwendung zur Geschäftsabwicklung zur Verfügung gestellt, die eine fallabschließende Bearbeitung im Kundengespräch gewährleistet. Wichtige Vertragsunterlagen unserer Kunden werden seitdem elektronisch abgelegt.

Die Landesbank Berlin verfügt damit im Retailgeschäft im Kooperationsverbund der Sparkassen über Abwicklungsprozesse, die neue Benchmarks setzen.

Perspektiven

Nach Abschluss der Sanierung steht die Ertragssteigerung im Mittelpunkt aller Aktivitäten. Die Unterstützung des Vertriebs beim Verkauf hat oberste Priorität.

Intelligente Kundenanalyse, konsequente Ansprache der Kunden mit Lösungsvorschlägen für ihre Bedürfnisse und eine effektive technische Unterstützung der Abwicklung sollen die Realisierung der ehrgeizigen Ziele im Geschäftsfeld Private Kunden ermöglichen.

Des Weiteren planen wir eine Qualitätsoffensive, in der unsere Leistungen und Prozesse weiter verbessert werden sollen. Aufbauend auf unsere regelmäßigen Kundenbefragungen werden wir gezielt auf die Erwartungen unserer Kunden eingehen und unser Leistungsangebot darauf ausrichten.

Der Veräußerungsprozess für die Niederlassung Berliner Bank bildet im Jahr 2006 einen weiteren Aktivitätsschwerpunkt. Hierbei gilt es, die Interessen aller Beteiligten – der Kunden, der Mitarbeiter sowie unserer Anteilseigner – möglichst ausgewogen zu berücksichtigen und die EU-Auflagen zum Verkauf zu erfüllen.

Firmenkundengeschäft

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat mit ihren Marken Landesbank Berlin/ Berliner Sparkasse und Berliner Bank im regionalen Firmenkundengeschäft ihre starke Marktstellung auch im Geschäftsjahr 2005 behaupten können. Insgesamt werden rund 75.000 Unternehmen in der Kernregion über unterschiedliche Vertriebswege betreut.

Das Berichtsjahr war durch ein weiterhin schwieriges konjunkturelles Umfeld gekennzeichnet. Mit offensiven Betreuungsstrategien gelang es, den Unternehmen in Berlin/Brandenburg innovative Produkte und Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen und über diese erfolgreiche Marktbearbeitung die Ertragsbasis des Firmenkundengeschäfts auf hohem Niveau zu stabilisieren. Für Gewerbekunden wurde mit der BusinessLine der moderne Vertriebsweg einer telefonischen Direktbank geschaffen und erfolgreich am Markt platziert. Damit konnte das Leistungsangebot im Firmenkundengeschäft weiter abgerundet werden. Die Maßnahmen der optimierten Steuerung der Vertriebsaktivitäten zeigten positive Wirkung. So konnte das operative Ergebnis des Segments um 26 Mio.€ auf 78 Mio.€ verbessert werden.

Unverändert regionale Fokussierung

Der Schwerpunkt des Firmenkundengeschäfts liegt nach wie vor auf dem Kernmarkt Berlin-Brandenburg. Hier konnten wir bei anhaltend hoher Wettbewerbsintensität im Geschäftsjahr 2005 die gewachsenen Kundenbeziehungen fortführen und damit unsere Marktstellung festigen. Angesichts der spezifischen Unternehmenslandschaft der Region steht die Betreuung mittelständischer Firmenkunden unverändert im Mittelpunkt der Geschäftspolitik.

FIRMENKUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Tages- und Termingelder	563	352
Kontokorrentkredite	291	335
Geldmarktnahe Kredite	28	0
Immobilienkredite	966	1.567
Andere Kredite	5.921	6.392
Summe Forderungen an Kunden	**7.769**	**8.646**

FIRMENKUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Sichteinlagen	2.796	2.999
Tagesgelder	75	73
Termineinlagen/Sparbriefe	518	299
Spareinlagen	525	428
Summe Kundeneinlagen	**3.914**	**3.799**

Die detaillierte Kenntnis des regionalen Markts hat dazu beigetragen, unser Leistungsprofil auf Basis einer weiterentwickelten Strategie durch die Nutzung unterschiedlicher Vertriebskanäle marktkonform auszugestalten und die Betreuungsqualität für unsere Kunden zu verbessern. Dabei berücksichtigt unsere Strategie einer ganzheitlichen Kundenbetreuung das Nachfrageprofil der Gewerbekunden und der mittelständischen Unternehmen in der Region Berlin-Brandenburg mit flexibel gestalteten Produkt- und Leistungsangeboten. Wir profitieren von den zumeist langjährigen Beziehungen zu Unternehmen und dem klaren Bekenntnis zum mittelständischen Firmenkundengeschäft in unserer Kernregion. Im Jahr 2005 haben wir zudem das Firmenkundengeschäft der Weberbank erfolgreich in das bestehende Firmenkundengeschäft integriert.

Firmenkundengeschäft

Tendenzen im Kreditgeschäft

Die anhaltend geringe Investitionsneigung der Unternehmen Berlin-Brandenburgs beeinflusste weiterhin die Entwicklung des Kreditgeschäfts. Hinzu kommt als wichtiger Einflussfaktor die weitere Fokussierung auf das Geschäft der Region und die damit verbundene gezielte Aussteuerung von nicht strategiekonformen überregionalen Engagements. Die Forderungen an Kunden sind rückläufig, da das Geschäft mit Schuldscheindarlehen im Umfang von 0,8 Mrd. € vom Firmenkunden- auf das Kapitalmarktgeschäft übertragen worden ist. Im Übrigen ist es gelungen, das Neukreditgeschäft zu stabilisieren. Wir werden die Vertriebsaktivitäten auf die Ausweitung des Kreditgeschäfts lenken, um angesichts der sich allmählich verbessernden konjunkturellen Aussichten an einer positiven Entwicklung teilhaben zu können.

Trotz der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der überdurchschnittlich hohen Insolvenzquote in der Region Berlin-Brandenburg entwickelte sich die Risikosituation im Firmenkundengeschäft insgesamt stabil. Die Differenz bei den Risikokosten zwischen der Rechnungslegung nach HGB und IFRS ist neben der veränderten Systematik im Wesentlichen auf den unterschiedlichen Bewertungsansatz bei einer dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordneten Beteiligung zurückzuführen. Die segmentspezifische Entwicklung spiegelt die risikoorientierte Kreditpolitik im Firmenkundengeschäft wider. Zunehmend werden die Ergebnisse der eingeführten risikoabhängigen Preisgestaltung spürbar. Die in den vergangenen Jahren eingeführten Prozessverschlankungen und Beschleunigungen der Entscheidungs- und Bearbeitungszeiten im Kreditgeschäft haben sich bewährt.

Ertragsbasis stabilisiert

Die im Berichtsjahr umgesetzten Maßnahmen der Vertriebssteuerung und Intensivierung der Vertriebsmaßnahmen führten trotz schwieriger Marktbedingungen zu einer Stabilisierung der Ertragsbasis im Firmenkundengeschäft auf hohem Niveau. Dabei haben sich die eingeführten Musterkundenprofile in der gezielten Identifizierung der Bedarfslagen unserer Kunden bewährt.

Das Passivgeschäft des Geschäftsfelds konnte weiter ausgebaut werden. Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus und unterjährig erfolgter Zinsanpassungen stieg das Volumen der Kundeneinlagen. Diese Entwicklung verdeutlicht das Vertrauen unserer Kunden in die Leistungsfähigkeit der Bank. Weiter ausbaufähig ist die Entwicklung im Provisionsgeschäft. Die Stärkung des Provisionsgeschäfts ist unverändert eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Im Geschäftsjahr 2005 haben wir bereits das Angebot an Kapitalmarktprodukten im mittelständischen Firmenkundengeschäft erweitert und damit das Fundament für die Provisionsstärkung verbreitert.

Die Risikovorsorge blieb auf erfreulich niedrigem Niveau. Dennoch wurde allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen.

Modernisierung der Vertriebswege

Im Geschäftsjahr 2005 haben wir mit der BusinessLine einen modernen Vertriebsweg vor allem für Gewerbekunden erfolgreich eingeführt und unser bestehendes Multikanalangebot erweitert. Über die telefonische Direktbank sind erfahrene Betreuer zu verlängerten Servicezeiten erreichbar, was den Wünschen unserer Kunden entspricht. Zugleich haben wir die Produktpalette dem Nachfrageverhalten der Kunden weiter angepasst und können damit zielgenaue Lösungen für konkrete Bedürfnisse anbieten. Parallel stehen für den beratungsintensiveren Bedarf flächendeckend stationäre Vertriebsstellen zur Verfügung, deren Anzahl optimiert wurde. Mit diesen Maßnahmen schloss die Bank die Neugestaltung der Vertriebswege im Geschäftsjahr 2005 ab.

Zeitgleich wurden im Firmenkundengeschäft die Instrumente zur Optimierung der Marktbearbeitung weiter ausgebaut. Im Jahr 2005 haben wir das Customer-Relationship-Management-System (CRM), das sich bereits in anderen Vertriebswegen des Firmenkundengeschäfts bewährt hat, allen Vertriebsmitarbeitern im Gewerbekundengeschäft zur Verfügung gestellt. Damit steht nunmehr allen Vertriebsmitarbeitern durchgängig für alle Kundensegmente ein modernes Informationssystem zur effizienten Kundenbetreuung zur Verfügung. Es konnten weitere Prozessanpassungen umgesetzt werden, die es ermöglichten, im Vertrieb Freiräume für die Kundenbetreuung zu generieren und effiziente Bearbeitungsformen sicherzustellen.

Unsere Kompetenzzentren Ausland, Electronic Banking, Leasing und Factoring sowie Gründungen und Unternehmensnachfolge mit ihrem Spezial-Know-how haben sich als Dienstleister zur Unterstützung in der Kundenbetreuung bewährt. Ihr Einsatz erfolgt zielgerichtet entsprechend dem Kundenbedarf.

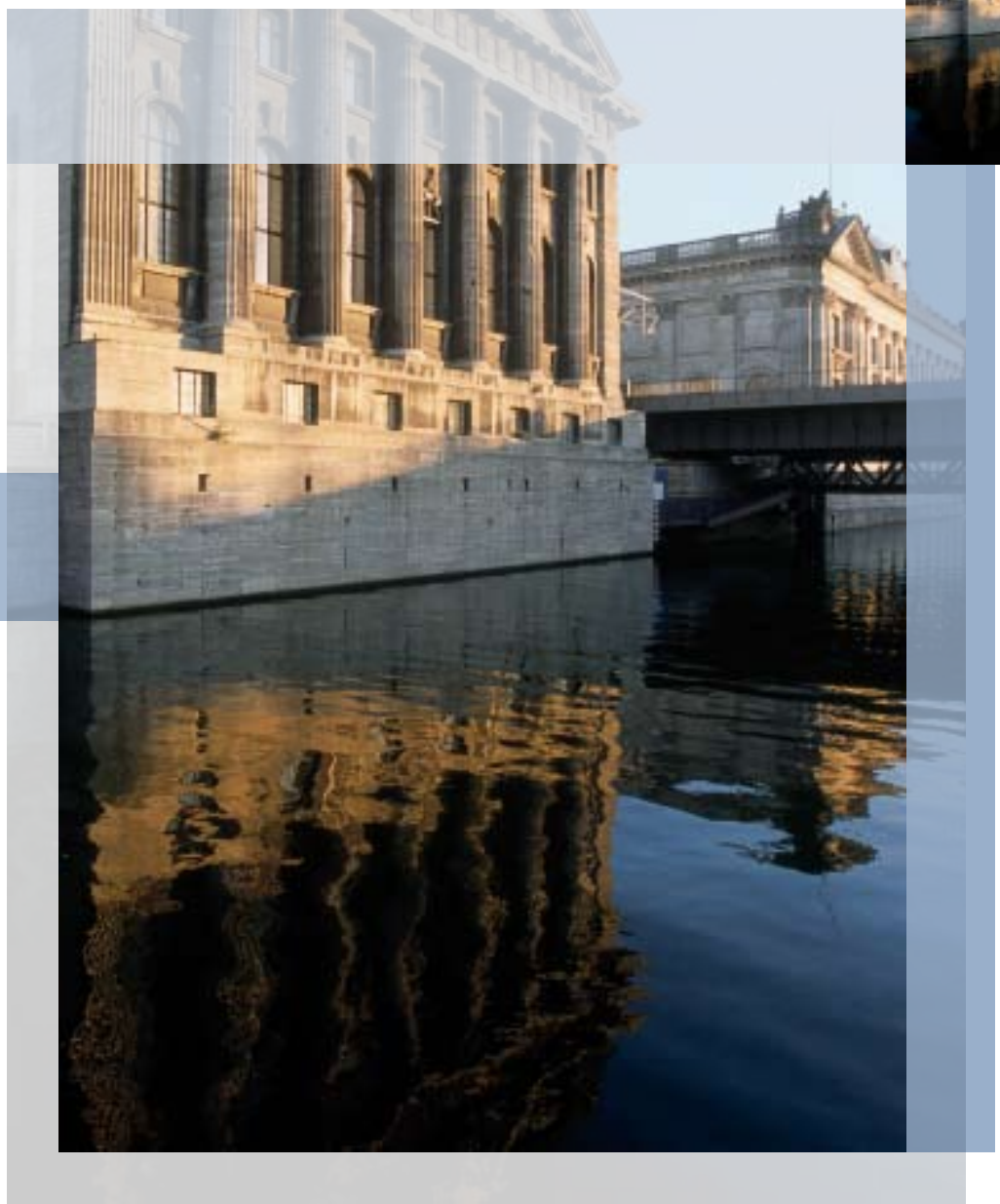
Perspektiven

Unser geschäftspolitisches Ziel ist unverändert der weitere Ausbau der Marktstellung in der Kernregion Berlin-Brandenburg und die nachhaltige Stärkung und Verbreiterung der Ertragsbasis in allen Segmenten des Firmenkundengeschäfts. Dabei werden segmentbezogene Betreuungskonzeptionen umgesetzt, die sich an den jeweiligen Bedarfslagen unserer Kunden orientieren. Um die anspruchsvollen Marktziele zu erreichen, werden wir den Ausbau des Aktivgeschäfts forcieren. Unverändert halten wir dabei an der risikoorientierten Kreditpolitik fest. Auch die Stärkung des Provisionsgeschäfts steht weiterhin auf der Agenda. Im Geschäftsjahr 2006 wird das Produkt- und Leistungsangebot regelmäßig überprüft und gezielt an die Kundenbedarfslagen angepasst werden. Dabei werden für die mittelständischen Firmenkunden auch neue Produkte strukturiert.

Die im Geschäftsjahr 2005 erfolgreich im Markt verankerte BusinessLine werden wir konsequent auf weitere Ausbaustufen hin prüfen, um den Direktbankenaspekt weiterzuentwickeln. Die wertorientierte Vertriebssteuerung im Firmenkundengeschäft wird weiter verfeinert, um auch künftig eine optimale Betreuung zu gewährleisten und die Vertriebsleistung zu forcieren.

Unsere Wurzeln

…sind uns wichtig. Wir verstehen uns als leistungsstarke Universalbank für die deutsche Hauptstadt und für Brandenburg. Dieser Region und ihren Menschen fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet. Sie ist unsere Heimat. Überregional sind wir in ausgewählten Bereichen aktiv, in denen wir uns besondere Kompetenzen erworben haben.



Kapitalmarktgeschäft

Das Segment Kapitalmarktgeschäft hat im Berichtsjahr seine Organisationsstrukturen weiter gestrafft und optimiert. Die neuen Strukturen in den Bereichen Treasury and Trading, Client Business und Internationales Geschäft haben sich bewährt und bereits verbesserte Ergebnisse gezeigt.

Bei der standortübergreifenden Konzentration unserer Aktivitäten wurde die konsequente Trennung von Kundengeschäft und Handel umgesetzt. Das Kundengeschäft ist jetzt in einer Einheit zusammengefasst. Ebenso wurden die Nostro-Aktivitäten in einem Bereich unter einheitlicher Risikosteuerung konsolidiert. Des Weiteren haben wir neue Salesansätze und -initiativen etabliert, um unsere Kunden noch intensiver zu betreuen. Die unterschiedlichen Ansprüche und Bedürfnisse unserer Kundengruppen sind das maßgebliche Kriterium für Art und Umfang der Betreuung und bestimmen die Organisationsstruktur.

Das Segment Kapitalmarktgeschäft hat im Berichtsjahr sein operatives Ergebnis in Höhe von 196 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 33 Mio. € gesteigert.

KAPITALMARKTGESCHÄFT – POSITIONEN DES SEGMENTVERMÖGENS

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Summe Forderungen an Kunden	2.460	3.801
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	15.947	8.803
Finanzanlagen	28.505	26.089
Forderungen an Kreditinstitute	19.618	18.018

KAPITALMARKTGESCHÄFT – POSITIONEN DER SEGMENTVERBINDLICHKEITEN

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Summe Kundeneinlagen	4.960	5.264
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.630	9.765
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	11.850	2.410
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.910	28.032

Treasury and Trading als zentraler Risikosteuerer

Der Bereich Treasury and Trading konsolidiert alle bisherigen Handels- und Anlagefunktionen aus Treasury und Eigenhandel und beinhaltet weiterhin alle Servicefunktionen des Treasury zur Liquiditätssicherung und Refinanzierung. Die strukturelle Zusammenführung bietet zusätzliche Möglichkeiten der Steuerung und verbessert die Ausschöpfung von Marktpotenzialen durch eine gezielte Allokation in kurz- und langfristige Strategien und ein assetklassenübergreifendes Risikomanagement.

Die Diversifikation der Strategien unter einer einheitlichen Steuerung hat sich bereits bewährt und in einem sehr heterogenen Marktumfeld zu einem erfreulichen Gesamtergebnis des Bereichs geführt. Dazu haben sowohl die kurzfristigen Handelsaktivitäten als auch die Investitionsbereiche beigetragen.

Kapitalmarktgeschäft

Produktübergreifende Kundenbetreuung durch Client Business

Mit Client Business haben wir eine Einheit geschaffen, in der unter Nutzung etablierter Prozesse produktübergreifend alle Kundenaktivitäten des Kapitalmarktgeschäfts gebündelt werden. Damit übertragen wir die Vertriebsansätze erfolgreicher Produktgruppen effizient auf andere Aktivitäten und ermöglichen eine kundenspezifische Ausrichtung. Neue Systeme, Prozesse und eine erhöhte Personalausstattung in der Vertriebsunterstützung optimieren diesen Ansatz.

Auf Basis der optimierten Organisation haben wir in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres mit einem Vertriebsintensivierungsprogramm an der Umsetzung der strategischen Ziele gearbeitet. Der erfolgreiche Vertrieb unserer Produktpalette über unser Geschäftsfeld Private Kunden wurde weiter ausgebaut und das Drittgeschäft intensiviert.

Das Ergebnis des konsolidierten Bereichs konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Für das neue Geschäftsjahr erwarten wir aufgrund der Umsetzung aller genannten Maßnahmen eine weitere Verbesserung.

Risikobegrenztes Wachstum im internationalen Geschäft

Im Bereich Internationales Geschäft wurde das Geschäftsvolumen nach dem strategiekonformen Rückgang der letzten Jahre erfolgreich stabilisiert und in einzelnen Bereichen deutlich ausgeweitet. Das Umfeld ist von weiter sinkenden Margen und der zunehmenden Kapitalmarktfähigkeit potenzieller Kunden geprägt. Das gute Gesamtergebnis liegt – auch durch Sondererträge und geringere Risikovorsorge – deutlich über dem Vorjahreswert.

Aufgrund der Risikoentwicklung wurde der Rahmen für die Geschäftstätigkeit in den Zielregionen erweitert, so dass ein kontrolliertes Wachstum auch im Geschäftsjahr 2006 möglich sein wird.

Forcierter Abbau der nicht strategischen Aktivitäten

Der Bereich Corporate Banking wurde im Berichtsjahr an das strategische Geschäftsfeld Firmenkunden abgegeben. Die Bestände des verbliebenen Abbaubereichs Structured Finance haben sich um 137 Mio. € auf 794 Mio. € reduziert.

Perspektiven

Mit der Verbesserung der Organisationsstruktur haben wir die Voraussetzungen für eine konsequente, zielorientierte Weiterentwicklung des Geschäfts geschaffen. Die neue Struktur ermöglicht es uns, schnell und flexibel auf alle Veränderungen in den Kapitalmärkten zu reagieren.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung richtet sich bundesweit auf professionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und ausgewählte Projektentwickler aus. In einem anhaltend wettbewerbsintensiven Marktumfeld ist das Neugeschäft des Geschäftsfeldes im Jahr 2005 erneut erfreulich gewachsen und liegt damit über den Erwartungen. Erstmals wird in der Segmentdarstellung die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp komplett abgebildet.

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – POSITIONEN DES SEGMENTVERMÖGENS

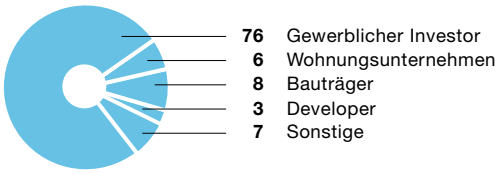
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Immobilienkredite	26.351	27.159
Andere Kredite (Kommunalkredite)	9.449	8.821
Summe Forderungen an Kunden	**35.800**	**35.980**

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – POSITIONEN DER SEGMENTVERBINDLICHKEITEN

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Sichteinlagen	820	627
Tagesgelder	130	69
Termineinlagen/Sparbriefe	5.325	6.606
Spareinlagen	10	10
Summe Kundeneinlagen	**6.285**	**7.312**
Verbriefte Verbindlichkeiten	**21.740**	**21.771**

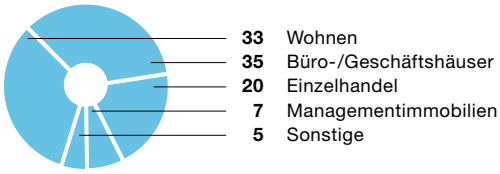
Immobilienfinanzierung

NEUGESCHÄFT 2005 – KUNDENSEGMENTE IN %



NEUGESCHÄFT 2005 – BELEIHUNGSREGIONEN IN %

NEUGESCHÄFT 2005 – OBJEKTARTEN IN %



Neugeschäft wächst erneut kräftig

Insgesamt kontrahierte das Geschäftsfeld im Berichtsjahr Neukredite im Gesamtvolumen von rund 2,4 Mrd. €. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 50 %. Hierbei wurden fast ausnahmslos Objekte im deutschen Markt finanziert. Zusätzlich wurden erneut ca. 90 % der zur Prolongation anstehenden Kredite zu aktuellen Marktkonditionen verlängert.

Das operative Ergebnis des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierungen liegt im Jahr 2005 bei 74 Mio. € nach 47 Mio. € im Vorjahr.

Die Ende 2004 eingeführte Struktur, in deren Mittelpunkt die vereinheitlichte Ablauf- und Aufbauorganisation der Immobilienfinanzierungsaktivitäten der zum Geschäftsfeld gehörenden drei Konzernteilbanken steht, hat sich damit bewährt und unsere Markt- und Vertriebsstärke weiter verbessert.

Die Ertragseffekte aus dem Neu- und Prolongationsgeschäft führten zu einer Steigerung sowohl des Zinsüberschusses als auch des Provisionsergebnisses. Das langjährige kontinuierliche Abschmelzen der Hypothekarkreditbestände infolge von Regel- und Sondertilgungen sowie durch den gezielten Abbau des Risikoportfolios im Work-Out konnte erstmals gebremst werden. Auch hier machte sich der Zuwachs an Neugeschäft bemerkbar. Für die kommenden Jahre erwarten wir wieder ein kontinuierliches Wachstum der Bestände an Hypothekarkrediten.

Im Neugeschäft beobachteten wir 2005 einen sich verstärkenden Wettbewerb, der den Druck auf die Margen erhöhte. Dennoch liegt das Neu- und Prolongationsgeschäft innerhalb unserer Rentabilitätskriterien auf der Basis einer konsequent risikoadjustierten Preisgestaltung. Auch die Struktur des Neugeschäftsportfolios entspricht unseren Zielvorgaben für die Entwicklung der Gesamtbestände an Immobilienfinanzierungen.

Stabile Performance in den übrigen GuV-Positionen

Das Risikoergebnis im Segment blieb im Vorjahresvergleich stabil. Die Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich planmäßig. Insgesamt blickt das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Es hat sich als starker Finanzdienstleister in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im deutschen Markt fest etabliert.

Perspektiven

Wir wollen unsere solide Marktposition im Geschäftsjahr 2006 weiter festigen. Die Ziele für das Neugeschäft liegen dabei über dem Niveau des Vorjahres. Mittelfristig streben wir ein jährliches Neugeschäftsvolumen von über 3 Mrd. € an.

Aufmerksam verfolgen wir die aktuellen Markttrends bei strukturierten Finanzierungsprodukten. Im Jahr 2006 werden wir unseren Kunden ein zunehmend breiteres Produktangebot zur Verfügung stellen. Die regionale Diversifizierung unserer Geschäfte soll ebenfalls ausgeweitet werden. Wir bereiten aktuell den Markteinstieg in ausgewählte Auslandsmärkte West- und Osteuropas vor, um auch dort den Finanzierungsbedürfnissen deutscher und internationaler Investoren Rechnung tragen zu können.

Immobiliendienstleistungen

Zum 30. Juni 2006 werden die Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts, die unter der Risikoabschirmung des Landes Berlin stehen, einschließlich deren unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen aus dem Konzern ausgegliedert und an das Land Berlin übertragen. Dem Abschluss des Vertrags zwischen der Bankgesellschaft Berlin, der BIH Berliner Immobilien Holding GmbH und dem Land Berlin am 19. Dezember 2005 war eine gemeinsame Bewertung der Gesellschaften vorausgegangen. Die schuldrechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Übertragung soll rückwirkend zum 1. Januar 2006 erfolgen. Gesellschaften und sonstige Vermögensgegenstände, die nicht unter der Risikoabschirmung stehen, verbleiben im Konzern.

Berliner Immobilien Holding-Gruppe

Der Teilkonzern IBAG/BIH umfasste 2005 im Wesentlichen die folgenden Kerngesellschaften: IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft/BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (seit Dezember 2005) als Holding der Gruppe, Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L. (seit dem 1. März 2005 in Liquidation), IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, IBI Real Estate - Immobilien und Beteiligungen International GmbH (an BB-DATA/GfBI per 30.06.2005 übertragen), Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe sowie die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (verkauft Dezember 2005). Neu in den Teilkonzern eingegliedert wurden per 31. Dezember 2005 die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) sowie die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, so dass der Teilkonzern nun das gesamte abzuspaltende Immobiliendienstleistungsgeschäft beinhaltet.

Fondsgeschäft neu geordnet

Das Geschäftsfeld „geschlossene Immobilienfonds“ wird innerhalb der IBAG/BIH-Gruppe durch die IBV repräsentiert. Im Zuge der Restrukturierung konzentrierte sich das Kerngeschäft der IBV auf das Management und die Administration der vormals unter Führung der IBG als Obergesellschaft initiierten geschlossenen Immobilienfonds. Um diese Aufgabe zielgerecht, lösungsorientiert und vor dem Hintergrund der Stellung der IBV als geschäftsführende Kommanditistin wahrnehmen zu können, wurde die Gesellschaft in den Vorjahren einer umfassenden Restrukturierung unterzogen. Neue geschlossene Immobilienfonds oder andere Kapitalanlageprodukte werden nicht mehr initiiert.

Verwertung des nicht fondsgebundenen Immobilienvermögens

Im Geschäftsbereich „nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen“ konnten trotz der schwierigen Marktverhältnisse im Berichtsjahr Immobilien mit einem Gesamtvolumen von 444 Mio. € (Vorjahr: 449 Mio. €) verkauft werden. Davon entfallen auf Gewerbeimmobilien (vorrangig Auslandsimmobilien) 292 Mio. € (Vorjahr: 377 Mio. €). Im Segment der Wohnimmobilien konnten wir, hauptsächlich durch Paketverkäufe, mit 754 Einheiten (Vorjahr: 251 Einheiten) und einem Umsatzvolumen von rund 152 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €) weitestgehend den gesamten Wohnungsrestbestand an den Markt bringen.

Das nicht fondsgebundene Immobilienportfolio der IBAG-Gruppe inklusive der IBG wurde damit seit Beginn der Restrukturierungsmaßnahmen im Herbst 2001 von ursprünglich etwa 4,4 Mrd. € Bestand und Verpflichtungen auf einen Restbestand von nunmehr 38 Mio. € (Vorjahr: 482 Mio. €) deutlich reduziert. Auch die damit beabsichtigte Risikominimierung haben wir weitestgehend erreicht. Das verbleibende Portfolio besteht im Wesentlichen nur noch aus Grundstücken aus dem so genannten „frei finanzierten Wohnungsbauträgergeschäft“. Ebenfalls zufriedenstellend entwickelte sich die Abarbeitung der vielfältigen Gewährleistungsverpflichtungen der IBAG-Gruppe – insbesondere der Bavaria. Vom Gewährleistungsvolumen aus dem ehemaligen Bauträger- und Entwicklungsgeschäft in Höhe von 100 Mio. € konnte bis auf einen Restbestand von 22 Mio. € der größte Teil abgearbeitet werden.

Kostensenkung im Facility-Management

Die ARWOBAU ist für das Facility-Management innerhalb der IBAG/BIH-Gruppe sowie für die wesentlichen Fondsgesellschaften zuständig. Auch hier haben wir in den Vorjahren umfangreiche Maßnahmen zur Restrukturierung mit dem Ziel einer nachhaltigen Kostensenkung und Effizienzsteigerung mit Erfolg vollzogen.

Höhere Marktakzeptanz für kommunale Immobiliendienstleistungen

Die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH erbringt ohne eigene Risiko-Investments überregionale und spezifisch kommunale Immobiliendienstleistungen mit hoher Marktakzeptanz. Die Restrukturierung der DSK wurde weitgehend umgesetzt. Im Dezember 2005 wurde die DSK im Rahmen der EU-Auflagen an einen privaten Investor verkauft.

LPFV zur Vertrags- und Asset-Management-Gesellschaft umgestaltet

Zur Erfüllung der Anforderungen aus der Detailvereinbarung (DetV) und der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVo) wurde die LPFV zu einer Vertrags- und Asset-Management-Gesellschaft umgestaltet. Sie hat zum einen die Aufgabe einer zentralen Abrechnungsstelle des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gegenüber dem Land Berlin. Zum anderen übernimmt sie Aufgaben des Immobilienrisiko- und Fondsrisikomanagements für die mit Garantien ausgestatteten geschlossenen Immobilienfonds. Zentrales Ziel der LPFV ist die Minimierung des Schadens aus der Inanspruchnahme von Garantien. Im Zuge der weitgehenden Aufgabe des operativen Geschäfts der IBG hat die LPFV in Erweiterung des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages zusätzliche Aufgaben der IBG übernommen.

Immobiliendienstleistungen

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Der IBAG/BIH-Konzern erfüllt seine Aufgaben im Rahmen der im Dezember 2001 geschlossenen Grundsatzvereinbarung über die „Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft" und der am 16. April 2002 dazu konkretisierten Detailvereinbarung. Diese Vereinbarungen wurden zwischen dem Land Berlin sowie der Bankgesellschaft Berlin, der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) und der LPFV getroffen. Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG/BIH, IBG und LPFV) und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Der Konzern verwaltet die vom Land übernommenen Risiken und stellt ein Risikomanagement- und -controllingsystem sicher.

Der Abschluss des 2001 begonnenen Prozesses der strategischen und operativen Restrukturierung und Konsolidierung prägte das Jahr 2005. Gesellschaftsübergreifend wurden bis zum Ende des Berichtsjahres die ursprünglich 33 Standorte der Gruppe bis auf die Hauptstandorte Berlin und Nürnberg geschlossen. Die Personal- und Sachkosten wurden nachhaltig gesenkt. Im Rahmen der Restrukturierung und der Umsetzung der Auflagen der EU-Kommission wurde eine Vielzahl von Beteiligungen und das nahezu vollständige nicht fondsgebundene Immobilienvermögen liquidiert oder verkauft.

Im Geschäftsjahr 2005 verließen insgesamt 171 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 287) durch Aufhebungsvereinbarungen, Eigenkündigungen oder infolge betriebsbedingter Kündigungen die IBAG/BIH-Gruppe. Der Personalbestand inklusive IBG und LPFV reduzierte sich dadurch zum 31. Dezember 2005 auf ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (31. Dezember 2000: 1.945).

Perspektiven

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Geschäftsjahres 2006 stehen der Abschluss des Restrukturierungs- und Konsolidierungsprozesses sowie die mit der Ausgliederung der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns Bankgesellschaft Berlin verbundenen Maßnahmen und Aktivitäten.

Im Jahr 2006 steht nicht zuletzt die Neuausrichtung der aus der Gesellschaft BB-Data umfirmierten GfBI auf der Tagesordnung. Die BB-DATA/GfBI wird sich schrittweise ihren neuen Aufgaben zuwenden. Gemäß den vorliegenden Businesskonzepten sind dies:

- die Fachzuständigkeit für Risikoabschirmung, DetV, ZuVO im Konzern,
- die Restabwicklung des nicht abgeschirmten IDL-Geschäfts (Negativliste),
- das Rechnungswesen „Nichtbanken“ in der IBAG Group Services,
- die Liquidation der in der BGB verbliebenen IDL-Beteiligungs- und Objektgesellschaft sowie
- die eines Competence Centers „Work-Out Immobilienbestände“ im Konzern BGB.

Das Segment Immobiliendienstleistungen wird ausschließlich in der Segmentberichterstattung nach HGB gezeigt.

Corporate Investments

Im Segment Corporate Investments werden diejenigen Bankbeteiligungen des Konzerns ausgewiesen, die entsprechend der Sanierungsplanung nicht mehr zum Kerngeschäft der Bank gehören und deshalb verkauft beziehungsweise liquidiert wurden.

Die Weberbank Privatbankiers KGaA schied am 31. August 2005 durch Verkauf an die Westdeutsche Landesbank aus dem Konsolidierungskreis aus und ist daher nur zeitanteilig berücksichtigt.

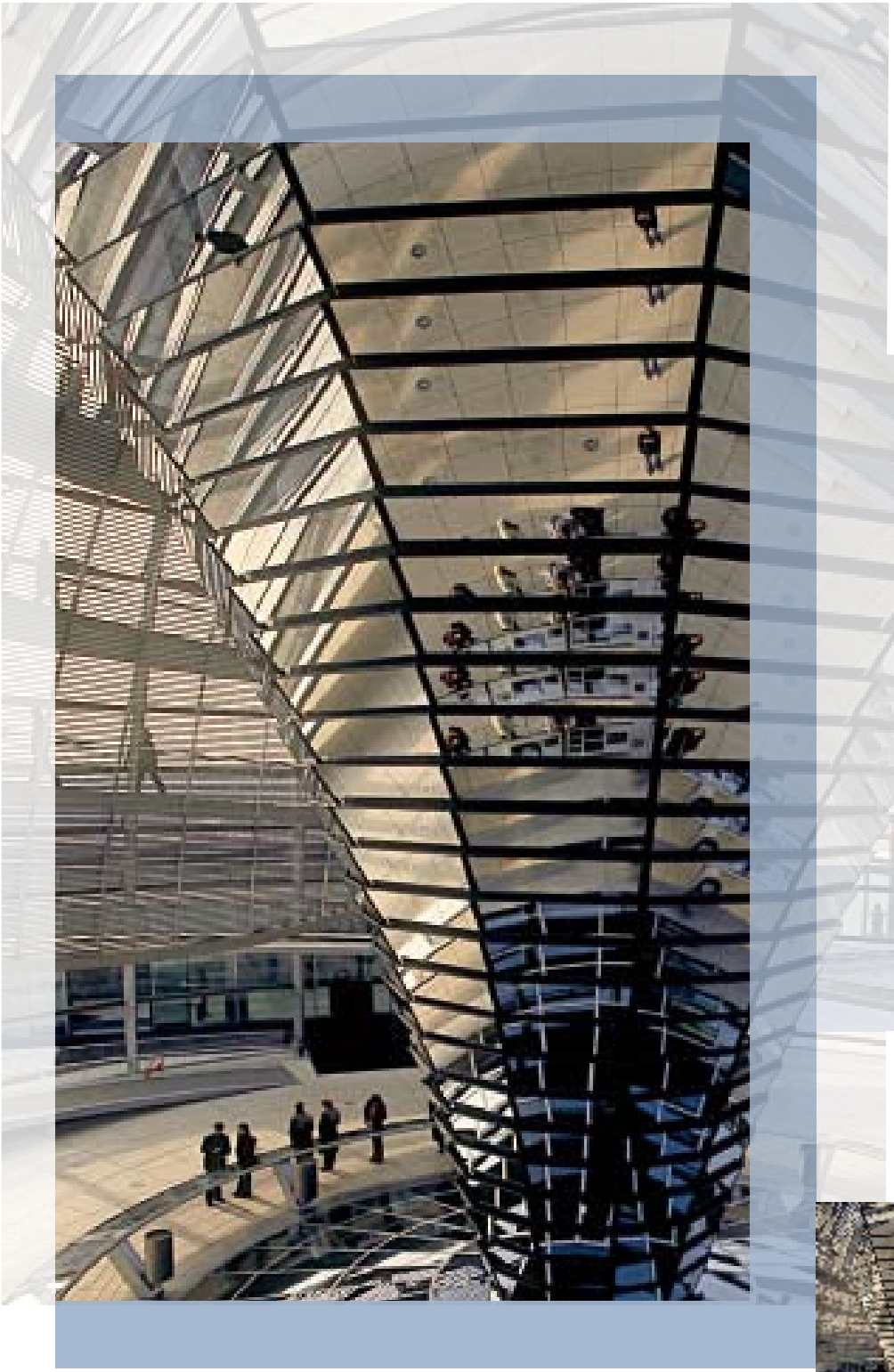
Sonstiges/Konsolidierung

Im Segment Sonstiges/Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Zudem wird hier die Konzernkonsolidierung dargestellt.

Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche sowie aller als zentrale Dienstleister zur Verfügung stehenden Servicegesellschaften erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den Anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Bei den Servicegesellschaften handelt es sich im Jahr 2005 nur noch um die Bankenservice GmbH sowie die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH.

Die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze in den Corporate Centern wurden im Berichtsjahr weiter um rund 200 auf 2.139 reduziert. Davon entfällt etwa die Hälfte auf das Transaction Banking (Organisation, Informationstechnologie, Bankenservice).



Unsere Mitarbeiter

...haben in den vergangenen Jahren bewiesen, was in ihnen steckt. Sie haben in schwierigen Zeiten unserer Bank herausragenden Einsatz, Flexibilität, Kreativität und Kompetenz gezeigt. Diese Eigenschaften sind die Grundlage, um Kunden für die Bankgesellschaft zu begeistern und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Hauses zu sichern und auszubauen.

Mitarbeiter

Nachdem in den Jahren der Sanierung und auch noch im Jahr 2005 das Kostenmanagement und damit verbunden die Personalanpassungen die Personalarbeit bestimmten, stehen nunmehr Maßnahmen der Zukunftssicherung im Fokus. Dazu werden die strategischen Geschäftsfelder bei der Erfüllung ihrer Geschäftsziele durch zeitgemäße Personalinstrumente unterstützt. Die Führungskräfte- und Personalentwicklung ist in die strategische Ressourcen- und Erfolgskontrolle integriert.

Die Überzeugung, dass im Dienstleistungsbereich die Mitarbeiter einer der wichtigsten Wettbewerbs- und Erfolgsfaktoren eines Unternehmens sind, ist Basis für die Personalentwicklung unserer Bank. Entscheidend ist für uns, die individuellen Fähigkeiten, Stärken und Talente der Mitarbeiter zu nutzen und weiterzuentwickeln. Wir stellen sowohl für Führungskräfte als auch für Mitarbeiter Methoden und Instrumente bereit, die möglichst unkompliziert und effizient eingesetzt werden können, um eine hohe Zielerreichung, Qualität und Transparenz zu gewährleisten.

Die vier Säulen unserer Personalentwicklung sind:

Führungskräfte

Die systematische Entwicklung von Mitarbeitern in Führungsfunktionen beginnt bereits bei der Führungskräfteauswahl. Sie basiert auf speziellen Verfahren, die eine möglichst hohe Validität und Zuverlässigkeit gewährleisten. Die sich daran anschließende Führungskräfteentwicklung ist nach zwei abgestuften Programmen differenziert und bereitet die Mitarbeiter umfassend auf die Übernahme ihrer jeweiligen Führungsfunktion vor.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiter werden mit unterschiedlichen Programmen beziehungsweise Methoden – je nach Intention – bedarfs- und zielorientiert gefördert. Im Rahmen der Spitzenqualifizierung werden Experten mit hohem Potenzial insbesondere in ihrer fachlichen Weiterentwicklung unterstützt.

Bei der Nachwuchsförderung stehen die Intensivierung von akquisitorischen und verkäuferischen Kompetenzen sowie die Festigung der Persönlichkeit im Vordergrund.

Auszubildende

Das Angebot von Ausbildungsplätzen betrachten wir als einen Teil unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Im Jahresdurchschnitt 2005 wurden deshalb 335 Auszubildende in der Mehrheit zum Bankkaufmann ausgebildet.

Strukturen

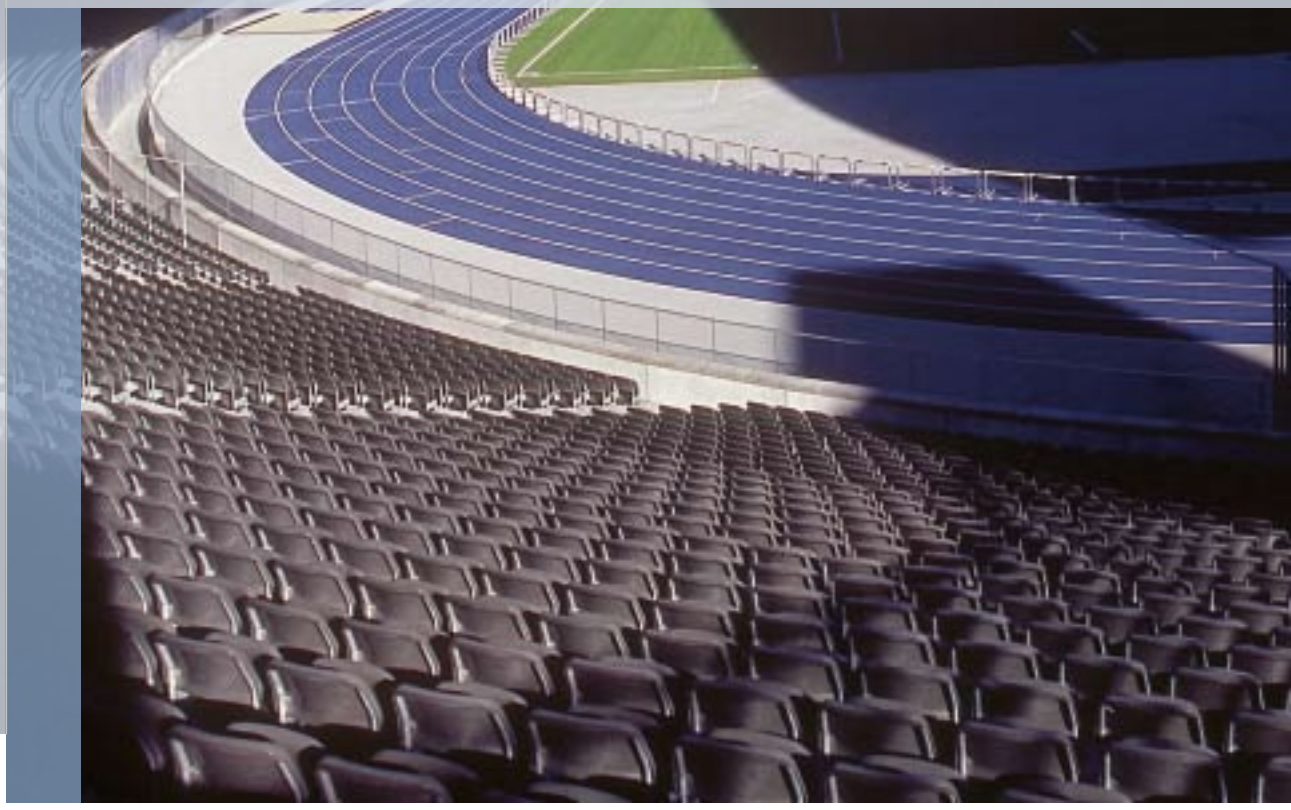
Als Arbeitsgrundlage für die Umsetzung der einzelnen Bausteine unserer Anreiz- und Motivationspolitik stellen wir die erforderlichen Steuerungsinstrumente bereit. In einem personalwirtschaftlichen Ordnungs-Tool sind die Führungs- und Fachebenen unternehmenseinheitlich strukturiert. Ergänzend hierzu gibt es für die einzelnen Funktionen Stellenprofile, die die wesentlichen Aufgaben und Anforderungen sowie die Qualifikationen beschreiben und stets auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Um auch in Zukunft eine hohe Vertriebsleistung zu gewährleisten, sind mitarbeiterorientierte Ziele und zielorientierte Leistungsmessungen so gestaltet, dass realistisch formulierte Ziele mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung erreicht werden. Gute bis sehr gute Leistungen werden mit zusätzlichen Zahlungen angemessen on top honoriert.

Alle diese Maßnahmen richten sich insbesondere auf die Förderung unserer Unternehmenskultur. Deren nachhaltiger Entwicklung kommt nach den Jahren der Sanierung und Neuausrichtung besondere Bedeutung zu, um im Konzern ein gemeinsames Wertigkeits-, Rollen- und Führungsverständnis entstehen zu lassen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Vertreter haben die Sanierung und Neuausrichtung der Bank unterstützt und viele – zum Teil schmerzliche – Maßnahmen engagiert mitgetragen. Sie haben den Erfolg der Sanierung möglich gemacht.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Vertretern im Konzern ausdrücklich. Ohne ihren Einsatz wären der eng terminierte Ablauf der Restrukturierung und die Bewältigung der gestellten Aufgaben nicht möglich gewesen.



Unsere Ziele

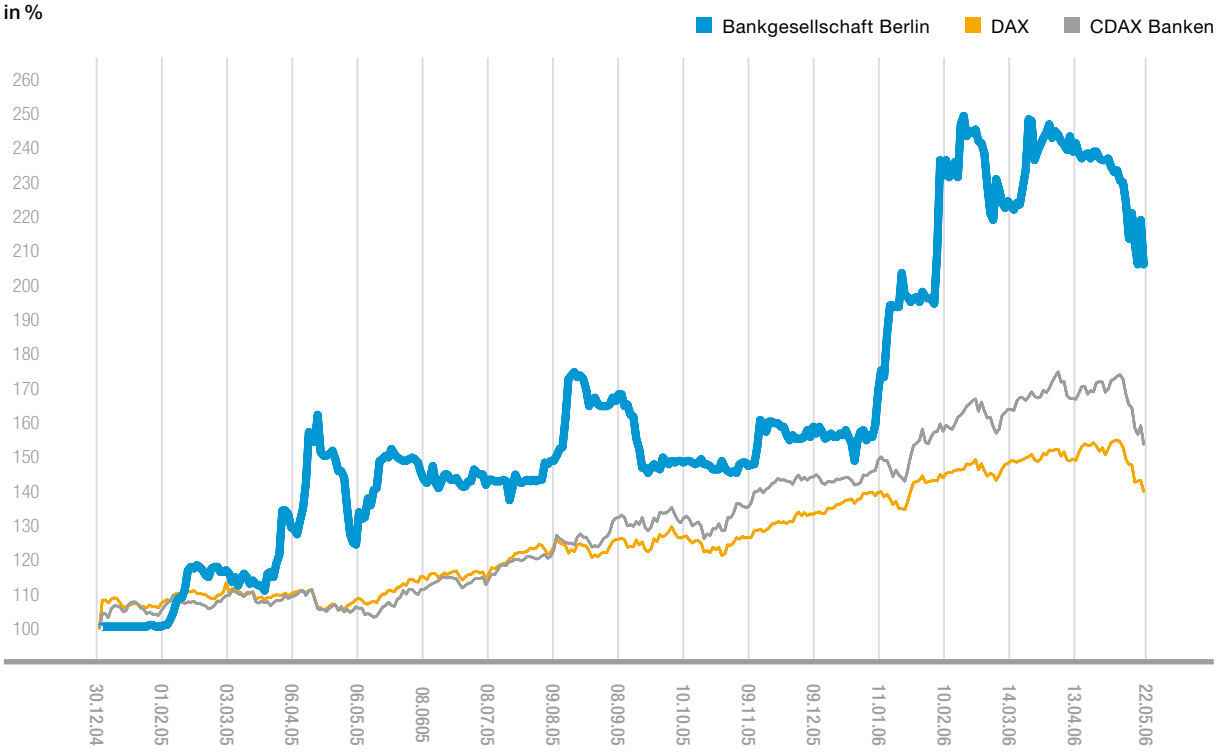
…sind klar definiert. Wir wollen die Marktposition in unseren vier strategischen Geschäftsfeldern in den kommenden Jahren ausbauen. Wir wollen Ertrag und Rentabilität des Konzerns weiter steigern. Wir wollen ein guter Partner für unsere Kunden und ein attraktives Investment für unsere Anteilseigner sein. Wenn wir unsere Stärken konsequent nutzen, haben wir alle Chancen, diese Ziele zu erreichen.

Aktie der Bankgesellschaft Berlin

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2005 ist der Aktienkurs der Bankgesellschaft deutlich gestiegen. Der Kurs lag Ende 2005 mit einem Plus von knapp 50 % nicht nur deutlich über dem Niveau des Jahresanfangs, sondern hat auch die Steigerungen des Branchenindex CDAX und des DAX übertroffen.

In der Kurserholung, die sich im ersten Quartal 2006 deutlich verstärkte, spiegelt sich das zunehmende Vertrauen des Marktes in die Perspektiven der Bank wider.

BANKGESELLSCHAFT BERLIN IM VERGLEICH ZU DAX UND CDAX BANKEN
(Schlusskurs 30. Dezember 2004 = 100 %)



Die Aktie der Bankgesellschaft Berlin AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.

Lagebericht des Konzerns nach IFRS

52 **Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick**
- Unternehmensdarstellung 52
- Allgemeiner Verlauf im Überblick 55

58 **Geschäftsverlauf 2005**
- Ertragslage und Überleitung IFRS/HGB 58
- Vermögenslage nach IFRS und HGB 67
- Auswirkungen der Konsolidierungen nach IFRS und HGB 74
- Nachtragsbericht 75

76 **Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG**

77 **Risikobericht**
- Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling 77
- Gesamt-Risikosteuerung 77
- Adressenausfallrisiken 79
- Liquiditätsrisiken 85
- Marktpreisrisiken 88
- Operationelle Risiken 90
- Sonstige Risiken 99

105 **Prognosebericht/Ausblick**
- Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 105
- Geschäftliche Ausrichtung 105
- Entwicklung der Geschäftssegmente 105
- Zusammenfassung 106

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft mit Sitz in Berlin. Das Land Berlin ist Mehrheitsaktionärin mit einer Anteilsquote von 80,95 %. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist die Muttergesellschaft des Konzerns.

Sie war zum 31. Dezember 2005 unmittelbar an 59 Unternehmen (Vorjahr: 65) beteiligt. Sie hielt bei 24 dieser Gesellschaften unmittelbar die Mehrheit der Kapitalanteile oder Stimmrechte. Zu sieben dieser Unternehmen bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge. Der Kreis der Gesellschaften setzt sich maßgeblich aus Kapitalgesellschaften mit Sitz im Inland zusammen. Die beiden wesentlichen Beteiligungen sind unverändert die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB) und die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp).

Die Beteiligungen sind ihrer Geschäftstätigkeit folgend den einzelnen Geschäftsfeldern/Segmenten zugeordnet.

Auf die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns wird in nachfolgenden Passagen des Lageberichts eingegangen. Darüber hinaus verweisen wir auf die Angaben im Anhang, wo unter anderem der Konsolidierungskreis nach IFRS sowie eine Übersicht des Anteilsbesitzes und der Unternehmensverträge dargestellt werden.

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG führt die Geschäfte der Gesellschaft im Sinne ordnungsgemäßer Unternehmensführung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und seiner Geschäftsordnung. Er leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden sowie der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er entwickelt die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung.

Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum Stichtag 31. Dezember 2005:

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobiliendienstleistungen

Serge Demolière
Kapitalmarktgeschäft

Uwe Kruschinski
Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Martin K. Müller
Risikocontrolling
Controlling
Compliance

Dr. Thomas Veit
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie

Entsprechend der Satzung hat der Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG, der gemäß Mitbestimmungsgesetz paritätisch besetzt ist, 20 Mitglieder. Er hat neben dem gesetzlich beziehungsweise vertraglich erforderlichen Vermittlungs- und Weisungsausschuss zwei weitere Ausschüsse, den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss, aus seinem Kreis heraus gebildet.

Segmente

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind im Folgenden konzernbezogen dargestellt.

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden wird ausschließlich am Standort Berlin in der Landesbank Berlin mit den Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank betrieben. In der Kernregion Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten.

Firmenkunden

Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berliner Bank geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie Beratungen zu Gründungen und Unternehmensnachfolge. Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft vornehmlich durch die Bankgesellschaft Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Erstmals wird in der Segmentdarstellung die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp komplett abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Kapitalmarktgeschäft

Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin – Girozentrale –. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige Produkte des Kapitalmarktgeschäfts sind vor allem innovative Aktien-, Zins- und Währungsportfolios. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft BB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der BB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise.

Weitere Segmente in der Konzernberichterstattung

Neben den Kerngeschäftssegmenten werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“, „Immobiliendienstleistungen“ (nur HGB) sowie „Sonstiges/Konsolidierung“ dargestellt.

Unter „Corporate Investments“ werden im Berichtsjahr die Ergebnisse der Tochtergesellschaft Weberbank Privatbankiers KGaA bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 ausgewiesen.

Das Immobiliendienstleistungsgeschäft umfasst die Aktivitäten der Tochtergesellschaften IBAG – mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 in eine GmbH umgewandelt und als Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) firmierend –, Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) und LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV). Dieses Segment wird ausschließlich in der Segmentberichterstattung nach HGB gezeigt.

Unter „Sonstiges/Konsolidierung“ werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts verlangsamte sich im Geschäftsjahr 2005 leicht. Die Arbeitslosigkeit nahm in der zweiten Jahreshälfte nicht weiter zu. Anzeichen für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau gab es aber dennoch nicht. Die Zugewinne beruhten auf dem Ausbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktreformen.

Es fehlten einmal mehr die Nachfrageimpulse aus dem Inland. Noch stärker als im Jahr zuvor war die Ausweitung des Außenbeitrags für die allgemeine Konjunkturentwicklung ausschlaggebend. Die Auslandsnachfrage entwickelte sich vor dem Hintergrund gestiegener Einkünfte aus dem Rohstoffexport und allmählich auslaufender Belastungen aus vorangegangenen Euro-Aufwertungen ausgesprochen robust.

Da die stark gestiegenen Energiepreise anders als in früheren Hochpreisphasen nicht von vergleichbaren Gegenmaßnahmen der Notenbanken begleitet wurden, blieben die konjunkturellen Rückwirkungen eng begrenzt. Trotz Zinserhöhungen blieb die geldpolitische Ausrichtung sowohl in der Eurozone als auch in den USA expansiv.

Die guten Ertragsperspektiven der Exportwirtschaft steigerten bei weiterhin moderater inländischer Kostenentwicklung und verbesserten Unternehmensfinanzen die Investitionsbereitschaft in der deutschen Wirtschaft. Dieser Prozess könnte sich im weiteren Verlauf auf das Ausgabeverhalten der Verbraucher übertragen und zu einer zweiten Wachstumsstütze entwickeln.

Die Berliner Konjunktur konnte im Jahr 2005 nach einer vorübergehenden Schwächephase im ersten Halbjahr an den zaghaften Wachstumskurs des Vorjahres anknüpfen. Positive Ergebnisse in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, verarbeitendes Gewerbe sowie Einzelhandel und Verkehr waren dafür ausschlaggebend. Dagegen kam es in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung, Gastgewerbe und Bau erneut zu Einbußen.

Die Berliner Industriebetriebe konnten ihren Absatz im Berichtsjahr stabilisieren. Dies gelang aufgrund einer überdurchschnittlichen Entwicklung im Exportgeschäft, auf das in der Region etwa ein Viertel der Umsätze entfällt. Der wieder günstigere Euro-Kurs erhöht mittlerweile die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit deren Exportchancen. Im Berliner Bauhauptgewerbe, das sich seit 1996 in einer tiefen Krise befindet, kam die Abwärtsbewegung 2005 vorübergehend zum Stillstand. Allerdings wurde – trotz der guten Ergebnisse im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau – die Wachstumsschwelle zum Jahresende noch nicht erreicht.

Für die Finanzbranche in Berlin resultiert aus den nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ein verstärkter Wettbewerbs- und Margendruck. Der Bankkonzern konnte sich in diesem Umfeld behaupten und im Geschäftsjahr 2005 die Erwartungen deutlich übertreffen.

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Am 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Liquidation der Beteiligung an der BGB Ireland plc bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Weberbank Privatbankiers KGaA,
- Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin bis zum 1. Februar 2007,
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft bis zum 31. Dezember 2007.

Davon wurden die ersten drei Maßnahmen im Jahr 2005 realisiert, der Verkauf der Berliner Bank wurde eingeleitet. Die Liquidation der BGB Ireland plc wurde zu Beginn des Jahres 2006 mit der Löschung aus dem irischen Handelsregister abgeschlossen.

Zum Jahresende 2005 unterzeichneten die Bankgesellschaft Berlin AG und das Land Berlin Kaufverträge, mit denen das Land den Immobiliendienstleistungsbereich erwirbt. Danach werden alle Immobiliendienstleistungsgesellschaften, welche unter die Risikoabschirmung des Landes fallen, an das Land übertragen. Wirtschaftlich erfolgte die Übertragung zum 1. Januar 2006, dinglich wird sie zum 30. Juni 2006 durchgeführt werden.

Als weitere Einzelmaßnahme innerhalb des Restrukturierungsplans wurde die Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA an die WestLB veräußert.

Am 11. November 2005 eröffnete die Landesbank Berlin – Girozentrale – das Bieterverfahren für den Verkauf ihrer Niederlassung Berliner Bank. Vorangegangen waren bereits seit Sommer 2005 umfangreiche Vorbereitungen für die Abtrennung und anschließende Veräußerung der Berliner Bank.

Eine weitere Zusage der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission ist die diskriminierungsfreie Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile bis zum 31. Dezember 2007. Um diese Veräußerung in geeigneter Weise durchführen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dieser Formwechsel folgt der Vorgabe des Berliner Sparkassengesetzes vom 28. Juni 2005. Gründerin der Landesbank Berlin AG im Sinne des Aktiengesetzes ist die Bankgesellschaft Berlin AG. Die Umwandlung der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft bildet die rechtliche Grundlage für die Vereinfachung der Konzernstruktur.

Eine ausführliche Darstellung der aufgeführten Maßnahmen enthält der Risikobericht.

Die Bank steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Weitere Maßnahmen

Durch die im Verlauf der Sanierung deutlich zurückgeführten Risikoaktiva entstand ein erheblich verbessertes Risikoprofil. Zudem wurde die Ergebnisstruktur des Konzerns durch die konsequente Senkung der Verwaltungskosten dauerhaft verbessert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hatten zusammen mit den Aktivitäten zur Ertragsverbesserung auf die einzelnen Geschäftsfelder folgende Auswirkungen:

Im Geschäftsfeld **Private Kunden** wurden die Maßnahmen zur Prozess- und Strukturoptimierung intensiviert. So wurde der Einsatz von SB-Systemen weiter ausgeweitet und vertriebsunterstützende Systeme implementiert. Die 2003 vollzogene Zusammenführung des Retailgeschäfts mit den eigenständigen Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin hat sich bewährt und zu Synergien geführt.

Im Geschäftsfeld **Firmenkunden** wurde im Berichtszeitraum die Betreuung des Gewerbekundensegments neu organisiert. Das Geschäft mit Gewerbekunden wird weiterhin von den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse betrieben. Neben dem stationären Vertrieb und dem Internet wird den Gewerbekunden beider Marken über die BusinessLine eine kompetente telefonische Betreuungsmöglichkeit angeboten. Ergänzt wird dieses Angebot durch die auf Backoffice-Funktionen spezialisierte ServiceLine.

Nachdem das Neugeschäfts-Volumen im Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** des Konzerns bereits 2004 von 0,8 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € gestiegen war, erreichte es im Berichtsjahr mit rund 2,4 Mrd. € einen deutlich über Plan liegenden Wert. Für diese im Marktvergleich überdurchschnittliche Entwicklung, die den Erfolg der Neuausrichtung dokumentiert, waren die markenübergreifende Steuerung, ausgeprägte Kundenorientierung und kurze Entscheidungswege maßgebend.

2005 wurde auch das **Kapitalmarktgeschäft** neu strukturiert. Die Kernbereiche des Kapitalmarktgeschäfts bilden die ertragsstarken Aktivitäten im Eigenhandel und Kundenhandel/Sales. Die Ausweitung des Kundenhandels und der Ausbau des Asset Managements werden durch die Neustrukturierung noch besser unterstützt. Das gebundene Eigenkapital des Kapitalmarktgeschäfts konnte durch die strategiekonforme Rückführung von Risikoaktiva sowie das Ende 2004 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte interne Modell zur Marktpreisrisikosteuerung signifikant gesenkt werden. Die Integration der BB-Invest und deren erfolgreiches Asset Management führten neben Bestandszuwächsen zu Ertragssteigerungen sowohl im Privatkunden- als auch im Kapitalmarktgeschäft. Die für das Jahr 2005 gesetzten Ziele im Aussteuerungsprozess der Portfolien Corporate Banking und Structured Finance wurden planmäßig erreicht.

Der vorgesehene Personalabbau wurde in den einzelnen Konzerngesellschaften weiter umgesetzt und ist damit weitgehend abgeschlossen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen im Konzern konnten 2005 gegenüber dem Vorjahr weiter gesenkt werden.

Die Phase der Sanierung ist für den Konzern mit dem Geschäftsjahr 2005 beendet.

Geschäftsverlauf 2005

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2005 die Erwartungen deutlich übertroffen. Die erhebliche Ergebnisverbesserung resultiert einerseits aus einer Steigerung der Erträge, andererseits aus der weiteren Reduzierung des Verwaltungsaufwands und der Risikokosten. Zusätzlich wirkte sich die Veräußerung der Weberbank positiv aus.

Der in den Vorjahren betriebene Abbau der Aktiva – verbunden mit einem Rückgang der Erträge – wurde nicht weiter fortgesetzt. Die Geschäftsfelder stellten vielmehr die Stabilisierung der Ertragskraft in das Zentrum der geschäftspolitischen Tätigkeiten. Der Ausbau der Kundenbasis wurde erfolgreich vorangetrieben.

Die noch offenen Auflagen der EU-Kommission aus dem Beihilfeverfahren wurden planmäßig weiter erfüllt. Hierzu gehören der Verkauf der Weberbank, die Restrukturierung und Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts, die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in eine Aktiengesellschaft und die vorbereitenden Maßnahmen für den Verkauf der Niederlassung Berliner Bank.

Die auf die einzelnen Segmente bezogenen Angaben sind in den Notes dargestellt.

Für das Geschäftsjahr 2005 ist die Bankgesellschaft Berlin erstmals verpflichtet, einen Konzernabschluss nach IFRS aufzustellen. Um einerseits die unterjährige Berichterstattung des Konzerns in 2005 nach HGB abzuschließen und andererseits die sich aus der Anwendung der IFRS ergebenden Bilanzierungs- und Bewertungseffekte aufzeigen zu können, hat die Bank freiwillig einen Konzernabschluss nach HGB erstellt und legt diesen in Auszügen vor.

Die Effekte aus der Bilanzierung nach IFRS im Vergleich zu HGB lassen sich in folgende Kategorien gliedern:

- Veränderung des Konsolidierungskreises,
- Ausweisänderungen,
- Bewertungsänderungen Nicht-Finanzinstrumente,
- Bewertungsänderungen Finanzinstrumente.

Für die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 32/39 hat die Bankgesellschaft Berlin im Rahmen der Erstanwendung von IFRS von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, als Vergleichszahlen die Bilanzansätze und Bewertung nach HGB zu übernehmen.

Auf Grundlage der nach IFRS gebotenen Ergebnisgliederung kommt es zwischen IFRS und HGB zu unterschiedlichen Begriffsbestimmungen des „Operativen Ergebnisses“. Während das operative Ergebnis unter IFRS dem Ergebnis vor Steuern gleichzusetzen ist, sind unter HGB die folgenden Positionen nicht in das „Operative Ergebnis“ einbezogen: Veränderung der § 340 f HGB-Reserve, Ergebnis aus Finanzanlagen und der Saldo der übrigen Positionen. Die nachfolgende Kommentierung basiert für die jeweilige Rechnungslegung auf den anzuwendenden Definitionen.

Ertragslage nach IFRS und HGB sowie Überleitung HGB-IFRS

Im Geschäftsjahr 2005 wurde eine deutliche Verbesserung des operativen Ergebnisses des Konzerns erzielt. Grundlage dieser Verbesserung sind eine Steigerung der Erträge sowie die weitere Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen. Positiv wirkt sich weiterhin der verminderte Risikovorsorgeaufwand aus.

Ergänzende Hinweise und Hinweise zu den Segmenten sind in den Notes enthalten.

Ertragslage nach IFRS

in Mio. €	1.1.–31.12. 2005	1.1.–31.12. 2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss [1]	889	915	–26	–3
Zinserträge	5.163	5.063	100	2
Zinsaufwendungen [1]	4.274	4.148	126	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	192	255	-63	–25
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	697	660	37	6
Provisionsüberschuss	322	308	14	5
Provisionserträge	409	400	9	2
Provisionsaufwendungen	87	92	–5	–5
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–12	0	–12	x
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	140	102	38	37
Ergebnis aus Finanzanlagen	61	50	11	22
Sonstiges betriebliches Ergebnis	217	122	95	78
Verwaltungsaufwendungen	1.112	1.140	–28	–2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**313**	**102**	**211**	**>100**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	–69	–27	–42	<–100
Operatives Ergebnis	**244**	**75**	**169**	**>100**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	–11	–33	22	67
Konzernjahresüberschuss/Ergebnis nach Steuern	**255**	**108**	**147**	**>100**
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne/Verluste	7	16	–9	–56
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	248	92	156	>100

[1] davon Aufwand für stille Einlage des Landes Berlin 23778 26 52 >100

Das **operative Konzernergebnis** konnte um 169 Mio. € auf 244 Mio. € deutlich gesteigert werden (Vorjahr: 75 Mio. €). Der Rückgang des Zinsüberschusses um 26 Mio. € ist auf die gegenüber dem Vorjahr um 52 Mio. € erhöhte Vergütung stiller Einlagen des Landes Berlin zurückzuführen. Im Vorjahr war lediglich der ab dem Einlagezeitpunkt (1. September 2004) angefallene Vergütungsbetrag von 26 Mio. € enthalten. Die positive Entwicklung der Erträge führte zusammen mit der Senkung der Verwaltungsaufwendungen (um 28 Mio. € oder 2 %) und der Reduzierung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (um 63 Mio. € oder 25 %) zu einem operativen Konzernergebnis und damit einem Ergebnis vor Steuern von insgesamt 244 Mio. €. Hierin ist unter dem sonstigen betrieblichen Ergebnis ein einmaliger Sondereffekt aus dem Verkauf der Weberbank in Höhe von 87 Mio. € enthalten. Der negative Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen stieg um 42 Mio. €.

Geschäftsverlauf 2005

Sowohl die Entwicklung insgesamt als auch die einzelner GuV-Positionen waren nach IFRS und nach HGB überwiegend gleichlaufend. Die positive Ergebnis-Entwicklung spiegelt sich damit auch unter IFRS wider.

Da erstmalig in 2006 die Quartalsberichte nach IAS 34 aufgestellt werden, wurde auf eine quartalsbezogene Darstellung der IFRS-Berichterstattung verzichtet.

Der **Konzernjahresüberschuss** beziehungsweise das ausgewiesene Ergebnis nach Steuern für das Geschäftsjahr 2005 belief sich auf 255 Mio. € (Vorjahr: 108 Mio. €).

Der **Zinsüberschuss** lag nach Bereinigung des Effektes aus der Vergütung stiller Einlagen (78 Mio. € in 2005; 26 Mio. € in 2004) mit 967 Mio. € über dem Vorjahreswert von 941 Mio. €. Die erhöhte Vergütung an das Land Berlin konnte damit (teilweise) durch ein verbessertes Zinsergebnis aus dem Kundengeschäft kompensiert werden. Die Zinsspanne betrug 0,65 %.

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft	3.955	3.929	1
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.125	1.082	4
Laufende Erträge aus Finanzanlagen	56	37	51
Sonstige Zinserträge	27	15	80
Summe der Zinserträge	5.163	5.063	2
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	4.196	4.105	2
Zinsaufwendungen für stille Einlagen des Landes Berlin	78	26	>100
Laufende Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	17	–100
Summe der Zinsaufwendungen	4.274	4.148	3
Zinsüberschuss	**889**	**915**	**–3**

Für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wurden netto insgesamt 192 Mio. € (Vorjahr: 255 Mio. €) gebildet. Der Rückgang ist Ergebnis des konsequenten Risikomanagements und drückte sich durch die verringerte Zuführung sowie die Auflösungen der in Vorjahren gebildeten Vorsorgen aus.

RISIKOVORSORGE IM KONZERN

in Mio. €	2005	2004
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
zu Lasten der GuV gebildete Wertberichtigungen	474	619
Direktabschreibungen	36	44
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	307	403
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	11	5
Vorsorgeaufwand – netto	**192**	**255**

Im **Zinsüberschuss nach Risikovorsorge** kompensieren sich teilweise die in 2005 erhöhte Vergütung der stillen Einlagen sowie die Reduzierung der Risikovorsorge und führen zu einem um 37 Mio. € erhöhten Ausweis dieser Saldogröße.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 322 Mio. € um 14 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dies spiegelt insbesondere die im Privatkundengeschäft bei der LBB und der BB-Invest erzielten Vertriebserfolge wider.

Die Struktur des Provisionsüberschusses ist weiterhin geprägt durch die Provisionen aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie durch die für das Retailgeschäft typischen Provisionen für Zahlungsverkehr/Kontoführung.

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Provisionsüberschuss			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	127	102	25
Zahlungsverkehr/Kontoführung	130	136	– 4
Kreditgeschäft	12	2	> 100
Kartengeschäft	34	35	– 3
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	13	– 38
Sonstiger Provisionsüberschuss	11	20	– 45
Summe des Provisionsüberschusses	**322**	**308**	**5**

Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Provisionsergebnis aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft um 25 Mio. € oder 25 % auf 127 Mio. €. Dagegen verringerten sich die Erträge aus Zahlungsverkehr/Kontoführung um 6 Mio. € oder 4 % auf 130 Mio. €. Die Kreditprovisionen stiegen um 10 Mio. € auf 12 Mio. € an.

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** zeigt das Bewertungsergebnis aus effektiven Fair Value-Hedges. Da im Berichtsjahr die Standards IAS 32 und 39 erstmals angewendet wurden, gibt es hierzu keine Vorjahresvergleichszahl.

Geschäftsverlauf 2005

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** (140 Mio. €) beinhaltet für 2005 die entsprechenden Bewertungseffekte und laufenden Erträge aus den nach IFRS zugeordneten Handelspositionen (278 Mio. €) sowie der (hier in 2005 erstmals ausgewiesenen) zum Zeitwert designierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (–138 Mio. €). In 2004 resultiert das positive Ergebnis (102 Mio. €) aus dem Ausweis von laufenden, den Handelsbeständen zuzurechnenden Erträgen in Höhe von 193 Mio. € sowie aus dem Ergebnis aus Fair Value-Änderungen (inklusive Devisenergebnis) von –91 Mio. €.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich im Konzern auf 61 Mio. € (Vorjahr: 50 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus den Erfolgen beim Abgang von 79 Mio. € (zum Beispiel aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen) und dem Bewertungsergebnis von –12 Mio. €.

Das mit 217 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (122 Mio. €) hohe **sonstige betriebliche Ergebnis** ist insbesondere in Höhe von 87 Mio. € auf den einmaligen Sondereffekt aus dem Verkauf der Weberbank zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr Erträge aus Schuldscheindarlehen und Immobilienverkäufen realisiert.

Die **Verwaltungsaufwendungen** betrugen 1.112 Mio. € nach 1.140 Mio. € im Vorjahr und setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Personalaufwendungen	572	573	0
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	100	97	3
andere Verwaltungsaufwendungen	440	470	–6
Gesamt	**1.112**	**1.140**	**–2**

Der **Personalaufwand** belief sich auf 572 Mio. € nach 573 Mio. € im Vorjahr. Die Tariferhöhungen im Bankgewerbe und die vertragsgemäße Rücknahme eines Teils der Gehaltskürzungen aus der Sanierungsvereinbarung wurden durch die Verringerung der Belegschaft im Konzern vollständig kompensiert, so dass die laufenden Aufwendungen weiter rückläufig waren.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** (440 Mio. €) einschließlich der **Normalabschreibungen** (100 Mio. €) konnten trotz der zu berücksichtigenden kostenintensiven Umsetzungstätigkeiten für IAS/IFRS und Basel II um 27 Mio. € oder 5 % auf insgesamt 540 Mio. € reduziert werden. Kostendisziplin und erfolgreiches Kostenmanagement zeigten somit erneut ihre Wirkung.

Der negative **Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen** mit –69 Mio. € ist unter anderem auf weitere Maßnahmen in den Bereichen Personal, Sachkosten und Flächenmanagement im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns zurückzuführen.

Für künftige Belastungen aus der Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission, die im Wesentlichen die Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts in 2006 betreffen, wurde bereits in Vorjahren entsprechend Vorsorge getroffen; diese wurde zum Bilanzstichtag 2005 erneut überprüft und ergebnisbelastend angepasst (rund 25 Mio. €).

Der tatsächliche **Steueraufwand** im IFRS-Abschluss beträgt 57 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €).

Im Bereich der **latenten Steuern** ergibt sich nach IFRS ein Steuerertrag von 68 Mio. €. Die Abweichung zum Vorjahr, in dem ein Ertrag in Höhe von 60 Mio. € ausgewiesen wurde, ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2005 von einer bis dahin dreijährigen Mittelfristplanung auf eine fünfjährige beim Ansatz aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge übergegangen wurde.

Ertragslage nach HGB

KONZERNERGEBNIS

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	1.290	1.264	26	2
Provisionsüberschuss	315	315	0	0
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	–10	–22	12	55
Verwaltungsaufwendungen	1.141	1.186	–45	–4
Personalaufwand	621	628	–7	–1
andere Verwaltungsaufwendungen	459	479	–20	–4
Normalabschreibungen	61	79	–18	–23
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	–11	1	–12	<–100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**443**	**372**	**71**	**19**
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340 f HGB)	148	200	–52	–26
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	142	253	–111	–44
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	6	–53	59	>100
Operatives Ergebnis	**295**	**172**	**123**	**72**
Reserven nach § 340 f HGB	–41	–1	–40	<–100
Betriebsergebnis	**336**	**173**	**163**	**94**
Ergebnis aus Finanzanlagen	9	6	3	50
Saldo der übrigen Positionen	–90	–60	–30	–50
Ergebnis vor Steuern	**255**	**119**	**136**	**>100**
Ertragsteuern	–47	12	–59	<–100
Ergebnis nach Steuern	**302**	**107**	**195**	**>100**
Vergütung stille Einlage	78	26	52	>100
Jahresüberschuss	**224**	**81**	**143**	**>100**
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn	4	3	1	33
Verrechnung Gewinnbezugsrechte	32	22	10	46
Konzernergebnis	**188**	**56**	**132**	**>100**

Geschäftsverlauf 2005

Das **operative Ergebnis** (nach Risikovorsorge, ohne § 340 f HGB-Reserve) von 295 Mio. € lag deutlich über dem Vorjahresausweis (172 Mio. €). Auf der Ertragsseite trugen hierzu ein gestiegener Zinsüberschuss und ein verbessertes Nettoergebnis aus Finanzgeschäften sowie ein stabiler Provisionsüberschuss bei. Diese positive Tendenz auf der Ertragsseite führte zusammen mit der erneuten Senkung der Verwaltungsaufwendungen (um 45 Mio. € oder 4 %) und der Reduzierung der Risikovorsorge (um 52 Mio. € oder 26 %) zu einer Steigerung des operativen Konzernergebnisses um insgesamt 123 Mio. € oder 72 %.

Das **Konzernergebnis vor Steuern** betrug 255 Mio. € (Vorjahr: 119 Mio. €).

Damit hat die Bankgesellschaft die im Vorjahr für den Konzern gestellte Ergebnisprognose deutlich übertroffen. Die positive Entwicklung wurde mit Nachdruck fortgesetzt.

Das vierte Quartal des Geschäftsjahres 2005 wies ein operatives Ergebnis von 102 Mio. € und ein Ergebnis vor Steuern von 87 Mio. € aus. Beide Ergebnisgrößen zeigten eine über die Quartale stetig ansteigende Entwicklung. Dies unterstreicht die Kontinuität des positiven Trends.

Der handelsrechtlich ausgewiesene **Jahresüberschuss** für das Geschäftsjahr 2005 belief sich nach Abzug der ganzjährigen Vergütung (Vorjahr: vier Monate) für die stillen Einlagen auf 224 Mio. € (Vorjahr: 81 Mio. €).

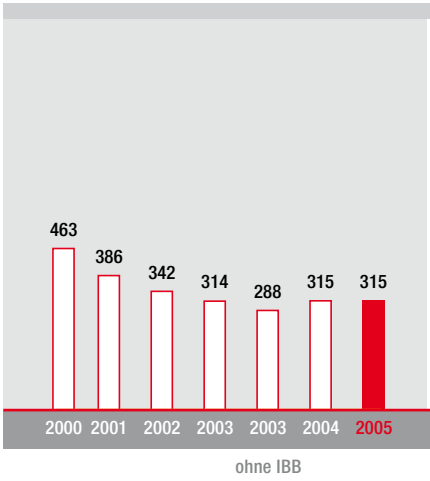
In nahezu allen Konzernsegmenten konnte das Ergebnis vor Steuern zum Teil beträchtlich gesteigert werden.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 1.290 Mio. € über dem Vorjahreswert von 1.264 Mio. €. Die laufenden Erträge aus den Aktien- und Fondsbeständen im Konzern haben sich mehr als verdoppelt und stiegen um 155 Mio. € auf insgesamt 289 Mio. € an. Leicht angestiegen sind die im Zinsüberschuss enthaltenen laufenden Erträge aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, aus Gewinngemeinschaften sowie assoziierten Unternehmen (um 19 Mio. € auf 51 Mio. €). Die Zinsspanne betrug, bezogen auf den Zinsüberschuss einschließlich des Ergebnisses aus dem außerbilanziellen Geschäft, insgesamt 0,95 % (Vorjahr: 0,97 %) und ohne die Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements 1,00 % (Vorjahr: 0,85 %).

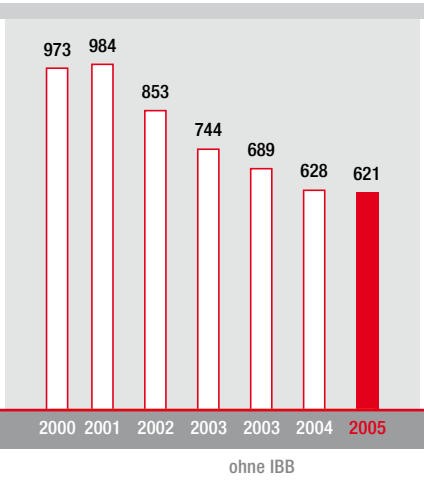
Der **Provisionsüberschuss** lag mit 315 Mio. € auf Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der im Geschäftsjahr 2005 nur noch für acht Monate im Konzern enthaltenen Weberbank war tendenziell ein ansteigender Trend vorhanden.

Die Struktur des Provisionsüberschusses war weiterhin geprägt durch die Provisionen aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie durch die für das Retailgeschäft typischen Provisionen für Zahlungsverkehr/Kontoführung.

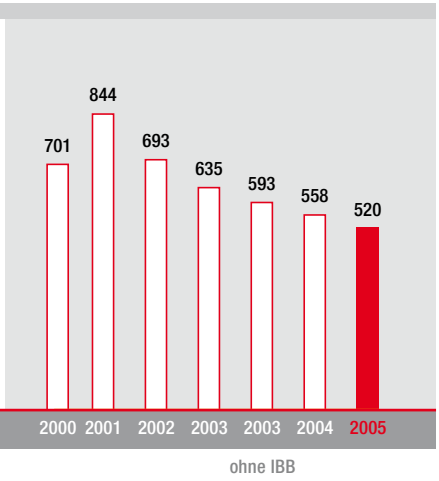
Provisionsüberschuss
in Mio. €



Personalaufwand
in Mio. €



Andere Verwaltungsaufwendungen
inklusive Normalabschreibungen
in Mio. €



Das Wertpapier- und Emissionsgeschäft verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 14 Mio. € oder 11 % auf 138 Mio. €. Dagegen verringerten sich die Erträge aus Zahlungsverkehr/Kontoführung um 8 Mio. € oder 6 % auf 128 Mio. €. Die Provisionen aus dem Kartengeschäft (33 Mio. €) und den sonstigen Dienstleistungen (9 Mio. €) lagen unter dem Niveau des Vorjahres. Die Kreditprovisionen stiegen um 1 Mio. € auf 7 Mio. € an.

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften,** das überwiegend in der Bankgesellschaft Berlin AG seinen ergebniswirksamen Niederschlag findet, spiegelt mit –10 Mio. € (Vorjahr: –22 Mio. €) unsere Handelsstrategie wider, aus der sich wesentliche Ergebniskomponenten im Zinsüberschuss realisieren.

Der **Personalaufwand** betrug 621 Mio. € nach 628 Mio. € im Vorjahr. Trotz Tariferhöhungen im Bankgewerbe und der vertragsgemäßen Rücknahme eines Teils der Gehaltskürzungen aus der Sanierungsvereinbarung sanken die Personalaufwendungen. Die Verringerung der Belegschaft im Konzern um 916 Mitarbeiter im Rahmen der Sanierung sowie der Restrukturierung trugen hierzu maßgeblich bei. Mit dem Ende der Sanierung im vierten Quartal wurde auch der sanierungsbedingte Personalabbau abgeschlossen.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Normalabschreibungen** reduzierten sich trotz der zu berücksichtigenden kostenintensiven Umsetzungstätigkeiten für IAS/IFRS und Basel II um 38 Mio. € oder 7 % auf insgesamt 520 Mio. €. Kostendisziplin und erfolgreiches Kostenmanagement zeigten somit erneut ihre Wirkung.

Der **Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** ging auf –11 Mio. € zurück (Vorjahr: 1 Mio. €). Der Saldo beinhaltet auch die entsprechenden Positionen aus den zum Konzern gehörenden Kreditinstituten. Ferner sind hier die Aufwendungen (mit Ausnahme des Personalaufwands) und Erträge aus dem operativen Geschäft des Immobiliendienstleistungsbereichs des Konzerns (BIH- (vormals IBAG) Teilkonzern, IBG und LPFV) sowie Erträge aus sonstigen Steuern von 5 Mio. € (Vorjahr: Aufwand 2 Mio. €) enthalten.

Geschäftsverlauf 2005

Für die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft wurden netto insgesamt 142 Mio. € (Vorjahr: 253 Mio. €) eingestellt. Der Rückgang ist Ergebnis des konsequenten Risikomanagements sowie von Auflösungen der in Vorjahren gebildeten Vorsorgen. Die Auflösung von § 340 f HGB-Reserven stand in Höhe von 36 Mio. € im Zusammenhang mit der Veräußerung der Weberbank.

RISIKOVORSORGE IM KONZERN

in Mio. €	2005	2004
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
zu Lasten der GuV gebildete Wertberichtigungen	471	461
Direktabschreibungen	37	40
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	354	244
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12	4
Vorsorgeaufwand – netto	**142**	**253**
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve		
Ertragskomponenten	241	160
Aufwandskomponenten	247	107
Wertpapierergebnis – netto	**– 6**	**53**
Summe vor Veränderung der Reserve nach § 340 f HGB	148	200
Veränderung der Reserve nach § 340 f HGB	– 41	– 1
Insgesamt	**107**	**199**

Die Risikovorsorge nach HGB ist im Einzelnen aus oben stehender Tabelle ersichtlich.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich im Konzern auf 9 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung der in der Bankgesellschaft Berlin AG bilanzierten Wertpapieranlagen.

Im **Saldo der Übrigen Positionen** (– 90 Mio. €) sind Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften in einer Höhe von 10 Mio. €, Firmenwertabschreibungen von 6 Mio. € sowie das außerordentliche Ergebnis von – 74 Mio. € enthalten. Die Verlustübernahmen betreffen überwiegend die zum Konzern gehörenden Grundstücksgesellschaften und lagen deutlich unter dem Vorjahreswert von 32 Mio. €.

Das außerordentliche Ergebnis war mit – 29 Mio. € auf weitere Maßnahmen in den Bereichen Personal, Sachkosten und Flächenmanagement im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns zurückzuführen. Für künftige Belastungen aus Entkonsolidierungen, die sich aus der Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission ergeben und im Wesentlichen die Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts in 2006 zum Inhalt haben, wurde bereits in Vorjahren entsprechend Vorsorge getroffen. Diese wurde zum Bilanzstichtag 2005 erneut überprüft und ergebnisbelastend angepasst.

Im Vorjahr waren in den außerordentlichen Aufwendungen die Aufwendungen aus der EU-Beihilfeentscheidung zur Übertragung von WBK-Vermögen, in den außerordentlichen Erträgen der gegenläufige Ertrag aus der Rückzahlungsvereinbarung mit dem Land Berlin in Höhe von jeweils 1.124 Mio. € enthalten.

Die Konzernsteuerquote beträgt –26,7 % (Vorjahr: 13,5 %). Der Steuerertrag ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge nunmehr davon ausgegangen werden kann, dass diese Verlustvorträge in einem höheren Maße als bisher zugrunde gelegt ausgenutzt werden können. Die gleichen Annahmen und die gleiche Bewertungsmethode liegen auch dem IFRS-Konzernabschluss zugrunde. Bezogen auf die tatsächlichen Steuern in Höhe von 64 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €) beträgt die Steuerquote 35,8 % (Vorjahr: 42,7 %).

In der Position **Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne** wird die Vergütung für die zum 1. September 2004 eingelegten stillen Einlagen des Landes Berlin für das Geschäftsjahr 2005 ausgewiesen.

Vermögenslage nach IFRS und HGB

Im Rahmen des Aufbaus von strategischen Positionen kam es zu einer Volumenausweitung, die insbesondere bei den Finanzanlagen sichtbar wird. Eine weitere Ursache für die Steigerung der Bilanzsumme im IFRS-Abschluss ist die erstmalige Anwendung des IAS 39 und der damit verbundenen Bewertungsbeziehungsweise Volumeneffekte. Weitere Hinweise sind in den Notes enthalten.

Vermögenslage nach IFRS

Die IFRS-Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum 31. Dezember 2005 gegenüber dem Vorjahr um 14,2 Mrd. € oder 11 % auf 144,5 Mrd. €.

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Barreserve	1.279	1.303	–24	–2
Forderungen an Kreditinstitute	27.614	25.923	1.691	7
Forderungen an Kunden	56.227	57.727	–1.500	–3
Risikovorsorge	–4.325	–4.884	559	11
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	410	0	410	x
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	17.239	9.634	7.605	79
Finanzanlagen	40.670	34.463	6.207	18
Immaterielle Vermögenswerte	657	670	–13	–2
Sachanlagen	854	956	–102	–11
Ertragsteueransprüche	885	415	470	>100
Sonstige Aktiva	2.873	3.758	–885	–24
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	137	337	–200	–59
Gesamt	**144.520**	**130.302**	**14.218**	**11**

Geschäftsverlauf 2005

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 27,6 Mrd. € um 1,7 Mrd. € über dem Vorjahresvergleichswert von 25,9 Mrd. €. Dieses ist insbesondere auf die Anlage von Geldern aus Emissionen und den Geldhandel zurückzuführen und drückt sich in einer starken Ausweitung des Laufzeitenbandes „bis 3 Monate“ aus.

Die **Forderungen an Kunden** reduzierten sich um 1,5 Mrd. € oder 3 % auf 56,2 Mrd. €. Dies war insbesondere auf die Rückgänge bei den Kommunalkrediten und Hypothekendarlehen zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft betrug 4.325 Mio. € (Vorjahr: 4.884 Mio. €). Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Ausbuchung wertberichtigter Kredite zurückzuführen.

Den **positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten** (0,4 Mrd. €) steht kein Vorjahresvergleichswert gegenüber, da der Standard IAS 39 erstmalig im Geschäftsjahr 2005 angewendet wurde.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** stieg um 7,6 Mrd. € von 9,6 Mrd. € auf 17,2 Mrd. €. Dies war insbesondere auf die Anwendung des IAS 39 zurückzuführen. Eine Auswirkung ist die erstmalige Designation zum Zeitwert sowie der damit verbundene veränderte Ausweis von Vermögenswerten (1,2 Mrd. €). Die Bilanzierung der derivativen Geschäfte ist auch auf diesen Umstand zurückzuführen.

Der Posten **Finanzanlagen** weitete sich gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Mrd. € auf 40,7 Mrd. € aus. Der Zugang resultierte vor allem aus dem Aufbau strategischer Positionen bei Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten.

Die **Immateriellen Vermögenswerte** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Sie enthalten mit 0,6 Mrd. € Firmenwerte.

Die **Sachanlagen** blieben betragsmäßig nahezu unverändert (0,9 Mrd. €).

Die **Ertragsteueransprüche** weiteten sich deutlich um 470 Mio. € auf 885 Mio. € aus. Dies ist hauptsächlich auf den höheren Betrag für die aktiven latenten Steuern zurückzuführen.

Der Rückgang der **Sonstigen Aktiva** von 3,8 Mrd. € auf 2,9 Mrd. € ist im Wesentlichen mit der Erfüllung von Forderungen aus Rückzahlungsvereinbarungen begründet.

Die Veränderung des Postens der **zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenstände und Abgangsgruppen** um – 0,2 Mrd. € ist hauptsächlich auf den im Jahre 2005 erfolgten Abgang der Weberbank zurückzuführen.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	42.010	36.838	5.172	14
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.407	35.109	– 2.702	– 8
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.606	44.090	– 10.484	– 24
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	850	0	850	x
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	25.546	3.295	22.251	>100
Rückstellungen	1.821	1.795	26	1
Ertragsteuerverpflichtungen	238	146	92	63
Sonstige Passiva	2.223	3.164	– 941	– 30
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	100	59	41	69
Nachrangkapital	3.868	3.849	19	0
davon: Stille Einlagen	1.100	1.100	0	0
Eigenkapital	1.851	1.957	– 106	– 5
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0	0
Eigene Aktien	– 70	– 70	0	0
Kapitalrücklage	15	1.971	– 1.956	– 99
Gewinnrücklagen	– 605	– 135	– 470	<– 100
Neubewertungsrücklagen	291	0	291	x
Anteile im Fremdbesitz	36	27	9	33
Bilanzverlust	– 370	– 2.390	2.020	85
Gesamt	**144.520**	**130.302**	**14.218**	**11**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Mrd. € oder 14 % auf 42,0 Mrd. €.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mrd. € oder 8 % auf 32,4 Mrd. €. Der Rückgang ließ sich teilweise auf die erstmalige Designation zum Zeitwert und den damit veränderten Bilanzausweis zurückführen.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** ging von 44,1 Mrd. € um 10,5 Mrd. € oder 24 % auf 33,6 Mrd. € zurück. Wesentliche Ursache war die Reduzierung der Öffentlichen Pfandbriefe (2,6 Mrd. €) und der Schuldverschreibungen (7 Mrd. €). Auch hier lag der Rückgang in der erstmaligen Designation zum Zeitwert begründet.

Den **negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten** (0,9 Mrd. €) steht kein Vorjahresvergleichswert gegenüber, da IAS 39 erstmalig im Geschäftsjahr 2005 angewendet wurde.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** stieg um 22,2 Mrd. € von 3,3 Mrd. € auf 25,5 Mrd. €. Dies war insbesondere auf die Anwendung des IAS 39 zurückzuführen. Eine Auswirkung ist die erstmalige Designation von Verpflichtungen zum Zeitwert (13,6 Mrd. €) sowie zum anderen die Bilanzierung von Derivaten (0,8 Mrd. €).

Die **Rückstellungen** waren mit einem Bestand von 1,8 Mrd. € nahezu unverändert auf Vorjahresniveau.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** erhöhten sich um 92 Mio. € auf 238 Mio. €. In diesem Betrag sind passive latente Steuern in Höhe von 94 Mio. € enthalten.

Der Posten **Sonstige Passiva** ging um 0,9 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € zurück. Wesentliche Ursache war die Erfüllung einer Rückzahlungsverpflichtung.

Die **zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordneten Verbindlichkeiten** erhöhten sich um 41 Mio. € auf 100 Mio. €. Diese Erhöhung resultiert aus den mit dem beabsichtigten Verkauf von Sachanlagen und Beteiligungen verbundenen Verbindlichkeiten.

Die **bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel** der Gruppe gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2005 betrugen insgesamt 4,8 Mrd. €.

Der **Posten Nachrangkapital** beinhaltet nachrangige Verbindlichkeiten und die stillen Einlagen. Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum erhöhte sich das Volumen der nachrangigen Verbindlichkeiten nur unwesentlich. Die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten stillen Einlagen (1,1 Mrd. €) blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Das **Eigenkapital** des Konzerns veränderte sich um –0,1 Mrd. € auf 1,8 Mrd. €. Haupteinflussfaktoren für diese Veränderungen waren die Effekte aus der erstmaligen Bewertung der Finanzinstrumente nach IAS 39 (–723 Mio. €), die Berücksichtigung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus den Pensionsverpflichtungen (–86 Mio. €), die mit der Bewertung verbundene Veränderung der Neubewertungsrücklage (inklusive erstmaliger Dotierung der Neubewertungsrücklage aus Available for Sale-Papieren; 246 Mio. €) sowie der Konzernjahresüberschuss (248 Mio. €).

Vermögenslage nach HGB

Die HGB-Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum 31. Dezember 2005 gegenüber dem Vorjahr leicht um 3,0 Mrd. € oder 2 % auf 135,6 Mrd. €.

Nach mehreren Jahren eines nachhaltigen Abbaus von Risikoaktiva wird damit wieder ein leichter Zuwachs ausgewiesen.

Aktiva

KONZERN-AKTIVA

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Barreserve	1.278	1.357	– 79	– 6
Forderungen an Kreditinstitute	29.429	26.828	2.601	10
Forderungen an Kunden	51.130	53.901	– 2.771	– 5
Schuldverschreibungen	40.719	34.760	5.959	17
Aktien	4.373	5.589	– 1.216	– 22
Beteiligungen, Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	529	413	116	28
Treuhandvermögen	59	73	– 14	– 19
Sachanlagen	260	347	– 87	– 25
Übrige Aktiva	7.832	9.304	– 1.472	– 16
Summe Aktiva	**135.609**	**132.572**	**3.037**	**2**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 29,4 Mrd. € um 2,6 Mrd. € über dem Vorjahresstand von 26,8 Mrd. €. Die Erhöhung betraf insbesondere die Fristigkeit bis 3 Monate.

Die **Forderungen an Kunden** reduzierten sich um 2,8 Mrd. € oder 5 % auf 51,1 Mrd. €. Dies war im Wesentlichen auf die Rückgänge bei den Kommunalkrediten und Hypothekendarlehen zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft betrug 4.247 Mio. € (Vorjahr: 4.863 Mio. €). Bezogen auf das Kreditvolumen ergibt sich – unter Berücksichtigung des gesunkenen Kreditvolumens – eine Verringerung der Vorsorgequote von 7,2 % auf 6,7 %.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrugen 40,7 Mrd. €. Der Zugang um 6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr resultierte vor allem aus dem Aufbau strategischer Positionen bei Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten.

Die Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € auf 4,4 Mrd. €.

Geschäftsverlauf 2005

Passiva

KONZERN-PASSIVA

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44.778	38.065	6.713	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	33.238	38.369	– 5.131	– 13
darunter: Spareinlagen einschließlich Bauspareinlagen	7.620	7.799	– 179	– 2
täglich fällige andere Verbindlichkeiten	10.789	11.973	– 1.184	– 10
befristete andere Verbindlichkeiten	14.829	18.597	– 3.768	– 20
Verbriefte Verbindlichkeiten	44.646	42.576	2.070	5
darunter: Hypothekenpfandbriefe und Öffentliche Pfandbriefe	25.367	26.745	– 1.378	– 5
Sonstige Schuldverschreibungen	19.279	15.794	3.485	22
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	0	37	– 37	– 100
Treuhandverbindlichkeiten	59	73	– 14	– 19
Rückstellungen	2.307	2.259	48	2
Nachrangkapital	2.747	2.744	3	0
Eigenkapital	3.556	3.385	171	5
davon: Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0
Stille Einlagen des Landes Berlin an der Landesbank Berlin	1.100	1.100	0	0
Rücklagen [1]	– 99	– 270	171	63
Übrige Passiva	4.278	5.101	– 823	– 16
Summe Passiva	**135.609**	**132.572**	**3.037**	**2**

[1] einschließlich Bilanzgewinn/-verlust in Höhe von – 245 Mio. € (Vorjahr: – 2.609 Mio. €) und Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter in Höhe von 64 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €)

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Mrd. € oder 18 % auf 44,8 Mrd. €. Der Verringerung bei Öffentlichen und Hypothekenpfandbriefen von 0,3 Mrd. € stehen Erhöhungen bei den anderen Verbindlichkeiten von 7,0 Mrd. € gegenüber, die insbesondere auf die Restlaufzeit von bis zu 3 Monaten entfallen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Mrd. € oder 13 % auf 33,2 Mrd. €. Während die Öffentlichen und Hypothekenpfandbriefe leicht zurückgingen, verringerten sich die anderen Verbindlichkeiten vor allem in der Fristigkeit bis zu 1 Jahr um rund 4,1 Mrd. €. Ursächlich ist die zum Bilanzstichtag nicht mehr konsolidierte Weberbank.

Der leichte Anstieg der **Verbrieften Verbindlichkeiten** um 2,1 Mrd. € oder 5 % auf 44,6 Mrd. € ist insbesondere auf die Emission sonstiger Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die **Rückstellungen** lagen nur leicht über dem Vorjahresniveau (2.307 Mio. € nach 2.259 Mio. € im Vorjahr); für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission sind hierin 294 Mio. € (Vorjahr: 304 Mio. €) enthalten. In den übrigen Rückstellungsarten ergaben sich aus Zuführungen, Auflösungen und Inanspruchnahmen Erhöhungen bei den Pensionsrückstellungen sowie Verringerungen bei den Steuerrückstellungen und bei den anderen Rückstellungen.

Auf das **Konzerneigenkapital** wirkte sich der Jahresüberschuss erhöhend aus. Entsprechend dem Vorgehen in der Muttergesellschaft Bankgesellschaft Berlin AG erfolgt im Konzern eine Verrechnung der Kapitalrücklage, der gesetzlichen Rücklage und der anderen Gewinnrücklage mit dem Bilanzverlust. Das Konzerneigenkapital beträgt 3.556 Mio. € (Vorjahr: 3.385 Mio. €).

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Gruppe gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2005 betrugen insgesamt 4,8 Mrd. €. Bezogen auf die risikotragenden Aktiva in Höhe von 40,9 Mrd. € errechnen sich danach eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 11,6 % (Vorjahr: 11,1 %) und eine Kernkapitalquote von 8,1 % (Vorjahr: 7,5 %). (Nach Feststellung der Jahresabschlüsse).

Überleitung des Eigenkapitals vom 31. Dezember 2003 (HGB) auf den 1. Januar 2004 (IFRS)

Die wesentliche Veränderung des Eigenkapitals betrifft die nicht mehr enthaltene Zweckrücklage der IBB (1.342 Mio. €). Im Gegenzug wurden stille Einlagen durch das Land Berlin zur Verfügung gestellt (1.100 Mio. €), die aber nicht unmittelbar dem IFRS-Eigenkapital zugerechnet werden können. Die sich nach dem Abzug der Zweckrücklage der IBB ergebende Veränderung von 162 Mio. € (von bereinigt 2.221 Mio. € auf 1.889 Mio. €) resultiert im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten.

Der erstmalige Ansatz beziehungsweise die Bewertung der Nicht-Finanzinstrumente (insbesondere Sachanlagen, Finance Lease, Pensionsrückstellungen) nach den Vorschriften der IFRS führte für die gegenüber HGB unverändert konsolidierten Tochterunternehmen unter Berücksichtigung der latenten Steuern zu einem Effekt von –73 Mio. €, der ergebnisneutral in den Gewinnrücklagen als Erstanwendungsrücklage ausgewiesen wurde.

Im Zusammenhang mit dem zum 31. Dezember 2003 vorhandenen Bestand an eigenen Aktien wurde zum 1. Januar 2004 nach IFRS die bestehende Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Buchwertes von 55 Mio. € gegen die Gewinnrücklagen aufgelöst. In Höhe des rechnerischen Wertes (70 Mio. €) erfolgten gleichzeitig ein Abzug vom gezeichneten Kapital sowie eine Dotierung der Kapitalrücklage für den zum 1. Januar 2004 unter dem Nominalwert liegenden Buchwert (15 Mio. €), so dass sich das Eigenkapital hierdurch insgesamt um 55 Mio. € gegenüber dem HGB-Wert verringerte.

Geschäftsverlauf 2005

Der aus dem Geschäftsjahr 2003 vorgetragene Bilanzverlust hat sich um 12 Mio. € erhöht. Dies ist auf die wegen der wirtschaftlichen Ausgründung zum 1. Januar 2004 nicht mehr konsolidierte IBB zurückzuführen.

Eigenkapital IFRS 31. Dezember 2004/ IFRS 1. Januar 2005

Durch die zum 1. Januar 2005 erfolgte erstmalige Bewertung der Finanzinstrumente nach den Vorschriften der IFRS kam es zu einem Bewertungsunterschied von – 723 Mio. €, der ergebnisneutral den Gewinnrücklagen als Erstanwendungsrücklage zugeordnet wurde. Darüber hinaus erfolgte eine erstmalige Dotierung der Neubewertungsrücklage aus der Bewertung der Available for Sale-Papiere in Höhe von 246 Mio. €.

Verrechnung der Kapitalrücklagen zum 31. Dezember 2005

Entsprechend dem Vorgehen im Einzelabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG (HGB) zum 31. Dezember 2005 erfolgte im Konzernabschluss IFRS zu diesem Stichtag gleichfalls eine Verrechnung der Kapitalrücklagen mit dem Bilanzverlust. Der Konzern weist zum 31. Dezember 2005 Kapitalrücklagen in Höhe von 15 Mio. € aus.

Finanzlage nach IFRS und HGB

Auf eine detaillierte Analyse der Kapitalflussrechnung wird verzichtet, da für uns als Bank aus dieser keine steuerungsrelevanten Impulse abgeleitet werden. Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen, die wir im Risikobericht dargestellt haben.

Auswirkungen der Konsolidierungen nach IFRS und HGB

Auswirkungen der Konsolidierung IFRS

Die Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden maßgeblich durch die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB und die Berlin Hyp bestimmt.

Das Konzern-Bilanzvolumen IFRS wird ebenfalls getragen von der Bankgesellschaft Berlin AG, der LBB und der Berlin Hyp. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 95,6 % (Vorjahr: 95,6 %) der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften.

VERTEILUNG DES BILANZVOLUMENS AUF FOLGENDE GESELLSCHAFTEN (IFRS)

in %	2005	2004
Bankgesellschaft Berlin AG	34,4	33,1
Landesbank Berlin	41,3	42,5
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	17,9	17,5
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	2,0	2,5
	95,6	**95,6**
Andere Konzerngesellschaften, SPVs, Spezialfonds	4,4	4,4
	100,0	**100,0**

Auswirkungen der Konsolidierung HGB

Die Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden maßgeblich durch die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB, die Berlin Hyp sowie den Teilkonzern BIH (ehemals IBAG) bestimmt. Alle Kreditinstitute des Konzerns weisen ein positives Ergebnis aus.

Für das Geschäftsjahr 2005 waren im Rahmen der Konsolidierung phasengleich vereinnahmte Beteiligungserträge von 73 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €) zu eliminieren; Zwischenerfolge wurden saldiert in Höhe von 129 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) konsolidiert.

Durch das Ausscheiden der Weberbank aus dem Konzern ergab sich als wesentlicher Effekt zum Zeitpunkt der Entkonsolidierung eine Ergebnisbelastung von 17 Mio. €.

Das Konzern-Bilanzvolumen HGB wird getragen von der Bankgesellschaft Berlin AG, der LBB und der Berlin Hyp. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 94,6 % (Vorjahr: 92,0 %) der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften.

VERTEILUNG DES BILANZVOLUMENS AUF FOLGENDE GESELLSCHAFTEN (HGB)

in %	2005	2004
Bankgesellschaft Berlin AG	32,7	32,4
Landesbank Berlin	43,1	42,1
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	18,8	17,5
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	2,1	2,5
Weberbank Privatbankiers KGaA	0,0	2,1
	96,7	**96,6**
Andere Konzerngesellschaften	3,3	3,4
	100,0	**100,0**

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – wurde zum 1. Januar 2006 formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Als ihre alleinige Gründerin gilt die Bankgesellschaft Berlin AG, die damit auch Alleingesellschafterin der Landesbank Berlin AG ist. Die Aufbringung des Grundkapitals erfolgte durch Einbringung der atypisch stillen Beteiligung seitens der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG. Die atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin wurde damit beendet. Der Vertrag über den Erwerb der Gewinnbezugsrechte des Landes Berlin (24,99 % des Bilanzgewinns und eines eventuellen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin) wurde gegenstandslos. Durch ihre Umwandlung in eine AG gehört die Landesbank Berlin mit ihren Tochterunternehmen ab dem 1. Januar 2006 zum umsatzsteuerlichen Organkreis der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit fällt für Lieferungen und Leistungen zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG sowie ihren jeweiligen Tochterunternehmen keine Umsatzsteuer mehr an. Die Landesbank Berlin AG erwartet daraus eine Reduzierung der nicht abziehbaren Vorsteuer von ca. 10 Mio. € p.a.

Mit Wirkung vom 3. Januar 2006 wurde das Grundstück Bundesallee 171, die ehemalige Zentrale der Landesbank Berlin, verkauft. Für den Konzern ergibt sich aus dieser Veräußerung im Geschäftsjahr 2006 ein Buchgewinn in Höhe von 27 Mio. € nach IFRS.

Am 31. März 2006 hat der Vorstand im Rahmen einer Ad-hoc-Veröffentlichung bekannt gegeben, dass in der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG am 14. Juli 2006 eine vereinfachte Herabsetzung des Kapitals der Gesellschaft vorgeschlagen wird. Das Grundkapital der Gesellschaft soll gemäß §§ 229 ff. AktG um ca. 500 Mio. € auf etwa 2.050 Mio. € herabgesetzt werden. Außerdem soll den Hauptversammlungen von Landesbank Berlin AG und Bankgesellschaft Berlin AG der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags vorgeschlagen werden.

Für ein wertberichtigtes Engagement wurde im März 2006 ein Sanierungsgutachten vorgelegt. Da die Umsetzung des Konzeptes noch mit Risiken verbunden ist, ergibt sich bezüglich der Risikovorsorge kein Änderungsbedarf. Die Forderung aus einem weiteren wertberichtigten Engagement wurde mit Vertrag vom 31. März 2006 veräußert. Nach der Durchführung des Vertrags, die im Laufe des Jahres erwartet wird, erwarten wir eine erfolgswirksame Auflösung der gebildeten Risikovorsorge in Höhe von rd. 13 Mio. €.

Die Bankgesellschaft Berlin AG, Niederlassung London, ist auf Schadensersatz in Höhe von 31 Mio. US$ im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft vom November 2000 verklagt worden. Der Rechtsstreit ist im Mai 2006 durch einen Vergleich beendet worden. Die für diesen Rechtsstreit gebildeten Rückstellungen im Jahresabschluss 2005 sind ausreichend.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2005 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

Risikobericht

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Eine zielgerichtete und funktionsfähige Banksteuerung setzt eine klar definierte, vom Vorstand verabschiedete und kommunizierte Risikostrategie voraus.

Die 2002 vom Vorstand beschlossene Risikostrategie des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gilt auch für die Landesbank Berlin (LBB) und wird jährlich aktualisiert.

Diese Risikostrategie beinhaltet zwei wesentliche Komponenten:

- Durch festgelegte Kerngeschäftsfelder wird spezifiziert, in welchen Bereichen Risiken neu eingegangen werden sollen.
- Durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können.

Das Risikocontrolling hat als unabhängige Stelle die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Förderung einer offenen Kommunikation erhöht die Risikotransparenz, die Etablierung von Anreizstrukturen steigert das Risikobewusstsein. Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Im Konzern-Risikohandbuch wird beschrieben, welche Risikoarten im Konzern vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzerneinheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements und welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch das Risk Review Komitee (RRK), das aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) und dem Vorstand der Landesbank Berlin (LBB) besteht. Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden im Konzern und in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
  - Kreditrisiken
  - Kontrahentenrisiken
  - Länderrisiken
  - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken
  - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
  - Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Im Verlauf des Berichtsjahres haben wir unser internes Risikotragfähigkeitskonzept methodisch weiter ausgebaut. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe

Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen Mindeststandards an den Stellen ersetzt, an denen intern bereits bessere Risikomessmethoden implementiert worden sind. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamt-Risikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Kreditrisiken, Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, Operationelle Risiken und Restrisiken. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2005 im Parallelbetrieb das Risikokapital, neben der an die aufsichtsrechtlichen Verfahren angelehnten Methodik, zusätzlich nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

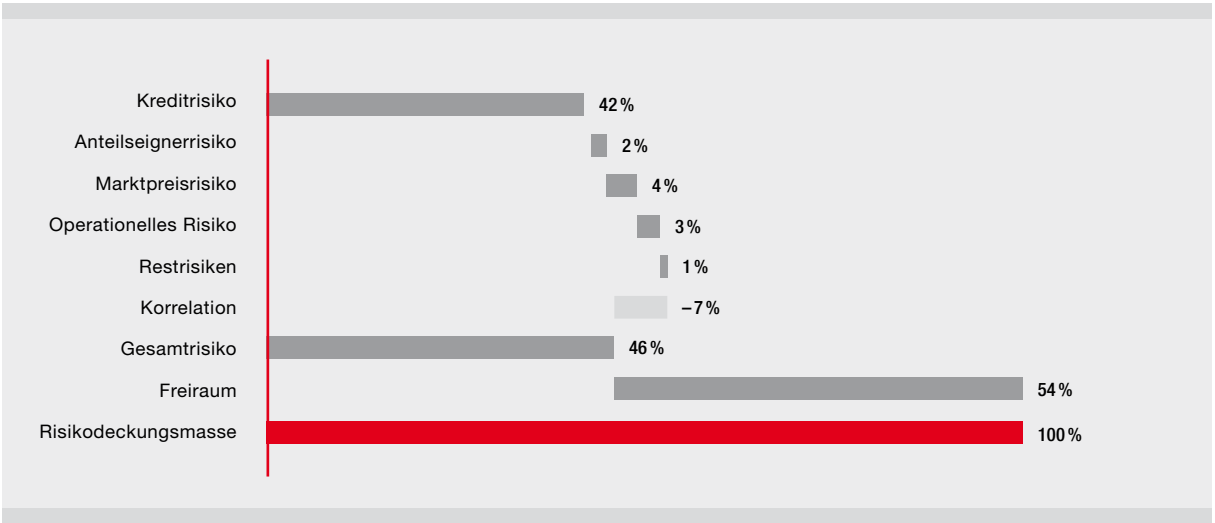
Die betriebswirtschaftliche Risikodeckungsmasse orientiert sich zunächst an den aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteilen. Zusätzlich wird unter anderem die Ertragslage berücksichtigt, indem der Risikodeckungsmasse das prognostizierte Ergebnis nach Steuern für das aktuelle Geschäftsjahr zugerechnet wird.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, oder zu einem starken Rückgang der Risikodeckungsmasse kommen, entscheidet das RRK über Maßnahmen zur Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite gab es im Berichtsjahr jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellen sich zum 31. Dezember 2005 im Konzern wie folgt dar:

INANSPRUCHNAHMEN NACH RISIKOARTEN FÜR DEN KONZERN ZUM 31. DEZEMBER 2005 – IN %



Aufgrund der Rundungen kommt es zu einer Differenz bei der Summe „Gesamtrisiko“.

Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Akkords (Basel II), die voraussichtlich ab dem 1. Januar 2007 in Kraft treten werden, setzt der Konzern im Rahmen eines Projektes mit folgenden Zielen um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldewesenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Die Bankgesellschaft Berlin plant, den auf internen Ratings basierenden (IRB) Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken umzusetzen und parallel die Entwicklung des fortgeschrittenen Ansatzes vorzubereiten. Durch die Verwendung des IRB-Basisansatzes rechnen wir im Vergleich mit dem Standardansatz mit einer reduzierten Eigenkapitalbelastung. Die technische Umsetzung erfolgt entsprechend der IT-Strategie der Bankgesellschaft auf SAP-Basis. Dazu wird die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert. Das Projekt baut auf die Vorarbeiten des IAS-Projektes auf, insbesondere bei der Modellierung der Datenbank und der Anbindung der Vorsysteme. Das Projekt liegt im Budget und wird die Meldefähigkeit rechtzeitig erfüllen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 20. Dezember 2005 die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Mit den MaRisk sollen die qualitativen Elemente der zweiten Säule von Basel II (Aufsichtliches Überprüfungsverfahren) umgesetzt werden. Zu diesem Zweck hat die BaFin insbesondere die existierenden Mindestanforderungen (Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), an das Handelsgeschäft (MaH) und an die Interne Revision (MaIR)) im Sinne einer „ganzheitlichen Risikobetrachtung“ zusammengefasst.

Aufgrund der Umsetzung der MaH, MaK und MaIR und der darüber hinausgehenden Risikomanagementmethoden hinsichtlich einer ganzheitlichen Risikobetrachtung (Konzernrisiko-Strategie, Konzernrisiko-Report, Risikotragfähigkeitskonzept) hat der Konzern die Anforderungen der MaRisk bereits größtenteils umgesetzt.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren. Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern haben wir auf der Grundlage der in den Vorjahren durchgeführten Projekte weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht.

Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung der Datenqualität wurden die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter gesteigert.

Im Berichtsjahr wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Abstimmung der Risikokennzahlen mit der Ertragsrechnung gelegt. Hieraus ergeben sich qualitativ verbesserte Steuerungsimpulse vor dem Hintergrund einer Risiko-Rendite-Steuerung.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den Ratingklassen ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat die Bankgesellschaft in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Ratingsysteme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das

Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Um statistisch validierte Aussagen zum Verlustpotenzial treffen zu können, hat die Bank in Zusammenarbeit mit den anderen Landesbanken im Rahmen eines Projekts Schätzungen zu den Verlustquoten (den so genannten Loss-Given-Default-Quoten) durchgeführt. Dieses Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren kann nun auch für ganze Kreditportfolios vollständig durchgeführt werden. Das im Jahr 2004 entwickelte Kreditportfoliomodell, das aus einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen resultiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamt-Risikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen (bis Ende des Berichtsjahres im Parallelbetrieb mit dem alten Verfahren) ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Hierbei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt.

Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

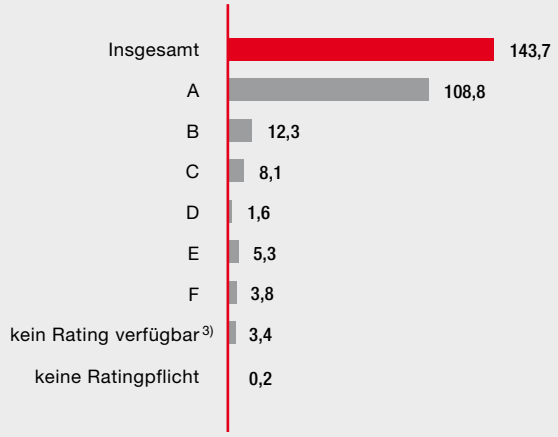
Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat der Konzern den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt. Besonderes Augenmerk wurde auf eine verfeinerte Darstellung der Immobilienrisiken gelegt – es können nun sowohl Aussagen zu Kreditnehmern als auch zu den finanzierten, kommerziellen Immobilienobjekten getroffen werden.

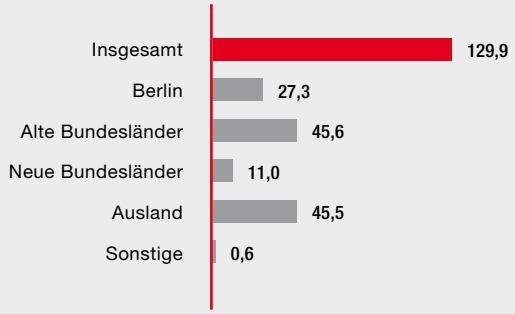
Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden durch volumenbasierte Portfoliolimite in den Dimensionen Länder und Branchen/Bonitäten strategisch gesteuert. Hierzu wurden die Vorgaben der Kreditrisikostrategie in Limite übersetzt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen. Auf diese Art wurde beispielsweise die Neuausrichtung des Portfolios auf die strategisch vorgegebene Zielregion des Konzerns erfolgreich umgesetzt. Die im 4. Quartal 2003 erstmals beschlossenen Limite werden laufend überprüft und an veränderte Einschätzungen angepasst.

STRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS DES KONZERNS

Kreditvolumen[1] nach Risikoklassen[2]
in Mrd. € per Jahresende 2005



Kreditinanspruchnahme nach Regionen[4]
in Mrd. € per Jahresende 2005



[1] Konzernkreditvolumen: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.
[2] Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten.
[3] Im Wesentlichen wegen kurzfristiger, im Rahmen einer Emittentenlimitmatrix gehaltener Handelspositionen.
[4] Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

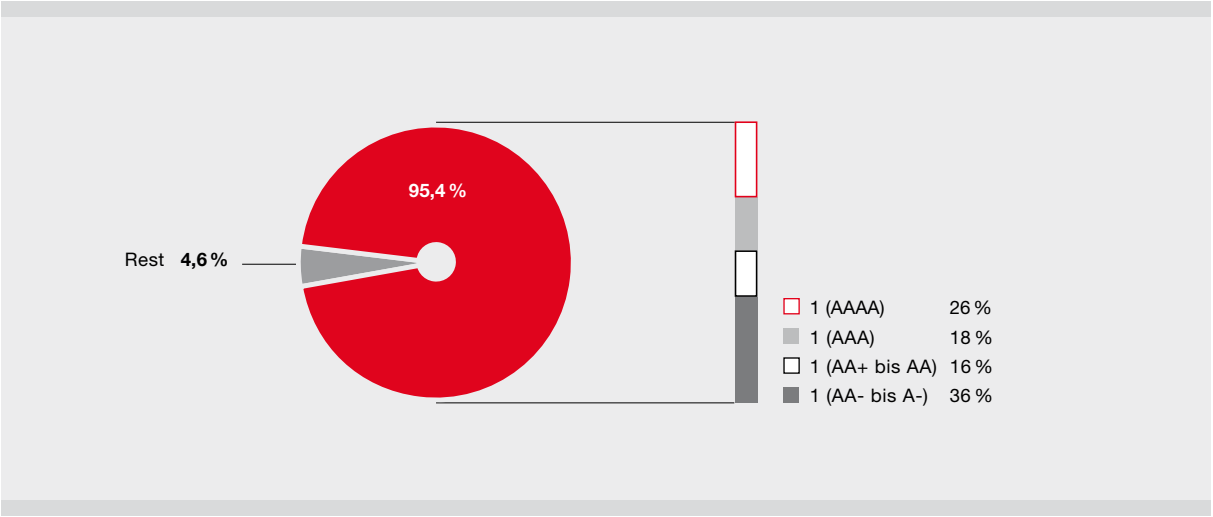
Im Rahmen der Branchensteuerung wird das gesamte Kreditportfolio in 29 verschiedene Branchen eingeteilt. Je Branche werden die einzelnen Engagements nach Risikogehalt in sechs Ratingklassen eingeordnet. Für jede sich ergebende Kombination Branche/Ratingklasse werden die Inanspruchnahmen laufend den beschlossenen Limiten gegenübergestellt. Die Steuerungsinformation wird in Form einer „Ampel“ (Rot = Limit ausgelastet, Gelb = Limit zu mehr als 80 % ausgelastet, Grün = freies Limit verfügbar) aufbereitet und an die Vertriebsstellen weitergegeben.

Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements. Die Aussagen werden zukünftig ergänzt durch quantitative Analysen zur resultierenden Risikoausweitung und zum Verhältnis Risiko und Ertrag der Geschäfte.

Länderrisiken

Die Beratung des Vorstands bei der Steuerung des Länderrisikos (Transferrisiko) ist eine Aufgabe des Kreditrisikokomitees. Dieses erarbeitet Vorschläge zur Festlegung der entsprechenden Limithöhen.

AUSFALLRISIKEN AUS HANDELSGESCHÄFTEN – KONZERN 2005



Aufgrund der Rundungen kommt es zu einer Differenz bei der Summe.

Für die Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von den Inanspruchnahmen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (unter anderem Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Im Konzern wurden im Jahr 2005 zu 99 % Geschäfte mit Ländern ohne Risiko (Ratingklasse 1 bis 3) getätigt.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Austausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

Angaben zu den Derivatevolumina sind im Anhang zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich. Diese Fälle werden unterjährig entschieden.

In einem Report an den Vorstand auf monatlicher Basis wird sowohl über die bereits entschiedenen Fälle als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, ermitteln wir im Sinne einer Portfoliobetrachtung den Kreditrisikovorsorgebedarf. Im Rahmen dieser Berechnung werden die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) verwendet. Mit diesem Verfahren wird beispielsweise der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS/IFRS quartalsweise festgelegt.

Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft haben wir umgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel die Kreditrisikostrategie, die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich und die aufbauorganisatorische Trennung dieser Bereiche bis in die Vorstandsebene. Auch problembehaftete Kreditengagements werden von Risikobetreuungsbereichen beziehungsweise entsprechenden Spezialisten betreut und bearbeitet.

Weiterhin sind nach den MaK für das Ausüben der Kreditkompetenzen zwei positive, voneinander unabhängige Voten erforderlich. Diese unabhängige Votierung wird über die Einbindung des Markt- und des Marktfolgebereichs in die Kreditentscheidung gewährleistet.

Um bei der Bewertung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und -bewertung zu garantieren, erstellt eine zentrale Gutachterstelle die Bewertungen. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG angesiedelt und übt ihre Tätigkeiten auch für die Bankgesellschaft Berlin und für die Landesbank Berlin aus.

Anteilseignerrisiken

Der Bereich Unternehmensentwicklung verfügt im Rahmen der Beteiligungsverwaltung und des Vertragsmanagements über eine gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz. Die Aufgaben des Beteiligungs-Risikocontrollings werden vom Bereich Risikocontrolling wahrgenommen und weiterentwickelt. Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch

Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Zielsetzungen der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage informiert; dazu gehört auch ein Reporting über die Jahres- und Mittelfristplanung der Gesellschaften sowie die Hochrechnung der Beteiligungsergebnisse.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings aufgedeckt und analysiert.

Das Beteiligungsportfolio haben wir auch im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Komplexität als auch des Umfangs strategiekonform weiter deutlich abgebaut. Diese Reduzierung wurde durch konsequenten Verkauf, Liquidation beziehungsweise Verschmelzung von Gesellschaften erzielt. Insbesondere wurden die Bankgesellschaft Berlin Polska S.A. und die Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc liquidiert sowie die Weberbank Privatbankiers KGaA verkauft.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts werden unter Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung dargestellt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die Bank zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsbereitschaft). Es unterteilt sich in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der Bankgesellschaft Berlin wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem neu eingeführten internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Liquiditätsrisiken gemäß Grundsatz II

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beurteilt im Regelfall nach dem Grundsatz II, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Sie sieht die Liquidität als ausreichend an, wenn die Grundsatz-II-Kennziffer mindestens eins beträgt. Die Ermittlung erfolgt durch den Bereich Finanzen, die Einhaltung des Grundsatzes II steuert das Geschäftsfeld Treasury.

Die Liquiditätskennziffer für die Teilinstitute betrug per 31. Dezember 2005:

Teilinstitut	Liquiditätskennziffer gemäß Grundsatz II
Bankgesellschaft Berlin AG	1,39
Landesbank Berlin	1,80
Berlin Hyp	1,23

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Der Grundsatz II bildet den aufsichtsrechtlichen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken.

Zusätzlich wurde für den Konzern Bankgesellschaft Berlin ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling eingeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Für den Aufbau des Controllings haben wir unter Führung der Bereiche Risikocontrolling und Treasury ein Projekt zur Schaffung der fachlichen und technischen Voraussetzungen durchgeführt. Durch die Beteiligung beider Bereiche wurde sichergestellt, dass die Basis für die Ermittlung und Limitierung der Risiken durch das Risikocontrolling sowie die Basis der operativen Steuerung durch das Treasury identisch sind. Im Anschluss an das Projekt gab es eine Datenqualitätssicherungsphase, die eine intensive Überprüfung der an das Liquiditätsrisiko-System gelieferten Daten beinhaltete.

Die Einbindung der erweiterten Liquiditätsrisiko-Systematik in die Risikosystematik der Bank erfolgte im November 2005.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung.

Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch den Grundsatz II angenommen werden, und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

In-Kraft-Treten des neuen Pfandbriefgesetzes

Am 19. Juli 2005 ist das „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen“ (PfandBG) in Kraft getreten, das die bisher für die Landesbank Berlin geltenden gesetzlichen Grundlagen aus dem „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten“ (ÖPG) für die Emission von Pfandbriefen abgelöst hat. Die Anforderungen, die das PfandBG an die Emittenten von Pfandbriefen stellt, gehen deutlich über die des ÖPG hinaus und orientieren sich in vielen Aspekten an den Anforderungen, die in der Vergangenheit bereits durch die Hypothekenbanken zu erfüllen waren.

Da die Refinanzierung über die Ausgabe von Pfandbriefen auch unter dem neuen PfandBG ein wichtiger Baustein in der Refinanzierungspolitik des Konzerns sein wird, haben wir zur Umsetzung der neuen Erfordernisse ein Projekt in der Landesbank Berlin durchgeführt. Im Ergebnis haben wir in der LBB ein Treuhandbüro eingerichtet sowie ein Deckungsregister gemäß PfandBG aufgebaut, das als Deckung für die ausstehenden Pfandbriefe dient. Die Steuerung des Deckungsregisters erfolgt auf Grundlage einer selbst entwickelten Software. Dies erlaubt es der LBB, flexibel auf neue gesetzliche und interne Anforderungen zu reagieren und das geforderte Risikomanagement des Deckungsregisters gemäß § 27 PfandBG auf Basis der bestehenden bewährten IT-Architektur des Konzerns vornehmen zu können. Die Anzeige für die Fortführung des Pfandbriefgeschäfts gemäß § 42 PfandBG haben wir im Oktober bei der BaFin eingereicht.

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In diesen Strategien wird der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten verträglichen Risikoniveaus formuliert. Sowohl für Handelsbuch- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Capital-at-Risk[1)] (CAR)-Limite) transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite/-Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch daily und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen CAR- und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risikocontrolling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling.

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-Use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der Bankgesellschaft Berlin AG auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert. Im Dezember 2005 wurden die internen Verfahren (Partial-Use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken ohne Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung für die LBB aufsichtsrechtlich anerkannt. Die LBB wird ab Januar 2006 auf Basis des internen Modells die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten melden.

[1)] Capital-at-Risk bezeichnet das 10-tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %.

CAPITAL-AT-RISK-LIMITE UND –INANSPRUCHNAHMEN 2005

in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern BGB			
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Limit per
Einheit	2005	2005	2005	31.12.2005
Eigenhandel	14,66	8,89	25,44	40,00
Equities	1,93	0,87	6,14	7,00
Zins-/Kreditprodukte	4,03	1,58	7,80	25,00
Treasury	9,34	5,44	17,01	60,00
Handelsbereiche Konzern	**20,68**	**15,63**	**28,95**	**75,00**
Bankbuch Bankgesellschaft	25,74	15,56	39,11	100,00
Bankbuch Landesbank	37,74	11,47	82,98	185,00
Berlin Hyp	18,13	1,06	55,69	85,00
sonstige Bankbücher[1)]	5,08	1,72	17,73	11,65
Bankbuchaktivitäten Konzern	**67,69**	**40,13**	**130,87**	**380,00**
Konzern	**76,91**	**45,75**	**146,03**	**455,00**
Aktienrisiko	26,71	14,56	39,81	
Währungsrisiko	2,52	0,65	5,77	
Zinsrisiko	67,86	26,03	135,96	
Credit Spread Risiko	11,26	2,87	22,1	
Gesamt	**76,91**	**45,75**	**146,03**	

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Gesamtwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

[1)] Das Limit „sonstige Bankbücher" wurde wegen des Verkaufs der Weberbank zum 30. August 2005 um 45 Mio. € gesenkt.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Nach Erreichen der Vorwarnstufe bei 80 %iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld dem Vorstand erweiterte Informationen zur Verfügung stellt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über so genannte Kategoriespreads auf Basis ratingabhängiger Zinskurven berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die Bank in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.300 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Eigenentwicklung ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) besitzt die Bank ein anerkannt hochwertiges System zur integrativen Marktpreis-Risikomessung. Die Verfahren erfassen nicht nur sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte, sondern auch die Marktpreisrisiken aus den Bankbüchern, die sich zum Beispiel aus dem Retailgeschäft ergeben. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaH hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten. Die tägliche Überwachung aller Marktpreisrisiken im Konzern, sowohl im Handels- als auch im Bankbuch, nach einheitlicher Methodik auf Basis von ARMADA ist ein wesentlicher Bestandteil der integrativen Gesamtbanksteuerung durch den Vorstand.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaH an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaH an den Konzernvorstand mit Backtest und Stresstest

Die in der Bankgesellschaft Berlin eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert. Die 2004 erfolgte Zulassung des internen Modells nach Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bestätigt die hohe Qualität der eingesetzten Verfahren.

Operationelle Risiken

Entsprechend den im Juni 2004 verabschiedeten Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken im Konzern definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die

Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken und die Eingrenzung und/oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Risikocontrolling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Die Bankgesellschaft Berlin wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen. Die internen Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken werden laufend weiterentwickelt. Die eventuelle aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Wir gehen davon aus, dass die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel-II-Anforderungen bereits weitestgehend erfüllt sind.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (zum Beispiel Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Schadensfallsammlung.

Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung der Risiken selbst ein. Damit erhält die Bank Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die in der Bank durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2005 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehört die Einführung eines Verfahrens zur risikoorientierten Analyse und Bewertung von wesentlichen IT-Systemen.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung beteiligt sich der Konzern an einem Projekt der VÖB-Service GmbH (Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums. Der Projektfortschritt und die aktuell durchgeführten Tests lassen eine erfolgreiche Nutzung ab dem ersten Quartal 2006 erwarten.

Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistische Auswertungen.

Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt neben anderen Risikoarten auch das operationelle Risiko in der Gesamtrisikosteuerung.

Die Bank hat 2005 mit der Vorbereitung für die qualitative Bewertung der Geschäftsprozesse im Rahmen des Frühwarnsystems begonnen.

Personalrisiken

Der im Rahmen der Sanierungsvereinbarung vorgesehene Personalabbau wurde im Berichtsjahr in allen betroffenen Teilen des Konzerns konsequent fortgesetzt. Die Grundlage dafür bilden weiterhin die „Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG“ vom 17. Dezember 2001 und die Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002.

Der Gefahr eines durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl möglichen Know-how-Verlusts begegnet die Bank durch verschiedene in ihrer Wirkung gestaffelte Maßnahmen. So wird durch Vertretungs-, Auftrags- und Kooperationsregelungen sowie bereichsübergreifende projektbezogene Zusammenarbeit sichergestellt, dass das Risiko gering gehalten wird.

Zur Gewährleistung der Führungsqualität und Führungsstandards werden angehende Führungskräfte in den Programmen Basic und Professional auf ihre Aufgaben vorbereitet.

In Ausnahmefällen wurden weiterhin externe Einstellungen vorgenommen.

Die Planung der Qualifizierungsmaßnahmen erfolgte im Wesentlichen vor dem Hintergrund der Marktanforderungen sowie der gesetzlichen Anforderungen. Dem Fortbildungsbedarf wurde durch ein entsprechendes Budget Rechnung getragen. Schwerpunkte bilden das Vertriebstraining im Retailgeschäft, Grundlagen- und Expertenqualifizierungen im Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie Inhouse-Maßnahmen für die Corporate Center.

Systemrisiken

Das Erreichen der gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen haben für den Konzern weiterhin höchste Priorität. Die beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert. Im Berichtsjahr haben wir die Vereinheitlichung der Darlehenssysteme umgesetzt sowie die geplante Konsolidierung der Back-Office- und Front-Office-Systeme.

Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Bilanzierung des Konzerns wurde zum 1. Januar 2005 in Betrieb genommen. Die hierfür notwendigen neuen Prozesse wurden im Rahmen des Projektes „Organisatorische Einführung IAS“ eingeführt.

Die Aktivitäten zur Implementierung eines umfassenden Informationssicherheits-Managementsystems im Konzern wurden fortgeführt. Die aus den Leitsätzen abgeleiteten Top Level Richtlinien zur Gewährleistung eines Grundschutzes der Informationssicherheit sind Anfang 2005 eingeführt worden.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)

Wie bereits in den vorausgegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die IBG natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Darüber hinaus hatte die LBB im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die LBB die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank freigestellt. Die BaFin teilte mit, dass sie diese Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die LBB teilt die Auffassung der BaFin hinsichtlich der Beurteilung dieser Freistellungserklärungen als Organkredite. Folglich betrachtet sie diese Freistellungserklärungen wegen der Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen bei der Kreditvergabe als unwirksam. Daher mussten diese Freistellungserklärungen wie im Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt werden.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)

Die Europäische Kommission hat am 18. Februar 2004 die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin vollumfänglich genehmigt. Die Entscheidung wurde am 4. Mai 2005 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Die Genehmigung der Kommission umfasst die Kapitalzuführung des Landes Berlin vom August 2001 in Höhe von 1,755 Mrd. €, die Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002 mit einem nominalen Höchstwert von 21,6 Mrd. € sowie die Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002. Diese Genehmigung war an verschiedene Zusagen der Bundesregierung an die EU-Kommission geknüpft. Der Konzern Bankgesellschaft wirkt intensiv an der Erfüllung dieser Zusagen mit. Er hat alle dafür bislang auf Konzernseite notwendigen Schritte in die Wege geleitet und wird dies auch in Zukunft konsequent und fristgerecht tun. Für den Konzern steht es außer Frage, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten.

Ende Juli 2005 verstrich die Frist, innerhalb derer beim Gericht Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 18. Februar 2004 hätten eingelegt werden können. Da innerhalb dieser Frist keine Klagen eingegangen sind, besitzt die Entscheidung Bestandskraft und kann nicht mehr angefochten werden.

Bund, Land Berlin und Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Jeweils bei Erreichen eines bestimmten Meilensteins erhält die EU-Kommission Bericht über die ordnungsgemäße Umsetzung der Maßnahme. Zusätzlich berichten Bund, Land Berlin und Bank der EU-Kommission einmal jährlich anhand der mit der Kommission vereinbarten Mittelfristplanung über den Gesamtfortschritt der Restrukturierung. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmt mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen plangemäß umsetzt und es für den Konzern außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung der Bank keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfeverfahren für die Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – etwa im Fall der für 2007 vorgesehenen Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile – die Bank nicht alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat am 20. Oktober 2004 auch im Verfahren über die Beihilfe für die LBB eine Entscheidung getroffen. Unter Berücksichtigung einer Verständigung, die im September 2004 zwischen dem Land Berlin, der LBB und dem Bundesverband deutscher Banken erzielt worden war, hat die EU-Kommission entschieden, dass die LBB eine Beihilfe in Höhe von 810 Mio. € zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckrücklage durch die LBB.

Zur Umsetzung dieser Entscheidung hat das Land Berlin die LBB mit Bescheid vom 20. Januar 2005 aufgefordert, den von der Kommission als Beihilfe angesehenen Betrag zuzüglich Zinsen, insgesamt 1,124 Mrd. €, zurückzuzahlen.

Zum gleichen Zeitpunkt ist das Land Berlin seiner Verpflichtung aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung nachgekommen und hat den von der LBB geleisteten Betrag der LBB in voller Höhe als Sanierungszuschuss gewährt. Die LBB hat die Forderung des Landes am 20. Januar 2005 durch Aufrechnung mit der eigenen Forderung gegenüber dem Land auf Leistung des Sanierungszuschusses in vollem Umfang erfüllt.

Bundesregierung, Land Berlin, Konzern Bankgesellschaft Berlin und LBB gehen davon aus, dass mit der ordnungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung vom 20. Oktober 2004 dieses Beihilfeverfahren für die LBB abgeschlossen ist und sich keine weiteren Risiken mehr aus ihm ergeben.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 20. Oktober 2004 einlegen. Die Klagefristen für die bislang an den Verfahren Beteiligten sind inzwischen abgelaufen, ohne dass Klagen bekannt geworden sind. Die Entscheidung der EU-Kommission ist bisher nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Nach der Veröffentlichung der Entscheidungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften können auch bislang Unbeteiligte innerhalb einer Frist von zwei Monaten Rechtsmittel einlegen, sofern sie hinreichende Gründe dafür geltend machen können. Die Bank geht allerdings davon aus, dass Rechtsmittel nicht erfolgreich wären. Zudem ist zu beachten, dass auch ein – rein hypothetischer, in einem Gerichtsverfahren durchgesetzter – höherer Beihilfebetrag aufgrund der Regelungen in der Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002 keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Konzerns hätte.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage (gegenwärtiger Streitwert: 8 Mio. €) geltend.

Veräußerung der Anteile an der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Ein Bestandteil des Sanierungsplans, welcher der Genehmigung der vom Land Berlin gewährten Restrukturierungsbeihilfen durch die EU-Kommission zugrunde liegt, ist die Veräußerung der Anteile an der Weberbank.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank mussten die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Bankgesellschaft Berlin AG den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den genannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin und der Bankgesellschaft Berlin AG sind diese Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Veräußerung der wesentlichen Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG

Mit notariellem Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG die wesentlichen Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Damit wurde eine Auflage der EU-Kommission erfüllt, die im Zusammenhang mit der beihilferechtlichen Genehmigung der Risikoabschirmung durch die Detailvereinbarung erteilt worden war. Die Veräußerung wird zum 30. Juni 2006, 24 Uhr, mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006 umgesetzt werden.

Nach der Auflage der EU-Kommission war grundsätzlich das gesamte von der Risikoabschirmung erfasste Immobiliendienstleistungsgeschäft des Konzerns an das Land Berlin zu veräußern. Zur Umsetzung dieser Auflage wurde das Immobiliendienstleistungsgeschäft umfassend neu strukturiert. In diesem Zuge wurde zunächst die IBAG Immobilien- und Beteiligungen Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt und in BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) umfirmiert. Sodann wurden sämtliche Anteile an der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) und 94,9 % der Anteile an der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) in die BIH eingebracht und so das gesamte an das Land zu veräußernde Immobiliendienstleistungsgeschäft in der BIH gebündelt. Parallel wurden diejenigen Gesellschaften, Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse, die nicht von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung erfasst sind, auf eine andere Konzerngesellschaft, die BB-Data Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, übertragen, die zukünftig als GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) firmieren wird. Die GfBI verbleibt im Konzern.

Gegenstand der Veräußerung an das Land Berlin sind die BIH und die in der BIH-Gruppe zusammengefassten Gesellschaften, neben der LPFV und der IBG insbesondere die BAVARIA Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L., die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, die ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH und ihre jeweiligen Beteiligungsgesellschaften. Die Veräußerung erfolgt zum symbolischen Kaufpreis von 1,00 €, allerdings hat die Bankgesellschaft Berlin AG zuvor eine Einlage zu leisten, um den prognostizierten Verlust der kommenden Jahre auszugleichen. Zum 30. Juni 2006 soll ein Zwischenabschluss aufgestellt werden, auf dessen Grundlage diese Bewertung überprüft und gegebenenfalls noch einmal angepasst wird.

In dem Veräußerungsvertrag hat die Bankgesellschaft Berlin AG die in Unternehmenskaufverträgen üblichen Garantien und Gewährleistungen übernommen, wobei das Haftungsvolumen grundsätzlich auf einen Höchstbetrag von 60 Mio. € begrenzt ist. Die Bankgesellschaft Berlin AG steht zudem ohne betragsmäßige Begrenzung dafür ein, dass in der BIH und ihren Tochtergesellschaften keine Risiken verblieben sind, die von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung ausdrücklich ausgenommen sind. Eine unbeschränkte Haftung besteht zudem im Hinblick auf die steuerlichen Verhältnisse der veräußerten Gesellschaften bis zum Übergang an das Land Berlin.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig.

Einige Kunden haben sich daraufhin mit dem Hinweis auf die Unwirksamkeit des Darlehensvertrags an die Bank gewandt. Ein Großteil dieser Beschwerden ist rechtlich unbegründet. Selbst wenn Kunden einen Anspruch auf Auskehrung der bisher gezahlten Raten zuzüglich Zinsen hätten, steht der Bank ihrerseits ein Anspruch auf Rückzahlung der Darlehensvaluta gegen deren tatsächlichen Empfänger zu. Zur Erlangung von Rechtssicherheit hat die Bank inzwischen einen Großteil der Kunden auf Feststellung der Wirksamkeit der Darlehensverträge verklagt. Einige Kunden haben sich daraufhin mit der Bank verglichen. Die anderen Verfahren laufen noch.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds, die durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) initiiert worden sind (IBV-Fonds), sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die per Ende Dezember 2005 rechtshängig gemachten Klagen, die von circa 7.700 Klägern eingereicht wurden, haben insgesamt ein Streitwertvolumen von circa 456 Mio. €. Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG mittlerweile ein so genanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet worden ist. Aufgrund dieses Angebots, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgt, ist damit zu rechnen, dass eine große Zahl der klagenden Zeichner ihre Klagen bis zum 31. März 2006 zurücknehmen wird, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

Die Bankgesellschaft Berlin und die LBB hatten bei diversen von der IBV initiierten Fonds auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der so genannten engen und/oder weiten Prospekthaftung bis zum 31. Dezember 2005 verzichtet, um zum einen den Kunden, die Fondsanteile gezeichnet haben, die vollständige und sachliche Prüfung ihrer Rechte zu ermöglichen, zum anderen, um wegen der drohenden Verjährung möglicher Prospekthaftungsansprüche der Zeichner zum 31. Dezember 2004 keine unnötigen Klagen zu provozieren. Die IBV hatte den Zeichnern die entsprechende Verzichtserklärung der Banken übermittelt. Im Zusammenhang mit dem Angebot an die Zeichner haben Bankgesellschaft Berlin AG und LBB hinsichtlich der vom streitschlichtenden Angebot umfassten 15 IBV-Fonds den erwähnten Einredeverzicht bis zum 31. März 2006 verlängert. Bezüglich der übrigen IBV-Fonds, bei denen ein Einredeverzicht Ende 2004 erklärt wurde, wurde dieser bis zum 31. Dezember 2006 prolongiert. Die entsprechenden Erklärungen der Banken wurden wiederum von der IBV an die Zeichner übermittelt.

Das Landgericht (LG) Berlin, bei dem die meisten der Verfahren rechtshängig sind, hat zunächst ab Oktober 2005 Termine zur mündlichen Verhandlung angesetzt, diese inzwischen aber zumeist in das Jahr 2006 verschoben. Drei Prospekthaftungsklagen gegen die LBB wurden bereits in erster Instanz vom LG Berlin abgewiesen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern der BGB gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgeschirmt.

Neben den erwähnten Prospekthaftungsklagen der Zeichner hat eine Fondsgesellschaft, die Perseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – LBB Fonds 13 –, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadenersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die BGB, die LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft GmbH im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998 erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L. und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe wurde der Streit verkündet.

Klage im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft

Die Bankgesellschaft Berlin AG, Niederlassung London, ist auf Schadenersatz in Höhe von 31 Mio. US$ im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft vom November 2000 verklagt worden. Die Klägerin behauptet, die Bankgesellschaft Berlin AG sei ihren Pflichten als Administrator im Zusammenhang mit dem Erwerb von Forderungen im Rahmen dieser Transaktion nicht hinreichend nachgekommen.

Die mündliche Verhandlung vor dem Zentralzivilgericht in London (High Court of Justice) ist für das zweite Quartal 2006 terminiert.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hat der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 zur Rückabwicklung von Finanzierungen Stellung genommen, die der Beteiligung an geschlossenen Fonds gedient haben.

Aufgrund dieser Rechtsprechung haben sich diverse Kunden an die Bank gewandt und unter Hinweis auf eine angeblich zurechenbare Haustürsituation beziehungsweise teilweise fehlerhafte Angaben der Gesamtkreditkosten im Darlehensvertrag die Rückabwicklung ihrer Anteilsfinanzierungen verlangt. Die Bank hat diesen Begehren nicht entsprochen.

In diversen gegen die Bank geführten Rechtsstreiten konnten die klagenden Kunden eine Haustürsituation schon bei Vermittlung der Fondsanteile nicht beweisen.

Hinsichtlich der fehlerhaften Angaben der Gesamtkreditkosten hat das Kammergericht zunächst die Auffassung vertreten, dass eine fehlerhafte Angabe nicht mit einer fehlenden Angabe im Sinne des Verbraucherkreditrechts gleichgestellt werden könne. Demgemäß sei der Darlehensvertrag wirksam. In neueren Entscheidungen stellte das Kammergericht in Kenntnis der erwähnten BGH-Rechtsprechung allerdings fest, dass auch die fehlerhafte Angabe der Gesamtkreditkosten zur Nichtigkeit des Darlehensvertrags führe, jedoch durch Auszahlung des Darlehens der Nichtigkeitsgrund beseitigt werde. Allerdings dürfe die Bank gegenüber dem Kunden lediglich den gesetzlichen statt des vertraglich vereinbarten Zinssatzes abrechnen. Eine Erstattung der vom Kunden in der Vergangenheit geleisteten Zinsen komme nur für den nicht verjährten Zeitraum in Betracht. Alle diese neueren Entscheidungen des Kammergerichts, für die das Revisionsverfahren zugelassen wurde, sind noch nicht rechtskräftig.

HV-Beschlussanfechtungen

Eine Aktionärin der Bankgesellschaft Berlin führt jeweils Anfechtungsprozesse gegen Beschlüsse der Hauptversammlungen der Jahre 2003 und 2004. Beide Anfechtungsklagen wurden in erster Instanz abgewiesen. Die Klägerin hat jeweils Berufung eingelegt.

Der Anfechtungsprozess gegen Beschlüsse der Hauptversammlung 2003 wurde auch in der Berufungsinstanz abgewiesen. Die Revision wurde vom Kammergericht nicht zugelassen.

LBS Nord

Die Landesbank Berlin AG ist Trägerin der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord). Der Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin und Niedersachsen über die LBS Nord sieht jedoch nur Anstalten des öffentlichen Rechts als Trägerinnen der Bausparkasse vor. Durch den Rechtsformwechsel der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2006 bestehen damit Unsicherheiten über die Trägerstellung der Landesbank Berlin. Ein wirtschaftliches Risiko aus diesem Sachverhalt wird als sehr gering eingeschätzt, weil alle Beteiligten von einer einvernehmlichen Änderung des Staatsvertrags ausgehen. Hinsichtlich der Eckpunkte für eine entsprechende Änderung

wurde zwischen den Beteiligten Einigkeit erzielt, eine Gesetzesvorlage und die formale Genehmigung durch die Landesparlamente steht aber noch aus und wird für den Sommer 2006 erwartet.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Im Verlauf des Jahres 2005 sind die Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center eingehend geprüft worden. Daraus resultierte eine gründlich überarbeitete und zusammengefasste Gesamtbankstrategie, die am 20. September 2005 vom Vorstand verabschiedet wurde. Die geplante Veräußerung der Berliner Bank ist nicht Bestandteil der Dokumentation „Gesamtbankstrategie".

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft.

Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Restrukturierung

Die Restrukturierung und Neuausrichtung der Bank ist weitgehend abgeschlossen. Die Grundzüge der Sanierungsziele werden in dem Abschnitt „Restrukturierung und Neuausrichtung" des Lageberichts ausführlich beschrieben. Für die Umsetzung der gegenüber der EU-Kommission getroffenen Zusagen im Zusammenhang mit der Genehmigung der Beihilfe wurden bereits im Geschäftsjahr 2003 im notwendigen Umfang Rückstellungen gebildet.

Laufende Projekte

Die Vielzahl gesetzlich vorgegebener und restrukturierungsrelevanter Projekte bindet erhebliche Ressourcen. Beispielhaft seien genannt:

- die Einführung der Rechnungslegungsvorschriften nach IAS/IFRS
- die Umsetzung von Basel II
- die Ausgründung der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
- die Veräußerung der Berliner Bank
- das Projekt „Eine Bank".

„Eine Bank"

Ziel des Projekts „Eine Bank" ist die Zusammenführung des gesamten Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG in den Büchern der Landesbank im Verlauf des Jahres 2006 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006. Daher wird die Landesbank die Risikopositionen des heutigen Konzerns Bankgesellschaft Berlin praktisch vollständig übernehmen.

Das Risikomanagement und -controllingsystem der beiden Institute Bankgesellschaft und Landesbank wurde bereits in den letzten Jahren weitestgehend vereinheitlicht. So werden identische Methoden und Systeme bei der Risikobewertung und identische Verfahren zur Sicherstellung des Risikofrüherkennungssystems verwendet. Soweit das Kreditwesengesetz (KWG) dies zulässt, wurden bereits bisher die Aufgaben des Risikomanagements und -controllings für beide Banken von den gleichen Organisationseinheiten wahrgenommen. Damit ist die Bank in Bezug auf das Risikomanagementsystem optimal auf die Zusammenführung der Risikopositionen in den Büchern der Landesbank vorbereitet.

Die noch ausstehenden Vereinheitlichungen betreffen unter anderem Tätigkeiten, deren Zusammenführung bisher durch die Beschränkungen des § 25 a KWG nicht möglich war. Darüber hinaus werden im Rahmen des Projekts „Eine Bank“ die letzten Schritte zur Vereinheitlichung der IT-Plattform und der Prozessketten der beiden Banken abgeschlossen. Die damit einhergehende Komplexitätsreduzierung wird neben der Generierung erheblicher Synergieeffekte auch eine deutliche Reduzierung der Prozess- und IT-Risiken bewirken.

Zur Vermeidung von Prozessrisiken im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts hat die Bank umfangreiche organisatorische Maßnahmen ergriffen. Gleichwohl ist es aufgrund der erheblichen Komplexität der juristischen und technischen Herausforderungen des Projekts nicht auszuschließen, dass es durch äußere Einwirkungen zu Zeitverzögerungen gegenüber dem Projektplan kommen kann.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 wird die Bankgesellschaft Berlin AG das unter der Marke Berliner Bank in einer eigenen Niederlassung der LBB geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wird in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt. Ein straffes Projektmanagement, die Begleitung durch externe Mergers & Acquisitions-Berater sowie die regelmäßige Information der Europäischen Kommission und deren Treuhänder für die Berliner Bank stellen sicher, dass Verzögerungen im Veräußerungsprozess vermieden werden.

Für die negativen wirtschaftlichen Effekte der Herauslösung der Berliner Bank aus der LBB wurde bereits im Jahresabschluss 2003 ausreichend Vorsorge getroffen. Die Effekte entstehen insbesondere aus der technischen, organisatorischen und personellen Separierung der heute weitgehend in die LBB integrierten Berliner Bank. Die Veräußerung der Berliner Bank wird neben der Projektorganisation auch erhebliche Ressourcen innerhalb der Linienorganisation der LBB binden.

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) durch das Land Berlin vom 16. April 2002 weitestgehend abgeschirmt.

Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Bankgesellschaft Berlin bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr.

Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten von der Bankgesellschaft Berlin AG als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Für den Konzern insgesamt bestehen bei der Umsetzung der Risikoabschirmung durch das Land Berlin Abwicklungsrisiken, zum Beispiel durch Unvollständigkeit von Unterlagen, durch Auslegungsunterschiede oder durch Nichteinhaltung von Fristen, denen durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet wird. Zur Ergänzung der DetV wurde im Jahre 2004 die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVO) unterzeichnet, durch die Zustimmungs- und Verfahrensfragen im Detail geregelt und insofern die entsprechenden Regelungen der Detailvereinbarung ergänzt und präzisiert worden sind. Eine Veränderung des materiellen Umfangs der Risikoabschirmung erfolgt durch die ZuVO nicht.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Diese werden im Konzern zentral in Verantwortung der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Bei der praktischen Anwendung der Detailvereinbarung sowie der ZuVO werden gegenüber der Controllinggesellschaft des Landes Berlin (BCIA) einvernehmlich abgestimmte und damit sichere und verbindliche Handlungsweisen angestrebt; trotz noch bestehender Schwierigkeiten konnten die zur Zustimmung vorgelegten Sachverhalte bislang geregelt werden. Die Verbesserung der Prozesse, letztendlich auch der Zusammenarbeit der beteiligten Parteien im Sinne pragmatischer und effizienter Vorgehensweisen, ist und bleibt der ausschließlich zielführende Weg, der zu Kosteneinsparungen, Verlustminimierungen und Vermeidung von Fehlmaßnahmen führt.

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 für die Bankgesellschaft Berlin AG genehmigte die EU-Kommission die Risikoabschirmung für die Bankgesellschaft Berlin AG durch das Land Berlin, im Gegenzug ist die Bankgesellschaft verpflichtet, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern oder aber zu liquidieren. Die Gesellschaften DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, die BCA Hotels GmbH sowie die IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH wurden im Berichtsjahr an private Investoren veräußert.

Im Berichtsjahr 2005 wurden der in 2004 begonnene Due Diligence Prozess für die Übertragung der Gesellschaften sowie das Bewertungsverfahren fortgeführt und abgeschlossen. In dem „Gemeinsamen Gutachten zur Ermittlung des Kaufpreises für den Immobiliendienstleistungsbereich (IDL) der Bankgesellschaft Berlin AG zum 31.12.2005“ vom 20. Juli 2005 wurde durch die mit der Bewertung beauftragten Gesellschaften KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG und SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Unternehmenswert für die Gesamttransaktion ermittelt.

Das Land Berlin und die Bankgesellschaft Berlin verhandelten anschließend die Eckpunkte der Geschäftsübertragung, die Eingang in den Kaufvertrag und seine Anlagen gefunden haben. Gleichzeitig wurden die im Vorfeld der Übertragung erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen vorbereitet und durchgeführt. Dies sind insbesondere der Rechtsformwechsel der IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft in eine GmbH, deren Umfirmierung in BIH Berliner Immobilien Holding GmbH sowie die Bündelung der zu veräußernden Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts inklusive IBG und LPFV in der BIH als eine wesentliche Voraussetzung der Übertragung dieser Gesellschaften.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern Bankgesellschaft Berlin verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Hier sind insbesondere die Abspaltung der IBAG (neu) zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der erweiterten Negativliste zur Aufnahme in die Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH (GIB) zu erwähnen. Paraphierung und notarielle Beurkundung des Kaufvertrags sind noch im Dezember 2005 erfolgt.

Die Übertragung des auszugliedernden Immobiliendienstleistungsgeschäfts erfolgt mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Ergebnisse stehen ab 1. Januar 2006 dem Käufer zu.

Der Bewertung der IDL-Gesellschaften liegen bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zugrunde. Die Richtigkeit dieser Annahmen soll anhand eines zum 30. Juni 2006 zu erstellenden Zwischenabschlusses geprüft werden.

Über den 30. Juni 2006 hinaus bedarf die Transaktion bis zu ihrer vollständigen Umsetzung einer sorgfältigen und risikoaversen Begleitung, um eventuelle Risiken des Abtrennungsprozesses zu erkennen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Sicherung eines planmäßigen Verlaufs treffen zu können.

Im Zuge der Restrukturierung der IDL-Gesellschaften wurde ein nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen von circa 4,4 Mrd. € rückabgewickelt oder veräußert. Risiken können sich aus der Vielzahl von in ihrer Art einmaligen, teilweise hochkomplexen Sachverhalten des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ergeben, die bei der Bewertung der IDL-Gesellschaften möglicherweise nicht vollständig berücksichtigt werden konnten. Die Komplexität der Sachverhalte vergrößert auch den Ermessensspielraum beider Parteien bei strittigen Fragen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende des Berichtsjahres begonnene Rückkauf von Fondsanteilen dar. Er ist gleichzeitig eine weitere Maßnahme, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert. Den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, wurde ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile durch

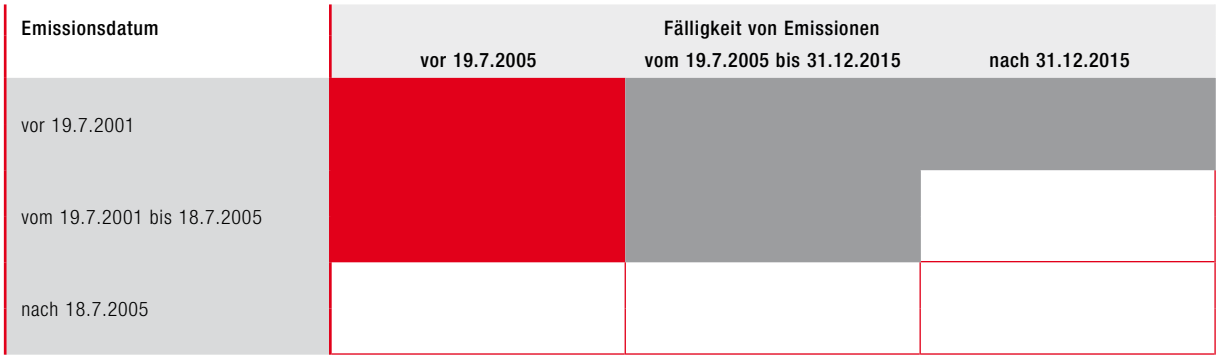
die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der Landesbank Berlin ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungsabtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Bis zum 31. Dezember 2005 sind 1.996 beantragte Kauffälle mit einem Zeichnungsvolumen von circa 52,1 Mio. € und einem Kaufpreis von circa 36,7 Mio. € für Anteilsrücknahmen registriert, von denen circa 17,6 Mio. € bereits zur Auszahlung gelangt sind. Beantragt wurden weiterhin 1.169 Darlehen, die zum 31. Dezember 2005 noch nicht valutiert wurden. Der Anteilserwerb erfolgt im Rahmen der Risikoabschirmung durch das Land Berlin.

Auch nach Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts wird der Konzern die Regeln der DetV zu beachten haben, insbesondere für die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Kreditnehmer aus dem IDL sowie die damit verbundenen und von dem Konzern einzuhaltenden Verfahrensregeln. Dies betrifft einerseits hauptsächlich die laufenden Informationsrechte des Landes und die mit der DetV eingegangene Pflicht zur Minimierung der bei dem Land geltend zu machenden Schäden, andererseits den Fortbestand von Abwicklungsrisiken bei einer möglichen Inanspruchnahme der Risikoabschirmung dieser Kredite. Zu beachten sind andererseits die im Konzern verbliebenen und der BB-Data/GfBI beziehungsweise deren Tochtergesellschaft GIB zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der Negativliste sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen.

Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Über die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei deutschen Landesbanken kam es im Sommer 2001 zu der so genannten „Brüsseler Verständigung“. Das Land Berlin hat daraufhin die Vorgaben aus dieser Verständigung umgesetzt. Die Anstaltslast für die LBB wurde mit Ablauf des 18. Juli 2005 abgeschafft. Die Bestimmungen über die Gewährträgerhaftung wurden so geändert, dass Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für bis zum 18. Juli 2001 begründete Verbindlichkeiten besteht die Gewährträgerhaftung unverändert fort. Der Ablauf der beiden Haftungsinstrumente in Abhängigkeit von Emissions- und Fälligkeitsdatum der betroffenen Verbindlichkeiten wird im nachfolgenden Schaubild zusammenfassend dargestellt:

HAFTUNGSINSTRUMENTE IN ABHÄNGIGKEIT VON EMISSIONS- UND FÄLLIGKEITSDATUM



- Anstaltslast **und** Gewährträgerhaftung
- Gewährträgerhaftung, Garantie der öffentlichen Hand für den Fall, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus eigenen Mitteln nicht nachkommen kann
- Keine öffentliche Garantie

Bereits im Rahmen der Restrukturierung haben wir ein Geschäftsmodell entwickelt, das den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung berücksichtigt. Der Konzern war deshalb auf die veränderte Haftungssituation ausreichend vorbereitet. Die Bank hat mittels aktueller, marktgerechter Annahmen die Auswirkung des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage des Konzerns kalkuliert und in ihrer Planung berücksichtigt.

Die Ratingagentur Moody's hat für die Sparkassen-Finanzgruppe, deren Mitglied die Landesbank Berlin ist, eine Ratinguntergrenze nach Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung von „A1" definiert. Damit beträgt das langfristige ungarantierte Rating der Landesbank Berlin ebenfalls „A1".

Die Ratingagentur Fitch hat für ungarantierte Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin ein langfristiges Rating von „BBB+" vergeben.

Prognosebericht/Ausblick

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld für die Bank, insbesondere im Heimatmarkt Berlin-Brandenburg, schätzen wir trotz absehbarer Verbesserungen einzelner Konjunkturdaten insgesamt weiterhin als schwierig ein. Im weiteren Verlauf des Jahres 2006 dürfte sich der konjunkturelle Rückstand des Mittelstands zu den großen Unternehmen infolge der vorübergehend etwas lebhafteren Binnenkonjunktur verringern. Insgesamt könnte die Wirtschaft in der Region Berlin 2006 erstmals seit Jahren wieder wachsen.

Zudem belastet die sich weiter verengende Zinsspanne die Ertragsperspektiven der Kreditwirtschaft. Fortgesetzte Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sorgen darüber hinaus für einen starken Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt. Gleichzeitig wird die Marktdurchdringung durch ausländische Anbieter allmählich zunehmen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass der Wettbewerbsdruck weiter steigen wird.

In dieser Einschätzung des konjunkturellen Umfelds sollte sich ein moderater Anstieg der Geschäftsvolumina durch die Konzentration auf die gewerbliche Kundschaft ergeben. Nach erfolgter Stärkung der Unternehmensfinanzen sind in diesem Kundenkreis die Spielräume für zusätzliche Kreditaufnahmen wieder gewachsen.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Entwicklung des Konzerns, die seit 2001 durch einen konsequenten Sanierungskurs geprägt war, werden wir in den kommenden Jahren eine deutlich stärker markt- und ertragswachstumsbetonte Ausrichtung geben.

Dabei werden wir die eingeschlagene Strategie in den Geschäftssegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und gewerbliche Immobilienfinanzierung weiter ausbauen und gezielt ergänzen.

Als wesentliche strukturelle Maßnahme gehört hierzu auch die Konzentration der operativen Geschäftstätigkeit in der Landesbank Berlin AG, die für Mitte des Jahres 2006 vorgesehen ist.

Mit dem bevorstehenden Verkauf der Niederlassung „Berliner Bank“ und der bereits vereinbarten Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin gibt die Bank 2006 zwei weitere Geschäftseinheiten ab und erfüllt damit im Wesentlichen die letzten Auflagen der Europäischen Kommission für den Sanierungsprozess, die die Bank umzusetzen hat.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund unserer Prognose des Marktumfeldes sowie der beschriebenen strukturellen Maßnahmen und Geschäftsabgänge erwarten wir in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen:

Prognosebericht/Ausblick

Private Kunden

Zwei Schwerpunkte werden wir im Geschäft mit privaten Kunden verfolgen: Zum einen werden wir die Anlageberatung systematisch und kundenorientiert verstärken, zum anderen werden wir in die Angebote und Prozesse für die Konsumentenfinanzierung investieren.

Aus beiden Schwerpunkten planen wir ein Ergebnis, das in 2006 eine Eigenkapitalrentabilität[1)] von ca. 30 % ermöglicht. Nach Veräußerung der Berliner Bank kann das Ergebnis vorübergehend zurückgehen. Der Effekt kann aus heutiger Sicht noch nicht quantifiziert werden.

Firmenkunden

Nachdem wir 2005 im Gewerbekundengeschäft eine neue Betreuungsplattform erfolgreich eingeführt haben, erwarten wir in diesem Segment eine leichte Erhöhung des Marktanteils, vor allem aber eine deutliche Verbesserung der Rentabilität, da es mit der neuen Betreuungslinie möglich sein wird, effizientere Prozesse ohne Angebotseinschränkungen zu realisieren.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden planen wir für 2006 eine Eigenkapitalrentabilität von mindestens 15 %. Für den Zeitraum ab 2007 gilt mit Blick auf die Berliner Bank das unter Private Kunden Gesagte.

Kapitalmarktgeschäft

Im Geschäftsfeld Client Business steht der Ausbau des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts im Vordergrund. In diesem Bereich wird die Verzahnung mit dem Privatkunden-, Firmenkunden- und Immobilienkundengeschäft besonders unterstützt. Im Bereich Treasury und Trading setzen wir auf abgegrenzte kurzfristige Investitionsstrategien, die uns eine flexible Reaktion auf aktuelle Marktentwicklungen ermöglichen.

Naturgemäß ist der Ergebnisverlauf des Kapitalmarktgeschäfts in erheblichem Maße von der Entwicklung und der Volatilität der Märkte abhängig. Mit einem wachsenden Anteil des Kundengeschäfts und der Konzentration auf marktneutrale Eigenhandelsstrategien haben wir uns jedoch stabile Ertragsquellen geschaffen.

Wir gehen daher von einer erzielbaren Eigenkapitalrentabilität von durchschnittlich 15 bis 20 % aus.

Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden wir unsere Strategie der Ausrichtung auf Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen bundesweit fortsetzen und ergänzend selektiv im europäischen Ausland tätig werden. Kundenorientierung, Flexibilität und Schnelligkeit unserer Vertriebs- und Kreditbearbeitungsprozesse sollen zu einer weiteren Erhöhung unseres Marktanteils beitragen.

Wir erwarten, in diesem Geschäftsfeld dauerhaft eine Eigenkapitalrentabilität von 10 bis 12 % zu erreichen.

Zusammenfassung

Nach der im Jahr 2005 erfolgreich abgeschlossenen Sanierungsphase können wir auf der Basis durchgreifend restrukturierter Verwaltungsaufwendungen und umfassend bereinigter Kreditrisiken ein moderates Wachstum und eine weitere Ergebnisverbesserung in der Gesamtbank erwarten.

Wir sehen es als ein realistisches Ziel an – ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren aus dem Verkauf der Berliner Bank –, innerhalb der nächsten beiden Jahre eine Eigenkapitalrentabilität von ca. 12 % zu erreichen.

[1)] Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „Operativem Ergebnis“ und „Gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital wird aus einer 6 %igen Anrechnung der durchschnittlichen Risikopositionen nach KWG sowie der Anrechnung von operationellen Risiken in Anlehnung an den Standardansatz Basel II ermittelt.

Jahresabschluss des Konzerns nach IFRS

- Gewinn- und Verlustrechnung 108
- Bilanz 109
- Entwicklung des Eigenkapitals 110
- Kapitalflussrechnung 111

- Anhang 116
  Allgemeine Offenlegungspflichten in den Notes 116

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	Notes	2005 Mio. €	2004 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss[1]	33	889	915	–26	–3
Zinserträge	33	5.163	5.063	100	2
Zinsaufwendungen[1]	33	4.274	4.148	126	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34	192	255	–63	–25
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		697	660	37	6
Provisionsüberschuss	35	322	308	14	5
Provisionserträge	35	409	400	9	2
Provisionsaufwendungen	35	87	92	–5	–5
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	36	–12	0	–12	x
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	37	140	102	38	37
Ergebnis aus Finanzanlagen	38	61	50	11	22
Sonstiges betriebliches Ergebnis	39	217	122	95	78
Verwaltungsaufwendungen	40	1.112	1.140	–28	–2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		**313**	**102**	**211**	**>100**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen		–69	–27	–42	<–100
Operatives Ergebnis	41	**244**	**75**	**169**	**>100**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		–11	–33	22	67
Konzernjahresüberschuss/Ergebnis nach Steuern	42	**255**	**108**	**147**	**>100**
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne/Verluste		7	16	–9	–56
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		248	92	156	>100
Gewinnverwendung					
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		248	92	156	>100
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		–2.390	–2.482	92	4
Sonstige Verrechnung Verlustvortrag aus Veränderung Konsolidierungskreis		–184	0	–184	x
Verrechnung mit der Kapitalrücklage		1.956	0	1.956	x
Bilanzverlust		–370	–2.390	2.020	85
[1] davon Aufwand für stille Einlage des Landes Berlin		78	26	52	>100

Ergebnis je Aktie	2005	2004	Veränderung in %
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	248	92	>100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	971.836.635	971.831.635	0
Gewinn je Aktie (€)[2] 43	0,26	0,09	>100

[2] verwässertes/unverwässertes Ergebnis

Bilanz des Konzerns nach IFRS

zum 31. Dezember 2005

AKTIVA

	Notes	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Barreserve	10, 44	1.279	1.303	–24	–2
Forderungen an Kreditinstitute	11, 45	27.614	25.923	1.691	7
Forderungen an Kunden	11, 46	56.227	57.727	– 1.500	–3
Risikovorsorge	12, 47	–4.325	–4.884	559	11
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	14, 48, 49	410	0	410	x
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	15, 37	17.239	9.634	7.605	79
Finanzanlagen	8, 16, 50	40.670	34.463	6.207	18
Immaterielle Vermögenswerte	17, 19, 51	657	670	–13	–2
Sachanlagen	18, 19, 52	854	956	–102	–11
Ertragsteueransprüche	27, 53	885	415	470	>100
Sonstige Aktiva	54	2.873	3.758	–885	–24
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	55	137	337	–200	–59
Gesamt		**144.520**	**130.302**	**14.218**	**11**

PASSIVA

	Notes	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23, 56, 58	42.010	36.838	5.172	14
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23, 57, 58	32.407	35.109	–2.702	–8
Verbriefte Verbindlichkeiten	23, 59, 60	33.606	44.090	–10.484	–24
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	24, 61	850	0	850	x
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	25, 62	25.546	3.295	22.251	>100
Rückstellungen	26, 63	1.821	1.795	26	1
Ertragsteuerverpflichtungen	27, 64	238	146	92	63
Sonstige Passiva	65	2.223	3.164	–941	–30
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	66	100	59	41	69
Nachrangkapital	28, 67	3.868	3.849	19	0
davon: Stille Einlagen		1.100	1.100	0	0
Eigenkapital	68	1.851	1.957	–106	–5
Gezeichnetes Kapital	68	2.554	2.554	0	0
Eigene Aktien	30, 68	–70	–70	0	0
Kapitalrücklage	68	15	1.971	–1.956	–99
Gewinnrücklagen	68	–605	–135	–470	<–100
Neubewertungsrücklagen	68	291	0	291	x
Anteile im Fremdbesitz	68	36	27	9	33
Bilanzverlust	68	–370	–2.390	2.020	85
Gesamt		**144.520**	**130.302**	**14.218**	**11**

Entwicklung des Eigenkapitals

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Zweckrücklage IBB	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklagen	Anteile in Fremdbesitz	Konzerngewinn	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2003	**2.554**	**1.956**	**1.342**	**308**	**–**	**57**	**– 2.654**	**3.563**
Veränderungen aufgrund neuer Bilanzierungsregeln	– 70	15		– 73		– 1		– 129
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			– 1.342	– 337		– 38	172	– 1.545
Eigenkapital zum 1.1.2004	**2.484**	**1.971**	**0**	**– 102**	**–**	**18**	**– 2.482**	**1.889**
Kapitalerhöhungen								0
Ausgabe von Belegschaftsaktien								0
Veränderung Kapitalrücklage								0
Veränderung Gewinnrücklagen				– 33				– 33
Ausschüttungen								0
Konzernjahresüberschuss						16	92	108
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen						– 7		– 7
Eigenkapital zum 31.12.2004	**2.484**	**1.971**	**0**	**– 135**	**–**	**27**	**– 2.390**	**1.957**
Veränderungen aufgrund neuer Bilanzierungsregeln				– 723	246	6		– 471
Sonstige Veränderungen				78			36	114
Eigenkapital zum 1.1.2005	**2.484**	**1.971**	**0**	**– 780**	**246**	**33**	**– 2.354**	**1.600**
Kapitalerhöhungen								0
Veränderung Kapitalrücklage								0
Veränderung Gewinnrücklagen				– 86				– 86
Ausschüttungen								0
Konzernjahresüberschuss						7	248	255
Veränderung der Neubewertungsrücklage (AfS)					66			66
Veränderung der Neubewertungsrücklage (Cash Flow Hedges)								0
Veränderung der Neubewertungsrücklage Latente Steuern					– 21			– 21
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen				261		– 4	– 220	37
Eigenkapital zum 31.12.2005	**2.484**	**1.971**	**0**	**– 605**	**291**	**36**	**– 2.326**	**1.851**
Verrechnung mit Verlustvortrag		– 1.956					1.956	0
Eigenkapital zum 31.12.2005 nach Verrechnung	**2.484**	**15**	**0**	**– 605**	**291**	**36**	**– 370**	**1.851**

Über das Eigenkapital nach IFRS hinaus verfügt der Konzern über stille Einlagen in Höhe von 1.100 Mio. €.

Kapitalflussrechnung des Konzerns

in Mio. €	2005	2004
Konzernjahresüberschuss	**255**	**108**
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	318	365
Veränderung der Rückstellungen	– 46	– 176
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	– 113	38
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	– 14	– 7
Sonstige Anpassungen	– 1.180	– 1.210
Zwischensumme	**– 780**	**– 882**
Veränderung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	– 3.188	1.096
Forderungen an Kunden	871	7.333
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	138	– 918
Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzanlagen der operativen Geschäftstätigkeit	– 3.306	– 3.885
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	887	– 943
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.336	– 10.011
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	– 3.595	1.128
Verbriefte Verbindlichkeiten	– 566	3.611
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	3.546	56
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	– 757	1.185
Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.791	5.257
Gezahlte Zinsen	– 4.754	– 4.148
Ertragsteuerzahlungen	– 64	– 17
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	**559**	**– 1.138**
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	22	14
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	– 58	– 40
Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	– 75	129
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	– 405	0
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	**– 516**	**103**
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	– 14	1.097
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	**– 14**	**1.097**
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	**1.303**	**1.241**
+/– Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	559	– 1.138
+/– Cash Flow aus Investitionstätigkeit	– 516	103
+/– Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	– 14	1.097
+/– Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	– 53	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**1.279**	**1.303**

Hinweis: „+“ = Mittelzufluss; „–“ = Mittelabfluss

Kapitalflussrechnung des Konzerns

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Konzernjahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten an beziehungsweise gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden sowie Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Die sonstigen Anpassungen umfassen insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cash Flow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand, dem Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie den Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, zusammensetzt.

Überleitung der Kapitalflussrechnung

in Mio. €	HGB 2004	Überleitung	IFRS 2004
Konzernjahresüberschuss	**81**	**27**	**108**
+/– Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	– 2.823	1.685	– 1.138
+/– Cash Flow aus Investitionstätigkeit	3.175	– 3.072	103
+/– Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	– 294	1.391	1.097
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	57	5	62
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.302	– 61	1.241
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.359	– 56	1.303

Der verringerte Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit betrifft im Wesentlichen die veränderte Zuordnung der Schuldverschreibungen und Aktien nach IFRS zur operativen Geschäftstätigkeit. Der erhöhte Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit nach IFRS resultiert aus den vom Land Berlin eingezahlten stillen Einlagen in Höhe von insgesamt 1.100 Mio. €, die nach HGB durch den Wegfall der Zweckrücklage IBB im Rahmen der Entscheidung der EU-Kommission zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen WBK (Neutralisationsvereinbarung) in Höhe von 1.124 Mio. € kompensiert werden. Weitere Änderungen ergeben sich aus dem veränderten Konsolidierungskreis.

Notes – Inhalt

	Allgemeine Offenlegungspflichten in den Notes	**116**
1	Grundsätze	117
2	Besonderheiten der erstmaligen IFRS-Anwendung	118
3	Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften	119
4	Änderung von Bilanzierungsregeln im Geschäftsjahr 2005	120
5	Konsolidierungsgrundsätze	121
6	Konsolidierungskreis	122
7	Unternehmenszusammenschlüsse und -veräußerungen	124
8	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)	126
9	Währungsumrechnung	128
10	Barreserve	129
11	Forderungen	129
12	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	130
13	Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte/Reverse-Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte	130
14	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	131
15	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	131
16	Finanzanlagen	132
17	Immaterielle Vermögenswerte	132
18	Sachanlagen	132
19	Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	133
20	Leasinggeschäft	134
21	Investment Properties	135
22	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, Veräußerungsgruppen und aufgegebene Geschäftsbereiche	136
23	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten	136
24	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	136
25	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	137
26	Rückstellungen	137

Notes – Inhalt

27	Ertragsteuern	138
28	Nachrangkapital	138
29	Treuhandgeschäfte	138
30	Eigene Aktien	139
31	Ergebnis der Segmente	140
32	Überleitungen	142
33	Zinsüberschuss	146
34	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	146
35	Provisionsüberschuss	147
36	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	148
37	Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	148
38	Ergebnis aus Finanzanlagen	149
39	Sonstiges betriebliches Ergebnis	149
40	Verwaltungsaufwendungen	150
41	Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	152
42	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	152
43	Ergebnis je Aktie	154
44	Barreserve	155
45	Forderungen an Kreditinstitute	155
46	Forderungen an Kunden	157
47	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	159
48	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	161
49	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	162
50	Finanzanlagen	163
51	Immaterielle Vermögenswerte	165
52	Sachanlagen	166
53	Ertragsteueransprüche	167
54	Sonstige Aktiva	168
55	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	168

56	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	169
57	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	170
58	Verbindlichkeiten aus Leasing	171
59	Verbriefte Verbindlichkeiten	171
60	Verbriefung von Krediten (Securitisation)	173
61	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	173
62	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	173
63	Rückstellungen	175
64	Ertragsteuerverpflichtungen	182
65	Sonstige Passiva	183
66	Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	183
67	Nachrangkapital	183
68	Eigenkapital	184
69	Segmentberichterstattung	185
70	Eventualverbindlichkeiten, Eventualforderungen und andere Verpflichtungen	188
71	Risikomanagement	191
72	Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	197
73	Angaben über derivative Geschäfte	199
74	Treuhandgeschäfte	200
75	Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte	200
76	Volumina der Fremdwährungsbestände	201
77	Nachrangige Vermögenswerte	201
78	Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	202
79	Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer	204
80	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	204
81	Anteilsbesitz	205
82	Corporate Governance	211
83	Organmitglieder	212

Anhang des Konzerns nach IFRS

Allgemeine Offenlegungspflichten in den Notes

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin (im Folgenden „Konzern“ genannt). Gemäß § 315 a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 sind die International Financial Reporting Standards (IFRS) für alle kapitalmarktorientierten Unternehmen in der Europäischen Union ab dem 1. Januar 2005 verbindlich anzuwenden. Damit besteht für die Bankgesellschaft Berlin erstmals zum 31. Dezember 2005 die Pflicht, einen IFRS-Konzernabschluss zu erstellen.

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Bankgesellschaft Berlin für das Geschäftsjahr 2005 erfolgt in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Bilanzposten im Folgenden dargelegt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DRS) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2005 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5, DRS 5-10 und DRS 15 beachtet.

Eine Übersicht der angewandten IFRS ist im Abschnitt „Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften“ enthalten.

Der Konzernabschluss umfasst neben der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzernbilanz als weitere Komponenten die Entwicklung des Eigenkapitals, eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung wird als Bestandteil der Notes dargestellt.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht der Konzern einen Lagebericht nach § 315 a HGB in Verbindung mit § 315 HGB, hierbei wurde zusätzlich der DRS 15 berücksichtigt. Für eine Beschreibung der Risiken der künftigen Entwicklung verweisen wir auf den Risikobericht (als Teil des Lageberichts).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben.

1 Grundsätze

Der Konzernabschluss 2005 der Bankgesellschaft Berlin steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben wurde.

Die Umrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, sowie die Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Einheiten erfolgen gemäß IAS 21. Nähere Informationen hierzu befinden sich im Abschnitt „Währungsumrechnung".

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten richtet sich nach deren Kategorisierung. Die Bilanzierung aller Kategorien von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Die Rechnungslegung für Finanzinstrumente erfolgt gemäß dem Wahlrecht in IFRS 1.36 A erstmalig im Geschäftsjahr 2005 unter Anwendung von IAS 32, 39 und der durch diese Vorschrift festgelegten unterschiedlichen Kategorisierungs- und Bewertungsprinzipien. Entsprechend wurden dabei finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in folgende Kategorien eingeteilt:

Aktiva

- Kredite und Forderungen (Loans and Receivables),
- Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss),
  - Handelsaktiva (Held for Trading),
  - Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte (Fair Value-Option),
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Passiva

- Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss),
  - Handelspassiva (Held for Trading),
  - Zum Zeitwert designierte Verpflichtungen (Fair Value-Option),
- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Der Konzern rechnet Verbindlichkeiten mit Forderungen auf, soweit die Aufrechnungslage gegeben ist.

Für die Bilanzierung von derivativen Sicherungsinstrumenten finden die detaillierten Vorschriften des IAS 39 Anwendung.

Durch die mit dem Land Berlin am 16. April 2002 abgeschlossene Detailvereinbarung zur Abschirmung des Konzerns von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft hat das Land Berlin für bestimmte Vermögensgegenstände eine Buchwertgarantie der Buchwerte zum 31. Dezember 2000 zuzüglich seitdem angefallener Anschaffungs- und Herstellungskosten übernommen. Wertberichtigungen für diese Vermögensgegenstände werden nicht vorgenommen.

2 Besonderheiten der erstmaligen IFRS-Anwendung

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin stellt erstmalig zum 31. Dezember 2005 seinen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf. Die Überleitung der Rechnungslegung von HGB auf IFRS erfolgte in Übereinstimmung mit den Vorschriften des IFRS 1. Die Bankgesellschaft hat im Rahmen der IFRS-Erstanwendung bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IAS 32/39 von der Befreiung nach IFRS 1.36 A Gebrauch gemacht und als Vorjahresvergleichszahlen (für 2004) die Bilanzansätze und Bewertungen nach HGB übernommen. Es erfolgte eine Überleitung der HGB-Werte in das Gliederungsschema nach IFRS.

Die wesentlichen Unterschiede zu den Wertansätzen nach IFRS sind in den jeweiligen Abschnitten der Notes dargestellt.

Der Konzern hat eine Eigenkapitalüberleitung zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS (1. Januar 2004), zum Zeitpunkt der letztmaligen Aufstellung eines verpflichtenden HGB-Konzernabschlusses (31. Dezember 2004) entsprechend IFRS 1.39 (a) vorgelegt. Des Weiteren wurde entsprechend IFRS 1.39 (b) das Jahresergebnis, das im letzten Abschluss 2004 nach HGB ausgewiesen wurde, auf das Jahresergebnis nach IFRS übergeleitet. Die Überleitungen sind in den Notes unter dem Abschnitt „Überleitungen“ wiedergegeben. Eine Erläuterung der wesentlichen Anpassungen der Kapitalflussrechnung erfolgt im Anschluss an die Kapitalflussrechnung. Zusätzlich erfolgte eine Eigenkapitalüberleitung vom 31. Dezember 2004 auf den 1. Januar 2005 aufgrund der vollständigen Anwendung von IFRS (einschließlich IAS 39) zum 1. Januar 2005.

Im Rahmen der erstmaligen IFRS-Anwendung hat die Bankgesellschaft die nachfolgenden Befreiungen gemäß IFRS 1.13 in Anspruch genommen:

Unternehmenszusammenschlüsse, die vor dem Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS stattfanden, werden nicht rückwirkend nach IFRS 3 bilanziert. Anpassungen der Geschäfts- oder Firmenwerte in der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2004 waren nicht erforderlich.

Für die nach IAS 16 und IAS 40 zu bilanzierenden Immobilien wurde in der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2004 mit wenigen Ausnahmen von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, als Ersatz für die Anschaffungs- und Herstellungskosten diese mit ihrem zu diesem Zeitpunkt beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die Folgebewertung erfolgte jeweils zu den so definierten fortgeführten Anschaffungskosten.

Der Konzern wendet die Vorschriften nach IFRS 1.21 ff. an, wonach angenommen wird, dass die Währungsumrechnungsdifferenzen für ausländische Geschäftsbetriebe im Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS null betragen.

Die aus der erstmaligen Anwendung von IFRS resultierenden Unterschiedsbeträge der Vermögenswerte und Verpflichtungen gegenüber HGB wurden im Eigenkapital (Gewinnrücklagen) erfasst. Die kumulierten Fair Value Änderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale wurden gegenüber den fortgeführten Anschaffungskosten nach HGB zum Zeitpunkt der vollständigen Anwendung von IAS 39 (1. Januar 2005) in der Neubewertungsrücklage erfasst.

3 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung wendet die Bankgesellschaft Berlin grundsätzlich alle gültigen Standards an.

Der Konzernabschluss 2005 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und auf folgenden relevanten IAS/IFRS:

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 30	Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung
IAS 33	Ergebnis je Aktie
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 4	Versicherungsverträge
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche

Nicht berücksichtigt werden IAS 2, 11, 20, 26, 29, 34 und 41 sowie IFRS 2, da sie für die Bankgesellschaft Berlin nicht einschlägig oder im Konzernabschluss nicht anzuwenden sind.

Auf eine vorzeitige Anwendung der Änderungen des IAS 39 beziehungsweise IFRS 4 bezüglich der Finanzgarantien sowie IFRS 7 wurde verzichtet. IAS 8.30 (b) wurde nicht angewendet.

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des SIC beachtet:

		Bezug zu
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 8, 19, 27
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18

Die Interpretationen der SIC 10, 13, 29 und 31 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 10, 13, 29 und 31 waren für den Konzernabschluss nicht einschlägig und daher nicht zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2005 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5 -10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung

4 Änderung von Bilanzierungsregeln im Geschäftsjahr 2005

Die Europäische Union hat am 25. Oktober 2005 (Amendments to IAS 39, Financial Instruments: Recognition and Measurements – Transaction and Initial Recognition of Financial Assets and Financial Liabilities) beziehungsweise am 15. November 2005 (Amendments to IAS 39: Financial Instruments: Recognition and Measurements – The Fair Value Option and Amendments to IAS 32) Änderungen des IAS 39 übernommen (Endorsement). Demnach besteht unter anderem jetzt die Möglichkeit, Finanzinstrumente unabhängig von deren Bewertungskategorie unter bestimmten Voraussetzungen erfolgswirksam zum Fair Value zu bilanzieren. Der Konzern hat von der Ausübung der Fair Value-Option Gebrauch gemacht. Gemäß der am 16. November 2005 von der EU übernommenen Vorschriften des IAS 39 konnte eine rückwirkende Designation von Finanzinstrumenten zur Bewertungskategorie „Zum Zeitwert designierte“ (Fair Value-Option) zum 1. Januar 2005 erfolgen. Nähere Informationen zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 sowie zur Umsetzung der Fair Value-Option im Konzern finden sich in den Abschnitten „Finanzinstrumente“, „Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte“ und „Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen“.

5 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden. Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12 sind Zweckgesellschaften (SPV) unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft insbesondere auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen im Abschnitt „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens unabhängig von der Anteilsquote mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Die durch die Neubewertung entstehenden positiven beziehungsweise negativen Unterschiedsbeträge sind vollständig aufzudecken. Der positive Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden wird als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im „Sonstigen betrieblichen Aufwand“ ausgewiesen. Wertaufholungen in späteren Perioden dürfen nicht vorgenommen werden. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt. Entkonsolidierungserfolge werden erfolgswirksam im „Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ erfasst.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2005 aufgestellt. Fonds und SPVs, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2005 jeweils geprüfte Meldungen aufgeliefert.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden gemäß IAS 39.46 (c) zu Anschaffungskosten bewertet und in den Finanzanlagen ausgewiesen.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 at equity bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt.

Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Ausweis erfolgt in der Konzernbilanz unter dem Posten „Finanzanlagen“. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen.

Die erfolgswirksame beziehungsweise erfolgsneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwertes erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden. Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet. Anteile, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet.

Im Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz“ sind zusammengefasste Finanzinformationen über assoziierte Unternehmen aufgeführt.

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen sind grundsätzlich auf den 31. Dezember 2005 aufgestellt. Bei Unternehmen, die ihre Abschlüsse nicht zum 31. Dezember 2005 aufgestellt haben, wurden wesentliche Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

6 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2005 sind neben der Bankgesellschaft Berlin AG 30 Tochterunternehmen (Vorjahr: 29) einbezogen worden, die nachstehend aufgeführt sind.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2004 (neben der Bankgesellschaft Berlin AG) unverändert einbezogene **Tochterunternehmen:**

- ABT No. 3 Ltd., London
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin
- BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin
- Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover
- BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
- BGB Reinsurance Ltd., Dublin
- BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking
- BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin
- Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG [1)], Berlin
- Crown Court Property London Ltd., London
- Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin
- Grundstücksgesellschaft „Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin
- Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH [1)], Berlin
- Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH [1)], Berlin
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- LBB Liegenschaften in Berlin GmbH [1)], Berlin
- Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin
- MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs KG, Pöcking
- Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin
- Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg

In 2005 neu aufgenommene **Tochterunternehmen:**

- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme, Berlin
- EUROPA INVEST S.A., Luxemburg
- Grundstücksgesellschaft Lehrter Str. GbR, Berlin
- HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München
- Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin (zum 1. April 2005)

In 2005 ausgeschiedene **Tochterunternehmen:**

- Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin (angewachsen auf die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG)
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin (Rechtsnachfolger der IBAG AG)[1)]
- Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung, Berlin
- Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin (zum 31. August 2005)

Daneben wurden 7 ABS/SPV-Gesellschaften (Vorjahr: 6) und 7 Spezialfonds (Vorjahr: 0) in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2004 unverändert einbezogene **ABS/SPV-Gesellschaften:**

- Check Point Charlie Inc., London
- PPC 1 Ltd., London
- PPC 2 Ltd., London
- PPC 3 Ltd., London
- PPC 4 Ltd., London
- Rhea CDO 1 PLC, Dublin

In 2005 neu aufgenommene **ABS/SPV-Gesellschaften:**

- PPC Repo Ltd., London

In 2005 neu aufgenommene **Spezialfonds:**

- ABN AMRO EMMA INKA, Frankfurt am Main
- BG-Asset-Fonds, Berlin
- DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main
- DEKA – ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main
- GLOBAL ABS INCOME FUND, Wien
- WBB-Schöneberg-Fonds, Berlin
- Weberbank INKA Geldmarkt Plus, Düsseldorf

Die Gesellschaften, die gemäß Detailvereinbarung mit dem Land Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft (IDLG) abgeschirmt sind, werden nicht im Konsolidierungskreis erfasst, da aufgrund der aus der Detailvereinbarung resultierenden Zustimmungsvorbehalte des Landes Berlin in Verbindung mit der EU-Kommissionsentscheidung zur Abtrennung des IDLG keine Beherrschung durch die Bankgesellschaft vorliegt.

[1)] am 31. Dezember 2005 zur Veräußerung gehalten

7 Unternehmenszusammenschlüsse und -veräußerungen

Unternehmenszusammenschlüsse

Mit dem Übergang der Bankgesellschaft auf die Rechnungslegung nach IFRS wurde der Anteil der LBB an der **Weberbank Privatbankiers KGaA** wegen ihrer geplanten Veräußerung in 2004 nach den Regeln des IFRS 5 als Abgangsgruppe bilanziert. Zum Ende des Jahres 2004 erfolgte eine Änderung des Veräußerungsplans dahingehend, dass wesentliche Teile des Kundengeschäfts an einen Erwerber übertragen, die übrigen Bestände separat veräußert werden beziehungsweise im Konzern verbleiben sollten. Zu diesem Zweck wurde am 1. März 2005 der Erwerb der übrigen Anteile der Weberbank Privatbankiers KGaA einschließlich der damit verbundenen Kontrollrechte mit Wirkung zum 31. März 2005 vertraglich vereinbart. Mit der vollständigen Kontrolle über die Weberbank KGaA entfiel die bis dahin notwendige Buchwertkorrektur in Höhe von 87,1 Mio €. Der Betrag wird unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgewiesen.

Die Weberbank Privatbankiers KGaA und die von ihr gehaltenen Spezialfonds waren zu diesem Zeitpunkt erstmals nach den Regeln des IFRS 3 voll zu konsolidieren. Der gemäß IFRS 3.67 anzugebende Gesamtkaufpreis belief sich auf 337,3 Mio. €.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurden folgende wesentliche Vermögenswerte und Schulden in den Konzernabschluss übernommen:

in Mio. €	Fair Values 31.3.2005	Buchwerte 31.3.2005
Originäre Forderungen	1.817,3	1.753,9
Finanzanlagen AfS	2.442,5	2.442,5
Verbindlichkeiten	3.812,1	3.743,0
Rückstellungen	93,4	83,4

Da der Kaufpreis dem Saldo der beizulegenden Zeitwerte der übernommenen Aktiva und Passiva entsprach, ergab sich kein Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung. Im Zeitraum der Einbeziehung in den Konzernabschluss erzielte die Weberbank Privatbankiers KGaA (1. April bis 31. August 2005) inklusive der konsolidierten Spezialfonds (1. April bis 31. Dezember 2005) ein Periodenergebnis nach Konsolidierung in Höhe von 12,5 Mio. €.

Sofern die erworbenen Unternehmen bereits zum 1. Januar 2005 in den Konzernabschluss einzubeziehen gewesen wären, hätte sich der Zinsüberschuss des Konzerns um 26,3 Mio. € erhöht. Unter Berücksichtigung der für das 1. Quartal 2006 bereits vereinnahmten Ausschüttungen hätte sich der Konzernjahresüberschuss um 0,6 Mio. € erhöht.

Mit dem Erwerb sind dem Konzern Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente von 44,2 Mio. € zugeflossen.

Unternehmensveräußerungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG veräußerte indirekt über ihre Tochter Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin, ihre Kapital- und Stimmrechtsanteile von 100 % an der Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung, Berlin, zum Stichtag 31. Mai 2005 zu einem Kaufpreis von 43,9 Mio. €.

Im Rahmen des Verkaufs sind folgende wesentliche Vermögenswerte und Schulden im Konzernabschluss nicht mehr enthalten:

in Mio. €	Tempelhofer Feld AG für Grundstücksverwertung 31.5.2005
Finanz- und Sachanlagevermögen	28,3
Übrige Aktiva	16,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36,3
Übrige Passiva	8,3
Eigenkapital	5,1

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente wurden im Rahmen der Veräußerung nicht abgegeben.

Mit Wirkung zum 31. August 2005 wurde das Privatkundengeschäft der Weberbank Privatbankiers KGaA mit dem zugehörenden Geschäftsbetrieb an die WestLB zu einem Kaufpreis von 52 Mio. € (abzüglich Kaufpreisminderungen in Höhe von 10 Mio. €) verkauft. Die nicht an die WestLB übergegangenen Vermögenswerte und Schulden der Weberbank Privatbankiers KGaA sowie die weiterhin konsolidierten Spezialfonds verblieben im Konzern.

In der Segmentberichterstattung werden die Beteiligung (zum 31. Dezember 2004) sowie das Ergebnis der Weberbank Privatbankiers KGaA in den Corporate Investments ausgewiesen.

Im Rahmen des Verkaufs sind folgende wesentliche Vermögenswerte und Schulden im Konzernabschluss nicht mehr enthalten (Bewertung nach IFRS):

in Mio. €	31.8.2005
Barmittel	96,8
Originäre Forderungen	2.421,9
Anlagevermögen	4,2
Übrige Aktiva	2,3
Verbindlichkeiten	2.448,5
Rückstellungen	21,5
Übrige Passiva	13,2

Der nach IAS 7.40 (a) und (b) anzugebende Saldo aus Kauf- und Verkaufspreisen im Rahmen von Unternehmenserwerben und -veräußerungen beträgt 3,7 Mio. € (Mittelabfluss).

8 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, wozu auch derivative Finanzinstrumente zählen, in der Bilanz anzusetzen. Dabei ist der gesamte Bestand in verschiedene Kategorien aufzuteilen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Kategorie zu bewerten.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR):
Dieser Kategorie werden Kredite, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, zugeordnet. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen gezeigt. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
(Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss):
(a) Handelsaktiva und Handelspassiva (Held for Trading, HfT):
Diesen Kategorien werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden beziehungsweise eingegangen worden sind. Hierzu zählen originäre Finanzinstrumente und derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen und derivative Finanzinstrumente, sofern sie einen negativen Marktwert haben (Handelspassiva). Derivative Finanzinstrumente werden nach IAS 39 als Handelsbestände klassifiziert, sofern sie sich nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accountings qualifizieren. Handelsaktiva und -passiva werden zu jedem Bilanzstichtag zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Gewinne und Verluste aus der Bewertung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

(b) Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO):
Beim Erstansatz finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kann durch Designation wahlweise und unwiderruflich von der Fair Value-Option Gebrauch gemacht werden. In diese Kategorien designierte Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Zeitwert angesetzt. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in das Ergebnis aus den zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ein. Einschränkend darf die Fair Value-Option regelmäßig nur dann zur Anwendung kommen, wenn:

- sie zur Beseitigung oder wesentlichen Verringerung einer bestehenden Bewertungs- oder Ansatz-Ungleichbehandlung (Bewertungs-Mismatch) führt,
- finanzielle Vermögenswerte und/oder Verbindlichkeiten im Rahmen eines Portfolios auf Fair Value-Basis gesteuert und dem Management gemeldet werden (Managementansatz),
- es sich um strukturierte Produkte handelt, die nach IAS 39 trennungspflichtig wären. Der Konzern nutzt die Fair Value-Option, um Bewertungsinkongruenzen aus Sicherungszusammenhängen (Bewertungs-Mismatch) zu vermeiden, für strukturierte zinssensitive trennungspflichtige Finanzinstrumente (eingebettete Derivate) und für fremdverwaltete Sondervermögen (Managementansatz).

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS):
Diese Kategorie stellt eine Residualgröße aller nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte dar, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden (verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Schuldscheindarlehen und Beteiligungen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise at Equity bilanziert worden sind). Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird – mit Ausnahme von nicht notierten Eigenkapitaltiteln – zum Marktwert (Fair Value) vorgenommen.

Der Ausweis des Ergebnisses aus der Bewertung erfolgt, sofern es sich nicht um ein Impairment handelt, in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage). Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung (Impairment) ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag zu reduzieren und dieser in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt.

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL):
In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verbindlichkeiten, insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbriefte Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende und sehr komplexe Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen. Werden Derivate zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung besonderer Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu. Von den drei möglichen Formen des Hedge Accountings (IAS 39.86) kommt in der Bankgesellschaft ausschließlich das Fair Value Hedge Accounting zum Einsatz.

Das Fair Value Hedge Accounting dient der Absicherung des Marktwertes bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accountings wird das als Sicherungsgeschäft eingesetzte derivative Finanzinstrument zum Marktwert (Fair Value) bilanziert, wobei die Bewertungsänderungen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verbindlichkeit sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertänderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Die auf das abgesicherte Risiko bezogenen Bewertungsgewinne oder -verluste aus dem Grundgeschäft werden zusammen mit den Fair Value-Änderungen des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, ist der Buchwert in der Bilanz um die kumulierten aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen anzupassen (Hedge Adjustment). Für Vermögenswerte der Kategorie AfS ist die Neubewertungsrücklage um das Hedge Adjustment ergebniswirksam zu korrigieren. Im Rahmen von Fair Value Hedges sichert die Bank den Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten gegen die Risiken, die sich aus der Änderung des jeweiligen Referenzzinssatzes ergeben. Zur Absicherung dieser Risiken werden vor allem Zins- beziehungsweise Zinswährungsswaps

verwendet. Hiervon betroffen sind insbesondere die Emissionsgeschäfte des Konzerns und die Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung, sofern es sich um verzinsliche Papiere handelt. Die Dokumentation des gesicherten Risikos und der Hedge-Beziehung im Zeitpunkt ihrer Begründung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Anwendung des Hedge Accountings. Durch die Dokumentation erfolgt die formale Zuordnung beziehungsweise Designation von Grund- und Sicherungsgeschäft.

Eine weitere Voraussetzung zur Anwendung von Hedge Accounting ist der Nachweis der Effektivität der Hedge-Beziehung. Die Fähigkeit des Sicherungsinstruments, Veränderungen des Fair Values der abzusichernden Risikopositionen zu kompensieren, ist zu belegen. Der Kompensationsgrad muss dabei in einer Bandbreite von 80 % - 125 % liegen. Im Konzern kommt dafür die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedge-Beziehung (retrospektiv) beziehungsweise vom aktuellen Stichtag bis zum Ende der Hedge-Beziehung (prospektiv). Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 bp shift) ermittelt.

Eingebettete Derivate

Die bilanzielle Bewertung komplexer strukturierter Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten ist ebenfalls in IAS 39 geregelt. Dabei handelt es sich um strukturierte Produkte, welche sich in der Regel aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei beide Bestandteile untrennbar zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Eingebettete Derivate sind vom originären Basisvertrag zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten und zu bilanzieren, wenn einerseits die Definition eines Derivats nach IAS 39 erfüllt ist und andererseits keine eindeutige und enge Verknüpfung mit dem Basisvertrag vorliegt. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags erfolgt hingegen unverändert nach den Vorschriften der einschlägigen Kategorie dieses Finanzinstruments.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern bei strukturierten Emissionen auf Eigenkapitaltitel (SOFIA-Zertifikate u.a.) sowie bei strukturierten Zinsemissionen mit inhärentem Bonitätsrisiko (Credit Linked Notes) identifiziert. Der Basisvertrag wird dabei jeweils der Bewertungskategorie Other Liabilities zugeordnet und innerhalb des Bilanzpostens „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Entsprechend werden die separierten Derivate zum Marktwert bewertet und im Handelsbestand gezeigt.

9 Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Geschäftsvorfälle in fremder Währung erstmalig mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Ersterfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst, sofern sie nicht zum Fair Value bewertet werden.

Sämtliche monetäre Positionen werden mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungskosten bewertet werden, werden mit dem historischen Kurs umgerechnet.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung Euro nach der Zeitbezugsmethode. Die Umrechnung erfolgt so, als ob die Geschäfte von der Muttergesellschaft selbst vorgenommen und gebucht worden wären. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher das GBP beziehungsweise der USD und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt zum Stichtagskurs, während das übrige Eigenkapital mit ursprünglichen Kursen umgerechnet wird. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

10 Barreserve

Mit Ausnahme der Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden alle Bestände zum Nennwert ausgewiesen.

11 Forderungen

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen.

Die nicht zu Handelszwecken gehaltenen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Forderungen in der Kategorie Available for Sale werden mit dem beizulegenden Zeitwert ergebnisneutral bewertet. Das Bewertungsergebnis fließt in die Neubewertungsrücklage ein.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Forderungen erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Partners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (z.B. Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Forderungen in der Kategorie Loans and Receivables umfassen nicht-derivative Forderungen mit festen bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam bewertet.

Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten „Risikovorsorge“ ausgewiesen.

Die Buchwerte von Forderungen, die für das Hedge Accounting qualifizieren, werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust ergebniswirksam angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Anschaffungsnebenkosten werden über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet.

12 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Forderungen, für die Indikatoren (Leistungsstörung) identifiziert werden, unterliegen einer Einzelfallbetrachtung, im Rahmen derer eine Neubewertung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls erfolgt. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden beziehungsweise die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (z.B. allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Forderungen mit speziellen vergleichbaren Risiken aus Rechtsunsicherheiten werden zum Teil in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Wechselverbindlichkeiten und Bürgschaften/Gewährleistungen) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für weitere Informationen verweisen wir auf den Abschnitt „Risikomanagement“.

13 Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte/Reverse-Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert und entsprechend bewertet. Vereinbarte Zinsen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden im Handelsbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden.

Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen; erhaltene Sicherheiten für verliehene Wertpapiere als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

14 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Bilanzposten werden zur Absicherung im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzte Derivate mit positivem Marktwert ausgewiesen.

Börsennotierte Instrumente werden mit Börsenkursen und nicht börsennotierte Produkte werden anhand interner Preismodelle (Barwert- oder Optionspreismodelle) bewertet. Die im Rahmen des Hedge Accountings für Fair Value Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

15 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position werden die Handelsaktiva sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente ausgewiesen.

Handelsaktiva

Die Handelsaktiva umfassen Handelszwecken dienende Wertpapiere und derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings genutzt werden. Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen werden im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ ausgewiesen.

Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte (Fair Value-Option)

Die Fair Value-Option kommt zur Anwendung, um eine bestehende Bewertungs- oder Ansatz-Ungleichbehandlung (Bewertungs-Mismatch) zu beseitigen oder wesentlich zu verringern, die aus der unterschiedlichen Bewertung ökonomisch im engen Zusammenhang stehender Grund- und Sicherungsgeschäfte hervorgeht. In diesem Fall können wertausgleichende Sicherungseffekte durch die Bewertung von Grund- und Sicherungsgeschäft zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) auch in der Rechnungslegung wiedergegeben werden. Fremdverwaltete Vermögenswerte in Spezialfonds werden nach ihrer Konsolidierung auf Konzernebene überwiegend zum Fair Value bewertet, weil deren Verwaltung und Steuerung (ganzheitlicher Managementansatz) auf Grundlage des jeweiligen Zeitwerts vorgenommen wird und die Berichterstattung darüber an das verantwortliche Management der Bank erfolgt.

16 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden, als Available for Sale kategorisierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie als Loans and Receivables kategorisierten (da nicht an einem aktiven Markt gehandelten) Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere) ausgewiesen. Die AfS-Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt erfolgsneutral bis zur Veräußerung in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Die ABS-Papiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für die als Available for Sale klassifizierten Wertpapiere wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf dauerhafte oder wesentliche Wertminderung durchgeführt. Bei Aktien sind ergebniswirksame Zuschreibungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Bei Schuldtiteln wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die Abschreibung entfallen sind, wird eine Wertaufholung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

17 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird.

Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen. Die Abschreibungsdauer für diese Vermögenswerte beläuft sich auf drei bis fünf Jahre. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die aus der Entwicklung des Konzerns stammen, werden nur dann aktiviert, wenn Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwerts linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich, bei Anzeichen auf Wertminderung auch unterjährig, mittels Ertragswertverfahren auf Werthaltigkeit überprüft (Impairmenttest).

18 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Bei Umstellung auf IFRS wurde von dem Erleichterungswahlrecht in IFRS 1 Gebrauch gemacht, das heißt die historischen Anschaffungskosten ausgewählter Immobilien wurden durch deren Fair Value zum Umstellungszeitpunkt bestimmt (deemed cost). Der Fair Value der so behandelten Immobilien (exklusive Finance Lease Objekte) betrug am 1. Januar 2004 321 Mio. € und lag damit um 62 Mio. € über dem damaligen HGB-Buchwert. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Grundstücke und Gebäude nach Nutzungsart:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 - 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 - 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 - 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 - 50 Jahre

Betriebs- und Geschäftsausstattung (7 - 25 Jahre)
Erworbene EDV-Anlagen (3 - 8 Jahre)

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden unter dem Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Abschreibungen werden im Posten „Verwaltungsaufwand“ gebucht.

19 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob Anhaltspunke für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Liegen solche Anhaltspunkte vor, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden zusätzlich unterjährig einem Impairmenttest unterzogen, sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen.

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts (oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit) unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst. Der Ausweis erfolgt in dem Posten „Verwaltungsaufwand“.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts (oder der zahlungsmittelgenerierenden Einheit) entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst; es ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zuzuschreiben, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und in dem Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ ausgewiesen.

20 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Leasing)

Soweit die in der Bankgesellschaft tätigen Leasinggesellschaften das Operating-Leasing-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Leasing)

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasing-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Verwaltungsaufwand“ erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finanzierungsleasing)

Derzeit sind im Konzern keine Finanzierungsleasing-Verträge, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt, vorhanden.

Konzern als Leasingnehmer (Finanzierungsleasing)

Im Rahmen von Finanzierungsleasing gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz in dem Posten „Sachanlagen“ und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ verbucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen.

21 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden als Investment Properties solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden in der Bilanz mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Bei Umstellung auf IFRS wurde von dem Erleichterungswahlrecht in IFRS 1 Gebrauch gemacht, das heißt, die historischen Anschaffungskosten aller fremdgenutzten Immobilien wurden durch deren Fair Value zum Umstellungszeitpunkt bestimmt (deemed cost). Der Fair Value der so behandelten Immobilien (exklusive Finance Lease) betrug am 1. Januar 2004 276 Mio. € und liegt damit um 105 Mio. € über dem damaligen HGB-Buchwert. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Ergeben sich über die planmäßigen Abschreibungen hinaus Wertminderungen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten für die Posten der Finanzanlagen werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (<10 % gewerblicher Anteil)	60 - 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (>10 % gewerblicher Anteil)	50 - 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 - 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 - 50 Jahre

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Properties wurde durch externe Gutachter der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt. Die Bewertung konnte vollständig auf Basis von Marktdaten (unter anderem Marktmieten, Bewirtschaftungskosten, Bodenrichtwerte, Liegenschaftszinssätze) erfolgen.
Es bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerbarkeit von Investment Properties.
Es besteht die vertragliche Verpflichtung, ein Objekt im Jahr 2008 zum Kaufpreis von 64,2 Mio. € zu erwerben.

22 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, Veräußerungsgruppen und aufgegebene Geschäftsbereiche

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte (und zur Veräußerung gehaltene Vermögensgruppen) wurden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich noch ausstehender Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten wurden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) werden als zur Veräußerung klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert (beziehungsweise die Veräußerungsgruppe) in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur Veräußerung verfügbar ist. Das Management muss ferner einen Veräußerungsplan aufgestellt haben und der Verkauf muss bis auf Ausnahmefälle innerhalb eines Jahres durchgeführt sein.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden wurden für langfristige Vermögenswerte und für solche Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden, wurden im Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ erfasst.

23 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen. Agio- und Disagiobeträge werden über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen.

Beim Rückkauf eigener Schuldverschreibungen erfolgt eine Verkürzung des Bilanzausweises in Höhe des Buchwertes der zurückgekauften Verbindlichkeit. Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Anschaffungskosten bei Rückkauf werden erfolgswirksam erfasst.

24 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Bilanzposten werden zur Absicherung im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzte derivative Sicherungsinstrumente, die einen negativen Marktwert besitzen, ausgewiesen. Für börsennotierte Instrumente werden der Bewertung Börsenkurse zugrunde gelegt und für nicht börsennotierte Produkte werden interne Preismodelle (Barwert- oder Optionspreismodelle) herangezogen. Das Bewertungsergebnis für das Hedge Accounting der als Fair Value Hedges klassifizierten Sicherungsinstrumente wird in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen“ ausgewiesen.

25 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva sowie die zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente enthalten.

Handelspassiva

Die Handelspassiva umfassen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings genutzt werden. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert (Fair Value) analog den Handelsaktiva. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Zum Zeitwert designierte Verpflichtungen (Fair Value-Option)

Verbriefte Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate mit Zinsrisiken enthalten, sind der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbriefte Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, insoweit diese durch derivative Hedgegeschäfte abgesichert sind und den formellen Kriterien des IAS 39 genügen. Diese Maßnahme dient dazu, Ergebnisschwankungen zu vermeiden, die ansonsten durch die uneinheitliche Bewertungsmethodik für Finanzinstrumente unterschiedlicher Kategorien nach IAS 39 hervorgerufen werden. IAS fordert für zum Zeitwert designierte Verbindlichkeiten einen gesonderten Ausweis jener Wertänderungen innerhalb einer Berichtsperiode, welche in einer Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos begründet liegen.

26 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet.

Die Mitarbeiter der Bankgesellschaft sowie Mitarbeiter einiger Tochterunternehmen erwerben betriebliche Versorgungsansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte (IAS 37.92).

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

27 Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen nach IFRS und Steuerrecht soweit sich diese Differenzen in Zukunft ausgleichen (temporäre Unterschiede). Daraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden in der Höhe angesetzt, die in dem Zeitraum der fünfjährigen Mittelfristplanung unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung voraussichtlich verbraucht werden können. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die Steuersätze verwendet, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenz erwartet werden.

Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern getrennt von den laufenden Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Laufende Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen zurückliegender Jahre unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

28 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden – unabhängig von der aufsichtsrechtlichen Anerkennung als Eigenmittel – nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtskapital und stille Einlagen bilanziert.

Grundsätzlich erfolgt die Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

29 Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der IFRS-Bilanz nicht angesetzt. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Provisionsüberschuss“ enthalten.

30 Eigene Aktien

Die von der Bankgesellschaft Berlin AG zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien werden direkt vom Eigenkapital (Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage) abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral verrechnet.

Zum Jahresende befanden sich 27.080.540 (Vorjahr: 27.090.540) Stückaktien für Handelszwecke im Bestand der Bankgesellschaft Berlin AG. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 2,710 % (Vorjahr: 2,711 %).

Darüber hinaus befinden sich 405.695 Stückaktien im Bestand der Bankgesellschaft Berlin AG. Diese wurden durch Vorstandsbeschluss vom 29. Mai 2001 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zur Schadensabwehr über die Börse erworben. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 0,041 %.

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2006 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 bis zum 30. September 2006 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2005 kein Gebrauch gemacht.

31 Ergebnisse der Segmente

	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarktgeschäft	
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Zinsüberschuss	423	454	178	169	77	199
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	48	58	–10	22	6	22
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**375**	**396**	**188**	**147**	**71**	**177**
Provisionsüberschuss	245	249	35	35	32	22
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					–6	
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					279	97
Ergebnis aus Finanzanlagen			–19	–6	15	54
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7		2	6	14	33
Verwaltungsaufwendungen	527	550	128	130	209	220
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**100**	**95**	**78**	**52**	**196**	**163**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen						
Operatives Ergebnis	**100**	**95**	**78**	**52**	**196**	**163**
Segmentvermögen	5.271	5.444	6.969	7.934	66.455	56.428
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital)	13.354	13.566	4.979	4.946	55.436	48.458
Risikopositionen [2]	4.137	4.298	5.237	4.913	14.507	12.884
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) [3]	341	356	360	354	910	979
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.187	3.341	876	903	456	481
Eigenkapitalrentabilität	29,3 %	26,7 %	21,7 %	14,7 %	21,5 %	16,6 %
Cost-Income-Ratio	78,1 %	78,2 %	65,3 %	63,7 %	50,9 %	54,3 %

[1] Vergütung zeitanteilig, stille Einlagen des Landes Berlin ganzjährig berücksichtigt

[2] Im Geschäftsfeld Corporate Investments gehörte die Weberbank bis zum 31.08.2005 zum KWG-Konsolidierungskreis.

[3] Für den Konzern insgesamt wird unter „gebundenem Eigenkapital" das Kernkapital gemäß § 10 KWG inklusive und exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.

Immobilien-finanzierung		Corporate Investments		Sonstiges/ Konsolidierung		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
2005	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**[1)]	**2005**	**2004**
516	312	13	15	–240	–208	967	941	–78	–26	889	915
144	146	–6		10	7	192	255			192	255
372	**166**	**19**	**15**	**–250**	**–215**	**775**	**686**	**–78**	**–26**	**697**	**660**
6	4	6		–2	–2	322	308			322	308
–8				2		–12				–12	
–247		22		86	5	140	102			140	102
77	–4	–1		–11	6	61	50			61	50
–1	23	1		194	60	217	122			217	122
120	128	18		110	112	1.112	1.140			1.112	1.140
79	**61**	**29**	**15**	**–91**	**–258**	**391**	**128**	**–78**	**–26**	**313**	**102**
–5	–14			–64	–13	–69	–27			–69	–27
74	**47**	**29**	**15**	**–155**	**–271**	**322**	**101**	**–78**	**–26**	**244**	**75**
48.986	44.949			16.839	15.547	144.520	130.302			144.520	130.302
41.138	36.728			27.762	24.647	142.669	128.345			142.669	128.345
14.752	14.470		2.415	2.291	2.711	40.924	41.691			40.924	41.691
937	925	118	168	553	351	3.219	3.133	–1.100	–1.100	2.119	2.033
678	708			2.139	2.349	7.336	7.782			7.336	7.782
7,9 %	5,1 %	24,6 %	8,9 %			10,0 %	3,2 %	7,1 %	2,4 %	11,5 %	3,7 %
35,0 %	38,2 %	43,9 %				65,6 %	74,9 %			68,8 %	76,2 %

32 Überleitungen

Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2003 nach HGB	1.1.2004 nach IFRS	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	**2.554**	**2.484**	– 70
Kapitalrücklage	**1.956**	**1.971**	15
Zweckrücklage der IBB	**1.342**	**0**	– 1.342
Erstanwendungsrücklage	**0**	**– 73**	– 73
Übrige Gewinnrücklagen	**308**	**– 29**	– 337
Anteile in Fremdbesitz	**57**	**18**	– 39
Bilanzverlust	**– 2.654**	**– 2.482**	172
Eigenkapital Gesamt	**3.563**	**1.889**	**–1.674**

Die ausgewiesenen Veränderungen beruhen im Wesentlichen auf den unterschiedlichen Bilanzierungsvorschriften für Nicht-Finanzinstrumente von HGB und IFRS. Die Bank machte dabei von ihrem Wahlrecht Gebrauch, die Finanzinstrumente nach HGB zu bewerten. Die erstmalige Anwendung des IAS 39 erfolgte zum 1. Januar 2005.

Im Zusammenhang mit dem zum 31. Dezember 2003 vorhandenen Bestand an eigenen Aktien wurde zum 1. Januar 2004 nach IFRS die bestehende Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Buchwertes von 55 Mio. € gegen die Gewinnrücklagen aufgelöst. In Höhe des rechnerischen Wertes (70 Mio. €) erfolgte gleichzeitig ein Abzug vom gezeichneten Kapital sowie eine Dotierung der Kapitalrücklage für den zum 1. Januar 2004 unter dem Nominalwert liegenden Buchwert (15 Mio. €), so dass sich das Eigenkapital hierdurch insgesamt um 55 Mio. € gegenüber dem HGB-Wert verringerte.

Da die IBB nicht zum Konsolidierungskreis nach IFRS gehört, entfällt das ihr nach HGB zuzurechnende Eigenkapital aus der Zweckrücklage.

In der Veränderung der **Erstanwendungsrücklage** spiegeln sich folgende Sachverhalte wider:

in Mio. €	
Pensionsrückstellungen	– 152
sonstige Rückstellungen	24
Finance Lease	– 79
Bewertung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	62
Sonstige	8
Latente Steuern	64
Gesamt	**– 73**

In IFRS werden Pensionsrückstellungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Hierbei handelt es sich um ein dynamisches Verfahren, da der Berechnung künftige Verpflichtungen unter Einbezug zukünftiger Gehalts- und Rentensteigerungen sowie der Fluktuationsraten zugrunde liegen und der Abzinsungsfaktor sich nach IFRS am jeweils aktuellen Marktzins orientiert. Die Bilanzierung nach HGB basiert demgegenüber regelmäßig auf den jeweils geltenden steuerlichen Regelungen, insbesondere dem Teilwertverfahren (vgl. § 6a EStG unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 6 %). Damit ergibt sich nach IFRS aufgrund der dynamischen statt statischen Betrachtungsweise eine höhere Volatilität der Pensionsrückstellungen. Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste, die sich aus Änderungen der Bewertungsparameter ergeben, werden erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen dürfen nach IFRS nur dann gebildet werden, wenn sie sich auf eine Außenverpflichtung beziehen. Nach HGB zulässige Aufwandsrückstellungen sind nach IFRS nicht zulässig. An die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen werden nach IFRS höhere Konkretisierungsanforderungen (Entwicklung, Verabschiedung und Kommunikation eines detaillierten Plans) gestellt. Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlichen, laufzeitabhängigen Marktzinssatz abgezinst.

Die ausgewiesenen Effekte aus Finance Lease resultieren aus der Differenz zwischen den zu aktivierenden Vermögensgegenständen und den diesen gegenüberstehenden Leasing-Verbindlichkeiten.

Der höhere Wertansatz bei den Sachanlagen und den immateriellen Vermögenswerten ergibt sich überwiegend aus der Neubewertung von Immobilien zu Marktwerten, dem Wegfall der nach HGB zulässigen steuerlichen Sonderabschreibungen sowie dem Ansatz selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte.

Dem Saldo der Bewertungseffekte stehen entsprechende gegenläufige Effekte aus latenten Steuern gegenüber. Zur Systematik der latenten Steuern wird auf den Abschnitt „Ertragsteuern“ verwiesen.

Die Veränderungen der übrigen Gewinnrücklagen sowie der Anteile in Fremdbesitz ergeben sich insbesondere aus Veränderungen im Konsolidierungskreis sowie der IFRS 5-Bewertung der Weberbank.

in Mio. €	31.12.2004 nach HGB	31.12.2004 nach IFRS	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	**2.554**	**2.484**	– 70
Kapitalrücklage	**1.956**	**1.971**	15
Stille Einlage	**1.100**	**0**	– 1.100
Erstanwendungsrücklage	**0**	**– 73**	– 73
Übrige Gewinnrücklagen	**324**	**– 62**	– 386
Anteile in Fremdbesitz	**59**	**27**	– 32
Bilanzverlust	**– 2.609**	**– 2.390**	219
Eigenkapital Gesamt	**3.384**	**1.957**	**– 1.427**

Die Veränderungen im gezeichneten Kapital und in der Kapitalrücklage resultieren aus der oben dargestellten Verrechnung der eigenen Aktien.

Im Zusammenhang mit der Herauslösung der IBB aus der Landesbank in 2004 wurden durch das Land Berlin stille Einlagen zur Verfügung gestellt, die jedoch – abweichend von HGB – nicht dem Eigenkapital zugeordnet werden können, sondern unter dem Posten „Nachrangkapital“ ausgewiesen werden.

Die Effekte, die zur Bildung der Erstanwendungsrücklage führten, werden bereits oben dargestellt.

Die Veränderungen der übrigen Gewinnrücklagen sowie der Anteile im Fremdbesitz sind insbesondere auf die oben beschriebenen Veränderungen zum 1. Januar 2004 sowie die erfolgsneutrale Bewertung der Pensionsrückstellungen im Jahr 2004 zurückzuführen.

Die Reduzierung des Bilanzverlusts nach IFRS ist auf abweichende Bilanzierungsregeln zwischen HGB und IFRS und auf Veränderungen im Konsolidierungskreis zurückzuführen.

in Mio. €	31.12.2004 nach IFRS	1.1.2005 nach IFRS	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	**2.484**	**2.484**	0
Kapitalrücklage	**1.971**	**1.971**	0
Erstanwendungsrücklage	**– 73**	**– 796**	– 723
Übrige Gewinnrücklagen	**– 62**	**16**	78
Neubewertungsrücklagen	**0**	**246**	246
Anteile im Fremdbesitz	**27**	**33**	6
Bilanzverlust	**– 2.390**	**– 2.354**	36
Eigenkapital Gesamt	**1.957**	**1.600**	**– 357**

Die Veränderung der Erstanwendungsrücklage zum 1. Januar 2005 in Höhe von – 723 Mio. € resultiert aus der erstmaligen Bewertung der Finanzinstrumente gemäß IAS 39. Die Differenz zur bisherigen Bewertung wird erfolgsneutral im Eigenkapital abgebildet. Die Veränderung ist auf die folgenden Effekte zurückzuführen:

in Mio. €	
Anwendung der Fair Value-Option	– 370
Hedge Accounting	507
Erstbewertung von Wertpapieren des Handelsbestands und Derivaten	– 1.294
Impairment auf Forderungen	5
Latente Steuern	429
Gesamt	**– 723**

Im Rahmen der Fair Value-Option werden insbesondere emittierte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie in geringem Umfang Bestände an Finanzanlagen einer erfolgswirksamen Marktbewertung unterzogen. Der Effekt aus der erstmaligen Anwendung der Fair Value-Option ist erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen.

Nach IAS 39 gelten für finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die Bestandteil von Sicherungsbeziehungen sind, die komplexen Regeln des Hedge Accountings. Nach den HGB-Regelungen werden sowohl das bilanzielle Grund- als auch das derivative Sicherungsgeschäft grundsätzlich nicht bewertet beziehungsweise positive Bewertungsergebnisse werden bis zum Ausgleich unrealisierter Verluste kompensiert. Nähere Angaben zur Bewertung nach IFRS sind in dem Abschnitt „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)“ zu finden.

Der größte Effekt im Rahmen der Erstanwendung von IAS 39 für Finanzinstrumente resultiert aus der Bewertung von Wertpapieren des Handelsbestands sowie sämtlicher Derivate einschließlich derer des Bankbuchs zum Fair Value.

Die Veränderung der übrigen Gewinnrücklagen ergibt sich aus Veränderungen im Konsolidierungskreis sowie der erfolgsneutralen Bewertung der Pensionsrückstellungen im Jahr 2005.

Die Neubewertungsrücklage zum 1. Januar 2005 zeigt den Effekt aus der erstmaligen Bewertung der nach IFRS der Kategorie Available for Sale zugeordneten Finanzinstrumente. Hierzu zählen im Wesentlichen Schuldverschreibungen sowie Aktien/Investmentfondsanteile. In diesem Betrag sind latente Steuern in Höhe von 159 Mio. € verrechnet.

Ergebnis-Überleitungsrechnung 2004

Die Überleitung des Konzernergebnisses von HGB nach IAS für das Geschäftsjahr 2004 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	
Konzernjahresüberschuss nach HGB	**81**
Veränderungen nach IFRS	
Abweichungen im Konsolidierungskreis	– 5
Bewertung der Nicht-Finanzinstrumente	– 13
Ertragsteuern	45
Konzernjahresüberschuss nach IFRS	**108**

Die sich aus den unterschiedlichen Konsolidierungskreisen ergebenden Abweichungen beinhalten im Wesentlichen positive Effekte infolge der nach IFRS nicht konsolidierten Tochterunternehmen des Immobiliendienstleistungsbereichs, die unter die Detailvereinbarung (Risikoabschirmung mit dem Land Berlin) fallen.

Die im Vergleich zum HGB-Konzernabschluss gegebene Ergebnisbelastung von 13 Mio. € aus der Bewertung der Nicht-Finanzinstrumente reflektiert die abweichenden Bewertungsmethoden insbesondere bei Sachanlagen und selbst erstellter Software (erhöhte Abschreibungen) sowie bei den Rückstellungen (erhöhter Personalaufwand und Sachaufwand wegen Pensionsrückstellungen und sonstiger nicht ansatzfähiger Rückstellungen beziehungsweise der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen).

Die nach IFRS geringere Ertragsteuerbelastung ist in Höhe von 12 Mio. € auf den niedrigeren tatsächlichen Steueraufwand im IFRS-Konsolidierungskreis und in Höhe von 33 Mio. € auf positive Abweichungen bei der Berechnung latenter Steuern zurückzuführen.

33 Zinsüberschuss

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft	3.955	3.929	1
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.125	1.082	4
Laufende Erträge aus Finanzanlagen	56	37	51
Sonstige Zinserträge	27	15	80
Summe der Zinserträge	5.163	5.063	2
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	4.196	4.105	2
Zinsaufwendungen für stille Einlagen des Landes Berlin	78	26	>100
Laufende Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	17	–100
Summe der Zinsaufwendungen	4.274	4.148	3
Zinsüberschuss	**889**	**915**	**–3**

In den Zinserträgen sind Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten in Höhe von 125 Mio. € (Unwinding-Effekte) enthalten. Der Unwinding-Effekt ergibt sich – bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungen – aus der Fortschreibung der Barwerte. Es wird der ursprüngliche, effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

In den Zinserträgen sind Dividenden in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) enthalten.

34 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Ertrag aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	318	408	–22
Aufwand aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	510	663	–23
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**192**	**255**	**–25**

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen und Rückstellungen gebildet.

35 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	154	135	14
Zahlungsverkehr/Kontoführung	141	142	–1
Kreditgeschäft	25	20	25
Kartengeschäft	58	55	5
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	20	23	–13
Sonstige Provisionserträge	11	25	–56
Summe der Provisionserträge	409	400	2
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	27	33	–18
Zahlungsverkehr/Kontoführung	11	6	83
Kreditgeschäft	13	18	–28
Kartengeschäft	24	20	20
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	12	10	20
Sonstige Provisionsaufwendungen	0	5	–100
Summe der Provisionsaufwendungen	87	92	–5
Provisionsüberschuss	**322**	**308**	**5**

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Provisionsüberschuss			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	127	102	25
Zahlungsverkehr/Kontoführung	130	136	–4
Kreditgeschäft	12	2	>100
Kartengeschäft	34	35	–3
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	13	–38
Sonstiger Provisionsüberschuss	11	20	–45
Summe des Provisionsüberschusses	**322**	**308**	**5**

36 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	2005	2004[1]	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	–224	–	–
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	212	–	–
Gesamt	**–12**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39

Dieser Posten enthält die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen, die gemäß IFRS die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

37 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung unterteilt sich in zwei Komponenten:
(a) Handelsergebnis
(b) Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (Fair Value-Option)

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Handelsergebnis	278	102	>100
Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)	–138	–	–
Gesamt	**140**	**102**	**37**

Die Teilergebnisse gliedern sich wie folgt auf:
(a) Handelsergebnis

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Ergebnis aus Fair Value-Änderungen (inklusive Devisenergebnis)	256	–91	>100
Laufendes Ergebnis aus Handelsbestand	22	193	–89
Gesamt	**278**	**102**	**>100**

b) Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (Fair Value-Option)

in Mio. €	2005	2004[1]	Veränderung in %
Ergebnis aus Zeitwertänderungen von designierten Vermögenswerten	–15	–	–
Ergebnis aus Zeitwertänderungen von designierten Verbindlichkeiten	–123	–	–
Laufendes Ergebnis zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente	0	–	
Gesamt	**–138**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39

38 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Ergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen	79	60	32
Ertrag aus dem Abgang von Finanzanlagen	134	159	–16
davon: Assoziierte Unternehmen (nicht at equity-bewertet)	2	0	x
Aufwand aus dem Abgang von Finanzanlagen	55	99	–44
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	–12	–15	20
Erträge aus Zuschreibungen von Finanzanlagen	17	4	>100
Aufwand aus Wertminderungen von Finanzanlagen	29	19	53
Sonstige Ergebnisse aus Finanzanlagen	–6	5	<100
Gesamt	**61**	**50**	**22**

Das sonstige Ergebnis aus Finanzanlagen enthält sonstige Erträge aus Finanzanlagen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und sonstige Aufwendungen aus Finanzanlagen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

39 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Erträge aus Schuldscheindarlehen	89	12	>100
Bewertungseffekt Weberbank	87	–	–
Sonstiger Steueraufwand	-5	2	<–100
Saldo übriger betrieblicher Ertrag und Aufwand	46	108	–57
davon: Erträge aus Investment Properties	20	30	–33
davon: Aufwendungen aus Investment Properties	18	20	–10
davon: Ertrag aus Veräußerung von Sachanlagen	12	1	>100
davon: Verlust aus Veräußerung von Sachanlagen	5	1	>100
davon: Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	15	15	0
davon: IT-Erträge	11	12	–8
Sonstiges Betriebliches Ergebnis	**217**	**122**	**78**

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen umfassen Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen werden hier ausgewiesen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind auch 11 Mio. € Erträge aus der Entkonsolidierung und 5,9 Mio. € Erträge aus Untermietverhältnissen enthalten.

Im übrigen betrieblichen Ertrag und Aufwand sind Erträge aus Operating-Leasing-Verhältnissen enthalten. Diese betreffen einen Mobilien-Leasing-Fonds in dessen Funktion als Leasinggeber. Nach Ablauf des Leasingvertrages hat der Leasing-Fonds das Recht, dem Leasingnehmer den Leasinggegenstand zu einem Mindestverwertungserlös von rund 28 Mio. € zum Kauf anzudienen. Die ausgewiesenen Mindestleasingzahlungen verteilen sich auf die Restlaufzeit des Leasingvertrages bis zum 16. Dezember 2008 und beinhalten neben dem Mindestverwertungserlös laufende Zahlungen von rund 3 Mio. € p.a.

Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Bis 1 Jahr	3	3	0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	6	9	– 33
Gesamt	**9**	**12**	**– 25**

40 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte und den Anderen Verwaltungsaufwendungen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Personalaufwendungen	572	573	0
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	100	97	3
Andere Verwaltungsaufwendungen	440	470	– 6
Gesamt	**1.112**	**1.140**	**– 2**

Personalaufwendungen

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	439	439	0
Soziale Abgaben	72	75	– 4
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	61	59	3
Gesamt	**572**	**573**	**0**

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	57	52	10
Abschreibungen von immateriellen Vermögenswerten	43	45	– 4
Gesamt	**100**	**97**	**3**

Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	54	65	– 17
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	5	– 20
IT-Aufwendungen	211	219	– 4
Werbung und Marketing	22	22	0
Geschäftsbetriebskosten	62	60	3
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	59	70	– 16
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	15	17	– 12
Personalabhängige Sachkosten	13	12	8
Gesamt	**440**	**470**	**– 6**

Das im Geschäftsjahr 2005 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	2005
für Jahresabschlussprüfungen	7,0
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0,2
für Steuerberatung	0,1
für sonstige Leistungen	0,4
Gesamt	**7,7**

In den sonstigen Leistungen sind prüfungsnahe Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

Operating-Leasing

Der Gesamtbetrag der Mindestleasingzahlungen (der Konzern ist Leasingnehmer), aufgrund von unkündbaren Operating-Leasing-Verhältnissen, stellt sich gegliedert nach Restlaufzeiten wie folgt dar:

in Mio. €	2005	2004
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	36	40
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	110	117
Über 5 Jahre	7	9
Gesamt	**153**	**166**

Ausgewiesen werden Mindestleasingzahlungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen, bei denen der Konzern Leasingnehmer ist, für Geschäftsfilialen 138 Mio. € (Vorjahr: 140 Mio. €) sowie für IT-Systeme 15 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €).

41 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	35	1.141	– 97
Restrukturierungsaufwendungen	104	1.168	– 91
Gesamt	**– 69**	**– 27**	**<– 100**

Aus Auflösungen von Rückstellungen resultiert ein Ertrag von 29 Mio. €.

Für Restrukturierungsmaßnahmen wurden den Rückstellungen 55 Mio. € zugeführt. Davon ergeben sich 45 Mio. € aus der Abtrennung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts und 7 Mio. € aus dem geplanten Verkauf der Berliner Bank.

Im Vorjahr sind betragsgleiche Aufwendungen und Erträge in Höhe von 1.124 Mio. € enthalten, die aus der EU-Entscheidung zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt resultieren.

42 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin besteht im Jahr 2005 aus drei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Organträger, Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin, sind zu 75,01 % über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01 % der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die inländischen Muttergesellschaften, überwiegend die Bankgesellschaft Berlin AG, fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	57	27	>100
Latente Steuern	–68	–60	13
Gesamt	**–11**	**–33**	**–67**

Der hohe latente Steuerertrag im Berichtsjahr basiert insbesondere auf einer Verlängerung des Zeitraums beim Ansatz der aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2005	2004
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	**244**	**75**
Konzernertragsteuersatz (%)	38,9	38,9
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	**95**	**29**
1. Steuerfreie Erträge	–112	–87
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	139	19
3. Abweichende Gewerbesteuer	18	7
4. Steuersatzabweichungen	–6	–6
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	–73	23
6. Latente Steuern aufgrund Änderung von Bewertungsmethoden	–86	0
7. Aperiodische Effekte	2	–14
8. Verbrauch des positiven Endbestands an EK02	14	0
9. Sonstiges	–2	–4
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (–)	**–11**	**–33**
Effektiver Steuersatz	4,7 %	–44,6 %

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 17 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %). Unter Beachtung der Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer ergibt sich ein Konzernertragsteuersatz von 38,9 %. Für die Berechnung der latenten Steuern sind indessen die jeweiligen Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die nicht als temporäre Differenzen zu behandeln waren, aus nach § 8 b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen und aus Erträgen aus der Inanspruchnahme der für den Bereich des Immobiliendienstleistungsgeschäfts mit der DetV übernommenen Buchwertgarantie, die steuerlich als Einlage zu behandeln sind. Im Vorjahr wurden hier zusätzlich die Erträge aus der Neutralisierungsvereinbarung berücksichtigt.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8 a beziehungsweise 8 b Abs. 2 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen, soweit sie nicht bei der Ermittlung des Gewerbeertrags bereits losgelöst davon hinzuzurechnen sind, und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land zu leisten sind.

Die Hinzurechnung der Vergütungen für die beiden stillen Beteiligungen des Landes an der LBB bei der Ermittlung des Gewerbeertrags ist Hauptursache für die abweichende Gewerbesteuer.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen rund 12 % und 31 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschieds zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern" reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte aus dem erhöhten Ansatz aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aufgrund erhöhter Planergebnisse, die der Bewertung zugrunde zu legen sind. Der Mehraufwand im Vorjahr war überwiegend auf die Nichtberücksichtigung des Aufwands aus der Beihilferückgewähr bei der Bildung aktiver latenter Steuern zurückzuführen.

Für temporäre Differenzen in Höhe von 107 Mio. € (Vorjahr: 118 Mio. €) wurden aufgrund der sehr langen Laufzeiten bestimmter Rückstellungen keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

Die latenten Steuererträge, die aus Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden resultieren, basierten auf der Verlängerung des Planungszeitraums von drei auf fünf Jahre.

Der Verbrauch des positiven Endbestands an EK02 ist auf das Ausscheiden eines Unternehmens aus dem Konzern und die dafür gewählte Transaktionsstruktur zurückzuführen.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 627 Mio. € (Vorjahr: 495 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 365 Mio. € (Vorjahr: 399 Mio. €) wurden latente Steuern angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Gesellschaften BGB, LBB und Berlin Hyp (Vorjahr: BGB und Berlin Hyp). Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 3.293 Mio. € (Vorjahr: 3.479 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 3.907 Mio. € (Vorjahr: 3.970 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar. Die Ermittlung der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge basiert auf der handelsrechtlichen Mittelfristplanung. Sie wurde vor allem um Effekte aus Sachverhalten, die unter § 8 b KStG fallen, und steuerfreie Betriebsstättenergebnisse modifiziert. Zusätzlich wurde hierbei die Umkehrwirkung aus der Auflösung von temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit den Restrukturierungsrückstellungen bestehen, berücksichtigt. Die aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen in Höhe von 478 Mio. € sind aufbauend auf den Planungsrechnungen der betroffenen Unternehmen durch zukünftige positive Ertragserwartungen gedeckt.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt – 86 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Diese entfällt vollständig auf die AfS-Rücklage.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81 (f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Ein potenzieller KSt-Minderungsanspruch in Höhe des gemäß § 37 Abs. 2 KStG fortgeführten Körperschaftsteuerguthabens besteht in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Die aus dem gemäß § 38 Abs. 1 KStG fortgeführten Endbestand an EK02 resultierende potenzielle KSt-Erhöhungsverpflichtung beträgt 0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

43 Ergebnis je Aktie

	2005	2004	Veränderung in %
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	248	92	> 100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	971.836.635	971.831.635	–
Gewinn je Aktie (€) [1)]	**0,26**	**0,09**	**> 100**

[1)] verwässertes/unverwässertes Ergebnis je Aktie

Der gemäß IAS 33 errechnete Gewinn/Verlust je Aktie basiert auf dem Jahresüberschuss. Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2005 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

44 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Kassenbestand	554	519	7
Guthaben bei Zentralnotenbanken	724	782	–7
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel (Refinanzierung bei Zentralbank)	1	2	–50
Gesamt	**1.279**	**1.303**	**–2**

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 708 Mio. € (Vorjahr: 754 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2005 betrug 526 Mio. € (Vorjahr: 504 Mio. €).

45 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	9	9	0
bis drei Monate	3	3	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1	1	0
mehr als fünf Jahre	5	5	0
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.970	2.353	26
bis drei Monate	112	48	>100
mehr als drei Monate bis ein Jahr	412	228	81
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.305	1.883	22
mehr als fünf Jahre	141	194	–27
Andere Forderungen	24.635	23.561	5
täglich fällig	3.336	6.575	–49
bis drei Monate	10.574	5.624	88
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.915	4.998	–2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.467	4.129	8
mehr als fünf Jahre	1.343	2.235	–40
Gesamt	**27.614**	**25.923**	**7**

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 27.284 Mio. € (Vorjahr: 25.494 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 330 Mio. € (Vorjahr: 429 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004[1]	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	9	–	–
LaR-Forderungen	9	–	–
AfS-Forderungen	0	–	–
davon: Hedge-Adjustment	0	–	–
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.970	–	–
LaR-Forderungen	1.684	–	–
AfS-Forderungen	1.286	–	–
davon: Hedge-Adjustment	44	–	–
Andere Forderungen	24.635	–	–
LaR-Forderungen	24.174	–	–
AfS-Forderungen	461	–	–
davon: Hedge-Adjustment	2	–	–
Gesamt	**27.614**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39
LaR = Loans and Receivables, AfS = Available for Sale

46 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten in den entsprechenden Laufzeitbändern wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	16.583	16.873	– 2
bis drei Monate	2.142	1.842	16
mehr als drei Monate bis ein Jahr	394	486	– 19
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.281	3.101	6
mehr als fünf Jahre	10.766	11.444	– 6
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	3.156	3.066	2
bis drei Monate	40	214	– 81
mehr als drei Monate bis ein Jahr	100	200	– 50
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	562	1.207	– 53
mehr als fünf Jahre	2.454	1.445	70
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	9.369	8.786	7
bis drei Monate	238	988	– 76
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.013	944	7
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.907	4.983	– 2
mehr als fünf Jahre	3.211	1.871	72
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	11.005	12.502	– 12
bis drei Monate	2.470	2.661	– 7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.573	851	85
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.336	4.242	– 21
mehr als fünf Jahre	3.626	4.748	– 24
Andere Forderungen	16.114	16.500	– 2
täglich fällig	1.968	1.343	47
bis drei Monate	3.924	4.425	– 11
mehr als drei Monate bis ein Jahr	876	903	– 3
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.008	4.443	– 32
mehr als fünf Jahre	6.338	5.386	18
Gesamt	**56.227**	**57.727**	**– 3**

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 56.173 Mio. € (Vorjahr: 57.579 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 54 Mio. € (Vorjahr: 148 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 4.366 Mio. € (Vorjahr: 2.899 Mio. €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004[1]	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	16.583	–	–
LaR-Forderungen	16.583	–	–
AfS-Forderungen	0	–	–
davon: Hedge-Adjustment	0	–	–
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	3.156	–	–
LaR-Forderungen	3.156	–	–
AfS-Forderungen	0	–	–
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	9.369	–	–
LaR-Forderungen	6.329	–	–
AfS-Forderungen	3.040	–	–
davon: Hedge-Adjustment	182	–	–
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	11.005	–	–
LaR-Forderungen	11.005	–	–
AfS-Forderungen	0	–	–
Andere Forderungen	16.114	–	–
LaR-Forderungen	16.114	–	–
AfS-Forderungen	0	–	–
davon: Hedge-Adjustment	12	–	–
Gesamt	**56.227**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39
LaR = Loans and Receivables, AfS = Available for Sale

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2005 Wertberichtigungen in Höhe von 4.312 Mio. € (Vorjahr: 4.865 Mio. €).

47 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	13	19	–32
Forderungen an Kunden	4.312	4.865	–11
Gesamt	**4.325**	**4.884**	**–11**

Davon entfallen auf Altkredite:

in Mio. €	2005	2004	Veränderung in %
Stand 1. Januar	317	337	–6
Veränderungen (erfolgsneutral)	–12	–20	48
Stand 31. Dezember	305	317	–3

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Risikovorsorge	4.325	4.884	–11
abzüglich Altkredite	305	317	–3
zuzüglich Rückstellungen	138	168	–18
Gesamt	**4.158**	**4.735**	**–12**

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die Bank im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die Bank. Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite stehen nicht der Bank (da Risikovorsorge nicht über eigene GuV gebildet, sondern zulasten Ausgleichsforderungen), sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr haben sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

ENTWICKLUNG DER RISIKOVORSORGE

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen	
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Stand 1. Januar vor Erstanwendung	**4.349**	**4.536**	**130**	**96**	**83**	**75**
Erstanwendungseffekte	–13		–115		115	
Stand 1. Januar nach Erstanwendung	**4.336**	**4.536**	**15**	**96**	**198**	**75**
Zuführungen	382	531	19	55	3	10
Abgänge						
Inanspruchnahmen	671	372	3	1	0	0
Auflösungen	224	322	0	13	23	2
Unwinding	125	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Umbuchungen	99	– 24	– 2	– 7	0	0
Stand am 31. Dezember	**3.797**	**4.349**	**29**	**130**	**178**	**83**
davon GuV-wirksam	158	209	19	42	–20	8
Direktabschreibungen						
Eingang auf abgeschriebene Forderungen						
Summe						

Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		Veränderung in %	davon GuV-wirksam	
2005	2004	2005	2004	2005	2004		2005	2004
168	**227**	**5**	**18**	**4.735**	**4.952**	**– 4**		
– 5		– 5		– 23				
163	**227**	**0**	**18**	**4.712**	**4.952**	**– 4**		
59	23	11	0	474	619	– 23	474	619
				0	0			
20	1	0	9	694	383	> 100		
59	62	1	4	307	403	– 24	307	403
0	0	0	0	125	0			
– 5	– 19	6	0	98	– 50	< 100		
138	**168**	**13**	**5**	**4.158**	**4.735**	**– 13**	167	216
0	– 39	10	– 4	167	216	– 23		
							36	44
							11	5
							192	255

Der Unwinding-Effekt ergibt sich – bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungen – aus der Fortschreibung der Barwerte. Es wird der ursprüngliche, effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

48 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 (Fair Value Hedge) erfüllen, sind mit einem Wert von 410 Mio. € angesetzt.

49 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten.

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Handelsaktiva	16.015	9.634	66
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Fair Value-Option)	1.224	0	100
Gesamt	**17.239**	**9.634**	**79**

(a) Handelsaktiva

Das Handelsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin umfasst den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.321	2.455	–5
Geldmarktpapiere	60	12	>100
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.261	2.443	–7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.724	3.774	–28
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.968	3.309	>100
Sonstige Handelsaktiva	2	96	–98
Gesamt	**16.015**	**9.634**	**66**

Gliederung der Handelsaktiva nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	51	190	1.400	680	**2.321**
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	7	15	2.701	**2.724**
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	464	742	4.901	4.861	**10.968**
Sonstige Handelsaktiva	0	0	0	2	**2**
Gesamt	**516**	**939**	**6.316**	**8.244**	**16.015**

(b) Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Fair Value-Option)

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004[1)]	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	121	–	–
Finanzanlagen	1.103	–	–
Gesamt	**1.224**	**–**	**–**

[1)] in 2004 keine Anwendung des IAS 39

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31.12.2005 beträgt 121 Mio. €; Kreditderivate oder ähnliche zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Zum letzten Bilanzstichtag wurden keine zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente ausgewiesen.

Gliederung der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (Fair Value-Option) nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kunden	0	0	51	70	121
Finanzanlagen	43	186	584	290	1.103
Gesamt	**43**	**186**	**635**	**360**	**1.224**

50 Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.742	33.815	18
Geldmarktpapiere	290	8	>100
Anleihen und Schuldverschreibungen	39.452	33.807	17
von öffentlichen Emittenten	8.369	4.182	>100
von anderen Emittenten	31.083	29.625	5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	523	258	>100
Beteiligungen und At Equity bewertete Unternehmen	405	390	4
Beteiligungen	292	169	73
Beteiligungen an Kreditinstituten	8	8	0
Beteiligungen an Finanzdienstleistungsinstituten	0	0	0
Beteiligungen an sonstigen Unternehmen	284	161	76
Verbundene Unternehmen	29	90	–68
At Equity bewertete Unternehmen[1)]	84	131	–36
Anteile an assoziierten Kreditinstituten	71	113	–37
Anteile an assoziierten Finanzdienstleistungsinstituten	0	0	0
Anteile an assoziierten sonstigen Unternehmen	13	18	–28
Gesamt	**40.670**	**34.463**	**18**

[1)] Davon sind 40 Unternehmen (Vorjahr: 35) zu Anschaffungskosten bewertet.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 11.126 Mio. € (Vorjahr: 8.540 Mio. €).

Anhang des Konzerns nach IFRS

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004[1]	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.742	–	–
Geldmarktpapiere	290	–	–
AfS	290	–	–
Anleihen und Schuldverschreibungen	39.452	–	–
LaR	3.961	–	–
AfS	35.491	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	523	–	–
AfS	523	–	–
Beteiligungen und at equity bewertete Unternehmen	405	–	–
davon: At equity bewertet	84	–	–
Gesamt	**40.670**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39
AfS = Available for Sale, LaR = Loans and Receivables

Von den Finanzanlagen sind:

	Börsenfähige Werte	
in Mio. €	Börsen-notierte Werte	Nicht börsen-notierte Werte
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	37.724	2.018
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	233	171
Beteiligungen	162	34
At equity bewertete Unternehmen	0	0

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Buchwert 1.1.	169	184	90	211
Zugänge	126	12	59	0
Abgänge	20	20	83	121
Umbuchungen	0	0	– 34	0
Abschreibungen	22	9	3	0
Zuschreibungen	0	2	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Veränderung aus der Bewertung zum Fair Value	39	0	0	0
Buchwert 31.12.	292	169	29	90

Assoziierte Unternehmen

Von den insgesamt 44 (Vorjahr: 46) assoziierten Unternehmen und Joint Ventures werden 4 (Vorjahr: 5) Gesellschaften nach der Equity-Methode bewertet, die übrigen assoziierten Unternehmen nach IAS 39, da sie im Rahmen einer internen Prüfung als nicht wesentlich eingestuft wurden. Daneben wurden 2 (Vorjahr: 6) assoziierte Unternehmen nach IFRS 5 bewertet.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2005 [1]
Summe der Vermögenswerte	7.827
Summe der Verpflichtungen	7.474
Erträge	512
Jahresüberschuss	20

[1] Es sind teilweise Werte für 2004 enthalten.

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2005
Summe der Vermögenswerte	10.337
Summe der Verpflichtungen	10.117
Erträge	446
Jahresüberschuss	13

51 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Immaterielle Vermögenswerte			
Geschäfts- und Firmenwert	570	570	0
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	87	100	–13
Gesamt	**657**	**670**	**–2**

Von den sonstigen immateriellen Vermögenswerten entfallen 79 Mio. € (Vorjahr: 93 Mio. €) auf die erworbenen immateriellen Vermögenswerte und 8 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) auf die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte. Hierin ist der Entwicklungsanteil von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 4,2 Mio. €) enthalten.

Der Forschungsaufwand für die selbst erstellte Software beträgt 2,2 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Geschäfts- und Firmenwerte		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Buchwert 1.1.	**570**	**570**	**100**	**104**	**670**	**674**
Zugänge	0	0	18	27	18	27
Abgänge	0	0	0	3	0	3
Umbuchungen	0	0	12	17	12	17
Abschreibungen	0	0	43	45	43	45
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	**570**	**570**	**87**	**100**	**657**	**670**

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert, Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 216 Mio. € (Vorjahr: 191 Mio. €). Die kumulierte Abschreibung beträgt 129 Mio. € (Vorjahr: 91 Mio. €).

52 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	696	785	–11
Betriebs- und Geschäftsausstattung	158	171	–8
Gesamt	**854**	**956**	**–11**
davon: Anlagen im Bau	2	5	–60

Sachanlagen in Höhe von 449 Mio. € (Vorjahr: 461 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt. Darüber hinaus wird Anlagevermögen in einer Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) im Rahmen von Operate Leasing eingesetzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Selbst genutzte Immobilien und Grundstücke		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Buchwert 1.1.	**785**	**806**	**171**	**200**	**956**	**1.006**
Zugänge	6	–1	7	14	13	13
Abgänge	12	4	2	8	14	12
Umbuchungen	–41	3	–4	–2	–45	1
Abschreibungen	43	19	14	33	57	52
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	0	0	0	1	0
Buchwert 31.12.	**696**	**785**	**158**	**171**	**854**	**956**

Der Bruttobuchwert der selbst genutzten Immobilien und Grundstücke beträgt 765 Mio. € (Vorjahr: 816 Mio. €). Die kumulierte Abschreibung beträgt 69 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €).

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 416 Mio. € (Vorjahr: 395 Mio. €). Die kumulierte Abschreibung beträgt 258 Mio. € (Vorjahr: 225 Mio. €).

53 Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	119	62	92
Latente Steuern	766	353	>100
Gesamt	**885**	**415**	**>100**

Aktive Steuerabgrenzungen bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung im Zeitraum der Mittelfristplanung wahrscheinlich ist.

Aktive Steuerabgrenzungen wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	1.633	36	>100
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	86	20	>100
Finanzanlagen	1.499	10	>100
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	20	12	67
Sonstige Aktiva	276	11	>100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	1	>100
Verbriefte Verbindlichkeiten	26	0	x
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	332	0	x
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	5.689	1	>100
Rückstellungen	675	255	>100
Nachrangkapital	87	0	x
Sonstige Passiva	5	245	–98
Verlustvorträge	211	94	>100
Zwischensumme	**10.546**	**685**	**>100**
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	–9.780	–332	>100
Gesamt	**766**	**353**	**>100**

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Einzelgesellschaftsebene eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Sonstige Vermögensgegenstände	2.669	3.494	– 24
davon: Forderung aus Neutralisierungsvereinbarung	0	1.124	– 100
Investment Properties	197	264	– 25
Unbebaute Grundstücke	2	5	– 60
Grundstücke und Gebäude	195	259	– 25
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	7	0	x
Gesamt	**2.873**	**3.758**	**– 24**

Der Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ beinhaltet abgegrenzte Zinsen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Weiterhin sind in diesem Posten Vermögenswerte von nicht konsolidierten Unternehmen in Höhe von 113 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) enthalten.

55 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Sachanlagen (IAS 16)	15	0	x
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	73	74	0
Finanzielle Vermögenswerte	48	242	– 80
Abgangsgruppen	1	21	– 95
Gesamt	**137**	**337**	**– 59**

Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten handelt es sich um Grundstücke und Gebäude sowie von Konzernunternehmen gehaltene Beteiligungen.

Die Abgangsgruppe setzt sich aus einem zur Veräußerung bestimmten Gebäude und der dafür erhaltenen Vorauszahlung des Käufers zusammen.

Die Veräußerung der zur Veräußerung klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2006 erfolgen.

Im Rahmen der Klassifizierung als „zur Veräußerung gehalten“ entstand bei den Vermögenswerten kein Abwertungsbedarf.

56 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Hypothekenpfandbriefe der Hypothekenbanken	188	266	–29
bis 3 Monate	6	49	–88
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15	91	–84
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	137	101	36
mehr als 5 Jahre	30	25	20
Hypothekenpfandbriefe der anderen Kreditinstitute	162	132	23
bis 3 Monate	2	0	x
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51	0	x
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20	61	–67
mehr als 5 Jahre	89	71	25
Öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbanken	89	159	–44
bis 3 Monate	28	24	17
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	12	58	–79
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	34	57	–40
mehr als 5 Jahre	15	20	–25
Öffentliche Pfandbriefe	2.420	2.465	–2
bis 3 Monate	304	47	>100
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	323	191	69
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.609	1.876	–14
mehr als 5 Jahre	184	351	–48
Andere Verbindlichkeiten	39.151	33.816	16
täglich fällig	2.055	5.549	–63
bis 3 Monate	28.439	17.649	61
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.456	5.019	–11
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.588	3.662	–29
mehr als 5 Jahre	1.613	1.937	–17
Gesamt	**42.010**	**36.838**	**14**

In den Verbindlichkeiten an Kreditinstitute sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 39.773 Mio. € (Vorjahr: 35.075 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 2.237 Mio. € (Vorjahr: 1.763 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 318 Mio. € (Vorjahr: 852 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

57 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Hypothekenpfandbriefe der Hypothekenbanken	1.600	1.899	– 16
bis 3 Monate	73	120	– 39
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	58	250	– 77
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	616	550	12
mehr als 5 Jahre	853	979	– 13
Hypothekenpfandbriefe	172	155	11
bis 3 Monate	2	0	x
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	10	10	0
mehr als 5 Jahre	160	145	10
Öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbanken	1.139	1.154	– 1
bis 3 Monate	70	49	43
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	36	231	– 84
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	576	401	44
mehr als 5 Jahre	457	473	– 3
Öffentliche Pfandbriefe	1.760	1.968	– 11
bis 3 Monate	127	54	>100
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	440	177	>100
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	934	1.232	– 24
mehr als 5 Jahre	259	505	– 49
Spareinlagen	7.637	7.793	– 2
bis 3 Monate	7.505	7.638	– 2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13	15	– 13
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	110	129	– 15
mehr als 5 Jahre	9	11	– 18
Andere Verbindlichkeiten	20.099	22.140	– 9
täglich fällig	10.635	11.233	– 5
bis 3 Monate	3.163	2.945	7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	974	2.788	– 65
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.613	1.472	– 10
mehr als 5 Jahre	3.714	3.702	0
Gesamt	**32.407**	**35.109**	**– 8**

In den Verbindlichkeiten an Kunden sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 32.285 Mio. € (Vorjahr: 34.993 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 122 Mio. € (Vorjahr: 116 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 85 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) Fair Value gehedgt.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 278 Mio. € (Vorjahr: 299 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

58 Verbindlichkeiten aus Leasing

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 632 Mio. € (Vorjahr: 629 Mio. €).

Die Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
bis 1 Jahr	56	59	– 5
über 1 Jahr bis 5 Jahre	296	290	2
über 5 Jahre	1.045	1.090	– 4
Gesamt	**1.397**	**1.439**	**– 3**

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
bis 1 Jahr	24	29	– 17
über 1 Jahr bis 5 Jahre	145	126	15
über 5 Jahre	179	201	– 11
Gesamt	**348**	**356**	**– 2**

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus Untermietverträgen beträgt 11,4 Mio. €.

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmersdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 58 Mio. €.

59 Verbriefte Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Trennungspflichtige Derivate (Embedded Derivatives) wurden abgespalten und mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet und unter den Handelspassiva (Kategorie: Other Liabilities) ausgewiesen. Im Rahmen des Hedge Accountings wurden gesicherte Verbindlichkeiten um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

Als verbriefte Verbindlichkeiten werden Hypothekenpfandbriefe, öffentliche Pfandbriefe, begebene Schuldverschreibungen, Geldmarktpapiere (z.B.: Commercial Papers, Certificates of Deposits und Euro Notes) und eigene Akzepte ausgewiesen. Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	33.404	43.930	– 24
Hypothekenpfandbriefe	7.731	7.687	1
Öffentliche Pfandbriefe	15.435	19.005	– 19
Sonstige Schuldverschreibungen	10.238	17.238	– 41
Sonstige verbriefte Verbindlichkeiten	202	160	25
davon: Begebene Geldmarktpapiere	0	88	– 100
Gesamt	**33.606**	**44.090**	**– 24**

Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
mit vereinbarter Restlaufzeit			
bis drei Monate	3.107	22.758	– 86
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.243	4.379	– 3
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	17.808	11.197	59
mehr als fünf Jahre	8.448	5.756	47
Gesamt	**33.606**	**44.090**	**– 24**

Der Zinssatz des begebenen Geldmarktpapiers betrug 0,75 % (Vorjahr: keine Emission). Schuldverschreibungen einschließlich strukturierter Produkte werden bis 13,51 % (Vorjahr: bis 13,41 %) verzinst. Die Ursprungslaufzeiten betragen bei Geldmarktpapieren bis zu einem Jahr.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen, im Geschäftsjahr 2005 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 1 Mrd. €.

Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Emittent	Zinssatz in %	Fälligkeit
1.800	EUR	LBB	2,189	15.7.2015
1.500	EUR	LBB	2,185/2,400	17.8.2015
1.500	EUR	Berlin Hyp	3,5	22.2.2013
1.250	EUR	Berlin Hyp	2,488	3.2.2011
1.250	EUR	Berlin Hyp	3,25	13.4.2011
1.000	EUR	Berlin Hyp	2,75	3.8.2010
1.000	EUR	LBB	3	2.2.2010
1.000	EUR	LBB	3,25	15.6.2015

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 509 Mio. € (Vorjahr: 432 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

60 Verbriefung von Krediten (Securitisation)

Ein Transfer von Kreditrisiken an einen Dritten kann traditionell durch Verkauf der Bilanzaktiva oder synthetisch über den Einsatz von Kreditderivaten wie Credit Default Swaps oder auch Credit Linked Notes durchgeführt werden.

Ein Ziel von Verbriefungstransaktionen ist es, durch den Kreditrisikoübergang an einen Dritten eine eigenkapitalentlastende Wirkung zu erzielen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2002 wurde in der Bankgesellschaft Berlin AG (= Sicherungsnehmer) eine synthetische Verbriefung mit dem Transaktionsnamen „Rhea CDO1" aufgelegt. Die rechtliche Fälligkeit dieser Transaktion ist am 20. Februar 2011. Das verbriefte Volumen dieser Transaktion betrug zum 31. Dezember 2005 0,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,3 Mrd. €). Diese Transaktion wurde im Februar 2006 gekündigt.

61 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 (Fair Value Hedge) erfüllen, sind mit einem Wert von 850 Mio. € angesetzt.

62 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva sowie die zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente enthalten.

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Handelspassiva	11.969	3.295	>100
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	13.577	0	x
Gesamt	**25.546**	**3.295**	**>100**

(a) Handelspassiva

Die Handelspassiva beinhalten derivative Finanzinstrumente und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	11.311	3.157	>100
Sonstige Handelspassiva	658	138	>100
davon: Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	658	0	x
Gesamt	**11.969**	**3.295**	**>100**

Gliederung der Handelspassiva nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	548	602	5.221	4.940	11.311
Sonstige Handelspassiva	12	9	41	596	658
Gesamt	**560**	**611**	**5.262**	**5.536**	**11.969**

(b) Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004[1]	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	411	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	933	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.040	–	–
Nachrangkapital/Hybridkapital	193	–	–
Gesamt	**13.577**	**–**	**–**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (Fair Value-Option) nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	10	353	43	411
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	55	0	286	592	933
Verbriefte Verbindlichkeiten	182	405	4.877	6.576	12.040
Nachrangkapital/Hybridkapital	0	0	0	193	193
Gesamt	**242**	**415**	**5.516**	**7.404**	**13.577**

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die oben genannten Positionen beläuft sich für das Jahr 2005 auf 5 Mio. € für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden und auf 33 Mio. € für verbriefte Verbindlichkeiten beziehungsweise Nachrangkapital. Die kumulierten Wertänderungen betragen 2 Mio. € beziehungsweise 60 Mio. €.

Zur Berechnung der oben genannten Beträge wurde die Preissensitivität (Basis Point Value) der jeweiligen Verbindlichkeit zugrunde gelegt. Dabei gibt die Sensitivität die Wertveränderung in Euro des jeweiligen Instruments bei einem Basispunkt Rendite- beziehungsweise Spreadveränderung an. Für den anzugebenden Betrag wurde die ermittelte Sensitivität (unter Berücksichtigung der Konvexität) mit der beobachteten Credit Spread Veränderung und dem jeweiligen Marktwert in Zusammenhang gebracht.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem höheren Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf 722 Mio. €. Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von 1.082 Mio. €, der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt. Dagegen stehen 360 Mio. € aus Verbindlichkeiten mit einer laufenden Verzinsung, bei denen der Buchwert höher als der Rückzahlungsbetrag ist.

63 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Pensionsrückstellungen	915	751	22
Sonstige Rückstellungen	906	1.044	–13
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	180	301	–40
Restrukturierungsrückstellungen	167	180	–7
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	138	168	–18
Übrige Rückstellungen	421	395	7
Gesamt	**1.821**	**1.795**	**1**

Die Rückstellungen für Pensionen, Restrukturierung und EU-Maßnahmen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal und sonstige Steuern enthalten. Diese sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

A) Pensionsrückstellungen
B) Sonstige Rückstellungen

A) Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht:

Altersvorsorge (Planbeschreibung)

Grundsätzliches

Im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen.

Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.95). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen zum 31. Dezember 2005 – 86 Mio. € (Vorjahr: – 33 Mio. €).

Erstanwendung

Grundsätzlich sind gemäß IFRS 1 bei Erstanwendung von IAS/IFRS die fortgeführten historischen Rückstellungsbeträge (retrospektiver Ansatz) zu ermitteln. Vereinfachend besteht die Möglichkeit (IFRS 1.20), auf den Termin der Umstellung (date of transition IFRS 1.6) die Pensionsrückstellungen zu berechnen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Versorgungsverpflichtungen

a) Deferred Compensation

Bei einem kleinen Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei dem der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung als mittelbare Verpflichtung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 526,9 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 550,7 T€).

b) Direktzusagen

Bei den unmittelbaren Versorgungszusagen (Direktzusagen) ist die Höhe der Versorgungsleistungen im Wesentlichen von bestimmten Faktoren wie Alter, versorgungsfähiges Gehalt und Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig (Defined Benefit Plan). Die Versorgungszusagen sehen generell Leistungen im Fall des Alters, der Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt (keine Kapitalleistungen). Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Versorgungszusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Vereinbarungen (Pensionsverträge).

Im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG bestehen mehrere sehr unterschiedliche Versorgungsordnungen.

Die wesentlichen Versorgungszusagen werden nachfolgend beschrieben:

Ruhegeldordnung der Konzernunternehmen der Bankgesellschaft Berlin (Plan 100)
Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200)
Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210)
Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230)
Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300)
Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310)
Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp)
Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp)

c) Unmittelbare (leistungsorientierte) Zusage (Defined Benefit Plan)

Die unmittelbaren Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung basieren auf Betriebsvereinbarungen und einzelvertraglichen Regelungen mit unterschiedlicher Systemgestaltung.

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um beitragsorientierte Leistungszusagen (Rentenbaustein-/Versorgungspunktesystem), gehaltsabhängige Leistungssysteme (Endgehaltsplan) und Nominalbetragssysteme (Festbetragszusage).

Alle Versorgungsordnungen und einzelvertraglichen Zusagen sehen grundsätzlich bei Eintritt des Versorgungsfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach Erfüllung weiterer Voraussetzungen (unter anderem Wartezeit) die Gewährung von Altersrenten, vorgezogenen Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten und Renten an Witwen/r und Waisen vor.

Geschlechtsspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt; Kapitalabfindungen sind nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (z.B. Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Im Zuge der Gründung des Konzerns wurden spätestens zum 31. Dezember 1994 alle Versorgungssysteme geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter/-innen nach den Regularien der „Ruhegeldordnung der Konzernunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG“.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse für die Betriebsangehörigen der Bankgesellschaft Berlin AG“ handelt es sich um eine Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 von der damaligen Berliner Bank AG gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern zeitweilige oder laufende Unterstützungsleistungen in Fällen der Not, insbesondere infolge von Krankheit oder Alter (einschließlich Hinterbliebenenversorgung), zu gewähren. Im Zuge der Ausweitung der Berliner Bank AG zu einem Konzernunternehmen entwickelte sich die Unterstützungskasse zu einer Gruppen-Unterstützungskasse.

Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4 d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde die Finanzierungsregelung geändert. Seit diesem Zeitpunkt werden die Anwartschaften aller Anwärter sowie die erworbenen Ansprüche aller neuen Leistungsfälle zu 100 % aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Bei den Leistungsempfängern, die vor dem genannten Zeitpunkt bereits eine laufende Leistung aus der Unterstützungskasse erhielten, trat hingegen keine Änderung ein. Seit dem 1. Juli 1999 ist die Unterstützungskasse damit ein für Neuzugänge geschlossenes Versorgungssystem. Derzeit erhalten noch circa 1.000 Rentner eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse betrug zum 31. Dezember 2005 rund 27,6 Mio. € (Vorjahr: rund 29,2 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

in %	31.12.2005	31.12.2004
Rechnungszins	4,25	4,9
Gehaltstrend	2,5	2,5
Rententrend		
– Plan 100/300	1	1
– Plan 200/210	0,8	2,5
– Plan 220/230	0,8	1,5
– Plan 310	1,9	0,75
– ehemalige Vorstände	2,5	1
– Übrige	1	1
Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG)	1	1,5
Ertragsrate aus Vermögenswerten	3,52	3,48
Fluktuationswahrscheinlichkeit	2,50 – 5,00	5

Pensionsalter	Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gem. RRG 1999
Rechnungsgrundlagen	„Richttafeln 2005 G“ (Invalidität 100 %) von Prof. Dr. Klaus Heubeck (2004: „Richttafeln 1998“, Invalidität 80 %, von Prof. Dr. Klaus Heubeck)
Durchschnittliche Restdienstzeit zum 31.12.2005	12 Jahre

Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	943	780
abzüglich Fair Value Planvermögenswerten	– 28	– 29
Gesamt	**915**	**751**

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	**751**	**684**
Dienstzeitaufwand	19	19
Zinsaufwand	38	37
Sonstige Zuführungen	– 1	– 1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	– 28	– 25
Veränderungen des Konsolidierungskreises	49	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	87	37
Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	**915**	**751**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 164 Mio. € auf 915 Mio. € (Vorjahr: 751 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

in %	2005	2004
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	77,6	82,2
Nicht festverzinslich	7,2	2,5
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	4,6	3,3
Ausland	8,1	7
Bankguthaben	2,2	4,8
Übriges Vermögen	0,3	0,2
Gesamt	**100**	**100**

Die **erwarteten Ertragsraten des Planvermögens** werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

in %	2005	2004
Fair Value des Planvermögens zum 1. Januar	**29**	**31**
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	1	1
Erbrachte Leistungen	– 3	– 4
Fair Value des Planvermögens zum 31. Dezember	**28**	**29**

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungstechnischen Gewinne und Verluste

in Mio. €	2005	2004
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	– 81	– 33
Kumuliert Vorjahre	– 33	0
Gesamt	**– 114**	**– 33**

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge

in Mio. €	2005	2004
Dienstzeitaufwand	19	19
Zinsaufwand	38	37
Erwartete Erträge aus Planvermögen	– 1	– 1
Gesamt	**56**	**55**

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Verwaltungsaufwand“ ausgewiesen.

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen

in Mio. €	2006	2005
Einzahlungen	62	56
Auszahlungen	– 30	– 26
Gesamt	**32**	**30**

Darstellung der **erfahrungsbedingten Anpassungen** an die Pensionsverpflichtung und das Planvermögen

	2005		2004	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Barwert Pensionsverpflichtung (DBO)	85	9	38	4,8
Fair Value Planvermögen	1	1,7	1	1,6

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2005 ein Rechnungszins von 3,3 % (Vorjahr: von 3,48 %) berücksichtigt.

B) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Stand zum 1. Januar	**1.044**	**1.087**
Zuführungen	242	151
Inanspruchnahme	221	117
Auflösungen	134	106
Umbuchungen	– 29	30
Effekte aus Wechselkursänderungen	4	– 1
Stand zum 31. Dezember	**906**	**1.044**

Davon: Rückstellung wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Stand zum 1. Januar	**301**	**290**
Zuführungen	61	11
Inanspruchnahme	82	0
Auflösungen	17	0
Umbuchungen	– 83	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	**180**	**301**

Davon: Restrukturierungsrückstellung

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Stand zum 1. Januar	**180**	**211**
Zuführungen	37	26
Inanspruchnahme	31	38
Auflösungen	11	21
Umbuchungen	– 8	2
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	**167**	**180**

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Stand zum 1. Januar	**168**	**227**
Zuführungen	59	23
Inanspruchnahme	20	1
Auflösungen	59	62
Umbuchungen [1)]	– 14	– 18
Effekte aus Wechselkursänderungen	4	– 1
Stand zum 31. Dezember	**138**	**168**

[1)] Enthält im Berichtsjahr Effekte aus Erstanwendung in Höhe von – 5 Mio. €.

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Stand zum 1. Januar	**395**	**359**
Zuführungen	85	91
Inanspruchnahme	88	78
Auflösungen	47	23
Umbuchungen	76	46
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	**421**	**395**

64 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	144	94	53
Latente Steuern	94	52	81
Gesamt	**238**	**146**	**63**

Rückstellungen für Ertragsteuern gelten als potenzielle Steuerverpflichtungen, für die noch kein rechtskräftiger Steuerbescheid vorliegt.

Passive Steuerabgrenzungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar.

Passive Steuerabgrenzungen wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	32	21	52
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	155	0	x
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	4.190	0	x
Finanzanlagen	1.661	23	>100
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	470	222	>100
Sonstige Aktiva	6	113	–95
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	2.043	2	>100
Verbriefte Verbindlichkeiten	463	0	x
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	17	0	x
Nachrangkapital	40	0	x
Sonstige Passiva	797	3	>100
Zwischensumme	**9.874**	**384**	**>100**
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	–9.780	–332	>100
Gesamt	**94**	**52**	**81**

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Einzelgesellschaftsebene eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

65 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden (außer Ertragsteuern)	28	42	– 33
Sonstige Verbindlichkeiten	2.067	3.022	– 32
Verbindlichkeiten aus Collateral (Barsicherheiten)	1.101	788	40
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99	52	90
Passivischer Devisenausgleichsposten	0	4	– 100
Übrige Sonstige Verbindlichkeiten	867	2.178	– 60
Rechnungsabgrenzungsposten	117	85	38
Übrige Sonstige Passiva	11	15	– 20
Gesamt	**2.223**	**3.164**	**– 30**

Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ beinhaltet abgegrenzte Zinsen in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio.€). Weiterhin sind in diesem Posten Verbindlichkeiten von nicht konsolidierten Unternehmen in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) enthalten.

66 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

Neben der Passiva aus zur Veräußerung bestimmten Beteiligungen (69 Mio. €) enthält dieser Posten eine Verbindlichkeit in Höhe von 31 Mio. €, die im Zusammenhang mit dem Verkauf eines langfristigen Vermögensgegenstands steht.

67 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.768	2.749	1
davon: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	194	105	85
Genussrechtskapital	0	0	0
davon: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0	0	0
Stille Einlagen des Landes Berlin	1.100	1.100	0
Gesamt	**3.868**	**3.849**	**0**

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 135 Mio. € (Vorjahr: 93 Mio. €).

Als stille Einlagen werden zwei stille Einlagen des Landes Berlin in Höhe von insgesamt 1.100 Mio. € ausgewiesen, die das Land in 2004 im zeitlichen Zusammenhang mit der Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB) eingebracht hat. Die gewinnabhängige Verzinsung beträgt 6,69 % - 7,22 % auf den Nominalbetrag. Eine Kündigung durch die Bank ist frühestens zum 31. Dezember 2014 möglich.

68 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004 [1]	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital nach Abzug eigener Aktien	2.484	2.484	0
Gezeichnetes Kapital (vor Abzug eigener Aktien)	2.554	2.554	0
Eigene Aktien	–70	–70	0
Kapitalrücklage	15	1.971	–99
Gewinnrücklagen	–605	–135	<–100
Gesetzliche Rücklage	0	2	–100
Andere Gewinnrücklagen	–605	–137	<–100
Gewinnrücklagen (Erstanwendungseffekte) zum 01.01.2004	–73	–73	0
Gewinnrücklagen (Erstanwendungseffekte) zum 01.01.2005	–723	–	–
Sonstige Gewinnrücklagen	191	–64	>100
Neubewertungsrücklagen	291	–	–
Neubewertungsrücklage (AfS)	471	–	–
Neubewertungsrücklage Latente Steuern	–180	–	–
Anteile in Fremdbesitz	36	27	33
Bilanzgewinn/-verlust	–370	–2.390	–85
Gesamt	**1.851**	**1.957**	**–5**

[1] in 2004 keine Anwendung des IAS 39

Gezeichnetes Kapital

Das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Bankgesellschaft besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien beläuft sich das Gezeichnete Kapital auf 2.554,7 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Bankgesellschaft nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergibt sich wie folgt:

	31.12.2005		31.12.2004	
	in Mio. €	Stückzahl	in Mio. €	Stückzahl
Ausgegebene Aktien	2.554,7	999.327.870	2.554,7	999.327.870
./. Eigene Aktien im Bestand	70,4	27.486.235	70,4	27.496.235
= im Umlauf befindliche Aktien (gezeichnetes Kapital)	2.484,3	971.841.635	2.484,3	971.831.635

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, in der Kapitalrücklage enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 0 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) aus gesetzlichen und zu –605 Mio. € (Vorjahr: –137 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Neubewertungsrücklage (AfS)

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung des Beteiligungs- und AfS-Wertpapierbestands der sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzt, sowie Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Marktwert (Fair Value) eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist.

Neubewertungsrücklage (Latente Steuern)

In dieser Position werden Latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Hedging Derivate aus Cash Flow Hedges).

69 Segmentberichterstattung

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind deshalb konzernbezogen dargestellt. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden wird ausschließlich am Standort Berlin in der Landesbank Berlin mit den Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank betrieben. Im Kernmarkt Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Konsumentenfinanzierung und dem Kreditkartengeschäft sowie der Anlageberatung und Vermögensverwaltung einschließlich der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Drittkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten. Im Geschäftsfeld enthalten sind Ergebnisse aus at equity-bewerteten Konzerngesellschaften in Höhe von –0,9 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €). Diese sind mit einem Buchwert in Höhe von 75 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio. €) im Segmentvermögen enthalten.

Firmenkunden

Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berliner Bank geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking, Gründungen und Unternehmensnachfolge.

Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Kapitalmarktgeschäft

Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige innovative Produkte des Kapitalmarktgeschäfts werden vor allem innerhalb von Aktien-, Zins- und Währungsportfolios gemanagt. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft BB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der BB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Außerdem werden dem Geschäftsfeld einzelne Spezialfonds zugerechnet.

Im Geschäftsfeld enthalten sind Ergebnisse aus at equity-bewerteten Konzerngesellschaften in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €). Diese sind mit einem Buchwert in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) im Segmentvermögen enthalten.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft vornehmlich durch die Bankgesellschaft Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Erstmals wird in der Segmentdarstellung die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp komplett abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Zu weitergehenden Erläuterungen sowie Ergebnisdarstellungen der Kerngeschäftssegmente verweisen wir auf den Abschnitt „Ergebnis der Segmente“.

Weitere Segmente

Neben den Kerngeschäftsfeldern werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“ und „Sonstiges/Konsolidierung“ dargestellt.

Unter „Corporate Investments“ werden im Berichtsjahr die Ergebnisse der Tochtergesellschaft Weberbank bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 ausgewiesen.

Unter „Sonstiges/Konsolidierung“ werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 73 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €). Im Geschäftsfeld enthalten sind Ergebnisse aus at equity-bewerteten Konzerngesellschaften in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Diese sind mit einem Buchwert in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) im Segmentvermögen enthalten.

Methodische Grundlagen

Die Bankgesellschaft hat im Rahmen der IFRS-Erstanwendung bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IAS 32/39 von der Befreiung nach IFRS 1.36A Gebrauch gemacht und als Vorjahresvergleichszahlen (für 2004) die Bilanzansätze und Bewertungen nach HGB übernommen. In der Segmentberichterstattung wird folglich analog verfahren.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, dem Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten.

Die Risikopositionen bestehen aus den Risikoaktiva und den Marktpreisrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG sowie den operationellen Risiken gemäß SolvV jeweils auf Segmentebene. Entsprechend den Risikopositionen statten wir die Segmente mit Eigenkapital aus und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Wir wenden dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern. Auf Konzernebene ist das Kernkapital gemäß § 10 KWG inklusive beziehungsweise exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin die Bezugsbasis für die Eigenkapitalrentabilitätsberechnung.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

70 Eventualverbindlichkeiten, Eventualforderungen und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten sind nach IFRS bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle der Bankgesellschaft stehen, erst noch bestätigt wird. Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hinzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist, oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Alle Eventualverbindlichkeiten wurden individuell auf die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses hin beurteilt. Soweit ein Vermögensabfluss wahrscheinlich ist, wurde in entsprechender Höhe eine Rückstellung gebildet. Bei der Bewertung wurde jeweils die Möglichkeit einer Erstattung berücksichtigt. Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten wurde von den entsprechenden Posten abgesetzt.

Quantifizierbar:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	**2.194**	**2.827**	**– 22**
Kreditbürgschaften	919	1.125	– 18
Akkreditive	22	42	– 48
Sonstige Bürgschaften	1.253	1.660	– 25
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/ Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	**2.261**	**2.731**	**– 17**
Sonstige Eventualverbindlichkeiten (Schecks, Wechsel)	**0**	**9**	**– 100**
Andere Verpflichtungen	**704**	**714**	**0**
Gesamt	**5.159**	**6.281**	**– 20**

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 499 Mio. € (Vorjahr: 512 Mio. €). Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Bei 3 (Vorjahr: 3) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 184 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 212 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientiert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend

mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale –, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor. Mit Vertrag vom 12. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 12,6 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen in geringem Umfang Einzahlungsverpflichtungen.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger. Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA (im Mehrheitsbesitz der LBB) anfallen. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH (SBSM) hat die Bank für die Jahre 2003 bis 2006 Mindestabnahmemengen in Höhe von 39 Mio. € bis 33 Mio. € (FinanzIT, jährlich abnehmend) und 33 Mio. € bis 34 Mio. € (SBSM, ansteigend) vereinbart. Im Geschäftsjahr 2005 wurden die Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar:

Die Landesbank Berlin hat im Jahr 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach einer Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank Privatbankiers KGaA war es für die Landesbank Berlin und die Bankgesellschaft Berlin AG erforderlich, den Komplementären eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank Privatbankiers KGaA zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin und der Bankgesellschaft Berlin AG sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Es bestehen Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.89.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)
- EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)
- Veräußerung der Anteile an der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)
- Veräußerung der wesentlichen Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG
- Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen
- Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds, die durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) initiiert worden sind (IBV-Fonds), sowie Klage einer Fondsgesellschaft
- Klage im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft
- Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004
- HV-Beschlussanfechtungen
- LBS-Nord

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Patronatserklärungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin hat die Bankgesellschaft Berlin AG gegenüber jeweils einem Gläubiger ihrer Tochterunternehmen IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, ausdrücklich eine dem Vorgenannten entsprechende Erklärung abgegeben. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese befristet bis zum 30. Juni 2015, im Falle der Mario Göhr Grundstücks GmbH befristet längstens bis zum 31. Dezember 2010.

Das letztmalig im Geschäftsbericht 2004 erklärte Patronat zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin, endete mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 (Veröffentlichung der Beendigung auch im elektronischen Bundesanzeiger am 14. Dezember 2005). Für die bis zur Veröffentlichung der Beendigung eingegangenen Verpflichtungen besteht das Patronat fort.

71 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften von IAS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

71.1 Finanzinstrumente und Derivate

IAS 32 definiert ein Finanzinstrument als einen Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Dies schließt Derivate mit ein.

Die Bankgesellschaft erhält Einlagen von Kunden in unterschiedlichen Laufzeiten und Zinssätzen. Sie strebt das Erzielen einer Marge an, indem sie diese Gelder an Kunden verleiht beziehungsweise investiert. Sie erzielt Fristentransformationsergebnisse, da die Laufzeiten der erhaltenen und ausgegebenen Finanzmittel unterschiedlich sind. Die resultierende Bilanzstruktur wird aktiv gemanagt. Den Kunden werden neben bilanzwirksamen Produkten auch außerbilanzielle Transaktionen (Avale, Garantien und andere Eventualverbindlichkeiten) angeboten. Darüber hinaus hält die Bankgesellschaft Positionen in börsengehandelten und Over-the-Counter-Instrumenten, wie zum Beispiel Swaps, Termingeschäfte und Optionen, die Zinssätze, Aktienkurse, Wechselkurse und Kreditrisiken zum Gegenstand haben. Diese generieren Handelsergebnisse und werden auch teilweise zur Absicherung verwendet.

Die Sicht des Risikomanagements auf Finanzinstrumente und Derivate wird ergänzt um die bilanzielle Sicht. Hierzu finden sich ausführliche Darstellungen unter anderem in den folgend genannten Abschnitten der Notes:

Erläuterungen zum Ansatz und zur Bewertung von Finanzinstrumenten unter „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)“, Beizulegende Zeitwerte enthält die Tabelle unter „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“. Ergebnisse des Hedge Accounts werden unter „Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)“, Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unter „Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten“ angegeben. Ebenso werden Angaben unter „Eigenkapital“ (Veränderung der Neubewertungsrücklage (Cash Flow Hedges)), „Forderungen an Kreditinstitute“ beziehungsweise „Forderungen an Kunden“ (jeweils zweite Tabelle) und „Verbriefte Verbindlichkeiten“ gemacht.

Sicherheiten sind bei Derivaten üblicherweise in den Fällen vorhanden, in denen Margenzahlungen gefordert werden oder Vereinbarungen zum Close-Out-Netting bestehen.

71.2 Risikosteuerung

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Bank. Die Risikosteuerung als auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Sie definiert als zwei wesentliche Komponenten die Kerngeschäftsfelder (Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft) und die konzerneinheitlichen risikopolitischen Grundsätze. Hierzu zählt die einheitliche Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind.

Das Konzern-Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt, sowie die „Grundsätze zur einheitlichen Leitung im Konzern“ als Grundlage für die Unternehmensstrategie stellen detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch das Risk Review Komitee (RRK). Das RRK nimmt eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben vor. Monatlich diskutiert das RRK die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

Adressenausfallrisiken
Marktpreisrisiken (zum Beispiel Zinsänderungsrisiken (Cash flow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken)
Liquiditätsrisiken
Operationelle Risiken
Sonstige Risiken

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das sicherstellt, dass ein vorgegebener maximaler Vermögenswertverlust nur mit einer kleinen Restwahrscheinlichkeit überschritten wird. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen Mindeststandards an den Stellen ersetzt, an denen intern bereits bessere Risikomessmethoden implementiert worden sind. Die im Folgenden angegebenen Zahlen für die einzelnen Risikokategorien berücksichtigen neben den üblichen Standardgeschäften auch Derivate und außerbilanzielle Geschäfte. Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet.

Detailangaben sind den Risikobericht-Abschnitten „Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling“ sowie „Gesamt-Risikosteuerung“ zu entnehmen.

71.3 Adressenausfallrisiken

Die Limitierung und Steuerung der Portfolien erfolgt über ein Limitmanagementsystem, in dem volumenbasierte Portfoliolimite in den Größendimensionen Länder und Branchen/Bonitäten existieren und das regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Seit dem Berichtsjahr wird im Parallelbetrieb das Risikokapital, neben der an die aufsichtsrechtlichen Verfahren angelehnten Methodik, zusätzlich auch nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können Risikokonzentrationen besser erfasst werden. Ratingsysteme quantifizieren trennscharf die Ausfallrisiken der Kreditnehmer. Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten.

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ des Risikoberichts.

71.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken. Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

in %		31.12.2005		31.12.2004
Risikoklasse 1		95,4		98,5
	AAAA		25,5	2,1
	AAA		17,6	12,3
	AA+ bis AA		16,3	11,7
	AA– bis A–		36,0	72,4
Restliche Risikoklassen		4,6		1,5

71.3.2 Netting-Rahmenverträge

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, insbesondere bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Es werden sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Geschäfte berücksichtigt. Der Nettingeffekt beträgt bei den zehn größten Kreditnehmern 69,4 %, über alle Kreditnehmer 63 %.

71.4 Risikokonzentrationen

71.4.1 Risikokonzentration der Aktivseite

71.4.1.1 Darstellung der Kreditinanspruchnahmen inklusive offener externer Linien nach Risikoklassen:

in Mrd. €	31.12.2005	31.12.2004
Risikoklasse A (1 - 3)	108,8	86,5
Risikoklasse B (4 - 7)	12,3	12,1
Risikoklasse C (8 - 12)	8,1	11,9
Risikoklasse D (13 - 15)	1,6	3,3
Risikoklasse E (16)	5,3	5,5
Restliche Risikoklassen	7,3	9,0

Die Kreditinanspruchnahme weicht aufgrund risikoorientierter Sicht von dem bilanziellen Kreditvolumen ab.

Die Risikoklasse wird ermittelt aus der Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten.

71.4.1.2 Darstellung der Kreditinanspruchnahmen ohne offene externe Linien nach Regionen

in Mrd. €	31.12.2005	31.12.2004
Berlin	27,3	28,8
Alte Bundesländer	45,6	49,8
Neue Bundesländer	11,0	7,1
Ausland	45,5	32,6
Sonstige	0,6	0,6
Gesamt	**130,0**	**118,9**

71.4.1.3 Darstellung der Länderrisiken (Inanspruchnahmen)
Für die Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von den Inanspruchnahmen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (unter anderem Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Inanspruchnahme je Land. Im Konzern wurden im Jahr 2005 zu 99 % Geschäfte mit Ländern ohne Risiko (Ratingklasse 1 bis 3) getätigt.

Zu ausführlichen Darstellungen über die Methoden des Risikomanagements verweisen wir auf den Risikobericht, insbesondere den Abschnitt „Kreditrisiken“.

71.4.2 Risikokonzentrationen der Passivseite

Der Konzern ist zwischen den Passivsegmenten Kundeneinlagen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbriefte Verbindlichkeiten gut diversifiziert.

in %	2005	2004
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29,1	28,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22,4	26,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	23,2	33,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	17,6	2,5
Andere Passiva	7,7	8,5
Bilanzsumme (Summe der Passiva)	**100,0**	**100,0**

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Bank, bei den Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % im deutschen Raum. Bei den Verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

71.5 Marktpreisrisiken

Die Bankgesellschaft Berlin hat im Dezember 2004 die aufsichtsrechtliche Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisiko-Überwachung erhalten. Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und

einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über so genannte Kategoriespreads auf Basis ratingabhängiger Zinskurven berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst. Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting ermittelt.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet. Hierzu zählen das Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten), ein täglicher Bericht gemäß MaH an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder, ein 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report und ein monatlicher Bericht gemäß MaH an den Konzernvorstand mit Backtest und Stresstest.

	Capital-at-Risk			
in Mio. €	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Limit per 31.12.
Konzern 2005	**76,91**	**45,75**	**146,03**	**455**
Konzern 2004	103,98	26,58	213,49	480
Handelsbereiche Konzern 2005	**20,68**	**15,63**	**28,95**	**75**
Handelsbereiche Konzern 2004	20,07	12,91	33,40	90

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Marktpreisrisiken“ des Risikoberichts.

71.5.1 Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die zukünftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird in der Bankgesellschaft Berlin im Rahmen der Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines 99%igen Konfidenzniveaus und einer Haltedauer von zehn Tagen bestimmt, ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird insgesamt gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cash Flows.

	Capital-at-Risk		
in Mio. €	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko 2005	**67,86**	**26,03**	**135,96**
Zinsrisiko 2004	97,72	23,13	216,15

Darüber hinaus werden Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen die Auswirkungen einer allgemeinen Erhöhung der Zinsen um 100 Basispunkte auf das Gesamtportfolio des Konzerns ermittelt werden.

in Mio. €	Konzern	Bankgesellschaft	Landesbank Berlin	Berlin Hyp	andere
Stresstest 30.12.2005	**– 296,6**	**– 89,6**	**0,5**	**– 188**	**– 19,5**
Stresstest 30.12.2004	– 450	– 174	– 272	64	– 68

Der Jahresabschluss 2004 umfasste auch die Weberbank, die aber nur eine Stresssensitivität von +1 Mio. € hatte. Der Konzern ist aktivisch aufgestellt und profitiert damit von fallenden Zinsen. Das Exposure ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gegenüber Änderungen der Zinsstruktur ist der Konzern weniger sensitiv. Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Marktpreisrisiken" des Risikoberichts.

71.5.2 Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen im Währungsbereich ein, da nur Restbeträge aus den Kundengeschäften in den Büchern verbleiben.

	Capital-at-Risk		
in Mio. €	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Währungsrisiko 2005	**2,52**	**0,65**	**5,77**
Währungsrisiko 2004	9,75	2,30	16,68

71.5.3 Aktienrisiken

Der Konzern geht Aktiengeschäfte ein, deren Risiken sich wie folgt darstellen:

	Capital-at-Risk		
in Mio. €	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Aktienrisiko 2005	**26,71**	**14,56**	**39,81**
Aktienrisiko 2004	20,02	4,08	43,87

71.6 Liquiditätsrisiken

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Grundsatz-II-Kennziffer mindestens 1,0 beträgt. Die Liquiditätskennziffer betrug zum 31. Dezember 2005 für die Bankgesellschaft Berlin AG 1,4 (Vorjahr: 1,5), für die Landesbank Berlin 1,8 (Vorjahr: 1,9) und für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG 1,2 (Vorjahr: 1,7).

Für den Konzern Bankgesellschaft Berlin wurde im Berichtsjahr das Projekt zur Einführung eines neuen Liquiditätsrisiko-Controllings abgeschlossen, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen bildet die Kapitalablaufbilanz, deren Bestandteil Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen sind, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cash Flows korrekt darzustellen. Der Konzern betrachtet verschiedene Laufzeitbänder und unterschiedliche Szenarien, so dass auch im Krisenfall ausreichende Liquidität vorhanden ist. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Der Vorstand wird im zweiwöchentlichen Turnus über die Liquiditätssituation informiert. Das Reporting beinhaltet auch die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die kurzfristige Liquiditätslage ist derzeit entspannt. Das Limit ist zu 63 % ausgelastet.

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Liquiditätsrisiken" des Risikoberichts.

72 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen.

Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der beizulegende Zeitwert anhand von finanzmathematischen Verfahren ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei vor allem die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Die in die Ermittlung eingehenden Parameter resultieren aus Marktkonditionen zum Bilanzstichtag.

Die beizulegenden Zeitwerte für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt wurden, sind wie folgt gegliedert:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Aktiva						
Forderungen an Kreditinstitute	26.597	–	25.854	–	743	–
Forderungen an Kunden	51.903	–	48.875	–	3.028	–
Finanzanlagen						
Beteiligungen und nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	321	–	321	–	-	–
At equity-bewertete Unternehmen	84	–	84	–	-	–
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.773	–	42.010	–	-237	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.503	–	32.407	–	-904	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	34.077	–	33.606	–	471	–
Nachrangkapital	2.775		2.767		8	
Stille Einlagen des Landes Berlin	1.141	–	1.100	–	41	–

Nachfolgend werden die Methoden beziehungsweise Annahmen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes nach Klassen getrennt aufgezeigt.

Forderungen an Kunden beziehungsweise an Kreditinstitute

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Forderungen an Kreditinstitute werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Forderungen im AfS-Bestand werden gemäß IFRS mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Forderungen erfolgt durch die Barwertmethode. Demnach werden die vertraglich vereinbarten Cash Flows mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert. Die Buchwerte in der obigen Tabelle wurden um Wertberichtigungen auf Forderungen und AfS-Bestände gekürzt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In der Position befindliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen und Edelmetalle, die zu Handelszwecken eingesetzt werden, werden in der Bilanz zum Marktwert bewertet. Hierzu zählen auch derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrument (Hedge Accounting) eingesetzt werden und einen positiven Marktwert haben. Bei der Ermittlung des Marktwertes werden bei börsennotierten Unternehmen die Börsenkurse herangezogen. Im Falle von nicht börsennotierten Unternehmen wird der Marktwert durch geeignete Barwertmodelle (zum Beispiel: Optionspreismodelle) ermittelt.

Finanzanlagen

Die Bilanzierung und Bewertung der Finanzanlagen erfolgt grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value) beziehungsweise für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode. Sofern der Marktwert nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise gegenüber Kreditinstituten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise gegenüber Kreditinstituten, alle zu üblichen Zahlungskonditionen, entsprechen im Wesentlichen dem beizulegenden Zeitwert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Grundsätzlich werden verbriefte Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die in Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden abgespalten und mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert. Hierzu zählen auch derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Marktwert und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen. Bei der Ermittlung des Marktwertes werden Börsenkurse beziehungsweise geeignete Barwertmodelle eingesetzt.

Nachrangkapital

Grundsätzlich erfolgt die Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

73 Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäfts zum 31.12.2005 in Mio. €	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit bis 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	Nominalbetrag Summe	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Zinsbezogene Geschäfte	**164.136**	**244.952**	**125.010**	**534.098**	**9.917**	**10.563**
Börsengehandelte Produkte	37.144	648	439	38.231	0	1
Zinsfutures	9.048	648	439	10.135	0	1
Zinsoptionen	28.096	0	0	28.096	0	0
OTC-Produkte	126.992	244.304	124.571	495.867	9.917	10.562
Zinsswaps	78.108	203.902	99.003	381.013	8.828	9.354
Forward Rate Agreements	39.010	1.818	0	40.828	21	19
Swaptions	557	14.433	20.376	35.366	803	953
Zinsoptionen, Verkäufe	0	12	6	18	0	0
sonstige Zinskontrakte	9.317	24.139	5.186	38.642	265	236
Währungsbezogene Geschäfte	**15.611**	**13.036**	**4.136**	**32.783**	**530**	**578**
OTC-Produkte	15.611	13.036	4.136	32.783	530	578
Devisentermingeschäfte	13.127	54	0	13.181	229	258
Cross-Currency-Swaps	1.286	12.872	4.136	18.294	272	293
Devisenoptionen, Käufe	608	110	0	718	29	0
Devisenoptionen, Verkäufe	590	0	0	590	0	27
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	**5.678**	**4.136**	**624**	**10.438**	**920**	**1.004**
Börsengehandelte Produkte	2.766	233	18	3.017	21	49
Aktien-/Indexfutures	1.993	0	0	1.993	0	0
Aktien-/Indexoptionen	773	233	18	1.024	21	49
OTC-Produkte	2.912	3.903	606	7.421	899	955
Aktien-/Index-Swaps	0	135	25	160	30	11
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	655	1.489	122	2.266	855	5
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	512	2.279	459	3.250	14	939
Aktientermingeschäfte	1.745	0	0	1.745	0	0
Kreditderivate	**1.365**	**1.066**	**725**	**3.156**	**12**	**17**
Gesamt	**186.790**	**263.190**	**130.495**	**580.475**	**11.379**	**12.162**

Dem negativen Saldo der Marktwerte stehen positive Differenzen bei den beizulegenden Zeitwerten der Finanzinstrumente gegenüber.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	851	801
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	462	398
Gesamt	**1.313**	**1.199**

74 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	30	46	– 34
Treuhandvermögen	**30**	**46**	**– 34**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	25	– 40
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15	21	– 29
Treuhandverbindlichkeiten	**30**	**46**	**– 34**

75 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

Nominalwerte in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Wertpapiere	27.481	19.375	42
davon: Ausgleichsforderungen	0	108	– 100
Wirtschaftskredite	204	270	– 24
Wechsel	1	4	– 75
Kreditforderungen	203	266	– 24
Gesamt	**27.685**	**19.645**	**41**

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 11.126 Mio. € (Vorjahr: 8.540 Mio. €).

Für folgende Verbindlichkeiten wurden Wertpapiere und Forderungen an Kunden mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 888 Mio. € (Vorjahr: 1.194 Mio. €) als Sicherheiten übertragen:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	701	766	– 8
Sonstige Verbindlichkeiten	187	428	– 56
Gesamt	**888**	**1.194**	**– 26**

76 Volumina der Fremdwährungsbestände

in Mio. €	USD	JPY	GBP	Andere	31.12.2005 Gesamt	31.12.2004 Gesamt	Veränderung in %
Barreserve	0	0	1	0	1	1	0
Forderungen an Kreditinstitute	2.870	20	507	923	4.320	4.828	–11
Forderungen an Kunden	1.009	33	172	796	2.010	2.692	–25
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1.857	651	822	1.616	4.946	996	>100
Finanzanlagen	3.649	139	738	0	4.526	6.471	–30
Andere Bilanzposten	120	2	42	3	167	167	0
Fremdwährungsaktiva	**9.505**	**845**	**2.282**	**3.338**	**15.970**	**15.155**	**5**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.777	72	1.257	1.643	8.749	9.685	–10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	900	25	266	35	1.226	1.723	–29
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.559	419	255	0	2.233	3.093	–28
Andere Bilanzposten einschließlich erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	531	627	320	47	1.525	1.702	–10
Fremdwährungspassiva	**8.767**	**1.143**	**2.098**	**1.725**	**13.733**	**16.203**	**–15**

77 Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögensgegenstände anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Emittenten erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	0	170	–100
Forderungen an Kunden	148	107	38
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	192	55	>100
Gesamt	**340**	**332**	**2**

78 Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Das Land Berlin hält 81 % der Anteile an der Bankgesellschaft Berlin AG und ist damit gemäß IAS 24 als nahe stehende Person, die das Unternehmen beherrschen kann, zu betrachten. Als wesentlicher Geschäftsvorfall mit dem Land Berlin ist die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 anzusehen, mit der der Konzern von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts abgeschirmt wurde, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet worden sind.

Der Interessenbereich des Landes Berlin hat zum 31. Dezember 2005 3,3 Mrd. € (Vorjahr: 1,7 Mrd. €) von den herausgelegten Krediten der beiden wesentlichen Konzerngesellschaften in Anspruch genommen. Weitere Forderungen in Höhe von 1,6 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) bestehen bei der Berlin Hyp.

Auf eine Angabe der Unternehmen, die mehrheitlich vom Land Berlin gehalten werden, wird verzichtet, da Geschäfte mit diesen Unternehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik haben. Wir verweisen insofern auf den Beteiligungsbericht des Landes Berlin.

Die nahe stehenden Unternehmen sind im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgelistet.

Alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und ihren Tochtergesellschaften beziehungsweise zwischen den Tochtergesellschaften sind auf Basis allgemein gültiger Marktkonditionen getätigt, für die angemessene Gegenleistungen erhalten wurden und die nicht zu Benachteiligungen dieser Konzerngesellschaften führten. Dies betrifft insbesondere die Geschäftsvorfälle, die die Interessen des Landes Berlin beziehungsweise der mehrheitlich im Landesbesitz befindlichen Beteiligungen (Schwestergesellschaften) berührten beziehungsweise auf deren Veranlassung erfolgten. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen der übrigen Unternehmen des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG mit dem Land Berlin und dessen Beteiligungen fanden im Rahmen des für den täglichen Geschäftsablauf erforderlichen Umfangs statt und wurden ebenfalls auf Basis allgemein gültiger Marktkonditionen getätigt und führten nicht zu Benachteiligungen dieser Konzerngesellschaften. Eine detaillierte Aufstellung dieser Sachverhalte hat die Bankgesellschaft Berlin AG in ihrem Abhängigkeitsbericht dargestellt. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 312 AktG.

Gegenüber nahe stehenden Unternehmen bestanden zum Stichtag Wertberichtigungen in Höhe von 25,3 Mio. €, die im Geschäftsjahr erfolgswirksam gebildet wurden.

Die assoziierten Unternehmen sind ebenfalls im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ aufgeführt; weitere Informationen sind im Kapitel „Assoziierte Unternehmen“ enthalten. Die in Anspruch genommenen Kredite betragen 520 Mio. €. Die an diese Gruppe herausgelegten Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Sofern eine Einlagenverzinsung vereinbart wurde, erfolgte diese zu den im Konzern für erste Adressen geltenden Konditionen (Prime Rate).

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden folgende Vergütungen in Anlehnung an IAS 24 zuteil:

in T€	2005	2004
Gesamtbezüge des Vorstands	4.194	4.341
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	692	702
An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	4.693	4.435
Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	71.077	58.503

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands sind erfolgsabhängige Zahlungen in Höhe von 370 T€ (Vorjahr: 260 T€) enthalten. Die Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden um Nachzahlungen für die Vorjahre (355 T€) erhöht ausgewiesen.

Von dem Tochterunternehmen Landesbank Berlin (inklusive Niederlassung Berliner Bank) gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder der Bankgesellschaft Berlin:

in T€	2005	2004
An Mitglieder des Vorstands	12	21
An Mitglieder des Aufsichtsrats	176	185

Alle Kredite an die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats werden zu marktüblichen Konditionen verzinst.

Die Publikation zu Aktientransaktionen veröffentlicht die Bankgesellschaft auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15 WpHG.

Nahe Familienangehörige haben keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik.

Sowohl bei juristischen als auch natürlichen Personen verzichtet die Bankgesellschaft Berlin AG aufgrund der Verschwiegenheitspflicht auf nähere Angaben zu den Geschäftsvorfällen, die zudem nicht wesentlich sind.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen vorgenommen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt:

Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen

in Mio. €	2005
Forderungen an Kunden	316
Finanzanlagen	50
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	447

Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	2005
Forderungen an Kunden	229
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	94

79 Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

	2005	2004
Inland		
Vollzeitbeschäftigte	6.349	6.966
Teilzeitkräfte	1.671	1.702
Auszubildende	255	227
Ausland		
Vollzeitbeschäftigte	148	189
Teilzeitkräfte	36	36
Auszubildende	0	0
Gesamt	**8.459**	**9.120**

80 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – wurde zum 1. Januar 2006 formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Als ihre alleinige Gründerin gilt die Bankgesellschaft Berlin AG, die damit auch Alleingesellschafterin der Landesbank Berlin AG ist. Die Aufbringung des Grundkapitals erfolgte durch Einbringung der atypisch stillen Beteiligung seitens der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG. Die atypisch stille Gesellschaft zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin wurde damit beendet. Der Vertrag über den Erwerb der Gewinnbezugsrechte des Landes Berlin (24,99 % des Bilanzgewinns und eines eventuellen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin) wurde gegenstandslos. Durch ihre Umwandlung in eine AG gehört die Landesbank Berlin mit ihren Tochterunternehmen ab dem 1. Januar 2006 zum umsatzsteuerlichen Organkreis der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit fällt für Lieferungen und Leistungen zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG sowie ihren jeweiligen Tochterunternehmen keine Umsatzsteuer mehr an. Die Landesbank Berlin AG erwartet daraus eine Reduzierung der nicht abziehbaren Vorsteuer von circa 10 Mio. € p.a.

Mit Wirkung vom 3. Januar 2006 wurde das Grundstück Bundesallee 171, die ehemalige Zentrale der Landesbank Berlin, verkauft. Für den Konzern ergibt sich aus dieser Veräußerung im Geschäftsjahr 2006 ein Buchgewinn in Höhe von 27 Mio. € nach IFRS.

Am 31. März 2006 hat der Vorstand im Rahmen einer Ad-hoc-Veröffentlichung bekannt gegeben, dass in der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG am 14. Juli 2006 eine vereinfachte Herabsetzung des Kapitals der Gesellschaft vorgeschlagen wird. Das Grundkapital der Gesellschaft soll gemäß §§ 229 ff. AktG um circa 500 Mio. € auf etwa 2.050 Mio. € herabgesetzt werden. Außerdem soll den Hauptversammlungen von Landesbank Berlin AG und Bankgesellschaft Berlin AG der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags vorgeschlagen werden.

Für ein wertberichtigtes Engagement wurde im März 2006 ein Sanierungsgutachten vorgelegt. Da die Umsetzung des Konzeptes noch mit Risiken verbunden ist, ergibt sich bezüglich der Risikovorsorge kein Änderungsbedarf. Die Forderung aus einem weiteren wertberichtigten Engagement wurde mit Vertrag vom 31. März 2006 veräußert. Nach der Durchführung des Vertrags, die im Laufe des Jahres erwartet wird, erwarten wir eine erfolgswirksame Auflösung der gebildeten Risikovorsorge in Höhe von rund 13 Mio. €.

Die Bankgesellschaft Berlin AG, Niederlassung London, ist auf Schadensersatz in Höhe von 31 Millionen US$ im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft vom November 2000 verklagt worden. Der Rechtsstreit ist im Mai 2006 durch einen Vergleich beendet worden. Die für diesen Rechtsstreit gebildeten Rückstellungen im Jahresabschluss 2005 sind ausreichend.

81 Anteilsbesitz

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin							
Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)							
ABT No. 3 Ltd., London		100,0	100,0	100,0	539	9	
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin		100,0	100,0	100,0	2.344	112	
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg	(P)	100,0	0,0	100,0	205.544	19.906	
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin		100,0	25,0	100,0	16.535	5.900	
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	1.169	399	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikations-systeme mbH, Berlin (künftig: GfBI Gesellschaft für Beteili-gungen und Immobilien mbH, Berlin) [1]		100,0	0,0	100,0	76.036	0	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin [1]		100,0	0,0	100,0	300	0	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin		100,0	60,0	100,0	–5.881	–5.881	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	26	0	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	89,9	0,0	89,9	637.800	36.746	
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin		100,0	33,3	100,0	1.367	336	
BGB Reinsurance Ltd., Dublin [5]		100,0	0,0	100,0	13.404	3.227	
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking		94,9	94,9	67,8	–10.632	275	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin [1]		100,0	0,0	100,0	26	0	
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin [3, 6]		62,5	62,5	50,0	9.724	–552	
Crown Court Property London Ltd., London [5, 15]		100,0	100,0	100,0	18.175	520	
EUROPA INVEST S.A., Luxemburg		78,0	78,0	78,0	268	22	
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin [6]		48,5	48,5	48,5	–55.271	521	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin [1]		100,0	0,0	100,0	5.624	0	
Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin [1, 3]		97,7	97,7	94,0	–79	0	
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin [5]		99,9	99,9	99,9	–7.094	–157	
Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin [1, 3]		97,8	97,8	97,8	–132	0	
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München [5]		92,5	92,5	92,5	1.061	1.530	
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin [6]	(P)	atyp. stille Beteiligung		atyp. stille Beteiligung	2.062.929	35.285	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	256	0	
LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin [1, 3]		97,8	97,8	97,8	9.033	0	
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	12	–1.246	

Anhang des Konzerns nach IFRS

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking [6]		99,0	99,0	19,0	– 26	9	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin		100,0	52,4	100,0	1.930	551	
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg		100,0	100,0	100,0	1	– 305	
Zweckgesellschaften/Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 in Verbindung mit SIC 12)							
ABN AMRO EMMA INKA, Frankfurt am Main		100,0	100,0		35.750	2.673	28.02.2005
BG-Asset-Fonds, Berlin		100,0	100,0		17.890	1.139	30.09.2005
Check Point Charlie Inc., London		0,0			16	5	
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main		100,0	100,0		74.338	5.530	31.01.2005
DEKA-ABS-Europe-Fonds, Frankfurt am Main		76,0	76,0		80.290	2.784	31.01.2005
GLOBAL ABS INCOME FUND, Wien		100,0	100,0		17.173	102	31.01.2005
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., London		0,0			6	1	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., London		0,0			8	1	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., London		0,0			7	1	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., London		0,0			4	1	
PPC Repo Ltd., London [13]		0,0			105	105	
Rhea CDO 1 Plc., Dublin		0,0			12	1	31.12.2004
WBB-Schöneberg-Fonds, Berlin		100,0	100,0		1.183.595	32.379	30.11.2005
Weberbank Inka Geldmarkt Plus, Düsseldorf [10], [13]		100,0	100,0		30.600	350	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)							
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	65	– 2	
Bankenservice AO i. L., Moskau		100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i. L., Dublin	(P)	100,0	20,0	100,0	900	900	31.12.2004
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau [17]		100,0	0,0	100,0	230	0	30.06.2005
Bankgesellschaft Berlin (UK), London [15]		100,0	0,0	100,0	0	0	31.12.2004
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin i. L., Berlin		100,0	0,0	100,0	37	10	31.12.2004
BB Privat Immobilien GmbH i. L., Berlin		100,0	0,0	100,0	774	– 1.691	31.12.2004
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin [1]		100,0	0,0	100,0	51	0	
BB-Leasing GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	2.693	1.159	
Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin		100,0	100,0	100,0	250	0	31.12.2004
BG Property (Dublin) Limited i. L., Dublin		100,0	100,0	100,0	63	54	31.12.2004
BILDUNGSAKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin		100,0	0,0	100,0	193	3	
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin [3]		62,5	62,5	62,5	17	1	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München [6]		94,0	94,0	47,0	– 308	– 24	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München [6]		94,0	94,0	47,0	– 2.762	53	

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin		61,0	61,0	61,0	205	– 19	31.12.2004
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin [1)]		100,0	49,0	100,0	103	0	31.12.2004
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin		94,0	94,0	94,0	– 530	– 63	31.12.2004
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking [6)]		94,0	94,0	50,0	16	68	31.12.2004
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin [6)]		49,0	49,0	49,0	5	0	31.12.2004
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/ Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin		100,0	100,0	100,0	1.023	0	31.12.2004
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH (GIB), Berlin		100,0	100,0	100,0	24	– 1	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main [1)]		100,0	99,0	100,0	722	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin		71,1	71,1	71,1	– 17.575	– 1.137	31.12.2003
Grundstücksgesellschaft Straße 619/620 GbR, Berlin		93,7	93,7	93,7	46	– 10	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin		60,2	60,2	60,2	– 4.918	151	31.12.2004
H.A.D.R.I.A.N. Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	67	– 9	31.12.2004
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München		78,1	78,1	78,1	1.086	452	31.12.2004
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin		100,0	100,0	100,0	800	7.793	29.08.2005
HaWe Immobilien GmbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	25	– 5	31.12.2004
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin [1)]		100,0	100,0	100,0	6.136	0	31.12.2004
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin [4)]		100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
IBAG Group Services GmbH, Berlin (vormals: FinTech Fünfzehnte Beteiligungs- und Management GmbH)		100,0	100,0	100,0	28	2	31.12.2004
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	23	– 1	31.12.2004
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin		100,0	100,0	100,0	119	– 3	31.12.2004
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin [1)]		100,0	100,0	100,0	1.816	0	
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München [6)]		94,0	94,0	47,0	– 2.629	81	
Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach		100,0	100,0	100,0	– 2.725	– 2.749	31.12.2004
Kommunal Service gemeinnützige Dienstleistungsgesellschaft für die Öffentliche Hand mbH i. L., Berlin		100,0	100,0	100,0	14	– 7	31.12.2004
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH i. L., Berlin [6)]		50,0	50,0	50,0	51	0	31.12.2004
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin [3)]		62,5	62,5	62,5	119	– 589	
Lenscare AG, Kiel		53,5	53,5	53,5	2.154	266	31.12.2004
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München		94,0	94,0	55,3	25	0	
Thesaurus I Immobilien Development GmbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	671	– 29	31.12.2004
Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe, Berlin		100,0	100,0	100,0	3.856	68	31.12.2004
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin		100,0	100,0	100,0	27	– 36	31.12.2004
4care fulfilment GmbH, Laboe (vormals: OptiStar Großhandels GmbH, Laboe) [1)]		100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2004

Anhang des Konzerns nach IFRS

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Zweckgesellschaften/Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 in Verbindung mit SIC 12)							
BID Public Golf Wilkendorf KG, Berlin		0,0			0	– 33	
BID Sandy-Lyle Wilkendorf KG, Berlin		0,0			– 1.594	– 212	
Checkpoint Charlie Ltd., London [14)]		0,0					
Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., London [10)]		0,0			1	0	31.12.2004
Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., London [10)]		0,0			1	0	31.12.2004
Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., London [10)]		0,0			0	0	31.12.2004
Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., London [10)]		0,0			0	0	31.12.2004
PPC Holdings Ltd., London [10)]		0,0			1	0	31.12.2004
PT European Innovation BB-INVEST, Berlin		79,4	0,0		4.594	– 168	
Quant IQ USA BB-INVEST, Berlin		97,2	0,0		12.823	1.764	
Stratego Chance, Berlin [10), 13)]		62,3	0,0		11.257		
Joint Ventures (IAS 31) – bewertet –							
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin		45,0	45,0	45,0	2.278	222	
Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –							
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin		45,0	45,0	45,0	25	2	31.12.2004
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover		50,0	0,0	50,0	9.058	965	31.12.2004
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin		50,0	0,0	50,0	324	– 116	31.12.2004
GbR Schönhauser Allee, Berlin		50,0	50,0	50,0	0	163	31.12.2003
GbR TOCOTAX		20,0	0,0	20,0	0	– 50	31.12.2004
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkaue, Berlin		50,0	50,0	50,0	– 2.212	– 249	31.12.2004
KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München		33,0	33,0	33,0	26	0	
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin		50,0	50,0	50,0	– 3.275	639	31.12.2004
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover		50,0	0,0	50,0	124	31	31.12.2004
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –							
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main		25,1	10,0	25,1	9.889	0	
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover [7)]		12,0	12,0	12,0	310.770	13.600	
PEB Capital B.V., Hilversum		42,4	0,0	42,4	15.351	1.481	

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –							
Analyticon Discovery GmbH, Potsdam [7]		16,8	16,8	16,8	233	–19	31.12.2004
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin		30,0	30,0	30,0	55	3	31.12.2004
ATTO-TEC GmbH, Siegen		26,0	26,0	26,0	–909	–426	31.12.2004
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main		25,1	10,0	25,1	9.187	986	30.09.2005
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin		21,8	19,7	21,8	7.489	276	
BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin) [1), 3), 8)]		100,0	0,0	100,0	62.050	0	
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin		49,0	49,0	49,0	10.605	409	31.12.2004
Capsulution NanoScience AG, Berlin [7]		12,6	12,6	12,6	–896	–299	31.12.2004
CARA Seniorendienste GmbH, Berlin (vormals Hotel Alleestraße Betriebsgesellschaft mbH, Berlin)		20,0	20,0	20,0	–11	3	31.12.2004
Chiracon GmbH, Berlin		35,1	35,1	35,1	–324	–244	31.12.2004
fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin		34,6	34,6	34,6	22	–101	31.12.2004
getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow		32,0	32,0	32,0	2.691	447	31.12.2004
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München		39,6	39,6	20,0	26	0	
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam [3), 7)]		25,0	25,0	14,3	178.492	9.844	
proALPHA Software AG, Weilerbach		20,5	20,5	20,5	10.613	2.033	31.03.2005
Sarros GmbH, Berlin		29,0	29,0	29,0	1.312	350	31.12.2004
SEPIAtec GmbH, Berlin		46,6	46,6	46,6	–1.534	–657	31.12.2004
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München		49,0	49,0	36,3	–3.547	–166	
X-Verleih AG, Berlin		20,0	20,0	20,0	3.578	121	31.12.2004
Zellwerk GmbH, Eichstädt		24,5	24,5	24,5	664	–228	31.12.2004
Zweckgesellschaften/Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – nicht bewertet –							
E.I. Cap.-EuroAktien-Kasko II 100, Luxemburg		0,4	0,0		34.965	1.771	31.07.2005
E.I. Cap.-Welt-Kasko 95 Top Level, Luxemburg		0,3	0,0		33.772	1.862	31.07.2005
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100, Luxemburg		16,2	0,0		40.468	4.674	31.07.2005
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins, Luxemburg		7,7	0,0		54.049	5.176	31.07.2005
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 Plus Zins II, Luxemburg		7,8	0,0		63.961	5.995	31.07.2005
EuroAktien-Kasko 100, Luxemburg		19,9	0,0		34.875	317	30.11.2005
Europa Aktien-Kasko 04/2008, Luxemburg		9,4	0,0		17.572	198	30.04.2005
Stratego Ertrag, Berlin [12), 13)]		18,4	0,0		95.004		
Stratego Konservativ, Berlin		18,4	0,0		110.557		
Stratego Offensiv, Berlin [10), 13)]		40,0	0,0		5.835		
Stratego Wachstum, Berlin [12), 13)]		14,7	0,0		35.230		

Anhang des Konzerns nach IFRS

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Beteiligungen von mindestens 20 v. H.							
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilien-fonds International –, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	51	280	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	– 3.599	– 563	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Zweite Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilien-fonds International –, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	51	299	31.12.2003
Gaia GmbH & Co. Objekt Chemnitz KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	130	781	31.12.2003
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	110	1.706	31.12.2003
Hiper Ceramics GmbH, Eichstädt [9]		26,0	26,0	26,0	684	10	31.12.2004
HSBC GIF Euro Corporate Bond, Luxemburg [11]		33,4	33,4		59.895	273	30.09.2005
Long Beach Property, LLC, Wilmington, Delaware [8], [16]		100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Long Beach Town Center, L.P., Wilmington, Delaware [8], [16]		100,0	100,0	100,0	3.056	4.778	31.03.2003
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Vier Holland –, Berlin [8]		100,0	100,0	100,0	1.838	408	31.12.2004
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH, Nürnberg [8]		100,0	100,0	100,0	67	12	31.12.2003
Oppenheim Extra Bond Euro, Köln		23,7	23,7		103.342	6.556	31.12.2004
ProSyst Software AG, Köln [9]		27,7	27,7	27,7	– 1.011	– 3.168	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Achtundvierzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	118	188	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Achtzehnte Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	178	448	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	75	174	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Einunddreißigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	168	414	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Erste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	602	597	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Fünfzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	127	437	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Neunundvierzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	655	579	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Neunundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	172	123	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Neunzehnte Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	202	702	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Sechzehnte Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	51	81	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundvierzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	201	714	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	182	548	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	108	118	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Vierunddreißigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	151	882	31.12.2004

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Anteile im Konzern-besitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte im Konzern in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Thesaurus GmbH & Co. Vierundvierzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	374	359	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Vierundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	– 61	142	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	73	4.944	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Zwanzigste Immobilien KG, Berlin [8]		94,0	94,0	94,0	65	37	31.12.2003
xtradyne Technologies AG, Berlin [9]		25,0	25,0	25,0	– 1.607	– 618	31.12.2003
Yozma III GmbH & Co. KG, München [9], [16]		21,9	21,9	21,9	982	– 115	31.12.2004
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB in Verbindung mit § 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB)							
FinanzIT GmbH, Hannover		15,0	5,0	15,0	29.032	10.601	31.12.2004
MLP AG, Heidelberg [5]		8,5	0,0	8,5	192.604	41.393	31.12.2004

[P] Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft gemäß Abdruck unter Ziffer 70 des Anhangs.

1) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet
Das Ergebnis der Spezial- und Publikumsfonds ermittelt sich nach folgendem Schema:
Ordentlicher Nettoertrag zuzüglich realisierter Gewinne abzüglich realisierter Verluste zuzüglich Saldo aus Spesen für Finanztermingeschäfte zuzüglich Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne/Verluste.

3) Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

4) Die Gesellschaft wurde 2005 gegründet.

5) IFRS-Konsolidierungsdaten beziehungsweise IFRS-Abschluss

6) Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.6)

7) Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

8) Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

9) Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7)

10) Angaben aus Vermögensaufstellung

11) Angaben aus ungeprüftem Bericht für den Zeitraum 01.04.2005 - 30.09.2005

12) Angaben aus Fonds-Vermögensstatistik

13) Erstes Geschäftsjahr noch nicht abgeschlossen

14) Gesellschaft noch nicht operativ tätig

EZB-Kurse vom 31. Dezember 2005

15) 1 EUR = 0,68530 GBP

16) 1 EUR = 1,17970 USD

17) 1 EUR = 3,86000 PLN

82 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin Hyp) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

83 Organmitglieder

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
• auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Interseroh AG, Köln •

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
– Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •
– BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin •
– LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
– DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main •

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin •

Mitglied des Aufsichtsrats der
– Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •

b) Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
– BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
– BGB Reinsurance Ltd., Dublin

Serge Demolière

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Berliner Börse AG, Berlin •

Mitglied des Aufsichtsrats der
– RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Berlin Capital Fund GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
– BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
– BGB Reinsurance Ltd., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
– Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– FinanzIT GmbH, Hannover •

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •

Mitglied des Aufsichtsrats der
– Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
– BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main •
– LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Uwe Kruschinski

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– FWU AG, München

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
– BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Berlin Capital Fund GmbH, Berlin
– Zivnostenská Banka a.s., Prag

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
* Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Dr. h.c. Klaus G. Adam

Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer, Mainz

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg
- Bitburger Holding GmbH, Bitburg

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der
- Bitburger Holding GmbH, Bitburg

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Axel Berger

Vizepräsident der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover

Dagmar Brose*

Ordentliches Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Referentin Business Management der Bankgesellschaft Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater, Berlin

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- ASDIS Software AG Enterprise Management Solutions, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- DEUTZ AG, Köln

Mitglied des Aufsichtsrats der
- ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
- Schott AG, Mainz

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Claudia Fieber*

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Dr. Thomas Guth

Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Comline Computer + Softwarelösungen AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Beirats der
- Dr. Schmidt Biotech GmbH, Wiesbaden
- Human GmbH, Wiesbaden

Mitglied des Beirats der
- Piepenbrock Dienstleistungsgruppe, Osnabrück

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin; Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

stellv. Mitglied des Aufsichtsrats der
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Beirats der
- B2B Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Daniel Kasteel*

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin;
Mitarbeiter Kundenservice der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Anhang des Konzerns nach IFRS

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
* Arbeitnehmervertreter

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Salzgitter AG, Salzgitter

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover/Berlin
- Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main
- NORD/LB Luxembourg S.A., Luxembourg (Vorsitz)

Bernd Reinhard*

(bis 31. März 2005)

ehem. Vorsitzender des Beirats der Integrationsgruppe Berliner Bank/ Landesbank Berlin, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Heiko Reinhard*

(seit 1. April 2005)

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin
- Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
- BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH, Berlin
- BIM Berliner Immobilien Management GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank Berlin, Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- WILO AG, Dortmund
- ThyssenKrupp Marine Systems AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Evangelisches und Johanniter Klinikum Duisburg/Dinslaken/Oberhausen gGmbH, Duisburg
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Heitkamp & Thumann GmbH & Co., Düsseldorf

Mitglied des Board of Directors der
- INTAC International Inc., Dallas, USA

Vorsitzender des Beirats der
- Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG, Lahnstein am Rhein
- Saarpor Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der
- Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Joachim Tonndorf*

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Barnimer Busgesellschaft mbH, Eberswalde

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Senator Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe, Berlin
- BSR Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Berlin
- BWB Berliner Wasserbetriebe, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin
- Messe Berlin GmbH, Berlin
- The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, Berlin
- TSB Technologiestiftung Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank, Berlin

Mitglied des Kuratoriums der
- TSB Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin, Berlin
- FHTW Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin
- FHW Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
- UdK Universität der Künste, Berlin

Mitglied des Beirats der
- Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Bonn

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Vizepräsident des Verwaltungsrats der
- Kühne & Nagel International AG, Schindellegi, Schweiz

Mitglied des Kuratoriums der
- ZEIT-Stiftung Hamburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG wahrgenommen werden

Gerhard Roller

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)

Heinz-Günter Scheer

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)
- BankenService GmbH, Berlin (bis 15. September 2005)

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH, Berlin

Dirk Sonnberg

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH, Berlin

Berlin, 4. Mai 2006

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 4. Mai 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel)	(Berninger)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss des Konzerns nach HGB

Dem Aufsichtsrat hat auch der Konzernabschluss nach HGB und das Ergebnis über die Prüfung dieses Konzernabschlusses vorgelegen. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der freiwilligen Abschlussprüfung, die mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abschloss, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auszüge aus dem Konzernlagebericht nach HGB sind Bestandteil des IFRS-Lageberichts.

Gewinn- und Verlustrechnung	218
Bilanz	220
Eigenkapitalspiegel	224
Segmentberichterstattung	226
Kapitalflussrechnung	228
Anhang (in Auszügen)	230
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	233
Bewertung	235
Angaben zu den GuV-Positionen	238
Angaben zu den Bilanzpositionen	247
Sonstige Angaben	255

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach HGB

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
AUFWENDUNGEN						
Zinsaufwendungen	1				**4.188.035**	**4.265.335**
Provisionsaufwendungen	2				**88.642**	**87.332**
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	3				**10.218**	**22.160**
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	4					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			476.014			488.785
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			144.503			139.098
darunter: für Altersversorgung		64.367				(52.541)
				620.517		627.883
b) andere Verwaltungsaufwendungen				458.681		479.400
					1.079.198	**1.107.283**
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					**67.209**	**80.158**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7				**651.295**	**568.116**
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	5				**106.522**	**199.025**
Aufwendungen aus Verlustübernahme					**9.853**	**32.125**
Außerordentliche Aufwendungen	8				**87.567**	**1.160.850**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9, 10				**–46.998**	**12.580**
davon: Auswirkungen aus der Änderung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze		102.863				(38.243)
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					**–5.399**	**2.252**
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne					**77.809**	**26.007**
Jahresüberschuss					**224.206**	**81.305**
Summe der Aufwendungen					**6.538.157**	**7.644.528**
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					**224.206**	**81.305**
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					**–2.609.205**	**–2.664.810**
					–2.384.999	**–2.583.505**
Entnahmen aus der Kapitalrücklage					**1.956.044**	**0**
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
a) aus der gesetzlichen Rücklage					4.733	0
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					20	0
e) aus anderen Gewinnrücklagen					241.989	275
					246.742	**275**
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
a) in die gesetzliche Rücklage					1.113	387
b) in die Rücklage für eigene Anteile					26.662	275
					27.775	**662**
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn/Verlust					**35.157**	**25.108**
davon: Verrechnung Gewinnbezugsrecht				31.562		(22.307)
Konzerngewinn/Konzernverlust					**–245.145**	**–2.609.000**

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
ERTRÄGE						
Zinserträge aus	1, 6					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				3.751.406		4.458.452
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				1.386.365		904.890
					5.137.771	**5.363.342**
Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1, 6			289.067		134.138
b) Beteiligungen				25.725		15.043
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				13.244		4.481
					328.036	**153.662**
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1				**4.881**	**2.122**
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn-abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	1				**7.642**	**10.411**
Provisionserträge	2, 6				**403.521**	**402.176**
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren					**8.879**	**6.352**
Sonstige betriebliche Erträge	6, 7				**633.938**	**571.347**
Außerordentliche Erträge	8				**13.489**	**1.135.116**
Summe der Erträge					**6.538.157**	**7.644.528**

Bilanz des Konzerns nach HGB

zum 31. Dezember 2005

AKTIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Barreserve						
a) Kassenbestand				554.084		520.000
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				724.109		837.419
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		707.873				(809.211)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0		0
					1.278.193	**1.357.419**
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	20					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				763		1.842
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		763				(1.842)
					763	**1.842**
Forderungen an Kreditinstitute	11, 13, 14,15					
a) täglich fällig				141.573		6.133.492
b) andere Forderungen				29.287.457		20.694.214
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		9.147				(9.404)
Kommunalkredite der Hypothekenbank		2.863.923				(2.345.624)
					29.429.030	**26.827.706**
Forderungen an Kunden	11, 13, 14, 15, 20				**51.129.912**	**53.900.752**
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		13.729.600				(14.272.172)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		3.061.799				(2.874.758)
Kommunalkredite		21.638.616				(22.612.723)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12, 13, 14, 15, 16, 18, 20					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			35.430
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			368.474			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		274.641				(0)
				368.474		35.430
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			8.459.806			4.948.298
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		8.120.704				(3.881.724)
bb) von anderen Emittenten			31.145.901			29.115.064
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		24.017.864				(21.407.528)
				39.605.707		34.063.362
c) eigene Schuldverschreibungen				744.384		661.661
Nennbetrag		736.812				(795.220)
					40.718.565	**34.760.453**
Übertrag					**122.556.463**	**116.848.172**

PASSIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11, 13, 14					
a) täglich fällig				2.387.403		3.766.250
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				42.390.855		34.299.217
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		177.583				(306.728)
andere begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		160.431				(132.431)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		89.768				(158.673)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.361.484				(2.465.785)
					44.778.258	**38.065.467**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11, 13, 14					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			7.474.295			7.614.984
ab) von mehr als drei Monaten			145.607			183.702
				7.619.902		7.798.686
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			10.788.797			11.973.000
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			14.829.609			18.597.497
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.589.740				(1.900.202)
andere begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		171.316				(158.425)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.113.442				(1.154.936)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.717.338				(1.966.844)
				25.618.406		30.570.497
					33.238.308	**38.369.183**
Verbriefte Verbindlichkeiten	11, 12, 13, 14					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenpfandbriefe der Hypothekenbank			7.623.040			7.502.962
ab) andere Hypothekenpfandbriefe			268.694			218.890
ac) öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbank			11.732.979			11.034.052
ad) andere öffentliche Pfandbriefe			5.742.327			7.988.726
ae) sonstige Schuldverschreibungen			19.279.041			15.793.850
				44.646.081		42.538.480
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0		37.577
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0				(37.551)
					44.646.081	**42.576.057**
Treuhandverbindlichkeiten	17				**59.366**	**73.043**
darunter: Treuhandkredite		29.609				(46.055)
Sonstige Verbindlichkeiten	25				**3.797.018**	**4.540.879**
Übertrag					**126.519.031**	**123.624.629**

Bilanz des Konzerns nach HGB

zum 31. Dezember 2005

AKTIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag					**122.556.463**	**116.848.172**
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13, 14, 15, 16, 18				**4.372.754**	**5.588.909**
Beteiligungen	16, 18				**422.855**	**350.930**
darunter: an Kreditinstituten		77.123				(102.688)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Anteile an assoziierten Unternehmen	16, 18				**51.784**	**12.156**
darunter: an Kreditinstituten		25.565				(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	16, 18				**54.319**	**49.961**
darunter: an Kreditinstituten		0				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen	17				**59.366**	**73.043**
darunter: Treuhandkredite		29.609				(46.055)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	20, 21				**0**	**189.122**
Immaterielle Anlagewerte	16, 22				**95.507**	**108.342**
Sachanlagen	16, 22				**260.341**	**346.532**
Eigene Aktien oder Anteile					**82.184**	**55.542**
rechnerischer Wert		70.365				(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	23				**7.284.953**	**8.510.961**
Rechnungsabgrenzungsposten	24					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				321.191		360.802
b) andere				46.901		77.978
					368.092	**438.780**
Summe der Aktiva					**135.608.618**	**132.572.450**

PASSIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag					**126.519.031**	**123.624.629**
Rechnungsabgrenzungsposten	26					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				414.457		480.142
b) andere				64.631		79.947
					479.088	**560.089**
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	27			620.473		599.504
b) Steuerrückstellungen				193.831		233.109
c) andere Rückstellungen	28			1.493.125		1.426.037
					2.307.429	**2.258.650**
Sonderposten mit Rücklageanteil					**0**	**0**
Nachrangige Verbindlichkeiten	13, 29				**2.746.882**	**2.744.164**
Genussrechtskapital	30				**84**	**85**
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		0				(0)
Fonds für allgemeine Bankrisiken					**0**	**0**
Eigenkapital	31					
a) gezeichnetes Kapital				2.554.741		2.554.741
b) Kapitalrücklage				0		1.956.044
c) Stille Einlagen des Landes Berlin bei der Landesbank Berlin				1.100.000		1.100.000
d) Gewinnrücklage						
da) gesetzliche Rücklage			0			3.620
db) Rücklage für eigene Anteile			82.184			55.542
de) andere Gewinnrücklagen			0			264.407
				82.184		323.569
e) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter				64.324		59.479
f) Konzerngewinn/Konzernverlust				–245.145		–2.609.000
					3.556.104	**3.384.833**
Summe der Passiva					**135.608.618**	**132.572.450**
Eventualverbindlichkeiten						
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln					0	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Konzernanhang)					2.579.339	3.310.754
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten					0	0
					2.579.339	**3.310.754**
Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					0	14.777
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					2.639.053	4.816.359
					2.639.053	**4.831.136**

Eigenkapitalspiegel des Konzerns

für die Zeit vom 31.12.2004 bis zum 31.12.2005	Mutterunternehmen						
	Gezeichnetes Kapital		Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	Kapitalrücklage	Stille Einlagen	Zweckrücklage IBB	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital
	Stammaktien	Vorzugsaktien					
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stand am 31.12.2004	2.554.741	0	0	1.956.044	1.100.000		–2.283.938
Ausgabe von Anteilen/Einlage von Einlagen							
Erwerb/Einziehung eigener Anteile[1)]							
Gezahlte Dividenden							
Änderungen des Konsolidierungskreises							–10.634
Übrige Veränderungen				–1.956.044			1.956.044
Konzern-Jahresüberschuss/-fehlbetrag							220.504
Übriges Konzernergebnis							–44.937
Konzerngesamtergebnis	0	0	0	0	0	0	175.567
Stand am 31.12.2005	2.554.741	0	0	0	1.100.000	0	–162.961

[1)] inklusive Bewertung

für die Zeit vom 31.12.2003 bis zum 31.12.2004							
Stand am 31.12.2003	2.554.741	0	0	1.956.044	0	1.342.326	–2.338.162
Ausgabe von Anteilen/Einlage von Einlagen					1.100.000		
Erwerb/Einziehung eigener Anteile[1)]							
Gezahlte Dividenden							
Änderungen des Konsolidierungskreises							303
Übrige Veränderungen						–1.342.326	
Konzern-Jahresüberschuss/-fehlbetrag							78.119
Übriges Konzernergebnis							–24.198
Konzerngesamtergebnis	0	0	0	0	0	0	53.921
Stand am 31.12.2004	2.554.741	0	0	1.956.044	1.100.000	0	–2.283.938

[1)] inklusive Bewertung

							Minderheitsgesellschafter			
Eigene Anteile, die zur Einziehung bestimmt sind	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital gemäß Konzernbilanz	Eigene Anteile, die nicht zur Einziehung bestimmt sind	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital	Konzerneigenkapital
	Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsrechnung	andere neutrale Transaktionen					Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsrechnung	andere neutrale Transaktionen		
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
0	–1.493	0	3.325.354	55.542	3.269.812	59.479	0	0	59.479	3.329.291
			0		0				0	0
			0	26.642	–26.642				0	–26.642
			0		0				0	0
	1.493		–9.141		–9.141	0			0	–9.141
			0		0				0	0
			220.504		220.504	3.702			3.702	224.206
	0		–44.937		–44.937	1.143			1.143	–43.794
0	0	0	175.567	0	175.567	4.845	0	0	4.845	180.412
0	0	0	3.491.780	82.184	3.409.596	64.324	0	0	64.324	3.473.920

0	–8.224	0	3.506.725	55.267	3.451.458	56.729	0	0	56.729	3.508.187
			1.100.000		1.100.000				0	1.100.000
			0	275	–275				0	–275
			0		0				0	0
	0		303		303	0			0	303
			–1.342.326		–1.342.326				0	–1.342.326
			78.119		78.119	3.186			3.186	81.305
	6.731		–17.467		–17.467	–436			–436	–17.903
0	6.731	0	60.652	0	60.652	2.750	0	0	2.750	63.402
0	–1.493	0	3.325.354	55.542	3.269.812	59.479	0	0	59.479	3.329.291

Segmentberichterstattung des Konzerns

ANTEILIGE ERGEBNISSE DER STRATEGISCHEN GESCHÄFTSFELDER IM KONZERN

	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarktgeschäft		Immobilien-finanzierung	
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Zinsüberschuss	428	455	170	177	323	337	320	322
Provisionsüberschuss	241	241	35	35	27	25	6	4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften					–24	–20		
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen	6		1	1	7	6	–7	–4
Summe Erträge	**675**	**696**	**206**	**213**	**333**	**348**	**319**	**322**
Personalaufwand	201	198	64	63	62	70	54	51
Andere Verwaltungsaufwendungen	314	338	59	62	137	144	58	66
Normalabschreibungen	3	4			7	10	11	7
Verwaltungsaufwand	**518**	**540**	**123**	**125**	**206**	**224**	**123**	**124**
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**157**	**156**	**83**	**88**	**127**	**124**	**196**	**198**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	40	58	24	22	–50	19	127	146
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve			3		–4	–40	3	–8
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve								
Risikovorsorge	**40**	**58**	**27**	**22**	**–54**	**–21**	**130**	**138**
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	**117**	**98**	**56**	**66**	**181**	**145**	**66**	**60**
Ergebnis aus Finanzanlagen			3	1	–2		1	–1
Saldo der übrigen Positionen			–4	–9			–9	–18
Ergebnis vor Steuern	**117**	**98**	**55**	**58**	**179**	**145**	**58**	**41**
Vergütung der stillen Einlagen								
Ergebnis vor Steuern nach Vergütung der stillen Einlagen	**117**	**98**	**55**	**58**	**179**	**145**	**58**	**41**
Segmentvermögen	5.276	5.442	6.900	7.848	55.514	52.700	48.558	44.828
Segmentverbindlichkeiten	13.350	13.559	4.894	4.833	47.776	44.812	40.729	36.600
Risikopositionen	4.137	4.298	5.237	4.913	14.507	12.884	14.752	14.470
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) [2]	341	356	360	354	910	979	937	925
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.149	3.304	867	892	454	479	602	633
Eigenkapitalrentabilität	34,3 %	27,5 %	15,3 %	16,4 %	19,7 %	14,8 %	6,2 %	4,4 %
Cost-Income-Ratio	76,7 %	77,6 %	59,7 %	58,7 %	61,9 %	64,4 %	38,6 %	38,5 %

[1] IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden im Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen ausgewiesen.
[2] Für den Konzern wird das bilanzielle Eigenkapital inklusive und exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.
[3] Vergütung zeitanteilig, stille Einlagen des Landes Berlin ganzjährig berücksichtigt

	Immobilien-dienstleistungen[1]		Corporate Investments		Sonstiges/ Konsolidierung		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
	2005	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004[3]**	**2005**	**2004**
	–5		122	70	–68	–97	1.290	1.264			1.290	1.264
			10	12	–4	–2	315	315			315	315
					14	–2	–10	–22			–10	–22
	56	29	–88	–3	14	–28	–11	1			–11	1
	51	**29**	**44**	**79**	**–44**	**–129**	**1.584**	**1.558**			**1.584**	**1.558**
	40	50	21	25	179	171	621	628			621	628
			12	17	–121	–148	459	479			459	479
			2	3	38	55	61	79			61	79
	40	**50**	**35**	**45**	**96**	**78**	**1.141**	**1.186**			**1.141**	**1.186**
	11	**–21**	**9**	**34**	**–140**	**–207**	**443**	**372**			**443**	**372**
			–7	–2	8	10	142	253			142	253
			–3	–1	7	–4	6	–53			6	–53
			–36	2	–5	–3	–41	–1			–41	–1
			-46	**–1**	**10**	**3**	**107**	**199**			**107**	**199**
	11	**–21**	**55**	**35**	**–150**	**–210**	**336**	**173**			**336**	**173**
		–1	–5	–6	12	13	9	6			9	6
		–2	1	–2	–78	–29	–90	–60			–90	–60
	11	**–24**	**51**	**27**	**–216**	**–226**	**255**	**119**			**255**	**119**
									78	26	78	26
	11	**–24**	**51**	**27**	**–216**	**–226**	**255**	**119**	**–78**	**–26**	**177**	**93**
	3.073	2.521		4.248	16.288	14.985	135.609	132.572			135.609	132.572
	3.073	2.521		4.248	25.787	25.999	135.609	132.572			135.609	132.572
				2.415	2.291	2.711	40.924	41.691			40.924	41.691
	60	65	118	168	615	184	3.341	3.309	–1.100	–1.100	2.241	2.209
	420	644		271	2.127	2.282	7.619	8.505			7.619	8.505
	18,4 %	–37,0 %	43,1 %	16,0 %			7,6 %	3,6 %	7,1 %	2,4 %	7,9 %	4,2 %
			79,5 %	57,0 %			72,0 %	76,1 %			72,0 %	76,1 %

Kapitalflussrechnung des Konzerns

in Mio. €	2005	2004
Jahresüberschuss	**224**	**81**
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	253	175
Veränderungen der Rückstellungen	125	–594
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	–259	176
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	–19	–7
Sonstige Anpassungen (per saldo)	–1.980	–1.954
Zwischensumme	**–1.656**	**–2.123**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen		
an Kreditinstitute	–3.016	3.127
an Kunden	3.361	23.982
Wertpapiere des Handels- und Liquiditätsbestandes	–5.653	–6.317
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	1.672	–1.498
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	5.912	–13.403
gegenüber Kunden	–5.081	–9.712
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.036	2.578
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–847	723
Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.829	4.164
Gezahlte Zinsen	–3.433	–4.388
Außerordentliche Auszahlungen	–52	71
Ertragsteuerzahlungen	–26	–27
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**–954**	**–2.823**

in Mio. €	2005	2004
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	1.113	3.251
Sachanlagen	135	122
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	–282	–121
Sachanlagen	–47	–17
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises[1)]		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	–22	–60
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**897**	**3.175**
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	–23	–294
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**–23**	**–294**
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	**1.359**	**1.302**
Cashflow aus operativer Tätigkeit	–954	–2.823
Cashflow aus Investitionstätigkeit	897	3.175
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–23	–294
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	–1
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**1.279**	**1.359**

Hinweis: „+“ = Mittelzufluss; „–“ = Mittelabfluss

[1)] Die Effekte aus den Veränderungen des Konsolidierungskreises werden im Anhang separat erläutert.

Anhang des Konzerns nach HGB

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach HGB erfolgt freiwillig. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 wird neben dem handelsrechtlichen Konzernabschluss ein Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt.

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Der von der BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin), erstellte Konzernabschluss wird als Teilkonzern einbezogen. Die LPFV und die IBG werden wie im Vorjahr als eigenständige Unternehmen auf Grundlage ihrer Einzelabschlüsse konsolidiert. Die Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, sowie die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin und Hannover, sowie deren konsolidierungspflichtige Töchter werden mit ihren Einzelabschlüssen in die Konsolidierung einbezogen. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin erstellt einen eigenständigen Teilkonzernabschluss gemäß § 290 HGB.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis zum 31.12.2005 umfasst neben der Bankgesellschaft Berlin AG 21 (i.V.: 24) inländische und 3 (i.V.: 4) ausländische Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin sind gegenüber dem Vorjahr unverändert einbezogen:

Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin und Hannover
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Teilkonzern BIH:
BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (Rechtsnachfolger der IBAG AG), Berlin
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
Bavaria Beteiligungsgesellschaft für Gewerbeimmobilien mbH, Berlin
Bavaria Gewährleistungs GmbH, Berlin
Bavaria Gewerbe GmbH, Berlin
Bavaria Projektentwicklung GmbH, Berlin
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L., Berlin
Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Bau- und Projektentwicklungen, Berlin
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Gegenüber dem Vorjahr neu aufgenommene Tochterunternehmen (Gesamtkonzern):

BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
BB-Immobilien Service GmbH, Berlin
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin
EUROPA INVEST S.A., Luxemburg

Die BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, unverändert ein 100%iges Tochterunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, wurde im Vorjahr unter Ausübung des Wahlrechts nach § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert. Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen für Informationstechnologie im Konzern der Bankgesellschaft Berlin. Darüber hinaus übernahm die Gesellschaft Teile des Immobiliendienstleistungsgeschäftes des Konzerns (Abspaltung aus der BIH).

Die BB-Immobilien Service GmbH, unverändert ein 100%iges Tochterunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, wurde im Vorjahr unter Ausübung des Wahlrechts nach § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert. Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in der Grundstücksentwicklung.

Die Mario Göhr Grundstücks GmbH, unverändert ein 100%iges Tochterunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, wurde im Vorjahr unter Ausübung des Wahlrechts nach § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert. Die Gesellschaft betreibt die Entwicklung eigenen Grundbesitzes.

Die bislang als assoziiertes Unternehmen geführte Gesellschaft EUROPA INVEST S.A., Luxemburg, wird aufgrund des Erwerbs von bisher konzernextern gehaltenen Anteilen nun als Kreditinstitut in den Konzernabschluss einbezogen. Zum 5. Juli 2005 erhöhte die Bankgesellschaft Berlin AG indirekt über die Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin, ihre Kapital- und Stimmrechtsanteile an der Gesellschaft von 24,0 % auf 78,0 %. Die EUROPA INVEST S.A. ist eine Kapitalanlagegesellschaft, die in Luxemburg tätig ist.

Anhang des Konzerns nach HGB

Aus dem Konsolidierungskreis sind im Jahr 2005 acht Unternehmen ausgeschieden:

Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i. L., Dublin
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Wiesbaden – bis 30. November 2005 –
IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Berlin – bis 22. September 2005 –
Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe, Berlin – bis 30. Juni 2005 –
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin – bis 31. August 2005 –

Die im Konzern der Bankgesellschaft Berlin gehaltenen Anteile an den Gesellschaften Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds –, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH und Weberbank Privatbankiers KGaA wurden im Berichtsjahr auf Konzernfremde übertragen. Die Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR wuchs nach Übernahme sämtlicher Anteile im Berichtsjahr auf die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG an. Die Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i. L. und die Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L. befinden sich in Liquidation und üben keine wesentliche Geschäftstätigkeit mehr aus. Die Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe übt keine wesentliche Geschäftstätigkeit mehr aus.

Für den Konzern (ohne BIH) wurden in Ausübung der Wahlrechte gemäß § 296 HGB 83 (i.V.: 98) Gesellschaften nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen. Bei insgesamt 52 (i.V.: 86) verbundenen Unternehmen konnte auf die Einbeziehung gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet werden, da diese Gesellschaften für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind. Im übrigen Konzern wurden im Jahr 2005 27 Gesellschaften (i.V.: keine) ausschließlich zum Zweck der Weiterveräußerung gehalten. Wegen der Beschränkung der Geschäftsausübung gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurden 4 (i.V.: 12) Gesellschaften nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Bei der BIH wurden in Ausübung der Wahlrechte nach § 296 HGB 75 (i.V.: 50) Gesellschaften nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen. Bei insgesamt 14 (i.V.: 20) verbundenen Unternehmen – kleine GmbHs und Leergesellschaften – konnte auf die Einbeziehung gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet werden, da diese Gesellschaften für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BIH-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind. Für 54 (i.V.: 28) Gesellschaften wurde das Wahlrecht gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB ausgeübt, da diese Gesellschaften ausschließlich zum Zweck der Weiterveräußerung gehalten werden. Wegen der Beschränkung der Geschäftsausübung gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurden 7 (i.V.: 2) Gesellschaften nicht in den Konzernabschluss der BIH einbezogen. Der Konsolidierungskreis der BIH berücksichtigt insbesondere die Festlegungen des beschlossenen Restrukturierungskonzepts hinsichtlich der Gesellschaften, die abgewickelt, verschmolzen, liquidiert beziehungsweise veräußert werden sollen, und umfasst somit nur solche Gesellschaften, die zum Kerngeschäft des BIH-Konzerns gehören.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigefügt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist um zusätzliche Angaben für Realkreditinstitute erweitert. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten. Hinsichtlich der Berechnung der latenten Steuern verweisen wir auf Ziffer (9). Die Bankgesellschaft Berlin hat bereits im Jahresabschluss 2003 den Entwurf des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. IDW RS HFA 11 (vormals IDW ERS HFA 11) beachtet und Software nicht mehr unter der Position Sachanlagen, sondern unter den Immateriellen Anlagewerten ausgewiesen. Die Abschreibung auf aktivierte Software erfolgt linear über drei bis fünf Jahre.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden im Hinblick auf die EU-Entscheidung, die eine Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die auf die Gewinnbezugsrechte entfallende Ausschüttung der LBB über 32 (i.V.: 22) Mio. € wurde von den unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Gewinnbezugsrechten abgesetzt; mit den in den Jahren 1998 bis 2002 vereinnahmten Erträgen über 103 Mio. € wurde entsprechend verfahren.

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission und die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde in Vorjahren durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen entsprechende Veränderungen.

Zum 20. Januar 2005 sind durch Aufrechnung die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin aufgrund der Rückerstattung erhaltener öffentlicher Beihilfen (Entscheidung der EU-Kommission) auf der einen Seite und die Forderungen gegen das Land Berlin aus dem betragsgleichen Sanierungszuschuss auf der anderen Seite erloschen.

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat mit Wirkung zum Jahresabschluss 2003 gegenüber der Berlin Hyp die Übernahme der bilanziellen Auswirkung der EU-Genehmigung beschränkt auf die bilanziellen Auswirkungen aus der Abgabe der IBG (gegen einen Besserungsschein) erklärt. Diese Vereinbarung wurde im Januar 2006 endabgerechnet und damit vorzeitig beendet.

Konsolidierung

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf den 31. Dezember 2005 aufgestellt und wurden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierung und Bewertung in den Konzernabschluss einbezogen. In Fremdwährung bilanzierende und in die Konsolidierung einzubeziehende Gesellschaften sind nicht mehr vorhanden.

Die Konsolidierung der seit dem Geschäftsjahr 2003 neu einbezogenen Tochtergesellschaften erfolgte grundsätzlich zum Erwerbszeitpunkt auf Basis der Neubewertungsmethode gemäß § 301 Abs. 1 S. 3 HGB und auf Grundlage des DRS 4. Die Konsolidierung der im Geschäftsjahr 2005 neu einbezogenen Tochtergesellschaften führte zu einem aktiven Unterschiedsbetrag von 1,2 Mio. €, der erfolgswirksam verrechnet wurde. Der Unterschiedsbetrag resultiert aus den im Vorjahr als bewertete assoziierte Unternehmen bilanzierten und durch Erwerb der restlichen Anteile zu Tochterunternehmen gewordenen Unternehmen. Darüber hinaus wurden Abschreibungen des Goodwills in Höhe von 5,9 Mio. €, bei einer Abschreibungsdauer von fünf Jahren, vorgenommen. Durch das Ausscheiden der Weberbank aus dem Konzern ergab sich als wesentlicher Effekt eine Ergebnisbelastung von 17 Mio. € zum Zeitpunkt der Entkonsolidierung.

Die per 31. Dezember 2005 bestehende stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin in Höhe von nominal 844 Mio. € wird bei der Landesbank Berlin im Eigenkapital unter den stillen Einlagen ausgewiesen. Schuldrechtlich beschränkt sich die stille Beteiligung auf 75,01% des Vermögens und des Ertrags der Landesbank Berlin.

Für die nicht im Konzernbesitz befindlichen Anteile am Eigenkapital und am Gewinn von Tochtergesellschaften, insbesondere der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, ist in der Konzernbilanz ein „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ ausgewiesen. Die auf Basis des 1998 vom Land erworbenen Gewinnbezugsrechts auf 24,99 % des LBB-Gewinns erhaltenen Gewinnausschüttungen werden von diesem mit Bezug auf die EU-Entscheidung aktivisch abgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden ebenso wie entsprechende Aufwendungen und Erträge konsolidiert. Aus konzerninternen Umsätzen des Geschäftsjahres resultierende Zwischenerfolge sind ergebniswirksam eliminiert. Der aus dem Vorjahr vorgetragene Eliminierungsbetrag wurde, soweit er noch relevant war, mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Für das Berichtsjahr vereinnahmte Beteiligungserträge konsolidierter Gesellschaften wurden aufgerechnet.

Zur Steuerung des Marktpreisrisikos werden in banküblicher Weise konzerninterne Derivategeschäfte abgeschlossen. Die einzelnen Konzerngesellschaften schließen Sicherungsgeschäfte vornehmlich mit der Bankgesellschaft Berlin AG zu jeweils gültigen Marktkonditionen ab, die ihrerseits auf Basis ihrer Gesamtposition entsprechende Sicherungsgeschäfte am Markt kontrahiert. Auf diese Weise wird ein einheitlicher Marktauftritt gewährleistet und das Derivategeschäft des Konzerns koordiniert. Zwischenergebnisse im Sinne des § 304 HGB resultieren hieraus nicht. Daher werden diese Geschäfte in der Konzernbilanz wie externe Geschäfte behandelt.

Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB)

Von den insgesamt 18 (i.V.: 10) assoziierten Unternehmen (9 davon sind Gemeinschaftsunternehmen, im Vorjahr: 8) werden 3 (i.V.: 2) Gesellschaften (eine davon ist ein Gemeinschaftsunternehmen, wie im Vorjahr) nach der At-equity-Methode bewertet, die übrigen assoziierten Unternehmen werden aufgrund ihrer Unwesentlichkeit zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Bank nimmt das Wahlrecht des § 310 HGB nicht in Anspruch. Die bestehenden Gemeinschaftsunternehmen werden daher in der Bilanzposition „assoziierte Unternehmen“ ausgewiesen und im Anteilsverzeichnis entsprechend gekennzeichnet.

Die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) wurde zum 1. Januar 2005 erstmalig nach der „at equity“ Methode bewertet, weil die Beteiligung dieses Jahr als wesentlich betrachtet wird. In den letzten Geschäftsjahren wurde die Gesellschaft zu Anschaffungskosten bewertet. 2005 ist keine Gesellschaft aus dem Kreis der bewerteten assoziierten Unternehmen ausgeschieden. Aus der Equity-Bewertung ergab sich ein passiver Unterschiedsbetrag von 17 Mio. €.

Wie im letzten Jahr wird die Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG at equity bewertet, obwohl aufgrund der mehrheitlichen Beteiligung in Höhe von 62,5 % und der Mehrheit der Stimmen im Verwaltungsrat eine Beherrschung gegeben ist. Nach den Kriterien der Bankgesellschaft Berlin AG besteht allerdings aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Certa für den Konzern keine Pflicht zur Vollkonsolidierung. Vor dem Hintergrund der Bewertungsstetigkeit bezieht die Bankgesellschaft Berlin AG die Certa unverändert nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss ein. Der Ausweis erfolgt unverändert unter den assoziierten Unternehmen.

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat über ihre Tochter Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG ihre Anteile an der CARA Seniorendienste GmbH (vormals: Hotel Alleestraße Betriebsgesellschaft mbH) im Berichtsjahr von 100,0 % auf 20,0 % reduziert. Die Gesellschaft wird nicht mehr als Tochterunternehmen, sondern als assoziiertes Unternehmen ausgewiesen.

Bei den weiteren gegenüber dem Vorjahr neu als assoziierte Unternehmen ausgewiesenen Gesellschaften handelt es sich um solche, bei denen direkt oder indirekt über Tochterunternehmen ein maßgeblicher Einfluss der Bankgesellschaft Berlin AG ausgeübt wird, bei denen es sich jedoch nicht um Tochterunternehmen handelt.

Die Bilanzierung und Bewertung der assoziierten Unternehmen erfolgte grundsätzlich nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 8 (DRS 8).

Die assoziierten Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) einzeln aufgeführt.

Die At-equity-Werte werden um die anteiligen Veränderungen des Eigenkapitals fortgeschrieben, bereinigt um die anteiligen Beteiligungserträge (Buchwertmethode). Der Goodwill aus der Anwendung der Equity-Methode wurde in den vergangenen Jahren vollständig abgeschrieben.

Die in die Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen bilanzieren nach HGB. Auf eine Anpassung an eine konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung wurde aufgrund der Unwesentlichkeit verzichtet.

Aus assoziierten Unternehmen resultiert insgesamt ein Ergebnis in Höhe von 4,9 (i.V.: 2,1) Mio. €, das in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Für Kredite des Fördergeschäfts im Konzern wurden auch die zugesicherten Fördermittel mit dem Barwert als Sicherheit angesetzt. Für erkennbare Risikopotenziale wurde in angemessener Höhe Vorsorge getroffen.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340 e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Im Finanzanlagevermögen des Konzerns befinden sich nicht nach zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertete börsenfähige Aktien und Wertpapiere in Höhe von 175 (i.V.: 1.213) Mio. €.

Die Wertpapiere des Handelsbestands sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen werden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6,0 %. Der steuerlich zulässige Wert wird dann angesetzt, wenn er den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Betrag übersteigt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Dr. Klaus Heubeck 2005 G) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Die Bewertung hinsichtlich der unter die Detailvereinbarung fallenden Aktiva und Passiva erfolgt im Jahresabschluss 2005 unverändert zum Jahresabschluss 2004:

„Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2002 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Die positive Entscheidung der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren vom 18. Februar 2004 legitimiert die Fortführung dieses Bewertungsansatzes zum 31. Dezember 2005. Bei den unter die Detailvereinbarung fallenden Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/BIH-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichte Kredite und Kreditzusagen, werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/BIH-Gruppe abgeschirmt. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst sind, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.“

Bewertung des Handelsbestands

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien beziehungsweise Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolien werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei dem Aktienportfolio erfolgt die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolien je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestandes einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolien miteinander verrechnet. In Zins- und Aktienportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung beziehungsweise Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Die Marktbewertung für Credit Default Swaps im Handelsbuch in London wurde im Berichtsjahr geändert. Sie erfolgt nunmehr auf der Basis entsprechender Instrumente gleicher Restlaufzeit (im Vorjahr gleicher Ursprungslaufzeit). Für das Geschäftsjahr 2005 ergibt sich daraus eine Belastung im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften in Höhe von 14,3 Mio. €.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss des Konzerns wurde in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen beziehungsweise zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340 h Abs. 1 HGB).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340 h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340 h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Angaben zu den GuV-Positionen

1 Zinsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Zinserträge	5.138	5.363
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.752	4.458
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.386	905
Laufende Erträge	333	156
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	289	134
aus Beteiligungen[1)]	31	17
aus verbundenen Unternehmen	13	5
Erträge aus Gewinngemeinschaften	7	10
Zinsaufwendungen	4.188	4.265
für Einlagen	2.533	2.750
für verbriefte Verbindlichkeiten	1.521	1.422
für nachrangige Verbindlichkeiten	134	93
Insgesamt	**1.290**	**1.264**

[1)] einschließlich assoziierter Unternehmen

2 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	138	124
Wertpapiere/Vermögensanlagen	136	123
Emissions- und Konsortialgeschäft	2	1
Zahlungsverkehr/Kontoführung	128	136
Kreditgeschäft	7	6
Kreditgeschäft	4	2
Avalprovisionen	–2	–1
Auslandsgeschäft	5	5
Kartengeschäft	33	36
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	9	13
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	8	12
Insgesamt	**315**	**315**

3 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften nach Gesellschaften beziehungsweise nach Geschäftsarten setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2005	2004
Nettoergebnis	**–10**	**–22**
darunter: Bankgesellschaft Berlin	–13	–16
Landesbank Berlin	11	–6
Übrige Kreditinstitute	4	1
Konsolidierung	12	1

in Mio. €	2005	2004
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	–2	46
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	–12	–63
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	–22	–5
Handelsergebnis	**–36**	**–22**
Bewertung aus eigenen Aktien	26	0
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	**–10**	**–22**

4 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2005	2004
Gebäude- und Raumkosten	83	86
IT-Aufwendungen	210	222
Werbung und Marketing	22	24
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	53	57
Geschäftsbetriebskosten	61	58
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	5
Personalabhängige Sachkosten	13	11
Umsatzsteuer auf Konzernleistungen	13	16
Insgesamt	**459**	**479**

5 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2005	2004
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	142	253
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	6	–53
Reserven gemäß § 340 f HGB	–41	–1
Insgesamt	**107**	**199**

Die Risikovorsorge **für das Kreditgeschäft im Konzern** hat sich wie folgt entwickelt:

	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direkt-abschreibungen		EWB [1]		PWB [2]		Rückstellungen Kreditgeschäft							
in Mio. €	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Stand 1.1.			**4.602**	**4.942**	**87**	**113**	**169**	**238**	**5**	**19**	**4.863**	**5.312**		
Zuführungen			381	427	20	10	60	24	10		471	461	471	461
Inanspruch-nahmen			794	386			21	1		9	815	396		
Auflösungen			287	171	5	3	58	65	4	5	354	244	354	244
Direkt-abschreibungen	37	40											37	40
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12	4											12	4
Umbuchungen [3]			68	–203	–1	–33	–8	–26	6		65	–262		
Wechselkurs-änderungen			14	–7			3	–1			17	–8		
Stand 31.12.			**3.984**	**4.602**	**101**	**87**	**145**	**169**	**17**	**5**	**4.247**	**4.863**	**142**	**253**

[1] Einzelwertberichtigung
[2] Pauschalwertberichtigung
[3] inklusive Bestandserhöhung durch Veränderungen im Konsolidierungskreis

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung erhöht, weil weitere Sicherheiten gestellt wurden beziehungsweise die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des Bankenfachausschusses des IDW „Zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten“ (BFA 1/1990).

Bei der Länderwertberichtigung berücksichtigt die Bank im Wesentlichen das Risikoexposure abzüglich Geschäftsarten und Sicherheiten, die keinem Transferrisiko unterliegen. Des Weiteren wird das Exposure um bereits für einzelne Kreditnehmer (die dem jeweiligen Land risikotechnisch zugeordnet sind) gebildete Einzelwertberichtigungen bereinigt. Der ermittelte Basisbetrag wird anschließend mit einer risikoadäquaten Quote (die sich aus dem Rating des Landes ergibt) versehen.

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko wurde eine gesonderte Länderrisikovorsorge gebildet. Grundlage ist eine Berechnung, welche aus dem jeweiligen Länderrating und Länderexposure den Vorsorgebedarf vorgibt. Entsprechend dem ermittelten Vorsorgebedarf ist die bestehende Länder-Pauschalwertberichtigung zu erhöhen beziehungsweise aufzulösen.

Der Bestand der **Kredit-Risikovorsorge** entfällt auf:

in Mio. €	2005	2004
Forderungen an Kreditinstitute	13	19
Forderungen an Kunden	4.089	4.675
Rückstellungen	145	169
Sonstige Positionen		
Insgesamt	4.247	4.863

6 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheiten (Tochtergesellschaften, Niederlassungen):

	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
in Mio. €	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Zinserträge	4.488	4.633	650	730	5.138	5.363
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	292	118	36	36	328	154
Provisionserträge	391	391	13	11	404	402
Sonstige betriebliche Erträge	634	569	0	2	634	571

7 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

in Mio. €	2005 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2005 Sonstige betriebliche Erträge	2004 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2004 Sonstige betriebliche Erträge
Kreditinstitute	207	374	240	394
IBG/IBAG/LPFV	479	536	497	527
Materialaufwand	137		210	
Abschreibungen	5		13	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	337		274	
Umsatzerlöse		313		383
Bestandserhöhungen/-minderungen		–41		–15
Sonstige betriebliche Erträge		264		159
Sonstige Unternehmen	27	158	1	108
Konsolidierungen	–63	–434 [1)]	–170	–458
Insgesamt	**650**	**634**	**568**	**571**

[1)] Leistungsumfang der Servicegesellschaften; dort Umsatztätigkeit

Die Avalprovision an das Land Berlin für die Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Kreditinstitute in Höhe von 15 Mio. € enthalten.

8 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge im Konzern stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	2005 Außerordentliche Aufwendungen	2005 Außerordentliche Erträge	2004 Außerordentliche Aufwendungen	2004 Außerordentliche Erträge
Restrukturierungsvorsorge	42	12	19	9
Rückstellungen für EU-Entscheidung	45	0	5	2
Sonstige	0	1	1.137	1.124
Insgesamt	**87**	**13**	**1.161**	**1.135**

In dem Posten Sonstige sind im Vorjahr betragsgleiche Aufwendungen und Erträge in Höhe von 1.124 Mio. € enthalten, die aus der Entscheidung der EU-Kommission zur Übertragung des Vermögens der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt resultieren.

9 Ertragsteuern im Konzern

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin bestand im Jahr 2005 aus drei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Organträger Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin sind zu 75,01 % über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01% der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die inländischen Muttergesellschaften, überwiegend die Bankgesellschaft Berlin AG, fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland steuerfrei.

Die Ertragsteuern im Konzern entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	2005	2004
Tatsächliche Steuern	64	39
Latente Steuern	–111	–27
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (–)	**–47**	**12**

Der Steuerertrag ist ganz überwiegend darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge nunmehr davon ausgegangen werden kann, dass diese Verlustvorträge in einem höheren Maße als bisher zugrunde gelegt ausgenutzt werden können. Die gleichen Annahmen und die gleiche Bewertungsmethode liegen auch dem IFRS-Konzernabschluss zugrunde.

Die latenten Steuern wurden entsprechend den Vorschriften des DRS 10 (Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 10: Latente Steuern im Konzernabschluss) berechnet. Dabei wurden diese wie im Vorjahr unter Berücksichtigung eines Steuersatzes in Höhe von 38,9 % angesetzt. Berücksichtigt sind neben der Körperschaftsteuer in Höhe von 25 % der Solidaritätszuschlag von 5,5 % und der Gewerbeertragsteuersatz im Konzern in Höhe von 17,0 % (Hebesatz 410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern auf Konsolidierungsbeträge wurde der konzerneinheitliche Steuersatz zugrunde gelegt, da grundsätzlich alle zu konsolidierenden Zwischengewinne diesem Steuersatz unterliegen.

Im Einzelnen stellt sich die steuerliche Überleitung vom rechnerischen zum ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern wie folgt dar:

in Mio. €	2005	2004
Ergebnis vor Ertragsteuern	**177**	**93**
Steuersatz	38,9 %	38,9 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	**69**	**36**
Steuereffekte		
1. Steuerfreie Erträge	–104	–442
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	84	28
3. Abweichende Gewerbesteuer	15	3
4. Steuersatzabweichungen	1	–2
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	–25	376
6. Latente Steuererträge aufgrund Änderung von Bewertungsmethoden	–103	–38
7. Aperiodische Effekte	3	51
8. Verbrauch des positiven Endbestands an EK02	14	0
9. Sonstiges	–1	0
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (–)	**–47**	**12**
Effektiver Steuersatz	–26,7 %	13,5 %

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die nicht als temporäre Differenzen zu behandeln waren, aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen und Erträgen aus der Inanspruchnahme der für den Bereich des Immobiliendienstleistungsgeschäfts mit der DetV übernommenen Buchwertgarantie, die steuerlich als Einlage zu behandeln sind. Im Vorjahr wurden hier zusätzlich die Erträge aus der Neutralisierungsvereinbarung berücksichtigt.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8a beziehungsweise 8b Abs. 2 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen, soweit sie nicht bei der Ermittlung des Gewerbeertrages bereits losgelöst davon hinzuzurechnen sind, und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land zu leisten sind.

Die Hinzurechnung der Vergütungen für die beiden stillen Beteiligungen des Landes an der LBB bei der Ermittlung des Gewerbeertrags ist Hauptursache für die abweichende Gewerbesteuer.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen rund 12 % und 31 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschiedes zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Position (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte aus dem erhöhten Ansatz aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aufgrund der der Bewertung zugrunde liegenden erhöhten Planergebnisse, die der Bewertung zugrunde zu legen sind. Der Mehraufwand im Vorjahr war überwiegend auf die Nichtberücksichtigung des Aufwands aus der Beihilferückgewähr bei der Bildung aktiver latenter Steuern zurückzuführen.

Die latenten Steuererträge basieren insbesondere auf der Verlängerung des Planungszeitraums von drei auf fünf Jahre, den wir so auch der Bewertung von Verlustvorträgen bei der Aufstellung unseres IFRS-Konzernabschlusses zugrunde gelegt haben.

Unter den sonstigen Effekten ist hauptsächlich der Verbrauch des positiven Endbestandes an EK02 ausgewiesen, zu dem es beim Ausscheiden eines Konzernunternehmens und der dafür gewählten Transaktionsstruktur kam.

10 Steuerabgrenzungen

Aktive Steuerabgrenzungen bestehen im Zusammenhang mit folgenden Posten:

in Mio. €	2005	2004
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	23	79
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	13
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	2
Anteile an verbundenen und assoziierten Unternehmen	2	2
Immaterielle Anlagewerte	3	6
Sachanlagen	5	5
Sonstige Vermögensgegenstände	1	1
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	32	10
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	2	0
Rückstellungen	217	172
Steuerliche Verlustvorträge	203	96
Zwischensumme	**491**	**386**
Saldierungen mit passiven latenten Steuern in den Einzelabschlüssen und Organkreisen	–143	–115
Insgesamt	348	271

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 609 (i.V.: 237) Mio. € und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 335 (i.V.: 271) Mio. € wurden latente Steuern angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 28 (i.V.: 14) Mio. € aufgelöst. Dies betraf die Gesellschaften BGB, LBB und Berlin Hyp (i.V.: BGB und Berlin Hyp). Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 4.880 (i.V.: 5.994) Mio. € und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 5.332 (i.V.: 6.106) Mio. € wurden keine latenten Steuern angesetzt, wovon mehr als 1 Mrd. € auf das Immobiliendienstleistungsgeschäft entfällt, welches bis Mitte 2006 gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 aus dem Konzern ausscheiden wird. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Höhe der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge basiert auf der handelsrechtlichen Mittelfristplanung. Sie wurde vor allem um Effekte aus Sachverhalten, die unter § 8 b KStG fallen, und steuerfreie Betriebsstättenergebnisse modifiziert. Zusätzlich wurde hierbei die Umkehrwirkung aus der Auflösung von temporären Differenzen berücksichtigt, die im Zusammenhang mit Restrukturierungsrückstellungen stehen. Auf das so ermittelte steuerliche Planergebnis haben wir Abschläge vorgenommen.

Im Konzern sind außerordentliche Erträge und Aufwendungen saldiert in Höhe von 40 (i.V.: 16) Mio. € angefallen, für die aktive latente Steuern gebildet wurden.

Die aktiven latenten Steuern werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Passive Steuerabgrenzungen bestehen im Zusammenhang mit folgenden Posten:

in Mio. €	2005	2004
Forderungen an Kunden	8	32
Sachanlagen	3	5
Sonstige Vermögensgegenstände	143	119
Sonstige Passivposten	0	5
Zwischensumme	**154**	**161**
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern in den Einzelabschlüssen und Organkreisen	–143	–115
Insgesamt	**11**	**46**

Die passiven latenten Steuern werden unter den Steuerrückstellungen ausgewiesen. Passive latente Steuern in Höhe von 1 Mio. € wurden erfolgsneutral über die Gewinnrücklagen aufgelöst.

Ein potenzieller Körperschaftsteuerminderungsanspruch in Höhe des gemäß § 37 Abs. 2 KStG fortgeführten Körperschaftsteuerguthabens besteht nicht. Der Endbestand an EK02, mit dem sich eine potenzielle Verpflichtung zur Körperschaftsteuererhöhung gemäß § 38 Abs. 1 KStG verbindet, besteht nicht (i.V.: 45 Mio. €).

Angaben zu den Bilanzpositionen

11 Fristengliederung

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Andere Forderungen		
bis drei Monate	15.041	6.612
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.889	5.368
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.817	6.205
mehr als fünf Jahre	1.540	2.509
Insgesamt	**29.287**	**20.694**
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	8.295	8.470
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.790	3.529
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.373	18.251
mehr als fünf Jahre	24.672	23.651
davon mit unbestimmter Laufzeit	(4.364)	(4.522)
Insgesamt	**51.130**	**53.901**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	30.115	20.580
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.415	5.543
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.850	5.847
mehr als fünf Jahre	2.011	2.329
Insgesamt	**42.391**	**34.299**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	14	22
mehr als drei Monate bis ein Jahr	13	22
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	110	129
mehr als fünf Jahre	9	11
Insgesamt	**146**	**184**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	3.530	4.395
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.489	3.641
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.050	4.350
mehr als fünf Jahre	5.761	6.211
Insgesamt	**14.830**	**18.597**
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere verbriefte Verbindlichkeiten		
bis drei Monate		27
mehr als drei Monate bis ein Jahr		11
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		
mehr als fünf Jahre		0
Insgesamt	**0**	**38**

12 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Enthalten in Position:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.625	6.172
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen	7.289	9.345

13 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	527	596
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	194	117
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Nachrangige Verbindlichkeiten		

14 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	519	791
Forderungen an Kunden	239	386
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	458	455
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16	162
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	94	82
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Nachrangige Verbindlichkeiten		

15 Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	60	46
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	184
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	380	372

16 Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. €	Finanzanlagen						Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
	Forderungen [1]	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen		
Buchwert zum 31.12.2004		**1.917**	**71**	**351**	**12**	**50**	**347**	**108**
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.2004	7	1.927	109	370	73	180	766	162
Zugänge 2005		106	4	98	35	67	65	27
Abgänge 2005		1.097		10	26	43	232	10
Umbuchungen 2005		0		–23	18	–6	–18	–4
Effekte aus Wechselkursänderungen		1						
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.2005	7	937	113	435	100	198	581	175
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2004		4	7	11	21		5	
Zugänge 2005			11		4		1	
Abgänge 2005		4		8			4	
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2005	0	0	18	3	25	0	2	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2004	7	14	45	30	82	130	424	54
Zugänge 2005		10		–4	6	19	30	38
Abgänge 2005		15		9	15	8	116	9
Umbuchungen 2005				–2		3	–15	–4
Effekte aus Wechselkursänderungen								
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2005	7	9	45	15	73	144	323	80
Buchwert zum 31.12.2005	**0**	**927**	**86**	**423**	**52**	**54**	**260**	**96**

[1] Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

Die Sachanlagen wurden aus der Eliminierung steuerrechtlich induzierter Wertansätze um 7,6 Mio. € angepasst.

17 Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	30	46
Sachanlagen		
Sonstige Vermögensgegenstände	30	27
	60	73
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	25
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15	21
Sonstige Verbindlichkeiten	30	27
	60	73

18 Börsenfähigkeit/Börsennotierung

	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	40.768	34.760	39.482	31.581	1.286	3.179
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.441	4.088	2.217	3.763	224	325
Beteiligungen	157	34	123		34	34

19 Bestände in Fremdwährung

in Mrd. €	31.12.2005	31.12.2004
Vermögensgegenstände	10,2	11,1
Verbindlichkeiten	9,7	11,5

22 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte des Konzerns enthalten für die neu zu konsolidierenden Unternehmen keinen Unterschiedsbetrag; für bereits in Vorperioden konsolidierte Unternehmen besteht ein aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 18 (i.V.: 23) Mio. €, der aus der erstmaligen Konsolidierung der BB-Invest resultiert. Im BIH-Teilkonzern bestehen darüber hinaus 10 (i.V.: 43) Mio. €.

Darüber hinaus werden in dieser Position 77 (i.V.: 85) Mio. € an Software ausgewiesen. Die Abschreibung erfolgt linear über drei bis fünf Jahre ab Erwerbszeitpunkt.

Von den Grundstücken und Gebäuden des Konzerns werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien im Buchwert von 129 (i.V.: 154) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 122 (i.V.: 138) Mio. € enthalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare beziehungsweise degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Seit 1. Januar 2004 wird die AfA auf Zugänge pro rata temporis berechnet.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 - 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

23 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Aktivposten aus Portfolien	1.737	1.682
Forderungen aus Collateral	2.474	2.743
Gewinnansprüche LBB	529	561
Forderungen an Finanzbehörden	125	78
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	262	276
Aktive latente Steuern	348	271
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	123	331
Forderungen aus Neutralisierungsvereinbarung	0	1.124
Einzugspapiere	8	47
Übrige	1.679	1.398
Insgesamt	**7.285**	**8.511**

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien für Optionsrechte und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf 24,99 % des Ertrags und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin. Die Gewinnansprüche wurden im Jahresabschluss 2003 insgesamt um 80 Mio. € abgeschrieben. Die Abschreibung resultierte aus der stetigen Anwendung von Bewertungsmethoden (57 Mio. €) sowie einer Abschreibung wegen der EU-Entscheidung (23 Mio. €). Die im Geschäftsjahr 32 (i.V.: 22) Mio. € und in den Jahren 1998 bis 2002 aus den Gewinnbezugsrechten vereinnahmten Erträge wurden im Konzern abgesetzt.

Forderungen der BIH, der IBG und der LPFV aus der Detailvereinbarung sind in den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen enthalten.

24 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Konzern werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 199 (i.V.: 223) Mio. € ausgewiesen.

25 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Passivposten aus Portfolien	1.162	1.275
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.102	789
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	40	44
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	58	90
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	310	102
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	265	423
Verbindlichkeiten aus der Neutralisierungsvereinbarung	0	1.124
Übrige	860	694
Insgesamt	**3.797**	**4.541**

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

26 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Für den Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 230 (i.V.: 359) Mio. € ausgewiesen.

27 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen im Konzern um 20 (i.V.: –23) Mio. € auf 620 (i.V.: 600) Mio. €. Die Verwendung der neuen versicherungsmathematischen Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck (2005 G) führten zu einem wesentlichen Teil der Erhöhung.

28 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Rückstellungen für Portfolien, Wertpapier- und Devisengeschäfte	295	250
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	145	173
Rückstellungen im Personalbereich	145	147
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	196	238
Rückstellungen EU-Entscheidungen	294	304
IBG[1)]	7	15
LPFV[1)]	2	9
Übrige	409	290
Insgesamt	**1.493**	**1.426**

[1)] Die Rückstellungen im Personalbereich der IBG/LPFV sind in der entsprechenden Unterposition enthalten.

Die **Restrukturierungsrückstellungen im Konzern** entwickelten sich 2005 wie folgt:

in Mio. €	Stand 1.1.2005	Verbrauch	Umbuchung	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2005
Personal	73	24	–15	1	18	51
Flächenmanagement	152	21	–1	11	15	134
Sachaufwand	13	1	–1			11
Insgesamt	**238**	**46**	**–17**	**12**	**33**	**196**

Rückstellungen für EU-Maßnahmen

Zusätzlich zu den für die Realisierung des Sanierungsplans erforderlichen Aufwendungen waren für die Umsetzung der seitens der Bundesrepublik Deutschland angebotenen Kompensationsmaßnahmen sowie auch der von der EU im Rahmen der Genehmigung der Beihilfe erteilten Auflagen (Veräußerung NL BB und Veräußerung/Liquidation Immobiliendienstleistungen) Rückstellungen für Aufwendungen und drohende Verluste zu bilden (294 Mio. €, i.V.: 304 Mio. €).

29 Nachrangige Verbindlichkeiten

	Nominalwert in Mio. €	Emittent	Zinssatz in %
(1)	91	Landesbank Berlin – Girozentrale –	2,70 bis 4,86
(2)	177	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	2,64 bis 7,75
(3)	2.479	BGB Finance (Ireland) plc	Zerobond bis 8,00

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 889 (i.V.: 850) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.747 (i.V.: 2.744) Mio. € entsprechen 2.667 (i.V.: 2.661) Mio. € den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

Der Zinsaufwand 2005 für nachrangige Verbindlichkeiten im Konzern beträgt 134 (i.V.: 93) Mio. €.

30 Genussrechtskapital

In den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben Genussrechte in Höhe von 84 T€ ausgegeben (i.V.: 85 T€). Diese Genussrechte verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte.

31 Angaben zum Eigenkapital

Der Eigenkapitalspiegel wurde unter Beachtung der Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 7 (DRS 7) zu Konzerneigenkapital und Konzerngesamtergebnis erstellt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2005 wurden in der Bankgesellschaft Berlin AG die Kapitalrücklage, die gesetzliche Rücklage und die anderen Gewinnrücklagen mit dem Bilanzverlust verrechnet. Es besteht weiterhin ein Bilanzverlust; Beträge für Ausschüttungen an die Gesellschafter stehen damit nicht zur Verfügung. Ausschüttungssperren kommen nicht zum Tragen.

Im übrigen Konzernergebnis sind im Eigenkapitalspiegel insbesondere die Auswirkungen aus latenten Steuern sowie den Wertpapier-, Eigenkapital- und Erfolgskonsolidierungen und die Absetzung der erhaltenen Ausschüttungen auf die Gewinnbezugsrechte der LBB enthalten.

Sonstige Angaben

32 Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2), ergänzt durch den bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 (DRS 2-10).

Die Zuordnung der Zahlungsströme zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen beziehungsweise Sachanlagen. In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt, sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind. Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten beinhaltet Bewertungsergebnisse aus Handelsgeschäften, die Veränderungen bei den latenten Steuern, Abschreibungen und Veräußerungsergebnisse auf immaterielle Vermögenswerte sowie das Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Aus der Erstkonsolidierung der BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme GmbH, Berlin, BB-Immobilien Service GmbH, Berlin, Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, und EUROPA INVEST S.A., Luxemburg, ergab sich kein Mittelzufluss.

Durch diese Konsolidierungsmaßnahmen haben sich die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss wie folgt verändert:

in Mio. €	Zugänge 2005		Abgänge 2005	
Aktiva				
Zahlungsmittelbestand	0		94	
Forderungen an Kreditinstitute	63		3.702	
Forderungen an Kunden	0		311	
Wertpapiere	0		0	
Andere operative Aktiva	145		31	
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0		113	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0		3.132	
Verbriefte Verbindlichkeiten	0		257	
Andere operative Passiva	120		461	

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

33 Angaben zur Segmentberichterstattung

Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind deshalb konzernbezogen dargestellt.

Private Kunden
Das Geschäft mit privaten Kunden wird ausschließlich am Standort Berlin in der Landesbank Berlin mit den Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank betrieben. In der Kernregion Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten.

Firmenkunden
Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berliner Bank geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie Beratungen zu Gründungen und Unternehmensnachfolge. Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Immobilienfinanzierung
Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft vornehmlich durch die Bankgesellschaft Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Kapitalmarktgeschäft
Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige Produkte des Kapitalmarktgeschäfts sind vor allem innovative Aktien-, Zins- und Währungs-

portfolios. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft BB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der BB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise.

Weitere Segmente in der Konzernberichterstattung

Neben den Kerngeschäftssegmenten werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments", „Immobiliendienstleistungen" sowie „Sonstiges/Konsolidierung" dargestellt.

Unter „Corporate Investments" werden im Berichtsjahr die Ergebnisse der Tochtergesellschaft Weberbank bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 ausgewiesen.

Das Immobiliendienstleistungsgeschäft umfasst die Aktivitäten der Tochtergesellschaften IBAG – mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 in eine GmbH umgewandelt und als Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) firmierend –, IBG und LPFV.

Unter „Sonstiges/Konsolidierung" werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftsfeld erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Für die kundenorientierten Geschäftsfelder erfolgt die Zuordnung gemäß dem Vertriebsauftrag der Organisationseinheiten. Die Verrechnung der zentralen Stabskosten erfolgt entsprechend den Dienstleistungen, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt. Bei allen Kostenverrechnungen zwischen den Gesellschaften beziehungsweise den Segmenten im Konzern werden Vollkosten-Ansätze für die jeweils erbrachte Leistung angesetzt.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (Netto). Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbriefte Verbindlichkeiten.

Die Risikopositionen bestehen aus den Risikoaktiva und den Marktpreisrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG sowie den operationellen Risiken gemäß SolvV jeweils auf Segmentebene. Entsprechend den Risikopositionen statten wir die Segmente mit Eigenkapital aus und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Wir wenden dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern (ohne Aufwand für die stillen Einlagen des Landes Berlin). Die oben definierte Methode der Renditeberechnung wenden wir in dieser Form erstmals im Jahresabschluss 2005 an. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe der Erträge ermittelt.

34 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Landesbank Berlin hat im Jahr 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach einer Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es für die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Bankgesellschaft Berlin AG erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung von Landesbank Berlin – Girozentrale – und Bankgesellschaft Berlin AG sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Patronatserklärungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin hat die Bankgesellschaft Berlin AG gegenüber jeweils einem Gläubiger ihrer Tochterunternehmen IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, ausdrücklich eine dem Vorgenannten entsprechende Erklärung abgegeben. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese befristet bis zum 30. Juni 2015, im Falle der Mario Göhr Grundstücks GmbH befristet längstens bis zum 31. Dezember 2010.

Das letztmalig im Geschäftsbericht 2004 erklärte Patronat zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin, endete mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 (Veröffentlichung der Beendigung auch im elektronischen Bundesanzeiger am 14. Dezember 2005). Für die bis zur Veröffentlichung der Beendigung eingegangenen Verpflichtungen besteht das Patronat fort.

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 9,0 (i.V.: 9,9) Mrd. €, davon innerhalb eines Jahres fällig: 0,5 (i.V.: 0,5) Mrd. €. Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Bei 22 (i.V.: 22) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung gliedert sich hinsichtlich des Nominalvolumens wie folgt:

in Mio. €	ab Jahr	Volumen 2005	Volumen 2004
Bankgesellschaft Berlin AG	2019	83	83
Landesbank Berlin – Girozentrale –	2019	101	101
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH[1)]	2019	5	5
a) im eigenen Risiko des Konzerns		189	189
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2008	31	31
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH[1)]	2019	2.566	2.559
b) durch die Detailvereinbarung abgeschirmt		2.597	2.590
Insgesamt		2.786	2.779

[1)] Rücknahmewerte nach bis zu 24 Jahren (zu 100, 115 beziehungsweise 120 %):
im eigenen Risiko 217 Mio. € und durch die Detailvereinbarung abgeschirmt 2.979 Mio. € (i.V.: 217 und 2.975 Mio. €)

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientiert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale –, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor. Darüber hinaus bieten die Bankgesellschaft Berlin beziehungsweise, soweit die IBG betroffen ist, Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin und Berlin Hyp gemeinsam dem Land Berlin für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Detailvereinbarung unwiderruflich an, die von ihnen jeweils gehaltenen Anteile an der BIH und/oder IBG und/oder der LPFV an das Land zu dann festzulegenden Konditionen zu verkaufen und abzutreten.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 12,6 (i.V.: 17) Mio. € und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank in Höhe von 12,6 (i.V.: 13) Mio. € und darüber hinaus bestehen für Beteiligungen in geringem Umfang Einzahlungsverpflichtungen.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger. Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA (im Mehrheitsbesitz der LBB) anfallen. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 8 (i.V.: 0,8) Mio. €.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 58 Mio. €.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH (SBSM) hat die Bank für die Jahre 2003 bis 2006 Mindestabnahmemengen in Höhe von 39 Mio. € bis 33 Mio. € (FinanzIT, jährlich abnehmend) und 33 Mio. € bis 34 Mio. € (SBSM, ansteigend) vereinbart. Im Geschäftsjahr 2005 wurden die Mindestabnahmemengen erreicht.

35 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2005	2004 [1]
im Bankgeschäft		
Vollzeitbeschäftigte	6.507	7.096
Teilzeitkräfte	1.723	1.747
Auszubildende	271	246
	8.501	**9.089**
im Immobiliendienstleistungsgeschäft [2]		
Vollzeitbeschäftigte	442	767
Teilzeitkräfte	29	0
Auszubildende	13	12
	484	**779**
Insgesamt	8.985	9.868

[1] Ohne die aus dem Konsolidierungskreis ausgeschiedenen Tochterunternehmen
[2] IBG, LPFV, IBAG

36 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T€	2005	2004
Gesamtbezüge des Vorstands	4.194	4.341
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	692	702
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	4.693	4.435
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	46.460	48.128

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands sind erfolgsabhängige Zahlungen in Höhe von 370 (i.V.: 260) T€ enthalten. Die Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden um Nachzahlungen für die Vorjahre (355 T€) erhöht ausgewiesen.

Von dem Tochterunternehmen Landesbank Berlin (inklusive Niederlassung Berliner Bank) gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder der Bankgesellschaft Berlin:

in T€	2005	2004
an Mitglieder des Vorstands	12	21
an Mitglieder des Aufsichtsrats	176	185

40 Abschlussprüferhonorare

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge	T€
für Jahresabschlussprüfungen	7.958
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	670
für Steuerberatung[1)]	1.655
für sonstige Leistungen	463
Insgesamt	**10.746**

[1)] Davon für Steuerbilanzen und -erklärungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts 1.547 T€

In den sonstigen Leistungen sind prüfungsnahe Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

41 Beziehungen zu nahe stehenden Personen

Land Berlin

Das Land Berlin hält 81 % der Anteile an der Bankgesellschaft Berlin und ist damit gemäß DRS 11 als nahe stehende Person, die das Unternehmen beherrschen kann, zu betrachten. Als wesentlicher Geschäftsvorfall mit dem Land Berlin ist die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 anzusehen.

Auf eine Angabe der Unternehmen, die vom Land Berlin gehalten werden, wird verzichtet. Wir verweisen insofern auf den Beteiligungsbericht des Landes Berlin.

Der Interessenbereich des Landes Berlin hat zum 31. Dezember 2005 2,6 Mrd. € (i.V.: 1,5 Mrd. €) von den herausgelegten Krediten der beiden wesentlichen Konzerngesellschaften in Anspruch genommen. Weitere Forderungen in Höhe von 1,6 Mrd. € (i.V.: 1,4 Mrd. €) bestehen bei der Berlin Hyp.

Verbundene Unternehmen

Die verbundenen Unternehmen sind im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ (Anlage 1 zum Anhang) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgelistet. Forderungen an beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden im Anhang unter „(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen“ angegeben.

Assoziierte Unternehmen

Die assoziierten Unternehmen sind ebenfalls im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ aufgeführt; weitere Informationen sind im Kapitel „Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB)“ enthalten.

Die in Anspruch genommenen Kredite betragen 36 Mio. €. Der Rückgang gegenüber den im Vorjahr berichteten herausgelegten Krediten beträgt 35 Mio. €. Die an diese Gruppe herausgelegten Kredite wurden zu marktnahen bis marktgerechten Konditionen gewährt. Sofern eine Einlagenverzinsung vereinbart wurde, erfolgte diese zu den im Konzern für erste Adressen geltenden Konditionen (Prime Rate).

Mitglieder der Unternehmensführung und der Kontrollorgane

Neben den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (s. Anlage 3 zum Anhang) gehören auch folgende Führungskräfte zu den nahe stehenden Personen gemäß DRS 11:

Alt, Volker
Böhmer, Willi
(bis 31. Dezember 2005)
Brummel, Beate
Burmester, Dr. Christian
Butzer, Arnold
Ghassemi-Moghadam, Dariush
(bis 31. März 2005)
Grosse Wiesmann, Peter
Hirschhäuser, Dr. Karl-Friedrich
Kipp, Dirk
König, Peter
Lange, Axel
Papesch, Uwe
Paulick, Thomas
Reinhardt, Ludwig
(bis 31. Dezember 2005)
Reutter, Dr. Georg
(bis 30. November 2005)
Roller, Gerhardt
Sawahn, Wolf-Joachim
Scheer, Heinz-Günter
(ab 1. April 2005)
Schölper, Siegfried
Schröder, Bartho
Siegert, Dr. Uwe-Jens
Trägler, Stefan

Die Darstellung der Geschäftsvorfälle entfällt aus Wesentlichkeitsgründen.

Nahe Angehörige

Nahe Angehörige haben keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik.

Sowohl bei juristischen als auch natürlichen Personen haben wir aufgrund der Verschwiegenheitspflicht auf nähere Angaben zu den Geschäftsvorfällen verzichtet.

Berlin, 23. Februar 2006

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Lagebericht der AG nach HGB

266 **Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick**
- Unternehmensdarstellung 266
- Allgemeiner Verlauf im Überblick 269

272 **Geschäftsverlauf 2005**
- Ertragslage 272
- Vermögenslage 273
- Nachtragsbericht 276

276 **Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG**

277 **Risikobericht**
- Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling 277
- Gesamt-Risikosteuerung 277
- Adressenausfallrisiken 279
- Liquiditätsrisiken 285
- Marktpreisrisiken 288
- Operationelle Risiken 290
- Sonstige Risiken 299

305 **Prognosebericht/Ausblick**
- Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 305
- Geschäftliche Ausrichtung 305
- Entwicklung der Geschäftssegmente 305
- Zusammenfassung 306

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft mit Sitz in Berlin. Das Land Berlin ist Mehrheitsaktionärin mit einer Anteilsquote von 80,95 %.

Die Bankgesellschaft Berlin AG war zum 31. Dezember 2005 unmittelbar an 59 Unternehmen (Vorjahr: 65) beteiligt. Sie hielt bei 24 dieser Gesellschaften unmittelbar die Mehrheit der Kapitalanteile oder Stimmrechte. Zu sieben dieser Unternehmen bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge. Der Kreis der Gesellschaften setzt sich maßgeblich aus Kapitalgesellschaften mit Sitz im Inland zusammen. Die beiden wesentlichen Beteiligungen sind unverändert die Landesbank Berlin und die Berlin Hannoversche Hypothekenbank.

Die Beteiligungen sind ihrer Geschäftstätigkeit folgend den einzelnen Geschäftsfeldern/Segmenten zugeordnet.

Auf die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns wird in nachfolgenden Passagen des Lageberichts eingegangen. Darüber hinaus verweisen wir auf die Angaben im Anhang, wo unter anderem der Konsolidierungskreis sowie eine Übersicht des Anteilsbesitzes und der Unternehmensverträge dargestellt werden.

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG führt die Geschäfte der Gesellschaft im Sinne ordnungsgemäßer Unternehmensführung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und seiner Geschäftsordnung. Er leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden sowie der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er entwickelt die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung.

Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum Stichtag 31. Dezember 2005:

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobiliendienstleistungen

Serge Demolière
Kapitalmarktgeschäft

Uwe Kruschinski
Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Martin K. Müller
Risikocontrolling
Controlling
Compliance

Dr. Thomas Veit
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie

Entsprechend der Satzung hat der Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG, der gemäß Mitbestimmungsgesetz paritätisch besetzt ist, 20 Mitglieder. Er hat neben dem gesetzlich beziehungsweise vertraglich erforderlichen Vermittlungs- und Weisungsausschuss zwei weitere Ausschüsse, den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss, aus seinem Kreis heraus gebildet.

Segmente

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind im Folgenden konzernbezogen dargestellt.

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden wird ausschließlich am Standort Berlin in der Landesbank Berlin mit den Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank betrieben. Im Kernmarkt Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten.

Firmenkunden

Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der Öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berliner Bank geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie Beratungen zu Gründungen und Unternehmensnachfolge. Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft vornehmlich durch die Bankgesellschaft Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Das Geschäftsjahr 2005 im Überblick

Kapitalmarktgeschäft

Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige Produkte des Kapitalmarktgeschäfts sind vor allem innovative Aktien-, Zins- und Währungsportfolios. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft BB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der BB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise.

Weitere Segmente in der Konzernberichterstattung

Neben den Kerngeschäftssegmenten werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“, „Immobiliendienstleistungen“ sowie „Sonstiges/Konsolidierung“ dargestellt.

Unter „Corporate Investments“ werden im Berichtsjahr die Ergebnisse der Tochtergesellschaft Weberbank Privatbankiers KGaA bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 ausgewiesen.

Das Immobiliendienstleistungsgeschäft umfasst die Aktivitäten der Tochtergesellschaften IBAG – mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 in eine GmbH umgewandelt und als Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) firmierend –, IBG und LPFV.

Unter „Sonstiges/Konsolidierung“ werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts verlangsamte sich im Gesamtjahr 2005 leicht. Die Arbeitslosigkeit nahm in der zweiten Jahreshälfte nicht weiter zu. Anzeichen für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau gab es aber dennoch nicht. Die Zugewinne beruhten auf dem Ausbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktreformen.

Es fehlten einmal mehr die Nachfrageimpulse aus dem Inland. Noch stärker als im Jahr zuvor war die Ausweitung des Außenbeitrags für die allgemeine Konjunkturentwicklung ausschlaggebend. Die Auslandsnachfrage entwickelte sich vor dem Hintergrund gestiegener Einkünfte aus dem Rohstoffexport und allmählich auslaufender Belastungen aus vorangegangenen Euro-Aufwertungen ausgesprochen robust.

Da die stark gestiegenen Energiepreise anders als in früheren Hochpreisphasen nicht von vergleichbaren Gegenmaßnahmen der Notenbanken begleitet wurden, blieben die konjunkturellen Rückwirkungen eng begrenzt. Trotz Zinserhöhungen blieb die geldpolitische Ausrichtung sowohl in der Euro-Zone als auch in den USA expansiv.

Die guten Ertragsperspektiven der Exportwirtschaft steigerten bei weiterhin moderater inländischer Kostenentwicklung und verbesserten Unternehmensfinanzen die Investitionsbereitschaft in der deutschen Wirtschaft. Dieser Prozess könnte sich im weiteren Verlauf auf das Ausgabeverhalten der Verbraucher übertragen und zu einer zweiten Wachstumsstütze entwickeln.

Die Berliner Konjunktur konnte im Jahr 2005 nach einer vorübergehenden Schwächephase im ersten Halbjahr an den zaghaften Wachstumskurs des Vorjahres anknüpfen. Positive Ergebnisse in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, verarbeitendes Gewerbe sowie Einzelhandel und Verkehr waren dafür ausschlaggebend. Dagegen kam es in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung, Gastgewerbe und Bau erneut zu Einbußen.

Die Berliner Industriebetriebe konnten ihren Absatz im Berichtsjahr stabilisieren. Dies gelang aufgrund einer überdurchschnittlichen Entwicklung im Exportgeschäft, auf das in der Region etwa ein Viertel der Umsätze entfällt. Der wieder günstigere Euro-Kurs erhöht mittlerweile die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit deren Exportchancen. Im Berliner Bauhauptgewerbe, das sich seit 1996 in einer tiefen Krise befindet, kam die Abwärtsbewegung 2005 vorübergehend zum Stillstand. Allerdings wurde – trotz der guten Ergebnisse im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau – die Wachstumsschwelle zum Jahresende noch nicht erreicht.

Für die Finanzbranche in Berlin resultiert aus den nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ein verstärkter Wettbewerbs- und Margendruck. Die Bankgesellschaft Berlin AG konnte sich in diesem Umfeld behaupten und im Geschäftsjahr 2005 die Erwartungen deutlich übertreffen.

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Am 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Liquidation der Beteiligung an der BGB Ireland plc bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Weberbank Privatbankiers KGaA,
- Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005,
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin bis zum 1. Februar 2007,
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft bis zum 31. Dezember 2007.

Davon wurden die ersten drei Maßnahmen im Jahr 2005 realisiert, der Verkauf der Berliner Bank wurde eingeleitet. Die Liquidation der BGB Ireland plc wurde zu Beginn des Jahres 2006 mit der Löschung aus dem irischen Handelsregister abgeschlossen.

Zum Jahresende 2005 unterzeichneten die Bankgesellschaft Berlin AG und das Land Berlin Kaufverträge, mit denen das Land den Immobiliendienstleistungsbereich erwirbt. Danach werden alle Immobiliendienstleistungsgesellschaften, welche unter die Risikoabschirmung des Landes fallen, an das Land übertragen. Wirtschaftlich erfolgte die Übertragung zum 1. Januar 2006, dinglich wird sie zum 30. Juni 2006 durchgeführt werden.

Als weitere Einzelmaßnahme innerhalb des Restrukturierungsplans wurde die Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA an die WestLB veräußert.

Am 11. November 2005 eröffnete die Landesbank Berlin – Girozentrale – das Bieterverfahren für den Verkauf ihrer Niederlassung Berliner Bank. Vorangegangen waren bereits seit Sommer 2005 umfangreiche Vorbereitungen für die Abtrennung und anschließende Veräußerung der Berliner Bank.

Eine weitere Zusage der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission ist die diskriminierungsfreie Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile bis zum 31. Dezember 2007. Um diese Veräußerung in geeigneter Weise durchführen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dieser Formwechsel folgt der Vorgabe des Berliner Sparkassengesetzes vom 28. Juni 2005. Gründerin der Landesbank Berlin AG im Sinne des Aktiengesetzes ist die Bankgesellschaft Berlin AG. Die Umwandlung der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft bildet die rechtliche Grundlage für die Vereinfachung der Konzernstruktur.

Eine ausführliche Darstellung der aufgeführten Maßnahmen enthält der Risikobericht.

Die Bank steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Weitere Maßnahmen

Durch die im Verlauf der Sanierung deutlich zurückgeführten Risikoaktiva entstand ein erheblich verbessertes Risikoprofil. Zudem wurde die Ergebnisstruktur des Konzerns durch die konsequente Senkung der Verwaltungskosten dauerhaft verbessert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hatten zusammen mit den Aktivitäten zur Ertragsverbesserung auf die einzelnen Geschäftsfelder folgende Auswirkungen:

Im Geschäftsfeld **Private Kunden** wurden die Maßnahmen zur Prozess- und Strukturoptimierung intensiviert. So wurde der Einsatz von SB-Systemen weiter ausgeweitet und vertriebsunterstützende Systeme implementiert. Die 2003 vollzogene Zusammenführung des Retailgeschäfts mit den eigenständigen Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin hat sich bewährt und zu Synergien geführt.

Im Geschäftsfeld **Firmenkunden** wurde im Berichtszeitraum die Betreuung des Gewerbekundensegments neu organisiert. Das Geschäft mit Gewerbekunden wird weiterhin von den Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse betrieben. Neben dem stationären Vertrieb und dem Internet wird den Gewerbekunden beider Marken über die BusinessLine eine kompetente telefonische Betreuungsmöglichkeit angeboten. Ergänzt wird dieses Angebot durch die auf Back-Office-Funktionen spezialisierte ServiceLine.

Nachdem das Neugeschäfts-Volumen im Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** des Konzerns bereits 2004 von 0,8 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € gestiegen war, erreichte es im Berichtsjahr mit rund 2,4 Mrd. € einen deutlich über Plan liegenden Wert. Für diese im Marktvergleich überdurchschnittliche Entwicklung, die den Erfolg der Neuausrichtung dokumentiert, waren die markenübergreifende Steuerung, ausgeprägte Kundenorientierung und kurze Entscheidungswege entscheidend.

2005 wurde auch das **Kapitalmarktgeschäft** neu strukturiert. Die Kernbereiche des Kapitalmarktgeschäfts bilden die ertragsstarken Aktivitäten im Eigenhandel und Kundenhandel/Sales. Die Ausweitung des Kundenhandels und der Ausbau des Asset Managements werden durch die Neustrukturierung noch besser unterstützt. Das gebundene Eigenkapital des Kapitalmarktgeschäfts konnte durch die strategiekonforme Rückführung von Risikoaktiva sowie das Ende 2004 für die Bankgesellschaft Berlin AG von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte interne Modell zur Marktpreisrisikosteuerung signifikant gesenkt werden. Die Integration der BB-Invest und deren erfolgreiches Asset Management führten neben Bestandszuwächsen zu Ertragsteigerungen sowohl im Privatkunden- als auch im Kapitalmarktgeschäft. Die für das Jahr 2005 gesetzten Ziele im Aussteuerungsprozess der Portfolios Corporate Banking und Structured Finance wurden planmäßig erreicht.

Der vorgesehene Personalabbau wurde in den einzelnen Konzerngesellschaften weiter umgesetzt und ist damit weitgehend abgeschlossen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen im Konzern konnten 2005 gegenüber dem Vorjahr weiter gesenkt werden.

Als Muttergesellschaft profitierte die Bankgesellschaft Berlin AG von den positiven Effekten der erfolgreichen Restrukturierung ihrer Tochterunternehmen. Sie wirkten sich entweder direkt bei der Bankgesellschaft Berlin AG aus oder gingen hinsichtlich des Privat- und Firmenkundengeschäfts über das verbesserte Ergebnis der Landesbank Berlin in die Ertragsrechnung der Bankgesellschaft Berlin AG ein.

Die Phase der Sanierung ist für den Konzern mit dem Geschäftsjahr 2005 beendet.

Geschäftsverlauf 2005

Ertragslage

Das **operative Ergebnis** der Bankgesellschaft Berlin AG (Betriebsergebnis ohne Reserve nach § 340f HGB) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 124 Mio. € erheblich und beläuft sich auf 193 Mio. €. Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus den erneuten Erfolgen bei der Senkung der Verwaltungsaufwendungen und aus dem positiven Saldo in der Position Risikovorsorge. Zusätzlich wirkte sich die Veräußerung der Weberbank positiv aus.

Im **Ergebnis nach Steuern** in Höhe von 104 Mio. € (nach 62 Mio. € im Vorjahr) schlugen sich auch die Ergebnisse aus der Abtrennung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts nieder.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 679 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau von 392 Mio. €. Auch nach Bereinigung um Effekte aus Transaktionen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Weberbank ergab sich eine Verbesserung im operativen Zinsergebnis. Einem Teil des ausgewiesenen Anstiegs im Zinsergebnis stand eine entsprechende Abschreibung im Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve gegenüber.

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** spiegelte mit –13 Mio. € (im Vorjahr: –16 Mio. €) unsere Handelsstrategie wider, bei der sich wesentliche Ergebniskomponenten im Zinsüberschuss niederschlugen.

ERGEBNIS DER BANKGESELLSCHAFT BERLIN AG

			Veränderungen 2005 – 2004	
in Mio. €	2005	2004	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	679	392	287	73,2
Provisionsüberschuss	1	6	–5	–83,3
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	–13	–16	3	+18,8
Verwaltungsaufwendungen	399	417	–18	–4,3
Personalaufwand	166	163	3	+1,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	188	196	–8	–4,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	45	58	–13	–22,4
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	129	133	–4	–3,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	**397**	**98**	**299**	**>100**
Risikovorsorge	204	29	175	>100
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	–33	71	–104	<–100
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	237	–42	279	>100
Betriebsergebnis	**193**	**69**	**124**	**>100**
Ergebnis aus Finanzanlagen	–49	15	–64	<–100
Saldo der übrigen Positionen	–30	–18	–12	–66,7
Ergebnis vor Steuern	**114**	**66**	**48**	**+72,7**
Ertragsteuern	10	4	6	>100
Ergebnis nach Steuern	**104**	**62**	**42**	**+67,7**
Jahresüberschuss	**104**	**62**	**42**	**+67,7**

Der **Verwaltungsaufwand** lag mit 399 Mio. € um 4,3 % unter dem Vorjahreswert von 417 Mio. €. Die Verringerung resultierte aus den nochmals verminderten anderen Verwaltungsaufwendungen (–8 Mio. €) – insbesondere bei den IT-Aufwendungen – sowie den um 13 Mio. € reduzierten Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Aus der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wurde ein positiver Saldo in Höhe von 33 Mio. € vereinnahmt, während im Vorjahr noch ein Betrag von 71 Mio. € aufzuwenden war.

Das **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** in Höhe von –237 Mio. € ist im Wesentlichen auf den Verkauf der Aktien der Weberbank zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** (–49 Mio. €) wurde im Berichtsjahr insbesondere durch die Ausgliederungseffekte des Immobiliendienstleistungsgeschäfts geprägt.

Im **Saldo der übrigen Positionen** (–30 Mio. €) sind Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften in einer Höhe von 9 Mio. € sowie ein außerordentliches Ergebnis von –21 Mio. € enthalten.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der Bankgesellschaft Berlin AG lag am 31. Dezember 2005 mit 68,8 Mrd. € um 2,6 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres (66,2 Mrd. €). Hiervon entfielen wie im Vorjahr rund 43 % auf Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren (26,7 Mrd. €) beziehungsweise in Aktien und anderen Wertpapieren (2,7 Mrd. €).

AKTIVA

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Barreserve	52	141	–89	–63,1
Forderungen an Kreditinstitute	28.050	24.711	3.339	13,5
Forderungen an Kunden	4.535	5.512	–977	–17,7
Schuldverschreibungen	26.689	24.461	2.228	9,1
Aktien	2.719	4.020	–1.301	–32,4
Beteiligungen	186	81	105	>100
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.891	2.005	–114	–5,7
Sachanlagen	75	84	–9	–10,7
Übrige Aktiva	4.638	5.135	–497	–9,7
Summe Aktiva	**68.835**	**66.150**	**2.685**	**4,1**

Aktiva

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 28,0 Mrd. € um 3,3 Mrd. € über dem Vorjahresniveau von 24,7 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kunden** gingen um 17,7 % auf 4,5 Mrd. € (Vorjahr: 5,5 Mrd. €) zurück. Dies resultierte zum Teil aus der Überleitung von Portfolios in die Landesbank Berlin. Der Anteil der Kommunalkredite betrug 27,1 % (Vorjahr: 33,0 %).

Geschäftsverlauf 2005

Das **Kreditvolumen** verringerte sich um 1,4 Mrd. € auf 5,8 Mrd. € und gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

KREDITVOLUMEN

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen 2005 – 2004 in Mio. €	in %
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	0	0	0	0,0
Kredite an Kreditinstitute (Restlaufzeit über 1 Jahr)	1.265	1.708	–443	–25,9
Forderungen an Kunden	4.535	5.512	–977	–17,7
darunter:				
Kommunalkredite	1.227	1.820	–593	–32,6
durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	77	91	–14	–15,4
Übrige Kundenforderungen	3.231	3.601	–370	–10,3
Kreditvolumen	**5.800**	**7.220**	**–1.420**	**–19,7**

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft betrug 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 0,9 Mrd. €).

Die Position **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** erhöhte sich um 2,2 Mrd. € auf 26,7 Mrd. € (Vorjahr: 24,5 Mrd. €). Hiervon sind 69,7 % bei der Deutschen Bundesbank beleihbar (Vorjahr: 64,6 %).

Strategiekonform wurden unter **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** zum Stichtag noch 2,7 Mrd. € nach 4,0 Mrd. € im Vorjahr ausgewiesen.

PASSIVA

in Mio. €	2005	2004	Veränderungen in Mio. €	Veränderungen in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.751	52.305	2.446	4,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.249	2.494	–245	–9,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.978	3.624	354	9,8
Rückstellungen	1.187	1.152	35	3,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.794	1.842	–48	–2,6
Eigenkapital	2.344	2.241	103	4,6
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0
Rücklagen[1)]	–211	–314	103	32,8
Übrige Passiva	2.532	2.492	40	1,6
Summe Passiva	**68.835**	**66.150**	**2.685**	**4,1**

[1)] Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust in Höhe von –2.416 Mio. € (Vorjahr: –2.521 Mio. €)

Passiva

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Mrd. € auf 54,8 Mrd. € und enthalten Geschäfte mit konzernangehörigen Instituten in Höhe von 36,2 Mrd. € (Vorjahr: 38,6 Mrd. €). Diese Mittelaufnahme stellte mit einem Anteil von 80 % der Bilanzsumme die wesentliche Refinanzierungsform für die ausgeweitete Anlage in Schuldverschreibungen dar.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** konnte im Geschäftsjahr 2005 um 0,4 Mrd. € oder 9,8 % auf 4,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €) ausgeweitet werden. Von diesem Bestand entfielen 1,9 Mrd. € auf Emissionen des Geschäftsjahres 2005 in Form von Index-Zertifikaten.

Rückstellungen wurden in einer Gesamthöhe von 1,19 Mrd. € (Vorjahr: 1,15 Mrd. €) ausgewiesen.

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Bankgesellschaft Berlin AG gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2005 (nach Feststellung des Jahresabschlusses) betrugen insgesamt 3,1 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 17,0 Mrd. € errechnen sich daraus eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 18,4 % (Vorjahr: 17,6 %) und eine Kernkapitalquote von 12,9 % (Vorjahr: 12,3 %).

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – wurde zum 1. Januar 2006 formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Aufbringung des Grundkapitals erfolgte durch Einbringung der atypisch stillen Beteiligung seitens der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG. Die atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin wurde damit beendet. Der Vertrag über den Erwerb der Gewinnbezugsrechte des Landes Berlin (24,99 % des Bilanzgewinns und eines eventuellen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin) wurde gegenstandslos. Durch ihre Umwandlung in eine AG gehört die Landesbank Berlin mit ihren Tochterunternehmen ab dem 1. Januar 2006 zum umsatzsteuerlichen Organkreis der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit fällt für Lieferungen und Leistungen zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG sowie ihren jeweiligen Tochterunternehmen keine Umsatzsteuer an. Die Landesbank Berlin AG erwartet daraus eine Reduzierung der nicht abziehbaren Vorsteuer von circa 10 Mio. € p.a.

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2005 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

Risikobericht

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Eine zielgerichtete und funktionsfähige Banksteuerung setzt eine klar definierte, vom Vorstand verabschiedete und kommunizierte Risikostrategie voraus.

Die 2002 vom Vorstand beschlossene Risikostrategie des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gilt auch für die Landesbank Berlin (LBB) und wird jährlich aktualisiert.

Diese Risikostrategie beinhaltet zwei wesentliche Komponenten:

- Durch festgelegte Kerngeschäftsfelder wird spezifiziert, in welchen Bereichen Risiken neu eingegangen werden sollen.
- Durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können.

Das Risikocontrolling hat als unabhängige Stelle die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Förderung einer offenen Kommunikation erhöht die Risikotransparenz, die Etablierung von Anreizstrukturen steigert das Risikobewusstsein. Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Im Konzern-Risikohandbuch wird beschrieben, welche Risikoarten im Konzern vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzerneinheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements und welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch das Risk Review Komitee (RRK), das aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) und dem Vorstand der Landesbank Berlin (LBB) besteht. Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden im Konzern und in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
  - Kreditrisiken
  - Kontrahentenrisiken
  - Länderrisiken
  - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken
  - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
  - Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Im Verlauf des Berichtsjahres haben wir unser internes Risikotragfähigkeitskonzept methodisch weiter ausgebaut. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe

Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen Mindeststandards an den Stellen ersetzt, an denen intern bereits bessere Risikomessmethoden implementiert worden sind. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamt-Risikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Kreditrisiken, Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, Operationelle Risiken und Restrisiken. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2005 im Parallelbetrieb das Risikokapital, neben der an die aufsichtsrechtlichen Verfahren angelehnten Methodik, zusätzlich nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

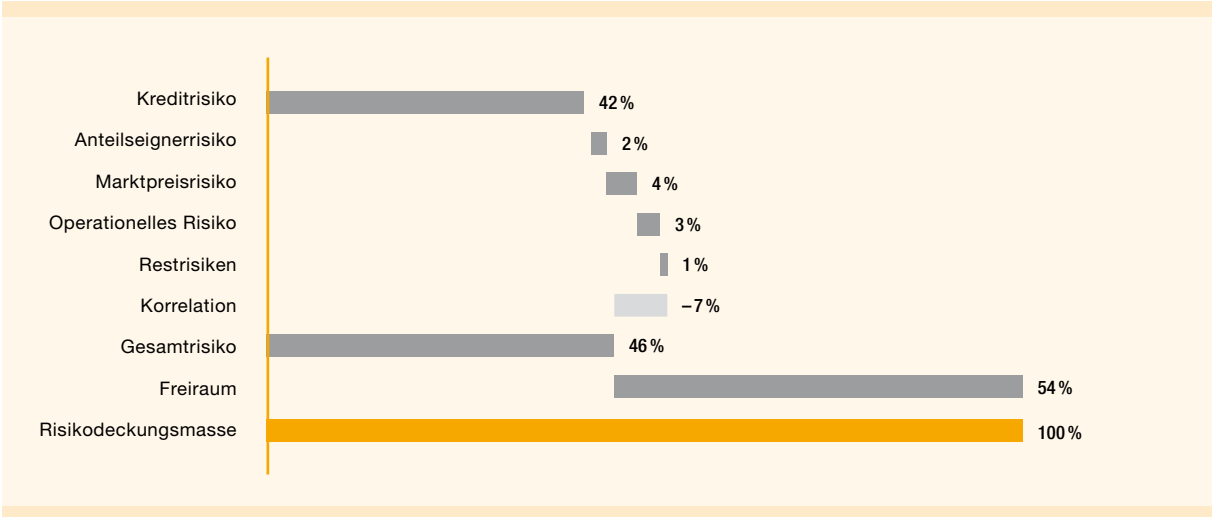
Die betriebswirtschaftliche Risikodeckungsmasse orientiert sich zunächst an den aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteilen. Zusätzlich wird unter anderem die Ertragslage berücksichtigt, indem der Risikodeckungsmasse das prognostizierte Ergebnis nach Steuern für das aktuelle Geschäftsjahr zugerechnet wird.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, oder zu einem starken Rückgang der Risikodeckungsmasse kommen, entscheidet das RRK über Maßnahmen zur Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite gab es im Berichtsjahr jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellen sich zum 31. Dezember 2005 im Konzern wie folgt dar:

INANSPRUCHNAHMEN NACH RISIKOARTEN FÜR DEN KONZERN ZUM 31. DEZEMBER 2005 – IN %



Aufgrund der Rundungen kommt es zu einer Differenz bei der Summe „Gesamtrisiko“.

Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Akkords (Basel II), die voraussichtlich ab dem 1. Januar 2007 in Kraft treten werden, setzt der Konzern im Rahmen eines Projektes mit folgenden Zielen um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldewesenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Die Bankgesellschaft Berlin plant, den auf internen Ratings basierenden (IRB) Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken umzusetzen und parallel die Entwicklung des fortgeschrittenen Ansatzes vorzubereiten. Durch die Verwendung des IRB-Basisansatzes rechnen wir im Vergleich mit dem Standardansatz mit einer reduzierten Eigenkapitalbelastung. Die technische Umsetzung erfolgt entsprechend der IT-Strategie der Bankgesellschaft auf SAP-Basis. Dazu wird die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert. Das Projekt baut auf die Vorarbeiten des IAS-Projektes auf, insbesondere bei der Modellierung der Datenbank und der Anbindung der Vorsysteme. Das Projekt liegt im Budget und wird die Meldefähigkeit rechtzeitig erfüllen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 20. Dezember 2005 die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Mit den MaRisk sollen die qualitativen Elemente der zweiten Säule von Basel II (Aufsichtliches Überprüfungsverfahren) umgesetzt werden. Zu diesem Zweck hat die BaFin insbesondere die existierenden Mindestanforderungen (Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), an das Handelsgeschäft (MaH) und an die Interne Revision (MaIR)) im Sinne einer „ganzheitlichen Risikobetrachtung“ zusammengefasst.

Aufgrund der Umsetzung der MaH, MaK und MaIR und der darüber hinausgehenden Risikomanagementmethoden hinsichtlich einer ganzheitlichen Risikobetrachtung (Konzernrisiko-Strategie, Konzernrisiko-Report, Risikotragfähigkeitskonzept) hat der Konzern die Anforderungen der MaRisk bereits größtenteils umgesetzt.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren. Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern haben wir auf der Grundlage der in den Vorjahren durchgeführten Projekte weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht.

Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung der Datenqualität wurden die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter gesteigert.

Im Berichtsjahr wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Abstimmung der Risikokennzahlen mit der Ertragsrechnung gelegt. Hieraus ergeben sich qualitativ verbesserte Steuerungsimpulse vor dem Hintergrund einer Risiko-Rendite-Steuerung.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den Ratingklassen ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat die Bankgesellschaft in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Ratingsysteme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das

Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Um statistisch validierte Aussagen zum Verlustpotenzial treffen zu können, hat die Bank in Zusammenarbeit mit den anderen Landesbanken im Rahmen eines Projekts Schätzungen zu den Verlustquoten (den so genannten Loss-Given-Default-Quoten) durchgeführt. Dieses Projekt wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren kann nun auch für ganze Kreditportfolios vollständig durchgeführt werden. Das im Jahr 2004 entwickelte Kreditportfoliomodell, das aus einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen resultiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamt-Risikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen (bis Ende des Berichtsjahres im Parallelbetrieb mit dem alten Verfahren) ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Hierbei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt.

Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

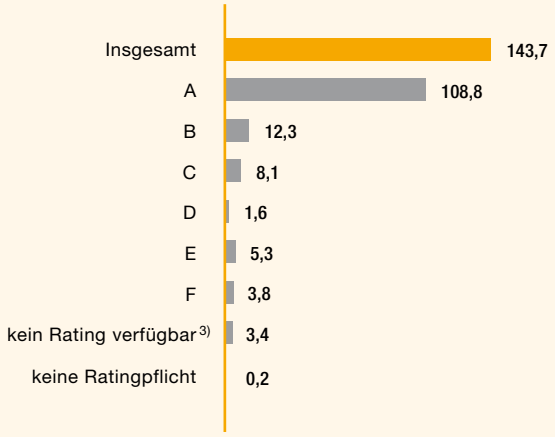
Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat der Konzern den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt. Besonderes Augenmerk wurde auf eine verfeinerte Darstellung der Immobilienrisiken gelegt – es können nun sowohl Aussagen zu Kreditnehmern als auch zu den finanzierten, kommerziellen Immobilienobjekten getroffen werden.

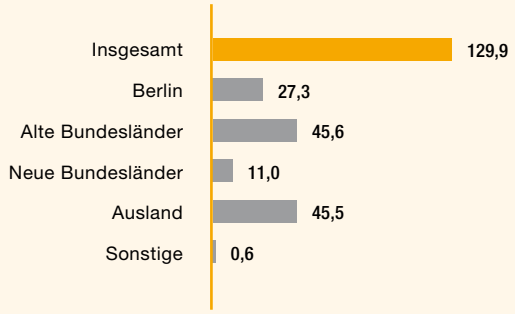
Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden durch volumenbasierte Portfoliolimite in den Dimensionen Länder und Branchen/Bonitäten strategisch gesteuert. Hierzu wurden die Vorgaben der Kreditrisikostrategie in Limite übersetzt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen. Auf diese Art wurde beispielsweise die Neuausrichtung des Portfolios auf die strategisch vorgegebene Zielregion des Konzerns erfolgreich umgesetzt. Die im 4. Quartal 2003 erstmals beschlossenen Limite werden laufend überprüft und an veränderte Einschätzungen angepasst.

STRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS DES KONZERNS

Kreditvolumen[1] nach Risikoklassen[2]
in Mrd. € per Jahresende 2005



Kreditinanspruchnahme nach Regionen[4]
in Mrd. € per Jahresende 2005



[1] Konzernkreditvolumen: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.
[2] Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten.
[3] Im Wesentlichen wegen kurzfristiger, im Rahmen einer Emittentenlimitmatrix gehaltener Handelspositionen.
[4] Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

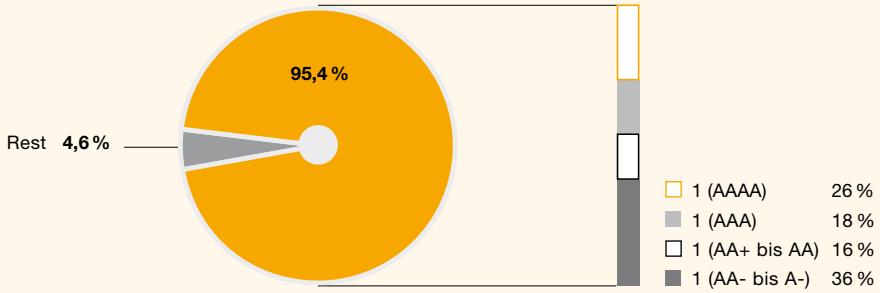
Im Rahmen der Branchensteuerung wird das gesamte Kreditportfolio in 29 verschiedene Branchen eingeteilt. Je Branche werden die einzelnen Engagements nach Risikogehalt in sechs Ratingklassen eingeordnet. Für jede sich ergebende Kombination Branche/Ratingklasse werden die Inanspruchnahmen laufend den beschlossenen Limiten gegenübergestellt. Die Steuerungsinformation wird in Form einer „Ampel“ (Rot = Limit ausgelastet, Gelb = Limit zu mehr als 80 % ausgelastet, Grün = freies Limit verfügbar) aufbereitet und an die Vertriebsstellen weitergegeben.

Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements. Die Aussagen werden zukünftig ergänzt durch quantitative Analysen zur resultierenden Risikoausweitung und zum Verhältnis Risiko und Ertrag der Geschäfte.

Länderrisiken

Die Beratung des Vorstands bei der Steuerung des Länderrisikos (Transferrisiko) ist eine Aufgabe des Kreditrisikokomitees. Dieses erarbeitet Vorschläge zur Festlegung der entsprechenden Limithöhen.

AUSFALLRISIKEN AUS HANDELSGESCHÄFTEN – KONZERN 2005



Aufgrund der Rundungen kommt es zu einer Differenz bei der Summe.

Für die Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von den Inanspruchnahmen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (unter anderem Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Im Konzern wurden im Jahr 2005 zu 99 % Geschäfte mit Ländern ohne Risiko (Ratingklasse 1 bis 3) getätigt.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Austausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

Angaben zu den Derivatevolumina sind im Anhang zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich. Diese Fälle werden unterjährig entschieden.

In einem Report an den Vorstand auf monatlicher Basis wird sowohl über die bereits entschiedenen Fälle als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, ermitteln wir im Sinne einer Portfoliobetrachtung den Kreditrisikovorsorgebedarf. Im Rahmen dieser Berechnung werden die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) verwendet. Mit diesem Verfahren wird beispielsweise der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS/IFRS quartalsweise festgelegt.

Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft haben wir umgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel die Kreditrisikostrategie, die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich und die aufbauorganisatorische Trennung dieser Bereiche bis in die Vorstandsebene. Auch problembehaftete Kreditengagements werden von Risikobetreuungsbereichen beziehungsweise entsprechenden Spezialisten betreut und bearbeitet.

Weiterhin sind nach den MaK für das Ausüben der Kreditkompetenzen zwei positive, voneinander unabhängige Voten erforderlich. Diese unabhängige Votierung wird über die Einbindung des Markt- und des Marktfolgebereichs in die Kreditentscheidung gewährleistet.

Um bei der Bewertung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und -bewertung zu garantieren, erstellt eine zentrale Gutachterstelle die Bewertungen. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG angesiedelt und übt ihre Tätigkeiten auch für die Bankgesellschaft Berlin und für die Landesbank Berlin aus.

Anteilseignerrisiken

Der Bereich Unternehmensentwicklung verfügt im Rahmen der Beteiligungsverwaltung und des Vertragsmanagements über eine gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz. Die Aufgaben des Beteiligungs-Risikocontrollings werden vom Bereich Risikocontrolling wahrgenommen und weiterentwickelt. Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch

Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Zielsetzungen der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage informiert; dazu gehört auch ein Reporting über die Jahres- und Mittelfristplanung der Gesellschaften sowie die Hochrechnung der Beteiligungsergebnisse.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings aufgedeckt und analysiert.

Das Beteiligungsportfolio haben wir auch im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Komplexität als auch des Umfangs strategiekonform weiter deutlich abgebaut. Diese Reduzierung wurde durch konsequenten Verkauf, Liquidation beziehungsweise Verschmelzung von Gesellschaften erzielt. Insbesondere wurden die Bankgesellschaft Berlin Polska S.A. und die Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc liquidiert sowie die Weberbank Privatbankiers KGaA verkauft.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts werden unter Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung dargestellt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die Bank zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsbereitschaft). Es unterteilt sich in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der Bankgesellschaft Berlin wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem neu eingeführten internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Liquiditätsrisiken gemäß Grundsatz II

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beurteilt im Regelfall nach dem Grundsatz II, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Sie sieht die Liquidität als ausreichend an, wenn die Grundsatz-II-Kennziffer mindestens eins beträgt. Die Ermittlung erfolgt durch den Bereich Finanzen, die Einhaltung des Grundsatzes II steuert das Geschäftsfeld Treasury.

Die Liquiditätskennziffer für die Teilinstitute betrug per 31. Dezember 2005:

Teilinstitut	Liquiditätskennziffer gemäß Grundsatz II
Bankgesellschaft Berlin AG	1,39
Landesbank Berlin	1,80
Berlin Hyp	1,23

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Der Grundsatz II bildet den aufsichtsrechtlichen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken.

Zusätzlich wurde für den Konzern Bankgesellschaft Berlin ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling eingeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Für den Aufbau des Controllings haben wir unter Führung der Bereiche Risikocontrolling und Treasury ein Projekt zur Schaffung der fachlichen und technischen Voraussetzungen durchgeführt. Durch die Beteiligung beider Bereiche wurde sichergestellt, dass die Basis für die Ermittlung und Limitierung der Risiken durch das Risikocontrolling sowie die Basis der operativen Steuerung durch das Treasury identisch sind. Im Anschluss an das Projekt gab es eine Datenqualitätssicherungsphase, die eine intensive Überprüfung der an das Liquiditätsrisiko-System gelieferten Daten beinhaltete.

Die Einbindung der erweiterten Liquiditätsrisiko-Systematik in die Risikosystematik der Bank erfolgte im November 2005.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung.

Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch den Grundsatz II angenommen werden, und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

In-Kraft-Treten des neuen Pfandbriefgesetzes

Am 19. Juli 2005 ist das „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen“ (PfandBG) in Kraft getreten, das die bisher für die Landesbank Berlin geltenden gesetzlichen Grundlagen aus dem „Gesetz über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten“ (ÖPG) für die Emission von Pfandbriefen abgelöst hat. Die Anforderungen, die das PfandBG an die Emittenten von Pfandbriefen stellt, gehen deutlich über die des ÖPG hinaus und orientieren sich in vielen Aspekten an den Anforderungen, die in der Vergangenheit bereits durch die Hypothekenbanken zu erfüllen waren.

Da die Refinanzierung über die Ausgabe von Pfandbriefen auch unter dem neuen PfandBG ein wichtiger Baustein in der Refinanzierungspolitik des Konzerns sein wird, haben wir zur Umsetzung der neuen Erfordernisse ein Projekt in der Landesbank Berlin durchgeführt. Im Ergebnis haben wir in der LBB ein Treuhandbüro eingerichtet sowie ein Deckungsregister gemäß PfandBG aufgebaut, das als Deckung für die ausstehenden Pfandbriefe dient. Die Steuerung des Deckungsregisters erfolgt auf Grundlage einer selbst entwickelten Software. Dies erlaubt es der LBB, flexibel auf neue gesetzliche und interne Anforderungen zu reagieren und das geforderte Risikomanagement des Deckungsregisters gemäß § 27 PfandBG auf Basis der bestehenden bewährten IT-Architektur des Konzerns vornehmen zu können. Die Anzeige für die Fortführung des Pfandbriefgeschäfts gemäß § 42 PfandBG haben wir im Oktober bei der BaFin eingereicht.

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In diesen Strategien wird der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten verträglichen Risikoniveaus formuliert. Sowohl für Handelsbuch- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Capital-at-Risk[1)] (CAR)-Limite) transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite/-Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch daily und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen CAR- und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risikocontrolling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling.

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-Use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der Bankgesellschaft Berlin AG auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert. Im Dezember 2005 wurden die internen Verfahren (Partial-Use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken ohne Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung für die LBB aufsichtsrechtlich anerkannt. Die LBB wird ab Januar 2006 auf Basis des internen Modells die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten melden.

[1)] Capital-at-Risk bezeichnet das 10tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %

CAPITAL-AT-RISK-LIMITE UND –INANSPRUCHNAHMEN 2005

in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern BGB			
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Limit per
Einheit	2005	2005	2005	31.12.2005
Eigenhandel	14,66	8,89	25,44	40,00
Equities	1,93	0,87	6,14	7,00
Zins-/Kreditprodukte	4,03	1,58	7,80	25,00
Treasury	9,34	5,44	17,01	60,00
Handelsbereiche Konzern	**20,68**	**15,63**	**28,95**	**75,00**
Bankbuch Bankgesellschaft	25,74	15,56	39,11	100,00
Bankbuch Landesbank	37,74	11,47	82,98	185,00
Berlin Hyp	18,13	1,06	55,69	85,00
sonstige Bankbücher[1)]	5,08	1,72	17,73	11,65
Bankbuchaktivitäten Konzern	**67,69**	**40,13**	**130,87**	**380,00**
Konzern	**76,91**	**45,75**	**146,03**	**455,00**
Aktienrisiko	26,71	14,56	39,81	
Währungsrisiko	2,52	0,65	5,77	
Zinsrisiko	67,86	26,03	135,96	
Credit Spread Risiko	11,26	2,87	22,1	
Gesamt	**76,91**	**45,75**	**146,03**	

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Gesamtwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

[1)] Das Limit „sonstige Bankbücher" wurde wegen des Verkaufs der Weberbank zum 30. August 2005 um 45 Mio. € gesenkt.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Nach Erreichen der Vorwarnstufe bei 80 %iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld dem Vorstand erweiterte Informationen zur Verfügung stellt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über so genannte Kategoriespreads auf Basis ratingabhängiger Zinskurven berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die Bank in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.300 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Eigenentwicklung ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) besitzt die Bank ein anerkannt hochwertiges System zur integrativen Marktpreis-Risikomessung. Die Verfahren erfassen nicht nur sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte, sondern auch die Marktpreisrisiken aus den Bankbüchern, die sich zum Beispiel aus dem Retailgeschäft ergeben. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaH hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten. Die tägliche Überwachung aller Marktpreisrisiken im Konzern, sowohl im Handels- als auch im Bankbuch, nach einheitlicher Methodik auf Basis von ARMADA ist ein wesentlicher Bestandteil der integrativen Gesamtbanksteuerung durch den Vorstand.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaH an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaH an den Konzernvorstand mit Backtest und Stresstest

Die in der Bankgesellschaft Berlin eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert. Die 2004 erfolgte Zulassung des internen Modells nach Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bestätigt die hohe Qualität der eingesetzten Verfahren.

Operationelle Risiken

Entsprechend den im Juni 2004 verabschiedeten Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken im Konzern definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die

Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken und die Eingrenzung und/oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Risikocontrolling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Die Bankgesellschaft Berlin wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen. Die internen Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken werden laufend weiterentwickelt. Die eventuelle aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Wir gehen davon aus, dass die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der Basel-II-Anforderungen bereits weitestgehend erfüllt sind.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (zum Beispiel Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Schadensfallsammlung.

Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung der Risiken selbst ein. Damit erhält die Bank Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die in der Bank durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2005 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehört die Einführung eines Verfahrens zur risikoorientierten Analyse und Bewertung von wesentlichen IT-Systemen.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung beteiligt sich der Konzern an einem Projekt der VÖB-Service GmbH (Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums. Der Projektfortschritt und die aktuell durchgeführten Tests lassen eine erfolgreiche Nutzung ab dem ersten Quartal 2006 erwarten.

Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistische Auswertungen.

Risikobericht

Das Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt neben anderen Risikoarten auch das operationelle Risiko in der Gesamtrisikosteuerung.

Die Bank hat 2005 mit der Vorbereitung für die qualitative Bewertung der Geschäftsprozesse im Rahmen des Frühwarnsystems begonnen.

Personalrisiken

Der im Rahmen der Sanierungsvereinbarung vorgesehene Personalabbau wurde im Berichtsjahr in allen betroffenen Teilen des Konzerns konsequent fortgesetzt. Die Grundlage dafür bilden weiterhin die „Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG“ vom 17. Dezember 2001 und die Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002.

Der Gefahr eines durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl möglichen Know-how-Verlusts begegnet die Bank durch verschiedene in ihrer Wirkung gestaffelte Maßnahmen. So wird durch Vertretungs-, Auftrags- und Kooperationsregelungen sowie bereichsübergreifende projektbezogene Zusammenarbeit sichergestellt, dass das Risiko gering gehalten wird.

Zur Gewährleistung der Führungsqualität und Führungsstandards werden angehende Führungskräfte in den Programmen Basic und Professional auf ihre Aufgaben vorbereitet.

In Ausnahmefällen wurden weiterhin externe Einstellungen vorgenommen.

Die Planung der Qualifizierungsmaßnahmen erfolgte im Wesentlichen vor dem Hintergrund der Marktanforderungen sowie der gesetzlichen Anforderungen. Dem Fortbildungsbedarf wurde durch ein entsprechendes Budget Rechnung getragen. Schwerpunkte bilden das Vertriebstraining im Retailgeschäft, Grundlagen- und Expertenqualifizierungen im Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie Inhouse-Maßnahmen für die Corporate Center.

Systemrisiken

Das Erreichen der gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen haben für den Konzern weiterhin höchste Priorität. Die beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert. Im Berichtsjahr haben wir die Vereinheitlichung der Darlehenssysteme umgesetzt sowie die geplante Konsolidierung der Back-Office- und Front-Office-Systeme.

Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Bilanzierung des Konzerns wurde zum 1. Januar 2005 in Betrieb genommen. Die hierfür notwendigen neuen Prozesse wurden im Rahmen des Projektes „Organisatorische Einführung IAS“ eingeführt.

Die Aktivitäten zur Implementierung eines umfassenden Informationssicherheits-Managementsystems im Konzern wurden fortgeführt. Die aus den Leitsätzen abgeleiteten Top Level Richtlinien zur Gewährleistung eines Grundschutzes der Informationssicherheit sind Anfang 2005 eingeführt worden.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)

Wie bereits in den vorausgegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die IBG natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Darüber hinaus hatte die LBB im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die LBB die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank freigestellt. Die BaFin teilte mit, dass sie diese Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die LBB teilt die Auffassung der BaFin hinsichtlich der Beurteilung dieser Freistellungserklärungen als Organkredite. Folglich betrachtet sie diese Freistellungserklärungen wegen der Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen bei der Kreditvergabe als unwirksam. Daher mussten diese Freistellungserklärungen wie im Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt werden.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)

Die Europäische Kommission hat am 18. Februar 2004 die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin vollumfänglich genehmigt. Die Entscheidung wurde am 4. Mai 2005 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Die Genehmigung der Kommission umfasst die Kapitalzuführung des Landes Berlin vom August 2001 in Höhe von 1,755 Mrd. €, die Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002 mit einem nominalen Höchstwert von 21,6 Mrd. € sowie die Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002. Diese Genehmigung war an verschiedene Zusagen der Bundesregierung an die EU-Kommission geknüpft. Der Konzern Bankgesellschaft wirkt intensiv an der Erfüllung dieser Zusagen mit. Er hat alle dafür bislang auf Konzernseite notwendigen Schritte in die Wege geleitet und wird dies auch in Zukunft konsequent und fristgerecht tun. Für den Konzern steht es außer Frage, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten.

Ende Juli 2005 verstrich die Frist, innerhalb derer beim Gericht Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 18. Februar 2004 hätten eingelegt werden können. Da innerhalb dieser Frist keine Klagen eingegangen sind, besitzt die Entscheidung Bestandskraft und kann nicht mehr angefochten werden.

Bund, Land Berlin und Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Jeweils bei Erreichen eines bestimmten Meilensteins erhält die EU-Kommission Bericht über die ordnungsgemäße Umsetzung der Maßnahme. Zusätzlich berichten Bund, Land Berlin und Bank der EU-Kommission einmal jährlich anhand der mit der Kommission vereinbarten Mittelfristplanung über den Gesamtfortschritt der Restrukturierung. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmt mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen plangemäß umsetzt und es für den Konzern außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung der Bank keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfeverfahren für die Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – etwa im Fall der für 2007 vorgesehenen Veräußerung der vom Land Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG gehaltenen Anteile – die Bank nicht alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat am 20. Oktober 2004 auch im Verfahren über die Beihilfe für die LBB eine Entscheidung getroffen. Unter Berücksichtigung einer Verständigung, die im September 2004 zwischen dem Land Berlin, der LBB und dem Bundesverband deutscher Banken erzielt worden war, hat die EU-Kommission entschieden, dass die LBB eine Beihilfe in Höhe von 810 Mio. € zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckrücklage durch die LBB.

Zur Umsetzung dieser Entscheidung hat das Land Berlin die LBB mit Bescheid vom 20. Januar 2005 aufgefordert, den von der Kommission als Beihilfe angesehenen Betrag zuzüglich Zinsen, insgesamt 1,124 Mrd. €, zurückzuzahlen.

Zum gleichen Zeitpunkt ist das Land Berlin seiner Verpflichtung aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung nachgekommen und hat den von der LBB geleisteten Betrag der LBB in voller Höhe als Sanierungszuschuss gewährt. Die LBB hat die Forderung des Landes am 20. Januar 2005 durch Aufrechnung mit der eigenen Forderung gegenüber dem Land auf Leistung des Sanierungszuschusses in vollem Umfang erfüllt.

Bundesregierung, Land Berlin, Konzern Bankgesellschaft Berlin und LBB gehen davon aus, dass mit der ordnungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung vom 20. Oktober 2004 dieses Beihilfeverfahren für die LBB abgeschlossen ist und sich keine weiteren Risiken mehr aus ihm ergeben.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Rechtsmittel gegen die Entscheidung vom 20. Oktober 2004 einlegen. Die Klagefristen für die bislang an den Verfahren Beteiligten sind inzwischen abgelaufen, ohne dass Klagen bekannt geworden sind. Die Entscheidung der EU-Kommission ist bisher nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Nach der Veröffentlichung der Entscheidungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften können auch bislang Unbeteiligte innerhalb einer Frist von zwei Monaten Rechtsmittel einlegen, sofern sie hinreichende Gründe dafür geltend machen können. Die Bank geht allerdings davon aus, dass Rechtsmittel nicht erfolgreich wären. Zudem ist zu beachten, dass auch ein – rein hypothetischer, in einem Gerichtsverfahren durchgesetzter – höherer Beihilfebetrag aufgrund der Regelungen in der Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002 keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Konzerns hätte.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage (gegenwärtiger Streitwert: 8 Mio. €) geltend.

Veräußerung der Anteile an der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Ein Bestandteil des Sanierungsplans, welcher der Genehmigung der vom Land Berlin gewährten Restrukturierungsbeihilfen durch die EU-Kommission zugrunde liegt, ist die Veräußerung der Anteile an der Weberbank.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank mussten die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Bankgesellschaft Berlin AG den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den genannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin und der Bankgesellschaft Berlin AG sind diese Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Veräußerung der wesentlichen Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG

Mit notariellem Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG die wesentlichen Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Damit wurde eine Auflage der EU-Kommission erfüllt, die im Zusammenhang mit der beihilferechtlichen Genehmigung der Risikoabschirmung durch die Detailvereinbarung erteilt worden war. Die Veräußerung wird zum 30. Juni 2006, 24 Uhr, mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006 umgesetzt werden.

Nach der Auflage der EU-Kommission war grundsätzlich das gesamte von der Risikoabschirmung erfasste Immobiliendienstleistungsgeschäft des Konzerns an das Land Berlin zu veräußern. Zur Umsetzung dieser Auflage wurde das Immobiliendienstleistungsgeschäft umfassend neu strukturiert. In diesem Zuge wurde zunächst die IBAG Immobilien- und Beteiligungen Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt und in BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (BIH) umfirmiert. Sodann wurden sämtliche Anteile an der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) und 94,9 % der Anteile an der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) in die BIH eingebracht und so das gesamte an das Land zu veräußernde Immobiliendienstleistungsgeschäft in der BIH gebündelt. Parallel wurden diejenigen Gesellschaften, Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse, die nicht von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung erfasst sind, auf eine andere Konzerngesellschaft, die BB-Data Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, übertragen, die zukünftig als GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) firmieren wird. Die GfBI verbleibt im Konzern.

Gegenstand der Veräußerung an das Land Berlin sind die BIH und die in der BIH-Gruppe zusammengefassten Gesellschaften, neben der LPFV und der IBG insbesondere die BAVARIA Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L., die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, die ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH und ihre jeweiligen Beteiligungsgesellschaften. Die Veräußerung erfolgt zum symbolischen Kaufpreis von 1,00 €, allerdings hat die Bankgesellschaft Berlin AG zuvor eine Einlage zu leisten, um den prognostizierten Verlust der kommenden Jahre auszugleichen. Zum 30. Juni 2006 soll ein Zwischenabschluss aufgestellt werden, auf dessen Grundlage diese Bewertung überprüft und gegebenenfalls noch einmal angepasst wird.

In dem Veräußerungsvertrag hat die Bankgesellschaft Berlin AG die in Unternehmenskaufverträgen üblichen Garantien und Gewährleistungen übernommen, wobei das Haftungsvolumen grundsätzlich auf einen Höchstbetrag von 60 Mio. € begrenzt ist. Die Bankgesellschaft Berlin AG steht zudem ohne betragsmäßige Begrenzung dafür ein, dass in der BIH und ihren Tochtergesellschaften keine Risiken verblieben sind, die von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung ausdrücklich ausgenommen sind. Eine unbeschränkte Haftung besteht zudem im Hinblick auf die steuerlichen Verhältnisse der veräußerten Gesellschaften bis zum Übergang an das Land Berlin.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig.

Einige Kunden haben sich daraufhin mit dem Hinweis auf die Unwirksamkeit des Darlehensvertrags an die Bank gewandt. Ein Großteil dieser Beschwerden ist rechtlich unbegründet. Selbst wenn Kunden einen Anspruch auf Auskehrung der bisher gezahlten Raten zuzüglich Zinsen hätten, steht der Bank ihrerseits ein Anspruch auf Rückzahlung der Darlehensvaluta gegen deren tatsächlichen Empfänger zu. Zur Erlangung von Rechtssicherheit hat die Bank inzwischen einen Großteil der Kunden auf Feststellung der Wirksamkeit der Darlehensverträge verklagt. Einige Kunden haben sich daraufhin mit der Bank verglichen. Die anderen Verfahren laufen noch.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds, die durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) initiiert worden sind (IBV-Fonds), sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die per Ende Dezember 2005 rechtshängig gemachten Klagen, die von circa 7.700 Klägern eingereicht wurden, haben insgesamt ein Streitwertvolumen von circa 456 Mio. €. Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG mittlerweile ein so genanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet worden ist. Aufgrund dieses Angebots, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgt, ist damit zu rechnen, dass eine große Zahl der klagenden Zeichner ihre Klagen bis zum 31. März 2006 zurücknehmen wird, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

Die Bankgesellschaft Berlin und die LBB hatten bei diversen von der IBV initiierten Fonds auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der so genannten engen und/oder weiten Prospekthaftung bis zum 31. Dezember 2005 verzichtet, um zum einen den Kunden, die Fondsanteile gezeichnet haben, die vollständige und sachliche Prüfung ihrer Rechte zu ermöglichen, zum anderen, um wegen der drohenden Verjährung möglicher Prospekthaftungsansprüche der Zeichner zum 31. Dezember 2004 keine unnötigen Klagen zu provozieren. Die IBV hatte den Zeichnern die entsprechende Verzichtserklärung der Banken übermittelt. Im Zusammenhang mit dem Angebot an die Zeichner haben Bankgesellschaft Berlin AG und LBB hinsichtlich der vom streitschlichtenden Angebot umfassten 15 IBV-Fonds den erwähnten Einredeverzicht bis zum 31. März 2006 verlängert. Bezüglich der übrigen IBV-Fonds, bei denen ein Einredeverzicht Ende 2004 erklärt wurde, wurde dieser bis zum 31. Dezember 2006 prolongiert. Die entsprechenden Erklärungen der Banken wurden wiederum von der IBV an die Zeichner übermittelt.

Das Landgericht (LG) Berlin, bei dem die meisten der Verfahren rechtshängig sind, hat zunächst ab Oktober 2005 Termine zur mündlichen Verhandlung angesetzt, diese inzwischen aber zumeist in das Jahr 2006 verschoben. Drei Prospekthaftungsklagen gegen die LBB wurden bereits in erster Instanz vom LG Berlin abgewiesen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern der BGB gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgeschirmt.

Neben den erwähnten Prospekthaftungsklagen der Zeichner hat eine Fondsgesellschaft, die Perseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – LBB Fonds 13 –, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadenersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die BGB, die LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft GmbH im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998 erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L. und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe wurde der Streit verkündet.

Risikobericht

Klage im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft

Die Bankgesellschaft Berlin AG, Niederlassung London, ist auf Schadenersatz in Höhe von 31 Mio. US$ im Zusammenhang mit einem Dokumentengeschäft vom November 2000 verklagt worden. Die Klägerin behauptet, die Bankgesellschaft Berlin AG sei ihren Pflichten als Administrator im Zusammenhang mit dem Erwerb von Forderungen im Rahmen dieser Transaktion nicht hinreichend nachgekommen.

Die mündliche Verhandlung vor dem Zentralzivilgericht in London (High Court of Justice) ist für das zweite Quartal 2006 terminiert.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hat der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 zur Rückabwicklung von Finanzierungen Stellung genommen, die der Beteiligung an geschlossenen Fonds gedient haben.

Aufgrund dieser Rechtsprechung haben sich diverse Kunden an die Bank gewandt und unter Hinweis auf eine angeblich zurechenbare Haustürsituation beziehungsweise teilweise fehlerhafte Angaben der Gesamtkreditkosten im Darlehensvertrag die Rückabwicklung ihrer Anteilsfinanzierungen verlangt. Die Bank hat diesen Begehren nicht entsprochen.

In diversen gegen die Bank geführten Rechtsstreiten konnten die klagenden Kunden eine Haustürsituation schon bei Vermittlung der Fondsanteile nicht beweisen.

Hinsichtlich der fehlerhaften Angaben der Gesamtkreditkosten hat das Kammergericht zunächst die Auffassung vertreten, dass eine fehlerhafte Angabe nicht mit einer fehlenden Angabe im Sinne des Verbraucherkreditrechts gleichgestellt werden könne. Demgemäß sei der Darlehensvertrag wirksam. In neueren Entscheidungen stellte das Kammergericht in Kenntnis der erwähnten BGH-Rechtsprechung allerdings fest, dass auch die fehlerhafte Angabe der Gesamtkreditkosten zur Nichtigkeit des Darlehensvertrags führe, jedoch durch Auszahlung des Darlehens der Nichtigkeitsgrund beseitigt werde. Allerdings dürfe die Bank gegenüber dem Kunden lediglich den gesetzlichen statt des vertraglich vereinbarten Zinssatzes abrechnen. Eine Erstattung der vom Kunden in der Vergangenheit geleisteten Zinsen komme nur für den nicht verjährten Zeitraum in Betracht. Alle diese neueren Entscheidungen des Kammergerichts, für die das Revisionsverfahren zugelassen wurde, sind noch nicht rechtskräftig.

HV-Beschlussanfechtungen

Eine Aktionärin der Bankgesellschaft Berlin führt jeweils Anfechtungsprozesse gegen Beschlüsse der Hauptversammlungen der Jahre 2003 und 2004. Beide Anfechtungsklagen wurden in erster Instanz abgewiesen. Die Klägerin hat jeweils Berufung eingelegt.

Der Anfechtungsprozess gegen Beschlüsse der Hauptversammlung 2003 wurde auch in der Berufungsinstanz abgewiesen. Die Revision wurde vom Kammergericht nicht zugelassen.

LBS Nord

Die Landesbank Berlin AG ist Trägerin der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord). Der Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin und Niedersachsen über die LBS Nord sieht jedoch nur Anstalten des öffentlichen Rechts als Trägerinnen der Bausparkasse vor. Durch den Rechtsformwechsel der Landesbank Berlin in eine Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2006 bestehen damit Unsicherheiten über die Trägerstellung der Landesbank Berlin. Ein wirtschaftliches Risiko aus diesem Sachverhalt wird als sehr gering eingeschätzt, weil alle Beteiligten von einer einvernehmlichen Änderung des Staatsvertrages ausgehen. Hinsichtlich der Eckpunkte für eine entsprechende Änderung

wurde zwischen den Beteiligten Einigkeit erzielt, eine Gesetzesvorlage und die formale Genehmigung durch die Landesparlamente steht aber noch aus und wird für den Sommer 2006 erwartet.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Im Verlauf des Jahres 2005 sind die Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center eingehend geprüft worden. Daraus resultierte eine gründlich überarbeitete und zusammengefasste Gesamtbankstrategie, die am 20. September 2005 vom Vorstand verabschiedet wurde. Die geplante Veräußerung der Berliner Bank ist nicht Bestandteil der Dokumentation „Gesamtbankstrategie".

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft.

Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Restrukturierung

Die Restrukturierung und Neuausrichtung der Bank ist weitgehend abgeschlossen. Die Grundzüge der Sanierungsziele werden in dem Abschnitt „Restrukturierung und Neuausrichtung" des Lageberichts ausführlich beschrieben. Für die Umsetzung der gegenüber der EU-Kommission getroffenen Zusagen im Zusammenhang mit der Genehmigung der Beihilfe wurden bereits im Geschäftsjahr 2003 im notwendigen Umfang Rückstellungen gebildet.

Laufende Projekte

Die Vielzahl gesetzlich vorgegebener und restrukturierungsrelevanter Projekte bindet erhebliche Ressourcen. Beispielhaft seien genannt:

- die Einführung der Rechnungslegungsvorschriften nach IAS/IFRS
- die Umsetzung von Basel II
- die Ausgründung der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
- die Veräußerung der Berliner Bank
- das Projekt „Eine Bank".

„Eine Bank"

Ziel des Projekts „Eine Bank" ist die Zusammenführung des gesamten Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG in den Büchern der Landesbank im Verlauf des Jahres 2006 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006. Daher wird die Landesbank die Risikopositionen des heutigen Konzerns Bankgesellschaft Berlin praktisch vollständig übernehmen.

Das Risikomanagement und -controllingsystem der beiden Institute Bankgesellschaft und Landesbank wurde bereits in den letzten Jahren weitestgehend vereinheitlicht. So werden identische Methoden und Systeme bei der Risikobewertung und identische Verfahren zur Sicherstellung des Risikofrüherkennungssystems verwendet. Soweit das Kreditwesengesetz (KWG) dies zulässt, wurden bereits bisher die Aufgaben des Risikomanagements und -controllings für beide Banken von den gleichen Organisationseinheiten wahrgenommen. Damit ist die Bank in Bezug auf das Risikomanagementsystem optimal auf die Zusammenführung der Risikopositionen in den Büchern der Landesbank vorbereitet.

Die noch ausstehenden Vereinheitlichungen betreffen unter anderem Tätigkeiten, deren Zusammenführung bisher durch die Beschränkungen des § 25 a KWG nicht möglich war. Darüber hinaus werden im Rahmen des Projekts „Eine Bank“ die letzten Schritte zur Vereinheitlichung der IT-Plattform und der Prozessketten der beiden Banken abgeschlossen. Die damit einhergehende Komplexitätsreduzierung wird neben der Generierung erheblicher Synergieeffekte auch eine deutliche Reduzierung der Prozess- und IT-Risiken bewirken.

Zur Vermeidung von Prozessrisiken im Zusammenhang mit der Durchführung des Projekts hat die Bank umfangreiche organisatorische Maßnahmen ergriffen. Gleichwohl ist es aufgrund der erheblichen Komplexität der juristischen und technischen Herausforderungen des Projekts nicht auszuschließen, dass es durch äußere Einwirkungen zu Zeitverzögerungen gegenüber dem Projektplan kommen kann.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 wird die Bankgesellschaft Berlin AG das unter der Marke Berliner Bank in einer eigenen Niederlassung der LBB geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wird in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt. Ein straffes Projektmanagement, die Begleitung durch externe Mergers & Acquisitions-Berater sowie die regelmäßige Information der Europäischen Kommission und deren Treuhänder für die Berliner Bank stellen sicher, dass Verzögerungen im Veräußerungsprozess vermieden werden.

Für die negativen wirtschaftlichen Effekte der Herauslösung der Berliner Bank aus der LBB wurde bereits im Jahresabschluss 2003 ausreichend Vorsorge getroffen. Die Effekte entstehen insbesondere aus der technischen, organisatorischen und personellen Separierung der heute weitgehend in die LBB integrierten Berliner Bank. Die Veräußerung der Berliner Bank wird neben der Projektorganisation auch erhebliche Ressourcen innerhalb der Linienorganisation der LBB binden.

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) durch das Land Berlin vom 16. April 2002 weitestgehend abgeschirmt.

Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Bankgesellschaft Berlin bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr.

Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten von der Bankgesellschaft Berlin AG als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Für den Konzern insgesamt bestehen bei der Umsetzung der Risikoabschirmung durch das Land Berlin Abwicklungsrisiken, zum Beispiel durch Unvollständigkeit von Unterlagen, durch Auslegungsunterschiede oder durch Nichteinhaltung von Fristen, denen durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet wird. Zur Ergänzung der DetV wurde im Jahre 2004 die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVO) unterzeichnet, durch die Zustimmungs- und Verfahrensfragen im Detail geregelt und insofern die entsprechenden Regelungen der Detailvereinbarung ergänzt und präzisiert worden sind. Eine Veränderung des materiellen Umfangs der Risikoabschirmung erfolgt durch die ZuVO nicht.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Diese werden im Konzern zentral in Verantwortung der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Bei der praktischen Anwendung der Detailvereinbarung sowie der ZuVO werden gegenüber der Controllinggesellschaft des Landes Berlin (BCIA) einvernehmlich abgestimmte und damit sichere und verbindliche Handlungsweisen angestrebt; trotz noch bestehender Schwierigkeiten konnten die zur Zustimmung vorgelegten Sachverhalte bislang geregelt werden. Die Verbesserung der Prozesse, letztendlich auch der Zusammenarbeit der beteiligten Parteien im Sinne pragmatischer und effizienter Vorgehensweisen, ist und bleibt der ausschließlich zielführende Weg, der zu Kosteneinsparungen, Verlustminimierungen und Vermeidung von Fehlmaßnahmen führt.

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 für die Bankgesellschaft Berlin AG genehmigte die EU-Kommission die Risikoabschirmung für die Bankgesellschaft Berlin AG durch das Land Berlin, im Gegenzug ist die Bankgesellschaft verpflichtet, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern oder aber zu liquidieren. Die Gesellschaften DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, die BCA Hotels GmbH sowie die IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH wurden im Berichtsjahr an private Investoren veräußert.

Im Berichtsjahr 2005 wurde der in 2004 begonnene Due-Diligence-Prozess für die Übertragung der Gesellschaften sowie das Bewertungsverfahren fortgeführt und abgeschlossen. In dem „Gemeinsamen Gutachten zur Ermittlung des Kaufpreises für den Immobiliendienstleistungsbereich (IDL) der Bankgesellschaft Berlin AG zum 31.12.2005“ vom 20. Juli 2005 wurde durch die mit der Bewertung beauftragten Gesellschaften KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG und SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Unternehmenswert für die Gesamttransaktion ermittelt.

Das Land Berlin und die Bankgesellschaft Berlin verhandelten anschließend die Eckpunkte der Geschäftsübertragung, die Eingang in den Kaufvertrag und seine Anlagen gefunden haben. Gleichzeitig wurden die im Vorfeld der Übertragung erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen vorbereitet und durchgeführt. Dies sind insbesondere der Rechtsformwechsel der IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft in eine GmbH, deren Umfirmierung in BIH Berliner Immobilien Holding GmbH sowie die Bündelung der zu veräußernden Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts inklusive IBG und LPFV in der BIH als eine wesentliche Voraussetzung der Übertragung dieser Gesellschaften.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern Bankgesellschaft Berlin verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Hier sind insbesondere die Abspaltung der IBAG (neu) zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der erweiterten Negativliste zur Aufnahme in die Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH (GIB) zu erwähnen. Paraphierung und notarielle Beurkundung des Kaufvertrags sind noch im Dezember 2005 erfolgt.

Die Übertragung des auszugliedernden Immobiliendienstleistungsgeschäfts erfolgt mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Ergebnisse stehen ab 1. Januar 2006 dem Käufer zu.

Der Bewertung der IDL-Gesellschaften liegen bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zugrunde. Die Richtigkeit dieser Annahmen soll anhand eines zum 30. Juni 2006 zu erstellenden Zwischenabschlusses geprüft werden.

Über den 30. Juni 2006 hinaus bedarf die Transaktion bis zu ihrer vollständigen Umsetzung einer sorgfältigen und risikoaversen Begleitung, um eventuelle Risiken des Abtrennungsprozesses zu erkennen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Sicherung eines planmäßigen Verlaufs treffen zu können.

Im Zuge der Restrukturierung der IDL-Gesellschaften wurde ein nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen von circa 4,4 Mrd. € rückabgewickelt oder veräußert. Risiken können sich aus der Vielzahl von in ihrer Art einmaligen, teilweise hochkomplexen Sachverhalten des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ergeben, die bei der Bewertung der IDL-Gesellschaften möglicherweise nicht vollständig berücksichtigt werden konnten. Die Komplexität der Sachverhalte vergrößert auch den Ermessensspielraum beider Parteien bei strittigen Fragen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende des Berichtsjahres begonnene Rückkauf von Fondsanteilen dar. Er ist gleichzeitig eine weitere Maßnahme, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert. Den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, wurde ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile durch

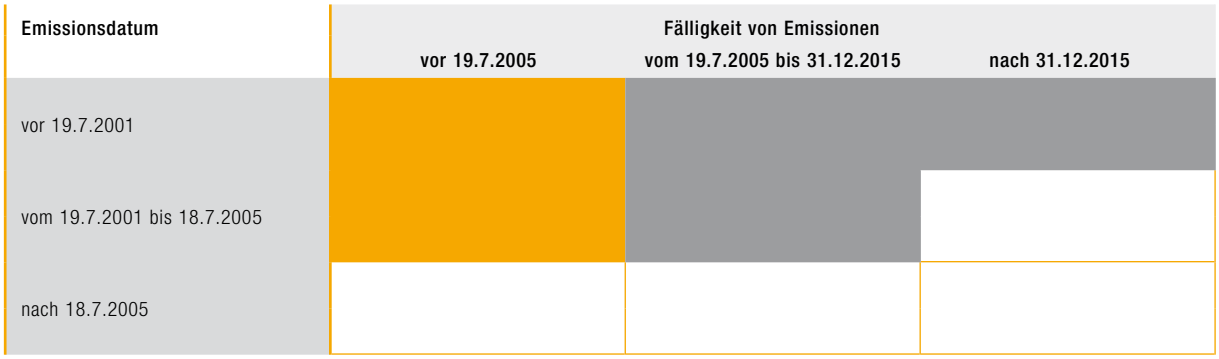
die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der Landesbank Berlin ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungsabtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Bis zum 31. Dezember 2005 sind 1.996 beantragte Kauffälle mit einem Zeichnungsvolumen von circa 52,1 Mio. € und einem Kaufpreis von circa 36,7 Mio. € für Anteilsrücknahmen registriert, von denen circa 17,6 Mio. € bereits zur Auszahlung gelangt sind. Beantragt wurden weiterhin 1.169 Darlehen, die zum 31. Dezember 2005 noch nicht valutiert wurden. Der Anteilserwerb erfolgt im Rahmen der Risikoabschirmung durch das Land Berlin.

Auch nach Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts wird der Konzern die Regeln der DetV zu beachten haben, insbesondere für die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Kreditnehmer aus dem IDL sowie die damit verbundenen und von dem Konzern einzuhaltenden Verfahrensregeln. Dies betrifft einerseits hauptsächlich die laufenden Informationsrechte des Landes und die mit der DetV eingegangene Pflicht zur Minimierung der bei dem Land geltend zu machenden Schäden, andererseits den Fortbestand von Abwicklungsrisiken bei einer möglichen Inanspruchnahme der Risikoabschirmung dieser Kredite. Zu beachten sind andererseits die im Konzern verbliebenen und der BB-Data/GfBI beziehungsweise deren Tochtergesellschaft GIB zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der Negativliste sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen.

Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Über die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei deutschen Landesbanken kam es im Sommer 2001 zu der so genannten Brüsseler Verständigung. Das Land Berlin hat daraufhin die Vorgaben aus dieser Verständigung umgesetzt. Die Anstaltslast für die LBB wurde mit Ablauf des 18. Juli 2005 abgeschafft. Die Bestimmungen über die Gewährträgerhaftung wurden so geändert, dass Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für bis zum 18. Juli 2001 begründete Verbindlichkeiten besteht die Gewährträgerhaftung unverändert fort. Der Ablauf der beiden Haftungsinstrumente in Abhängigkeit von Emissions- und Fälligkeitsdatum der betroffenen Verbindlichkeiten wird im nachfolgenden Schaubild zusammenfassend dargestellt:

HAFTUNGSINSTRUMENTE IN ABHÄNGIGKEIT VON EMISSIONS- UND FÄLLIGKEITSDATUM



- Anstaltslast **und** Gewährträgerhaftung
- Gewährträgerhaftung, Garantie der öffentlichen Hand für den Fall, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus eigenen Mitteln nicht nachkommen kann
- Keine öffentliche Garantie

Bereits im Rahmen der Restrukturierung haben wir ein Geschäftsmodell entwickelt, das den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung berücksichtigt. Der Konzern war deshalb auf die veränderte Haftungssituation ausreichend vorbereitet. Die Bank hat mittels aktueller, marktgerechter Annahmen die Auswirkung des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage des Konzerns kalkuliert und in ihrer Planung berücksichtigt.

Die Ratingagentur Moody's hat für die Sparkassen-Finanzgruppe, deren Mitglied die Landesbank Berlin ist, eine Ratinguntergrenze nach Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung von „A1" definiert. Damit beträgt das langfristige ungarantierte Rating der Landesbank Berlin ebenfalls „A1".

Die Ratingagentur Fitch hat für ungarantierte Verbindlichkeiten der Landesbank Berlin ein langfristiges Rating von „BBB+" vergeben.

Prognosebericht/Ausblick

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld für die Bank, insbesondere im Heimatmarkt Berlin-Brandenburg, schätzen wir trotz absehbarer Verbesserungen einzelner Konjunkturdaten insgesamt weiterhin als schwierig ein. Kurzfristig, das heißt im weiteren Verlauf des Jahres 2006, dürfte sich der konjunkturelle Rückstand des Mittelstands zu den großen Unternehmen aufgrund der vorübergehend etwas lebhafteren Binnenkonjunktur verringern. Damit könnte die Wirtschaft in der Region Berlin 2006 erstmals seit Jahren wieder wachsen. Mittelfristig werden aber aufgrund der schwierigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – zu nennen sind hier vor allem die geringe Einkommensentwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit in der Region Berlin – weitere Einschränkungen bei den privaten Konsumausgaben kaum vermeidbar sein.

Zudem belastet die sich weiter verengende Zinsspanne die Ertragsperspektiven der Kreditwirtschaft. Fortgesetzte Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sorgen darüber hinaus für einen starken Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt. Gleichzeitig wird die Marktdurchdringung durch ausländische Anbieter allmählich zunehmen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass der Wettbewerbsdruck weiter steigen wird.

In dieser Einschätzung des konjunkturellen Umfelds kann sich ein moderater Anstieg der Geschäftsvolumina durch die Konzentration auf die gewerbliche Kundschaft ergeben. Nach erfolgter Stärkung der Unternehmensfinanzen sind in diesem Kundenkreis die Spielräume für zusätzliche Kreditaufnahmen wieder gewachsen.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Entwicklung des Konzerns, die seit 2001 durch einen konsequenten Sanierungskurs geprägt war, werden wir in den kommenden Jahren eine deutlich stärker markt- und ertragswachstumsbetonte Ausrichtung geben.

Dabei werden wir die eingeschlagene Strategie in den Geschäftssegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und gewerbliche Immobilienfinanzierung weiter ausbauen und gezielt ergänzen.

Als wesentliche strukturelle Maßnahme gehört hierzu auch die weitgehende Konzentration der operativen Geschäftstätigkeit in der Landesbank Berlin AG, die für Mitte des Jahres 2006 vorgesehen ist.

Mit dem bevorstehenden Verkauf der Niederlassung „Berliner Bank“ und der bereits vereinbarten Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin gibt die Bank 2006 zwei weitere Geschäftseinheiten ab und erfüllt damit im Wesentlichen die letzten Auflagen der Europäischen Kommission für den Sanierungsprozess.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund unserer Prognose des Marktumfeldes sowie der beschriebenen strukturellen Maßnahmen und Geschäftsabgänge erwarten wir in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen:

Prognosebericht/Ausblick

Private Kunden

Zwei Schwerpunkte werden wir im Geschäft mit privaten Kunden verfolgen: Zum einen werden wir die Anlageberatung systematisch und kundenorientiert verstärken, zum anderen werden wir in Angebote und Prozesse für die Konsumentenfinanzierung investieren.

Aus beiden Schwerpunkten planen wir einen Ertragszuwachs, der auch nach Verkauf der Berliner Bank eine Eigenkapitalrendite[1)] von nachhaltig mindestens 30 % ermöglicht.

Firmenkunden

Nachdem wir im Jahr 2005 im Gewerbekundengeschäft eine neue Betreuungsplattform erfolgreich eingeführt haben, erwarten wir in diesem Segment eine leichte Erhöhung des Marktanteils, vor allem aber eine deutliche Verbesserung der Rentabilität, da es mit der neuen Betreuungslinie möglich sein wird, effizientere Prozesse ohne Angebotseinschränkungen zu realisieren.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden planen wir – auch nach Verkauf der Berliner Bank –, eine nachhaltige Eigenkapitalrendite von mindestens 10 % zu erzielen.

Kapitalmarktgeschäft

Im Geschäftsfeld Client Business steht der Ausbau des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts im Vordergrund. In diesem Bereich wird die Verzahnung mit dem Privatkunden-, Firmenkunden- und Immobilienkundengeschäft besonders unterstützt. Im Bereich Treasury und Trading setzen wir auf abgegrenzte kurzfristige Investitionsstrategien, die uns eine flexible Reaktion auf aktuelle Marktentwicklungen ermöglichen.

Naturgemäß ist der Ergebnisverlauf des Kapitalmarktgeschäfts in erheblichem Maße von der Entwicklung und der Volatilität der Märkte abhängig. Mit einem wachsenden Anteil des Kundengeschäfts und der Konzentration auf marktneutrale Eigenhandelsstrategien haben wir uns jedoch stabile Ertragsquellen geschaffen.

Wir gehen daher von einer erzielbaren Eigenkapitalrendite von durchschnittlich 15 % bis 20 % aus.

Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden wir unsere Strategie der Ausrichtung auf Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen bundesweit fortsetzen und ergänzend selektiv im europäischen Ausland tätig werden. Kundenorientierung, Flexibilität und Schnelligkeit unserer Vertriebs- und Kreditbearbeitungsprozesse sollen zu einer weiteren Erhöhung unseres Marktanteils beitragen.

Wir erwarten, in diesem Geschäftsfeld dauerhaft eine Eigenkapitalrendite von 10 % bis 12 % zu erreichen.

Zusammenfassung

Nach der im Jahr 2005 erfolgreich abgeschlossenen Sanierungsphase können wir auf der Basis durchgreifend restrukturierter Verwaltungsaufwendungen und umfassend bereinigter Kreditrisiken ein moderates Wachstum und eine weitere Ergebnisverbesserung in der Gesamtbank erwarten.

Wir sehen es als ein realistisches Ziel an – ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren aus dem Verkauf der Berliner Bank –, innerhalb der nächsten beiden Jahre eine Eigenkapitalrendite von 8 % bis 12 % zu erreichen.

[1)] Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital wird aus einer 6 %igen Anrechnung der durchschnittlichen Risikopositionen nach KWG sowie der Anrechnung von operationellen Risiken in Anlehnung an den Standardansatz Basel II ermittelt.

Jahresabschluss der AG nach HGB

Bilanz	**308**
Gewinn- und Verlustrechnung	**312**
Anhang	**314**
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	314
Bewertung	315
Angaben zu den Bilanzpositionen	318
Angaben zu den GuV-Positionen	326
Sonstige Angaben	331
Organe der Bankgesellschaft Berlin AG	334
Anlagen zum Anhang	336

Bilanz der AG nach HGB

zum 31. Dezember 2005

AKTIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Barreserve						
a) Kassenbestand				0		0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				51.916		141.218
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		51.282				(140.579)
					51.916	**141.218**
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	9					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
					0	**0**
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5					
a) täglich fällig				5.124.053		9.003.704
b) andere Forderungen				22.925.950		15.707.128
					28.050.003	**24.710.832**
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 6, 9				**4.535.033**	**5.512.158**
darunter: durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		77.270				(91.259)
Kommunalkredite		1.227.044				(1.819.770)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 7, 9					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			11.870
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			62.314			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
				62.314		11.870
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			3.963.243			2.565.678
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		3.700.046				(2.050.969)
bb) von anderen Emittenten			22.471.027			21.580.875
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		14.903.794				(13.746.143)
				26.434.270		24.146.553
c) eigene Schuldverschreibungen				192.880		302.928
Nennbetrag		228.702				(438.084)
					26.689.464	**24.461.351**
Übertrag					**59.326.416**	**54.825.559**

PASSIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) täglich fällig				5.455.341		10.853.308
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				49.295.580		41.452.108
					54.750.921	**52.305.416**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			0			0
ab) von mehr als drei Monaten			0			0
				0		0
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			1.372.783			1.701.325
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			875.733			792.777
				2.248.516		2.494.102
					2.248.516	**2.494.102**
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen				3.948.342		3.535.324
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				29.845		88.411
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0				(0)
					3.978.187	**3.623.735**
Treuhandverbindlichkeiten					**0**	**0**
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	3, 13				**2.483.166**	**2.427.920**
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				8.783		(29.726)
b) andere				39.844		(33.767)
					48.627	**63.493**
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	15			215.048		208.026
b) Steuerrückstellungen				104.469		111.219
c) andere Rückstellungen	16			867.572		833.190
					1.187.089	**1.152.435**
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 17				**1.794.365**	**1.842.323**
Übertrag					**66.490.871**	**63.909.424**

Bilanz der AG nach HGB

zum 31. Dezember 2005

AKTIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag					**59.326.416**	**54.825.559**
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6, 7, 9				**2.718.995**	**4.020.123**
Beteiligungen	6, 7				**186.208**	**80.897**
darunter: an Kreditinstituten		1.064				(1.064)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 7				**1.891.378**	**2.005.398**
darunter: an Kreditinstituten		1.798.285				(1.849.425)
an Finanzdienstleistungsinstituten		759				(758)
Treuhandvermögen					**0**	**0**
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	9				**0**	**81.824**
Immaterielle Anlagewerte	6, 10				**59.731**	**69.964**
Sachanlagen	6, 10				**74.672**	**84.300**
Eigene Aktien oder Anteile	18				**82.184**	**55.542**
rechnerischer Wert		70.365				(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	3, 11				**4.467.507**	**4.893.950**
Rechnungsabgrenzungsposten	12					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				12.690		(22.507)
b) andere				15.535		(9.514)
					28.225	**32.021**
Summe der Aktiva					**68.835.316**	**66.149.578**

PASSIVSEITE

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
Übertrag					**66.490.871**	**63.909.424**
Eigenkapital	18					
a) gezeichnetes Kapital				2.554.741		2.554.741
b) Kapitalrücklage				0		1.956.044
c) Gewinnrücklage						
ca) gesetzliche Rücklage			0			1.534
cb) Rücklage für eigene Anteile			82.184			55.542
ce) andere Gewinnrücklagen			0			192.835
				82.184		249.911
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				–292.480		–2.520.542
					2.344.445	**2.240.154**
Summe der Passiva					**68.835.316**	**66.149.578**
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)				1.728.449		1.973.247
					1.728.449	**1.973.247**
Andere Verpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				683.386		2.144.898
					683.386	**2.144.898**

Gewinn- und Verlustrechnung der AG nach HGB

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
AUFWENDUNGEN						
Zinsaufwendungen	19				**1.342.370**	**1.112.808**
Provisionsaufwendungen	20				**27.082**	**39.678**
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	21				**13.165**	**16.028**
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	22					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			126.999			124.290
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			38.875			38.395
darunter: für Altersversorgung		21.689				19.607
				165.874		162.685
b) andere Verwaltungsaufwendungen				188.150		195.929
					354.024	**358.614**
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6				**45.217**	**57.969**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	25				**179.364**	**193.130**
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	23				**203.782**	**29.459**
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					**48.780**	**0**
Aufwendungen aus Verlustübernahme					**9.432**	**20.904**
Außerordentliche Aufwendungen	26				**27.509**	**18.429**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27				**9.510**	**4.471**
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					**–7.422**	**–1.547**
Jahresüberschuss					**104.290**	**61.695**
Summe der Aufwendungen					**2.357.103**	**1.911.638**
Jahresüberschuss					**104.290**	**61.695**
Verlustvortrag aus dem Vorjahr					**–2.520.542**	**–2.582.237**
					–2.416.252	**–2.520.542**
Entnahmen aus der Kapitalrücklage					**1.956.044**	**0**
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
a) aus der gesetzlichen Rücklage					1.534	0
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					20	0
e) aus anderen Gewinnrücklagen					192.835	275
					194.389	**275**
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					26.661	275
e) aus anderen Gewinnrücklagen					0	0
					26.661	**275**
Bilanzverlust					**–292.480**	**–2.520.542**

	Anhang Textziffer	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
ERTRÄGE						
Zinserträge aus	19, 24					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				748.946		707.421
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				634.208		574.620
					1.383.154	**1.282.041**
Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	19, 24			102.914		84.880
b) Beteiligungen				19.374		2.988
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				30.478		41.341
					152.766	**129.209**
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	19				**485.089**	**93.985**
Provisionserträge	20, 24				**28.657**	**45.702**
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	21				**0**	**0**
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren					**0**	**14.595**
Sonstige betriebliche Erträge	25, 24				**300.636**	**324.608**
Außerordentliche Erträge	26				**6.801**	**21.498**
Jahresfehlbetrag					**0**	**0**
Summe der Erträge					**2.357.103**	**1.911.638**

Anhang der AG nach HGB

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 wird der Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt.

Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin erstellt einen eigenständigen Teilkonzernabschluss gemäß § 290 HGB.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigefügt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Wesentlichen beibehalten.

Die Marktbewertung für Credit Default Swaps im Handelsbuch in London wurde im Berichtsjahr geändert. Sie erfolgt nunmehr auf der Basis entsprechender Instrumente gleicher Restlaufzeit (im Vorjahr gleicher Ursprungslaufzeit). Für das Geschäftsjahr 2005 ergibt sich daraus eine Belastung im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften in Höhe von 14 Mio. €.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden im Hinblick auf die EU-Entscheidung, die eine Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission und die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen (Aufzinsung) entsprechende Veränderungen.

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat mit Wirkung zum Jahresabschluss 2003 gegenüber der Berlin Hyp die Übernahme der bilanziellen Auswirkung der EU-Genehmigung beschränkt auf die bilanziellen Auswirkungen aus der Abgabe der IBG (gegen einen Besserungsschein) erklärt. Im Geschäftsjahr 2004 ist eine Modifizierung der vertraglichen Gestaltung mit dem Ziel erfolgt, eine Rückgewährung innerhalb von drei Jahren vorzunehmen. Diese Vereinbarung wurde im Januar 2006 endabgerechnet und damit vorzeitig beendet.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Im Finanzanlagevermögen der AG befinden sich im Berichtsjahr keine (i.V.: 36 Mio. €) börsenfähigen Aktien oder Wertpapiere, die nicht nach dem Niederstwert bewertet wurden.

Die Wertpapiere des Handelsbestands sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Der steuerlich zulässige Wert wird dann angesetzt, wenn er den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Betrag übersteigt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Die Bewertung hinsichtlich der unter die Detailvereinbarung fallenden Aktiva und Passiva erfolgt im Jahresabschluss 2005 unverändert zum Jahresabschluss 2004:

„Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2001 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Die Entscheidung der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren vom 18. Februar 2004 legitimiert die Fortführung dieses Bewertungsansatzes zum 31. Dezember 2003. Bei den unter die Detailvereinbarung fallenden Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zuzüglich der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichte Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/IBAG-Gruppe abgeschirmt. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.“

Bewertung des Handelsbestands

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien beziehungsweise Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolien werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei dem Aktienportfolio erfolgt die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolien je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestands einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolien miteinander verrechnet. In Zins- und Aktienportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung beziehungsweise Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement- und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG wurde in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen beziehungsweise zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340 h Abs. 1 HGB).

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340 h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340 h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Anhang der AG nach HGB

Angaben zu den Bilanzpositionen

1 Fristengliederung

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute		
Andere Forderungen		
bis drei Monate	15.256	9.846
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.405	4.153
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	916	1.029
mehr als fünf Jahre	349	679
Insgesamt	**22.926**	**15.707**
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	2.468	2.729
mehr als drei Monate bis ein Jahr	208	140
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	685	989
mehr als fünf Jahre	1.174	1.654
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.482)	(1.544)
Insgesamt	**4.535**	**5.512**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	42.051	32.593
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.800	6.946
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	269	1.765
mehr als fünf Jahre	176	148
Insgesamt	**49.296**	**41.452**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	1.843	2.095
mehr als drei Monate bis ein Jahr	120	35
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	101	169
mehr als fünf Jahre	185	195
Insgesamt	**2.249**	**2.494**
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere verbriefte Verbindlichkeiten		
bis drei Monate		
mehr als drei Monate bis ein Jahr		34
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		
mehr als fünf Jahre	30	54
Insgesamt	**30**	**88**

2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Enthalten in Position:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.433	4.301
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen	460	984

3 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	10.478	10.538
Forderungen an Kunden	966	1.021
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.362	6.263
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	205	222
Sonstige Vermögensgegenstände	4	10
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten [1]	36.206	38.586
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	238	229
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.510	2.658
Sonstige Verbindlichkeiten	3	1
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.794	1.792
[1] davon Landesbank Berlin (einschließlich Niederlassungen)	34.132	36.398

4 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	10	251
Forderungen an Kunden	122	262
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	458	455
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	61
Verbriefte Verbindlichkeiten		

5 Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Forderungen an Kreditinstitute	33	8
Forderungen an Kunden	54	34
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	152	181
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	207	224

6 Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. €	Finanzanlagen					Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
	Forderungen [1]	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen		
Buchwert zum 31.12.2004	**0**	**69**	**17**	**81**	**2.005**	**84**	**70**
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2004	7	69	45	108	3.110	160	146
Zugänge 2005				125	73	6	22
Abgänge 2005		6		34	129	13	1
Umbuchungen 2005						–4	4
Effekte aus Wechselkursänderungen						0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2005	7	63	45	199	3.054	149	171
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2004	0	0	7	1	0	0	0
Zugänge 2005			11			1	0
Abgänge 2005						0	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2005	0	0	18	1	0	1	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2004	7	0	34	28	1.105	76	76
Zugänge 2005					62	12	33
Abgänge 2005				15	4	10	1
Umbuchungen 2005						–3	3
Effekte aus Wechselkursänderungen						0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2005	7	0	34	13	1.163	75	111
Buchwert zum 31.12.2005	**0**	**63**	**29**	**187**	**1.891**	**75**	**60**

[1] Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

Die Zugänge in den Beteiligungen betreffen überwiegend MLP AG, Heidelberg. In der Entwicklung der Anteile an verbundenen Unternehmen spiegeln sich im Wesentlichen die Vorbereitung auf die geplante Veräußerung der BIH Berliner Immobilien Holding AG (vormals IBAG) sowie die restliche Kapitalrückzahlung der Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L. wider.

7 Börsenfähigkeit/Börsennotierung

	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.690	24.461	25.682	21.278	1.008	3.183
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.278	3.931	2.278	3.879	0	52
Beteiligungen	157	34	123	0	34	34
Anteile an verbundenen Unternehmen	876	928	630	630	246	298
davon: Berlin Hyp	630	630	630	630	0	0
BG Intern. S.A.Lux.	246	246	0	0	246	246
Übrige	0	52	0	0	0	52

8 Bestände in Fremdwährung

in Mrd. €	31.12.2005	31.12.2004
Vermögensgegenstände	8,1	9,2
Verbindlichkeiten	8,8	9,4

9 Als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Wertpapiere	11.332	9.659
davon: Ausgleichsforderungen	0	81
Wirtschaftskredite	0	3
davon: Wechsel	0	0
Kreditforderungen	0	3
Insgesamt	**11.332**	**9.662**

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende weitere Verpfändungen: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 106 (i.V.: 199) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 93 (i.V.: 240) Mio. € wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 167 (i.V.: 189) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 523 (i.V.: 519) Mio. € als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften als Sicherheiten gegeben hat.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 10.476 (i.V.: 4.555) Mio. €.

10 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare beziehungsweise degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 -13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 -25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 -10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 - 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Die immateriellen Anlagewerte von insgesamt 60 (i.V.: 70) Mio. € umfassen im Wesentlichen entgeltlich erworbene Software und Lizenzen (42 Mio. €) sowie Anzahlungen und Anlagen im Bau (15 Mio. €).

Die Sachanlagen von insgesamt 75 (i.V.: 84) Mio. € umfassen Mietereinbauten (58 Mio. €), Betriebs- und Geschäftsausstattung (13 Mio. €), Anzahlungen und Anlagen im Bau (2 Mio. €) sowie Zugänge von Vermögensgegenständen (2 Mio. €), für die bis zum Bilanzstichtag noch keine Rechnungen vorlagen.

11 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Aktivposten aus Portfolien	1.737	1.682
Forderungen aus Collateral	1.743	2.011
Gewinnansprüche LBB	687	687
Forderungen an Finanzbehörden	102	50
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	83	230
Einzugspapiere	4	44
Übrige	112	190
Insgesamt	**4.468**	**4.894**

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf 24,99 % des Ertrags und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin.

12 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position enthält überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennwert von Forderungen und deren Auszahlungsbeträgen in Höhe von 8 (i.V.: 17) Mio. €, Disagien aus Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 5 (i.V.: 6) Mio. € sowie Prämien aus Derivaten in Höhe von 9 (i.V.: 3) Mio. €.

13 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Passivposten aus Portfolien	1.162	1.275
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.093	789
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	6	16
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	41	41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	30	18
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	142	221
Übrige	9	68
Insgesamt	**2.483**	**2.428**

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

14 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position beinhaltet überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbeträgen in Höhe von 9 (i.V.: 11) Mio. €, abgegrenzte Gebühren von 3 (i.V.: 3) Mio. € sowie Prämien aus Derivaten in Höhe von 14 (i.V.: 6) Mio. €.

15 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen um 7 (i.V.: 3) Mio. € auf 215 (i.V.: 208) Mio. €.

16 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
Rückstellungen für Portfolien, Wertpapier- und Devisengeschäfte	292	248
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	98	109
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	0	5
Rückstellungen im Personalbereich	54	46
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	107	115
Rückstellungen aus EU-Entscheidung vom 18.2.2004	212	208
Übrige	105	102
Insgesamt	**868**	**833**

Die Rückstellungen **für Restrukturierungsmaßnahmen** entwickelten sich **2005** wie folgt:

in Mio. €	Stand 1.1.2005	Verbrauch	Umbuchung	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2005
Personal	16	7	4	0	6	11
Flächenmanagement	75	5	0	6	9	73
Sachaufwand	24	1	0	0	0	23
Insgesamt	**115**	**13**	**4**	**6**	**15**	**107**

Entsprechend dem vom Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG beschlossenen Restrukturierungskonzept zur Sicherung des Fortbestands des Konzerns waren im Zeitraum bis 2005 personalwirtschaftliche Maßnahmen und Maßnahmen zur Sachkostensenkung durchzuführen. Die hiermit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen wurden getrennt nach Personal-, Gebäude- und Raumkosten (Flächenmanagement) und sonstigen Sachaufwendungen in der Restrukturierungsrückstellung erfasst.

17 Nachrangige Verbindlichkeiten

	Nominalwert				Zinssatz	Fälligkeit
	Währung	in Mio.	in Mio. €		in %	
(1)	DM	300*	153		6,71	2006
(2)	JPY	10.000*	72		3,215	2007
(3)	DM	50*	26		6,06	2007
(4)	JPY	10.000*	72		3,1896	2007
(5)	EUR	14*	14	Zerobond		2007
(6)	JPY	4.000*	29		2,4738	2008
(7)	JPY	5.000*	36		2,30	2008
(8)	DM	10*	5		5,03	2008
(9)	DM	30*	15		5,33	2008
(10)	EUR	150*	150	3-Monats-Euribor + 35 BP	2,8	2009
(11)	FRF	1.500*	229		5,75	2009
(12)	FRF	750*	114		5,75	2009
(13)	EUR	375*	375		4,75	2009
(14)	EUR	7*	7	Zerobond		2009
(15)	JPY	5.000*	36	(3-Monats-JPY-Libor + 8 BP)	2,014	2009
(16)	FRF	1.000*	152		5,375	2010
(17)	DM	250*	128		5,375	2010
(18)	EUR	75*	75	mindestens 4,75		2019
(19)	JPY	15.000*	108		4,9633	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (1), (9) und (17) stammen aus der ehemaligen Berliner Bank AG. Die Mittelaufnahmen (11) und (12) zusammen sowie die nachrangige Verbindlichkeit (13) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (16) und (17) wurden 1999 redenominiert (152 beziehungsweise 128 Mio. €). Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (18) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2005 beträgt 73 (i.V.: 73) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 89 (i.V.: 89) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 16 (i.V.: 16) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.794 (i.V.: 1.842) Mio. € entsprechen 1.584 (i.V.: 1.711) Mio. € den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

18 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2006 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 bis zum 30. September 2006 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2005 kein Gebrauch gemacht.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde von der Bankgesellschaft Berlin AG Handel in eigenen Aktien nur in geringem Umfang betrieben.

Zum Jahresende befanden sich 27.080.540 (i.V.: 27.090.540) Stückaktien mit einem Buchwert von 81 (i.V.: 55) Mio. € für Handelszwecke im Bestand der Bankgesellschaft Berlin AG. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 2,710 % (i.V.: 2,711 %).

Darüber hinaus befinden sich 405.695 Stückaktien mit einem Buchwert von 1,2 Mio. € im Bestand der Bankgesellschaft Berlin AG. Diese wurden durch Vorstandsbeschluss vom 29. Mai 2001 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zur Schadensabwehr über die Börse erworben. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 0,041 %.

Im Kreditgeschäft waren am Jahresende 2005 gemäß § 71 e AktG 202.104 (i.V.: 227.468) eigene Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,02 % (i.V.: 0,02 %) des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr 2005 beträgt in der Bankgesellschaft Berlin AG 292 Mio. €. Zum teilweisen Ausgleich des Verlustvortrags aus dem Vorjahr (2.521 Mio. €) wurden im Berichtsjahr gemäß § 150 Abs. 3 Nr. 2 AktG die Kapitalrücklage (1.956 Mio. €) und die gesetzliche Rücklage (2 Mio. €) verwendet, nachdem die anderen Gewinnrücklagen vollständig aufgelöst worden sind.

Angaben zu den GuV-Positionen

19 Zinsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Zinserträge	1.383	1.282
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	749	707
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	634	575
Laufende Erträge	153	129
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	103	85
aus Beteiligungen	19	3
aus verbundenen Unternehmen	31	41
Erträge aus Gewinngemeinschaften	485	94
Zinsaufwendungen	1.342	1.113
für Einlagen	1.216	987
für verbriefte Verbindlichkeiten	53	55
für nachrangige Verbindlichkeiten	73	71
Insgesamt	**679**	**392**

20 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2005	2004
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	9	7
Wertpapiere/Vermögensanlagen	8	6
Emissions- und Konsortialgeschäft	1	1
Zahlungsverkehr/Kontoführung	1	0
Kreditgeschäft	–2	0
Kreditgeschäft	1	2
Avalprovisionen	–5	–3
Auslandsgeschäft	2	1
Kartengeschäft	0	0
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	–7	–1
Sorten-/Devisengeschäft	0	0
Sonstige Dienstleistungen	–7	–1
Insgesamt	**1**	**6**

21 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. €	2005	2004
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	–2	46
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	–16	–64
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	–21	2
Handelsergebnis	**–39**	**–16**
Bewertung aus eigenen Aktien	26	0
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	**–13**	**–16**

22 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2005	2004
Gebäude- und Raumkosten	68	69
IT-Aufwendungen	59	64
Werbung und Marketing	1	2
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	22	20
Geschäftsbetriebskosten	7	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1
Personalabhängige Sachkosten	5	5
Konzernleistungsverrechnung	25	27
Insgesamt	**188**	**196**

Aufwendungen für den Abschlussprüfer:

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge	**T€**
für Jahresabschlussprüfungen	3.176
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	26
für Steuerberatung	3
für sonstige Leistungen	223
Insgesamt	**3.428**[1)]

[1)] Davon im Zusammenhang mit IFRS 1.645 T€

In den sonstigen Leistungen sind prüfungsnahe Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

23 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2005	2004
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–33	71
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	237	–41
Reserven gemäß § 340 f HGB		
Insgesamt	**204**	**30**

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung erhöht, weil weitere Sicherheiten gestellt wurde, beziehungsweise die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 10. Januar 1994. Um einen sachgerechten Ausweis der latenten Kreditrisiken zu erreichen, wurden in diesem Jahr erstmals Ausbuchungen von bestimmten Kreditengagements aus den neunziger Jahren nicht in die Berechnung der Pauschalwertberichtigung einbezogen. Da dieses Kreditportfolio unserer nunmehr seit Jahren gültigen Kreditrisikostrategie nicht mehr entspricht, darf es sich nicht in einer die künftige Entwicklung reflektierenden Berechnung der Pauschalwertberichtigung niederschlagen. Unsere geänderte Betrachtungsweise wird durch die Ergebnisse der Expected-Loss Schätzung gestützt.

Die Risikovorsorge **für das Kreditgeschäft** hat sich wie folgt entwickelt:

	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direkt-abschreibungen		EWB [1]		PWB [2]		Rückstellungen Kreditgeschäft							
in Mio. €	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**	**2005**	**2004**
Stand 1.1.			**780**	**781**	**23**	**25**	**109**	**162**	**4**	**13**	**916**	**981**		
Zuführungen			72	137			61	14	10		143	151	143	151
Inanspruch-nahmen			155	110			17			9	172	119		
Auflösungen			113	40	1	2	58	48	3		175	90	175	90
Direkt-abschreibungen	2	10											2	10
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	3												3	0
Umbuchungen			–7	18			3	–1	6		2	17		
Wechselkurs-änderungen			11	–6				–18			11	–24		
Stand 31.12.			**588**	**780**	**22**	**23**	**98**	**109**	**17**	**4**	**725**	**916**	**–33**	**71**

[1] Einzelwertberichtigung
[2] Pauschalwertberichtigung

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko wurde Vorsorge durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen gebildet. Bei den Länderwertberichtigungen berücksichtigt die Bank das Risikoexposure, das die Summe der Bruttoexposure abzüglich der Forderungen aus kommerziellem Geschäft (< 1 Jahr Restlaufzeit) und alle Bank-zu-Bank-Finanzierungen (< 1,5 Jahre Restlaufzeit) ist. Werthaltige Sicherheiten, die nicht vom Transferrisiko des entsprechenden Landes betroffen sind, vermindern dabei das Risikoexposure. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes werden der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Der **Bestand** der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	**2005**	**2004**
Forderungen an Kreditinstitute	13	17
Forderungen an Kunden	614	789
Rückstellungen	98	110
Insgesamt	**725**	**916**

24 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit.

	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
in Mio. €	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Zinserträge	1.056	900	327	382	1.383	1.282
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	118	93	35	36	153	129
Provisionserträge	28	44	1	2	29	46
Nettoertrag aus Finanzgeschäften					0	0
Sonstige betriebliche Erträge	295	319	6	6	301	325

25 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

	2005		2004	
in Mio. €	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge
Konzernleistungsverrechnung	128	152	145	177
Mieterträge		27		30
Auflösung von Rückstellungen		21		18
Avalprovision Enthaftung Land Berlin	15	10	15	10
Sonstige	36	91	33	90
Insgesamt	**179**	**301**	**193**	**325**

26 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge in der Bankgesellschaft Berlin AG stellen sich wie folgt dar:

	2005		2004	
in Mio. €	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge
Restrukturierungsvorsorge	15	5	13	15
Rückstellungen für EU-Entscheidung	7	2	1	6
Sonstige	6	0	4	0
Insgesamt	**28**	**7**	**18**	**21**

27 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Ertragsteueraufwand der Bankgesellschaft Berlin AG beträgt im Berichtszeitraum insgesamt 10 Mio. €. Er entfällt – trotz bestehender steuerlicher Verlustvorträge – nahezu ausschließlich auf das inländische Bankgeschäft. Die Ursache liegt in der ab 2004 gültigen Mindestbesteuerung.

Sonstige Angaben

28 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können. Das letztmalig im Geschäftsbericht 2004 erklärte Patronat zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin, endete mit Wirkung vom 14. Dezember 2005 (Veröffentlichung der Beendigung auch im elektronischen Bundesanzeiger am 14. Dezember 2005). Für die bis zur Veröffentlichung der Beendigung eingegangenen Verpflichtungen besteht das Patronat fort.

Bei einem geschlossenen Immobilienfonds hat sich die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung (ab 2019) betrifft ein Nominalvolumen von 83 Mio. € (i.V.: 83 Mio €).

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale –, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen bestanden zum Jahresende für die Beteiligungen der Bank in Höhe von 4 (i.V.: 4) Mio. €. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 5 (i.V.: 5) Mio. €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 58 Mio. €.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH hat die Bank für die Jahre 2003 bis 2006 Mindestabnahmemengen in Höhe von 39 Mio. € bis 33 Mio. € (FinanzIT, jährlich abnehmend) und 33 Mio. € bis 34 Mio. € (SBSM, ansteigend) vereinbart. Im Geschäftsjahr 2005 wurden die Mindestabnahmemengen erreicht.

29 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2005	2004
Vollzeitbeschäftigte	1.314	1.437
Teilzeitkräfte	194	208
Auszubildende	9	9
Insgesamt	**1.517**	**1.654**

30 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T€	2005	2004
Gesamtbezüge des Vorstands	4.194	4.341
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	482	484
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	4.693	4.435
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	46.460	48.128

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands sind erfolgsabhängige Zahlungen in Höhe von 370 (i.V.: 260) T€ enthalten. Die Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden um Nachzahlungen für die Vorjahre (355 T€) erhöht ausgewiesen.

31 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 und 4 zum Anhang dargestellt.

32 Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2005 in Mio. €	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit bis 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	Nominalbetrag Summe	positive Marktwerte	negative Marktwerte
Zinsbezogene Geschäfte	**172 .165**	**280.068**	**134.320**	**586.553**	**10.850**	**11.340**
Börsengehandelte Produkte	37.144	579	385	38.108	8	6
Zinsfutures	9.048	579	385	10.012	5	4
Zinsoptionen	28.096	0	0	28.096	3	2
OTC-Produkte	135.021	279.489	133.935	548.325	10.842	11.334
Zinsswaps	82.720	237.533	108.332	428.585	9.757	10.186
Forward Rate Agreements	42.642	1.818	0	44.460	22	22
Swaptions	610	15.986	20.515	36.991	835	928
Zinsoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen, Verkäufe	0	12	6	18	1	1
sonstige Zinskontrakte	9.049	24.140	5.082	38.271	227	197
Währungsbezogene Geschäfte	**15.109**	**12.796**	**3.712**	**31.617**	**554**	**616**
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0	0
OTC-Produkte	15.109	12.796	3.712	31.617	554	616
Devisentermingeschäfte	12.867	72	0	12.939	229	259
Cross-Currency-Swaps	1.046	12.614	3.712	17.372	296	330
Devisenoptionen, Käufe	607	110	0	717	29	0
Devisenoptionen, Verkäufe	589	0	0	589	0	27
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	**5.561**	**2.761**	**153**	**8.475**	**838**	**696**
Börsengehandelte Produkte	2.744	232	18	2.994	26	56
Aktien-/Indexfutures	1.993	0	0	1.993	0	1
Aktien-/Indexoptionen	751	232	18	1.001	26	55
OTC-Produkte	2.817	2.529	135	5.481	812	640
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	599	1.412	111	2.105	812	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	473	1.117	24	1.614	0	640
Aktientermingeschäfte	1.745	0	0	1.745	0	0
Kreditderivate	**1.231**	**981**	**367**	**2.579**	**11**	**17**
Insgesamt	**194.066**	**296.606**	**138.552**	**629.224**	**12.253**	**12.669**

Das Derivategeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG entfällt auf Mikro- und Makroeinheiten zur Absicherung von Marktpreisrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch sowie auf Handelsgeschäfte.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten in Mio. €	31.12.2005	31.12.2004
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	700	700
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	432	355
Insgesamt	**1.132**	**1.055**

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

33 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Bankgesellschaft Berlin AG veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Bankgesellschaft Berlin unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15 a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Bankgesellschaft Berlin AG ausgegebenen Aktien (6.6 DCGK).

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter Vorsitzender
Serge Demolière
Uwe Kruschinski
Martin K. Müller
Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h.c. Klaus G. Adam Vorsitzender	Wirtschaftsprüfer
Bärbel Wulff* – stellv. Vorsitzende –	Vorsitzende des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Axel Berger	Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V., Berlin; Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
Dagmar Brose*	Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG; Referentin Business Management der Bankgesellschaft Berlin AG
Thomas Dobkowitz	Unternehmensberater
Dr. Michael Endres	ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Claudia Fieber*	Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Christina Förster*	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Dr. Thomas Guth	Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.
Sascha Händler*	Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG; Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Bankgesellschaft Berlin AG
Michael Jänichen*	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Daniel Kasteel*	Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –; Mitarbeiter Kundenservice der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Dr. Hannes Rehm	Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Bernd Reinhard* (bis 31. März 2005)	ehem. Mitglied des Beirats der Integrationsgruppe Berliner Bank/Landesbank Berlin – Girozentrale –
Heiko Reinhard* (ab 1. April 2005)	Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –
Senator Dr. Thilo Sarrazin	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Dr. Heinz-Gerd Stein	ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG
Joachim Tonndorf*	ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Frank Wolf*	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Senator Harald Wolf	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin
Bernd Wrede	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

* Arbeitnehmervertreter

Berlin, 7. Februar 2006

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)
Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin							
Verbundene Unternehmen							
ABT No. 3 Ltd., London [1]		100,0	100,0	100,0	530	13	31.12.2004
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	51.624	4.782	
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin [1], [3]		100,0	100,0	100,0	256	0	31.12.2004
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erste Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	51	280	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–3.599	–563	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Zweite Beteiligungsgesellschaft des Dritten IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	51	299	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt EKZ Bochum, Alleestraße KG, Berlin [1]		94,0	94,0	100,0	1.797	866	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Gießen, Flutgraben KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–1.999	–571	31.12.2003
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lörrach, Baseler Straße KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	1.064	978	31.12.2003
ATIRA Immobilien- Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	328	299	31.12.2003
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Stralsund [1]		100,0	100,0	100,0	–1.225	–217	31.12.2004
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	67	0	31.12.2004
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	2.344	112	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i. L., Dublin [2]	(P)	100,0	20,0	100,0	900	900	31.12.2004
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau [9]		100,0	0,0	100,0	230	0	30.06.2005
Bankgesellschaft Berlin (UK), London [7]		100,0	0,0	100,0	0	0	31.12.2004
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg	(P)	100,0	0,0	100,0	206.629	19.046	
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin [2]		100,0	25,0	100,0	16.535	5.900	
Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin i. L., Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	147	–57	31.12.2004
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin i. L., Berlin		100,0	0,0	100,0	28	0	31.12.2003
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i. L., Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	0	–798	31.12.2004
Bavaria Beteiligungsgesellschaft für Gewerbeimmobilien GmbH, Berlin (ehemals Bavaria Gewerbe GmbH, Berlin) [1]		100,0	100,0	100,0	4	–69	
Bavaria Gewährleistungs GmbH, Berlin (vormals Bavaria Wohnungsbau GmbH, Berlin) [1]		100,0	100,0	100,0	83	–24	

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Bavaria Gewerbe GmbH, Berlin (vormals Bavaria Projektentwicklung GmbH -Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte-, Nürnberg [1]		100,0	100,0	100,0	–3.488	-6	
Bavaria Ikarus Immobilien GmbH, Berlin (ehemals Bavaria Emden Verwaltungs GmbH) [1]		100,0	100,0	100,0	23	–11	31.12.2004
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Eberbach KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–553	20	31.12.2004
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Drei Holland –, Berlin [1]		99,9	99,9	99,9	21.525	166	31.12.2004
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin [1]		100,0	00,0	99,9	–7.712	–1.112	31.12.2003
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH i. L., Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	256	0	31.12.2004
Bavaria KLS Wohnbauten GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	65,0	–5.812	–964	31.12.2004
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i. L., Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	18.603	–2.091	
Bavaria Projektentwicklung GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	70	–11	
Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	120	69	
BB Privat Immobilien GmbH i. L., Berlin		100,0	0,0	100,0	774	–1.691	31.12.2004
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	1.169	399	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin, (künftig GfBl Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) [3]		100,0	0,0	100,0	76.036	0	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin [3]		100,0	0,0	100,0	51	0	31.12.2004
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin [3]		100,0	0,0	100,0	300	0	
BB-Leasing GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	2.495	961	31.12.2004
BB-Lincoln Inc., Wilmington, Delaware [1, 8]		90,0	90,0	90,0	k.A.	k.A.	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin [2]		100,0	60,0	100,0	0	–947	31.12.2004
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin [1, 3]		100,0	100,0	100,0	26	0	
Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	250	0	31.12.2004
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	89,9	0,0	89,9	637.800	36.746	
BG Property (Dublin) Limited i. L., Dublin [1]		100,0	100,0	100,0	63	54	31.12.2004
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin [2]		100,0	33,0	100,0	1.367	336	
BGB Reinsurance Ltd., Dublin		100,0	0,0	100,0	10.177	2.194	31.12.2004
BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin, (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin) [3, 4]		100,0	0,0	100,0	62.050	0	
BILDUNGSAKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin		100,0	0,0	100,0	190	36	31.12.2004
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking [1]		94,9	94,9	71,4	–10.907	397	31.12.2004

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin [3]		100,0	0,0	100,0	26	0	31.12.2004
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin [1]		62,5	62,5	50,0	10.359	–646	31.12.2004
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin [1]		62,5	62,5	62,5	16	1	31.12.2004
CML Wohnbauten GmbH, Berlin [1]		74,0	74,0	74,0	–6.512	720	31.12.2003
Crown Court Property London Ltd., London [1, 7]		100,0	100,0	100,0	17.659	460	31.12.2004
Cupertino Property LLC, Wilmington, Delaware [1]		100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
DEKAGRUND Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin [1]		75,0	75,0	45,0	–6.867	–49	31.12.2004
DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin [1]		61,0	61,0	61,0	205	–19	31.12.2004
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin [2, 3]		100,0	49,0	100,0	103	0	31.12.2004
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin [1]		94,0	100,0	94,0	–530	–63	31.12.2004
Erschließungs-GbR ARGE Landsberger Tor mit Haftungsbeschränkung (ELT), Berlin [1]		81,4	81,4	81,4	3.785	2	31.12.2002
EUROPA INVEST S.A., Luxemburg [1]		78,0	78,0	78,0	268	22	
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	435	–17	31.12.2004
FinTech Vierte Beteiligungs- und Management GmbH & Co. Objekte Freising, Leipzig-Gohlis und Schönau KG, Berlin (vormals Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Freising, Leipzig-Gohlis und Schönau KG, Berlin)		100,0	100,0	48,0	–20	67	31.12.2004
FinTech Achtzehnte Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	22	–4	31.12.2004
FinTech Neunzehnte Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Sechzehnte Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Siebzehnte Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Vierte Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
FinTech Zwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2003
Gaia GmbH & Co. Objekt Chemnitz KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	130	781	31.12.2003
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	110	1.706	31.12.2003
GbR KPM-Gelände Berlin-Tiergarten, Berlin [1]		100,0	100,0	94,0	0	0	31.12.2003
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	1.023	0	31.12.2004

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
GbR Potsdam Waldstadt, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	2.911	22	31.12.2003
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH (GIB), Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	24	–1	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin [3]		100,0	0,0	100,0	5.624	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main [2), 3]		100,0	99,0	99,0	722	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin [1]		71,1	71,1	100,0	–17.575	–1.137	31.12.2003
Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin [1), 3]		97,7	97,7	94,0	–79	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin [1]		99,9	99,9	99,9	–7.106	863	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Lunik-Berlin/Pankow, Berlin [1]		98,0	98,0	20,0	–1.468	–39	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin [1), 3]		97,8	97,8	97,8	–132	0	31.12.2004
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds1 –, Berlin [1]		60,2	60,2	60,2	–4.918	151	31.12.2004
H.A.D.R.I.A.N. Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	0,0	100,0	67	–9	31.12.2004
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München [1]		78,1	78,1	78,1	1.404	287	31.12.2003
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	800	7.793	29.08.2005
HaWe Immobilien GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	–5	31.12.2004
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin [1), 3]		100,0	100,0	100,0	6.136	0	31.12.2004
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München [1]		92,5	92,5	92,5	2.009	534	31.12.2004
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin [2), 5]		100,0	95,0	100,0	k.A.	k.A.	
IBAG Group Services GmbH, Berlin (vormals FinTech Fünfzehnte Beteiligungs- und Management GmbH) [1]		100,0	100,0	100,0	28	2	31.12.2004
IBI Real Estate – Management GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	25	3	31.12.2003
IBV-Immobilienfonds International 1 USA, LLC, Wilmington, Delaware [1]		100,0	100,0	100,0	k.A.	k.A.	
IBV-Immobilienfonds International 2 USA, LLC, Wilmington, Delaware [1]		100,0	100,0	100,0	k.A.	k.A.	
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	23	–1	31.12.2004
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG [1]		100,0	100,0	100,0	119	–3	31.12.2004
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin [1), 3]		100,0	100,0	100,0	1.816	0	31.12.2004
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin [1), 3]		100,0	100,0	100,0	511	0	
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin [2]		100,0	94,9	100,0	46.100	14.691	
Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach [1]		100,0	100,0	100,0	22	–3	31.12.2003
„KB Kyritz“ Grundbesitz GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–25	–13	31.12.2003
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	atyp. stille Beteiligung	0,0	atyp. stille Beteiligung	2.095.211	46.151	

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Lausitzring Betriebs- und Managementgesellschaft mbH, Klettwitz [1]		100,0	100,0	100,0	392	334	31.12.2001
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz [1]		60,0	60,0	60,0	13	–6	31.12.2001
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz [1]		70,0	70,0	70,0	–23.278	–9.504	31.12.2001
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin [1, 3]		100,0	100,0	100,0	5.113	0	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin [1, 3]		100,0	100,0	100,0	256	0	31.12.2004
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin [1]		62,5	62,5	62,5	–62	–57	31.12.2004
LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin [1, 3]		97,8	97,8	97,8	9.033	0	31.12.2004
Lenscare AG, Kiel [1]		53,5	53,5	53,5	2.154	266	31.12.2004
LHGS Grundstücksentwicklungs Beteiligungs GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–97	–11	31.12.2004
LHGS Grundstücksentwicklungs GmbH & Co. KG Nennhauser Damm, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	1.807	10	31.12.2004
Long Beach Property, LLC, Wilmington, Delaware [1, 8]		100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Long Beach Town Center, L.P., Wilmington, Delaware [1, 8]		100,0	100,0	100,0	3.056	4.778	31.03.2003
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	3.012	5.990	
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	12	–1.246	
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München [1]		94,0	94,0	55,3	25	0	31.12.2004
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Vier Holland –, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	1.838	408	31.12.2004
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Frankfurt, Niddastraße KG, Berlin [1]		100,0	100,0	57,0	–1.821	–185	31.12.2003
Okeanos GmbH & Co. Objekt Autohof Thiendorf KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	–102	–25	31.12.2004
Okeanos GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain, Pufendorfstraße KG, Berlin [1]		94,0	94,0	51,0	–1.294	–197	31.12.2004
Okeanos GmbH & Co. Objekt Kassel Erste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–548	–428	31.12.2003
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin, Eldenaer Straße KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	89	1.651	31.12.2004
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erfurt, Martinsgasse KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	–182	–88	31.12.2003
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lüneburg-Kaltenmoor KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	–2.082	–1.669	31.12.2004
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Quartier McNair, Nahversorgungszentrum KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	–390	–150	31.12.2003
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Schweinfurt – Pflegeheim KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	–549	–495	31.12.2003
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH, Nürnberg [1]		100,0	100,0	100,0	67	12	31.12.2003
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fachmarktzentrum Schöneweide KG, Berlin [1]		100,0	100,0	49,0	11	–17	31.12.2003

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
public consult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–2.230	–1.491	31.12.2004
REBA Beteiligungs GmbH & Co. Projektentwicklungs- und Verwaltungs KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–357	2.283	31.12.2004
REBA Beteiligungs- und Projektentwicklungs GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–39	–42	31.12.2004
SenioRent GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	23	–1	31.12.2004
SOMAG Soziale Wohnheimmanagement und Betreuungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	209	–94	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Achtundvierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	118	188	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Achtzehnte Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	178	448	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	75	174	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Einunddreißigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	168	414	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Erste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	49,0	602	597	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Fünfzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	127	437	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Neunundvierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	655	579	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Neunundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	172	123	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Neunzehnte Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	202	702	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Sechsunddreißigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	419	–3.125	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Sechsundvierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	7	–895	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Sechzehnte Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	51	81	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundvierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	201	714	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	182	548	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	108	118	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Vierunddreißigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	51,0	151	882	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Vierundvierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	49,0	374	359	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Vierundzwanzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–61	142	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	73	4.944	31.12.2003
Thesaurus GmbH & Co. Zwanzigste Immobilien KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	65	37	31.12.2003
Thesaurus I Immobilien Development GmbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	671	–29	31.12.2004

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Thesaurus VI Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg [1]		100,0	100,0	100,0	26	192	31.12.2004
Thesaurus X Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg [1]		100,0	100,0	100,0	–29	–35	31.12.2004
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Barsinghausen KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–841	–421	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Drei KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–3.302	–2.074	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Eins KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–676	–139	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Fünf KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–567	–131	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sechs KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–217	–75	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sieben KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–1.578	–548	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Vier KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–714	–176	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Zwei KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–543	–159	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Adlershof KG, Berlin [1]		100,0	100,0	99,9	–1.315	–239	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Französisch-Buchholz KG, Berlin [1]		100,0	100,0	99,9	–4.118	377	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–438	–61	31.12.2004
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	501	–195	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Zentrum Schöneweide KG, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	–129	191	31.12.2003
Trans-Innova Kurze Straße 2 GbR, Berlin [1]		95,0	95,0	95,0	k.A.	3	31.12.2003
Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	3.856	68	31.12.2004
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin [2]		100,0	52,4	100,0	3.879	2.507	31.12.2004
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		100,0	100,0	100,0	27	–36	31.12.2004
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg [1]		100,0	100,0	100,0	3	–255	31.12.2004
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg [1]		75,0	75,0	75,0	31	1	31.12.2004
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg [1]		75,0	75,0	75,0	3.050	2.618	31.12.2004
Wohnpark Klosterhof GmbH, Köln [1]		100,0	100,0	49,0	–5.247	–207	31.12.2004
Wotan Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg [1]		100,0	100,0	100,0	617	873	31.12.2004
4care fulfilment GmbH, Laboe, (vormals OptiStar Großhandels GmbH) [1, 3]		100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2004

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.							
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin [1]		39,8	39,8	39,8	40.846	–172	31.12.2003
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		30,0	30,0	30,0	51	5	31.12.2003
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main [2]		25,1	10,0	25,1	13.489	4.830	31.12.2004
ATTO-TEC GmbH, Siegen [1]		26,0	26,0	26,0	–909	–426	31.12.2004
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main [2]		25,1	10,0	25,1	9.187	986	30.09.2005
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – Immobilienfonds Zwei –, Berlin [1]		47,0	47,0	47,0	233	158	31.12.2001
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin-Nikolassee Schopenhauerstraße 53/55 KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–103	–37	31.12.2003
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin [2]		21,8	19,7	21,8	7.212	188	31.12.2004
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin [1]		45,0	45,0	45,0	12.263	497	31.12.2004
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin [1]		45,0	45,0	45,0	25	2	31.12.2004
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover		50,0	0,0	50,0	9.058	965	31.12.2004
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	10.605	409	31.12.2004
CARA Seniorendienste GmbH, Berlin, (vormals Hotel Alleestraße Betriebsgesellschaft mbH) [1]		20,0	20,0	20,0	–11	3	31.12.2004
Chiracon GmbH, Berlin [1]		35,1	35,1	35,1	–79	–473	31.12.2003
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin		50,0	0,0	50,0	324	–116	31.12.2004
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München [1]		94,0	94,0	50,0	–284	–3	31.12.2004
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München [1]		94,0	94,0	50,0	–2.815	75	31.12.2004
ERGERO Grundstückserschließungs GmbH, Berlin [1]		38,2	38,2		250	10	31.12.2000
fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin [1]		34,6	34,6	34,6	22	–101	31.12.2004
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin [1]		47,6	47,6	47,6	14	9	31.12.2004
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking [1]		94,0	94,0	50,0	16	68	31.12.2004
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–3.266	202	31.12.2003
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin [1]		48,5	48,5	48,5	–55.793	3.415	31.12.2004
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	5	0	31.12.2004
GbR Schönhauser Allee, Berlin [1]		50,0	50,0	50,0		163	31.12.2003
GbR TOCOTAX		20,0	0,0	20,0	0	–50	31.12.2003
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wasserstadt Berlin-Oberhavel mbH, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–211	–31	31.12.2003
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkaue, Berlin [1]		50,0	50,0	50,0	–2.212	–249	31.12.2004

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow [1]		32,0	32,0	32,0	2.691	447	31.12.2004
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München [1]		39,6	39,6	20,0	26	0	31.12.2004
Hiper Ceramics GmbH, Eichstädt [1]		26,0	26,0	26,0	684	10	31.12.2004
Immobilien Beratungs- und Anlagen GmbH, Potsdam [1]		49,2	49,2	49,2	583	2	31.12.2004
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München [1]		94,0	94,0	50,0	–2.710	116	31.12.2004
insel urlaub rügen Appartement-Vermietung GmbH, Binz [1]		50,0	50,0	50,0	3	–1	31.12.2004
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam [1]		25,0	25,0	14,3	173.048	9.852	31.12.2004
KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München [1]		33,0	33,0	33,0	26	0	31.12.2004
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH i. L., Berlin [1]		50,0	50,0	50,0	51	0	31.12.2004
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin [1]		50,0	50,0	50,0	–3.275	639	31.12.2004
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking [1]		99,0	99,0	19,0	–48	14	31.12.2003
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR		50,0	0,0	50,0	124	31	31.12.2004
PEB Capital B. V., Hilversum		42,4	0,0	42,4	16.946	903	31.12.2004
Planungsbüro Schmitz-Aachen GmbH, Aachen [1]		50,0	50,0	50,0	70	–30	31.12.2004
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	–2.972	–1.862	31.12.2003
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Groß-Zimmern und Wiesbaden, Narzissenweg KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	397	–204	31.12.2003
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Prenzlauer Berg KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	–1.654	–624	31.12.2003
proALPHA Software AG, Weilerbach [1]		20,5	20,5	20,5	10.613	2.033	31.03.2005
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin [1]		40,0	40,0	40,0	–3.792	–1.593	31.12.2000
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Landsberger Tor KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	908	–350	31.12.2003
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Steglitz McNair KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–24.160	–7.854	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Cottbus, Töpferstraße 2 KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–415	–225	31.12.2003
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Kassel-Wilhelmshöhe, Baunsbergstraße KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	–346	39	31.12.2003
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Leonberg, Neue Ramtelstraße KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–3.006	–813	31.12.2003
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Zweite Landsberger Tor KG, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	–344	–68	31.12.2003
ProSyst Software AG, Köln [1]		27,7	27,7	27,7	–1.011	–3.168	31.12.2003

Gesellschaft, Sitz	Patronats-erklärung	Kapital-anteil in %	davon mittelbar in %	Stimm-rechte in %	Eigen-kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2005 abweichender Jahres-abschluss
Sarros GmbH, Berlin [1]		29,0	29,0	29,0	1.312	350	31.12.2004
SEPIAtec GmbH, Berlin [1]		46,6	46,6	49,9	–1.534	–657	31.12.2004
Thesaurus GmbH & Co. Sechste Immobilien KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	–95	–6	31.12.2004
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin [1]		27,7	27,7	27,7	116.604	2.509	31.12.2003
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Rathauspassagen Berlin-Steglitz KG, Berlin [1]		49,5	49,5	49,5	–104	4.796	31.12.2003
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin [1]		48,0	48,0	48,0	19	–1	31.12.2003
Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin, Berlin [1]		49,5	49,5	49,5	201	8	31.12.2002
„Werre Einkaufspark" Dr. Karl Bartel KG, Köln [1]		22,3	22,3	22,3	9.576	–2.049	31.12.2003
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München [1]		49,0	49,0	36,3	–3.381	–190	31.12.2004
Wohnbau- und Planungsgesellschaft Mahlow mbH, Mahlow [1]		45,0	45,0	45,0	–5.390	–1.132	31.12.2001
xtradyne Technologies AG, Berlin [1]		25,0	25,0	25,0	–1.607	–618	31.12.2003
X-Verleih AG, Berlin [1]		20,0	20,0	20,0	3.578	121	31.12.2004
Yozma III GmbH & Co. KG, München [1], [8]		21,9	21,9	21,9	982	–115	31.12.2004
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin GmbH & Co. KG, Berlin [1]		49,0	49,0	49,0	140	–62	31.12.2001
Zellwerk GmbH, Eichstädt [1]		24,5	24,5	24,5	664	–228	31.12.2004
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)							
FinanzIT GmbH, Hannover [2]		15,0	5,0	15,0	29.032	10.601	31.12.2004
MLP AG, Heidelberg [6]		8,5	0,0		192.604	41.393	31.12.2004

[P] Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft gemäß Abdruck unter Ziffer 28 des Anhangs.

1) Mittelbar gehalten

2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

3) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag seitens der BGB.

4) Es wurde der Einzelabschluss zugrunde gelegt.

5) Die Gesellschaft wurde 2005 gegründet.

6) IFRS-Jahresabschlussdaten

EZB-Kurse vom 31. Dezember 2005

7) 1 EUR = 0,68530 GBP

8) 1 EUR = 1,17970 USD

9) 1 EUR = 3,86000 PLN

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsverträgen mit der Bankgesellschaft Berlin AG

Anlage 2 zum Anhang

BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
(künftig GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin)

BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin

BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin

BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin)

BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin

DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin

Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2005 beziehungsweise Datum des Ausscheidens aus dem Vorstand

Anlage 3 zum Anhang

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG

a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG

• auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften

b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Interseroh AG, Köln •

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin •
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main •

Serge Demolière

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berliner Börse AG, Berlin •

Mitglied des Aufsichtsrats der
- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
- BGB Reinsurance Ltd., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Uwe Kruschinski

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- FWU AG, München

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin •

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin
- Zivnostenská Banka a.s., Prag

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin •

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •

b) Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
- BGB Reinsurance Ltd., Dublin

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- FinanzIT GmbH, Hannover •

a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover •

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main •
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2005 beziehungsweise Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
* Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Dr. h.c. Klaus G. Adam

Vorsitzender

Wirtschaftsprüfer, Mainz

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg
- Bitburger Holding GmbH, Bitburg

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der
- Bitburger Holding GmbH, Bitburg

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Axel Berger

Vizepräsident der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover

Dagmar Brose*

Ordentliches Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Referentin Business Management der Bankgesellschaft Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater, Berlin

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- ASDIS Software AG Enterprise Management Solutions, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- DEUTZ AG, Köln

Mitglied des Aufsichtsrats der
- ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
- Schott AG, Mainz

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Claudia Fieber*

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Dr. Thomas Guth

Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Comline Computer + Softwarelösungen AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Beirats der
- Dr. Schmidt Biotech GmbH, Wiesbaden
- Human GmbH, Wiesbaden

Mitglied des Beirats der
- Piepenbrock Dienstleistungsgruppe, Osnabrück

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin; Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

stellv. Mitglied des Aufsichtsrats der
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Beirats der
- B2B Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Daniel Kasteel*

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitarbeiter Kundenservice der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Salzgitter AG, Salzgitter

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover/Berlin
- Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main
- NORD/LB Luxembourg S.A., Luxembourg (Vorsitz)

Bernd Reinhard*

(bis 31. März 2005)

ehem. Vorsitzender des Beirats der Integrationsgruppe Berliner Bank/ Landesbank Berlin, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Heiko Reinhard*

(seit 1. April 2005)

Mitglied des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin
- Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
- BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH, Berlin
- BIM Berliner Immobilien Management GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank Berlin, Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- WILO AG, Dortmund
- ThyssenKrupp Marine Systems AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Evangelisches und Johanniter Klinikum Duisburg/Dinslaken/Oberhausen gGmbH, Duisburg
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Heitkamp & Thumann GmbH & Co., Düsseldorf

Mitglied des Board of Directors der
- INTAC International Inc., Dallas, USA

Vorsitzender des Beirats der
- Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG, Lahnstein am Rhein
- Saarpor Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der
- Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Joachim Tonndorf*

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Barnimer Busgesellschaft GmbH, Eberswalde

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Senator Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe, Berlin
- BSR Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Berlin
- BWB Berliner Wasserbetriebe, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin
- Messe Berlin GmbH, Berlin
- The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, Berlin
- TSB Technologiestiftung Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank, Berlin

Mitglied des Kuratoriums der
- TSB Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin, Berlin
- FHTW Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin
- FHW Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
- UdK Universität der Künste, Berlin

Mitglied des Beirats der
- Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Bonn

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Vizepräsident des Verwaltungsrats der
- Kühne & Nagel International AG, Schindellegi, Schweiz

Mitglied des Kuratoriums der
- ZEIT-Stiftung Hamburg

Verzeichnis gemäß § 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2005

Anlage 4 zum Anhang

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG wahrgenommen werden

Gerhard Roller

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)

Heinz-Günter Scheer

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)
- BankenService GmbH, Berlin (bis 15. September 2005)

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH, Berlin

Dirk Sonnberg

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i. L., Warschau (bis 30. September 2005)

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH, Berlin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 4. Mai 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel)	(Berninger)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Konzernbanken und ausgewählte Beteiligungen des Konzerns

Banken

Bankgesellschaft Berlin International S.A.

30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Luxemburg
Tel.: +352/47/782 000
Fax: +352/47/782 009
Internet: www.bankgesellschaft.lu

Geschäftsführung
Dirk Kipp
(Sprecher und Administrateur-Délégué)
Uwe Jungerwirth

BANKGESELLSCHAFT BERLIN INVESTMENT GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 030/245 645 00
Fax: 030/245 646 50
Internet: www.bb-invest.de

Geschäftsführung
Joachim Mädler
(Sprecher)
Dyrk Vieten

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG – Berlin Hyp –

Budapester Straße 1
10787 Berlin
Tel.: 030/259 990
Fax: 030/259 991 31

Landschaftstr. 8
30159 Hannover
Tel.: 0511/301 10
Fax: 0511/301 138 4
Internet: www.BerlinHyp.de

Vorstand
Jan Bettink
(Vorsitzender)
Bernd Morgenschweis
Erich Wilke

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Tel.: 030/869 801
Fax: 030/869 830 8
Internet: www.lbb.de

Vorstand
Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Serge Demolière
Dr. Johannes Evers
Uwe Kruschinski
Hans Jürgen Kulartz
Martin K. Müller
Dr. Thomas Veit

Finanzdienstleistungsinstitute

BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 030/245 645 00
Fax: 030/245 646 50

Geschäftsführung
Dyrk Vieten

Finanzunternehmen

Berlin Capital Fund GmbH

Bundesallee 184/185
10719 Berlin
Tel.: 030/859 543 0
Fax: 030/859 543 20
Internet: www.berlin-capitalfund.de

Geschäftsführung
Eberhard Langner
Dr. Christian Segal

BGB Finance (Ireland) plc

Commerzbank House
Guild St. I.F.S.C.
IRL-Dublin 1
Irland
Tel.: +353/1/649 180 0
Fax: +353/1/649 189 9

Board of Directors
Serge Demolière
Martin K. Müller
Carlos Santistevan

Weitere Gesellschaften

BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin

Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: 030/245 541 94
Fax: 030/245 546 70
Internet: www.bankenservice.de

Geschäftsführung
Stefan Haemmerling

BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG

Karl-Liebknecht-Str. 29
10178 Berlin
Tel.: 030/232 755 30
Fax: 030/232 755 96
Internet: www.berlinonline.de

Geschäftsführung
Als Geschäftsführer der BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH:
Dr. Robert Daubner

GFBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH

Kurfürstendamm 207/208
10719 Berlin
Tel.: 030/224 990
Fax: 030/224 996 30

Geschäftsführung
Klaus Hansen
(Sprecher)
Wolfgang Pritzsche

Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin

Wexstr. 1
10825 Berlin
Tel.: 030/310 932 75
Fax: 030/310 933 88

Geschäftsführung
Dirk Bachnick
Detlef Bienkowski

Abkürzungsverzeichnis

ARMADA Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem

ABS Asset-Backed-Securities

AfA Absetzung für Abnutzung

AfS Available for Sale

AktG Aktiengesetz

ARWOBAU ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH

BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

BBG Beitragsbemessungsgrenze

BCIA BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH

Berlin Hyp Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG

BetrAVG Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung

BFA Bankenfachausschuss des IDW

BGB Bürgerliches Gesetzbuch oder Bankgesellschaft Berlin

BGH Bundesgerichtshof

BIH BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)

CaR Capital-at-Risk

CDAX Composite DAX

CRM Customer Relationship Management

CVaR Credit-Value-at-Risk

DAX Deutscher Aktien Index

DBO Defined Benefit Obligation

DCGK Deutscher Corporate Government Kodex

DetV Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts

DRS Deutscher Rechnungslegungs Standard

DRSC Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.

DSGV Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.

EK Eigenkapital

EStG Einkommensteuergesetz

ESZB Europäisches System der Zentralbanken

EUREX European Exchange

Euribor Euro Interbank Offered Rate

EWB Einzelwertberichtigung

EZB Europäische Zentralbank

FK Firmenkunden

FRF französische Francs

FVO Fair Value Option

GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH

GIB Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH

GuV Gewinn- und Verlustrechnung

HfT Held for Trading

HGB Handelsgesetzbuch

HV Hauptversammlung

i. L. in Liquidation

i. V. im Vorjahr

IAS International Accounting Standards

IASB International Accounting Standards Board

IBAG IBAG Immobilien- und Beteiligungen AG

IBB Investitionsbank Berlin

IBG IBG Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH

IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH

IDL Immobiliendienstleistungsbereich

IDW Institut der Wirtschaftsprüfer

IFRIC International Financial Reporting Interpretations Commitee

IFRS International Financial Reporting Standards

ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg

IRB auf internen Ratings basierend

IT Informationstechnologie

JPY japanische Yen

KMG Kapitalmarktgeschäft

KStG Körperschaftsteuergesetz

KWG Kreditwesengesetz

LaR Loans and Receiveables

LBB Landesbank Berlin

LBS Landesbausparkasse

Libor London Interbank Offered Rate

LPFV LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH

MaH Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften

MaIR Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision

MaK Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute

MaRisk Mindestanforderungen an das Risikomanagement

OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

OL Other Liabilities

ÖPG Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten

OpRisk Operationelle Risiken

OTC over the counter

p.a. per annum

PEWB pauschalierte Einzelwertberichtigung

PfandBG Gesetz zur Neuordnung des Pfandbriefrechts

PK Private Kunden

PLN polnische Zloty

PoWB Portfoliowertberichtigung

PUC Projected Unit Credit

PWB Pauschalwertberichtigung

RechKredV Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute

RRK Risk Review Kommitee

SBSM Siemens Business Services Management GmbH

SB-System Selbstbedienungs-System

SIC Standing Interpretation Committee

SolvV Solvabilitätsverordnung

SPV Special Purpose Vehicle (Einzweckgesellschaft)

USD US-Dollar

VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

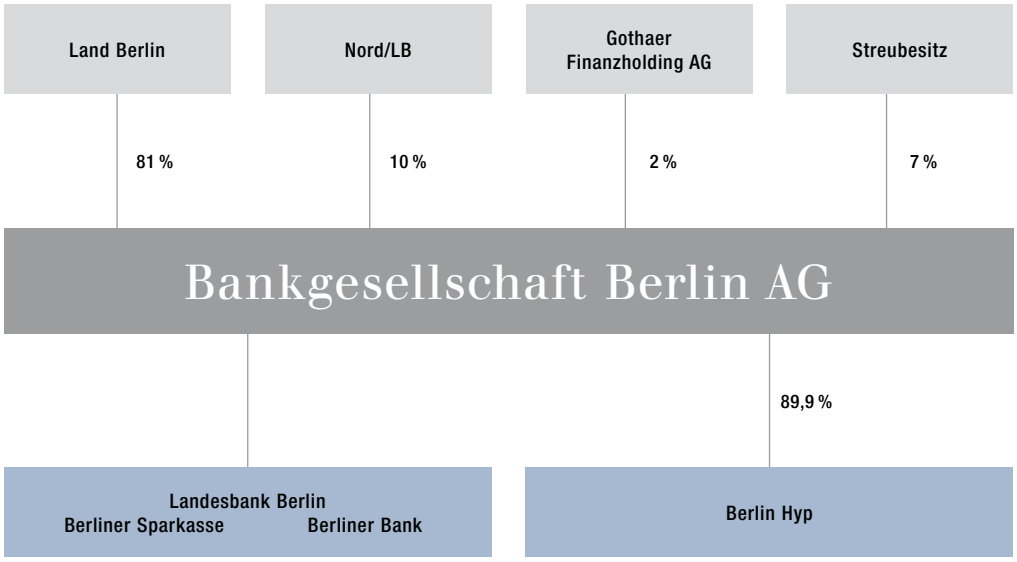
VÖB Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands e.V.

WBK Wohnungsbaukreditanstalt

WpHG Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)

ZuVo Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (zur Ergänzung der DetV)

Eigentümerstruktur der Bankgesellschaft Berlin AG



Aufgabenverteilung im Vorstand der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender) BGB und LBB

Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobiliendienstleistungen

Serge Demolière
BGB

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers
LBB

Privatkunden

Uwe Kruschinski
BGB und LBB

Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Hans Jürgen Kulartz
LBB

Firmenkunden

Martin K. Müller
BGB und LBB

Risikocontrolling
Controlling
Compliance

Dr. Thomas Veit
BGB und LBB

Finanzen
Immobilienfinanzierung
Organisation
Informationstechnologie

Impressum

Herausgeber

Bankgesellschaft Berlin AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG,
Hamburg

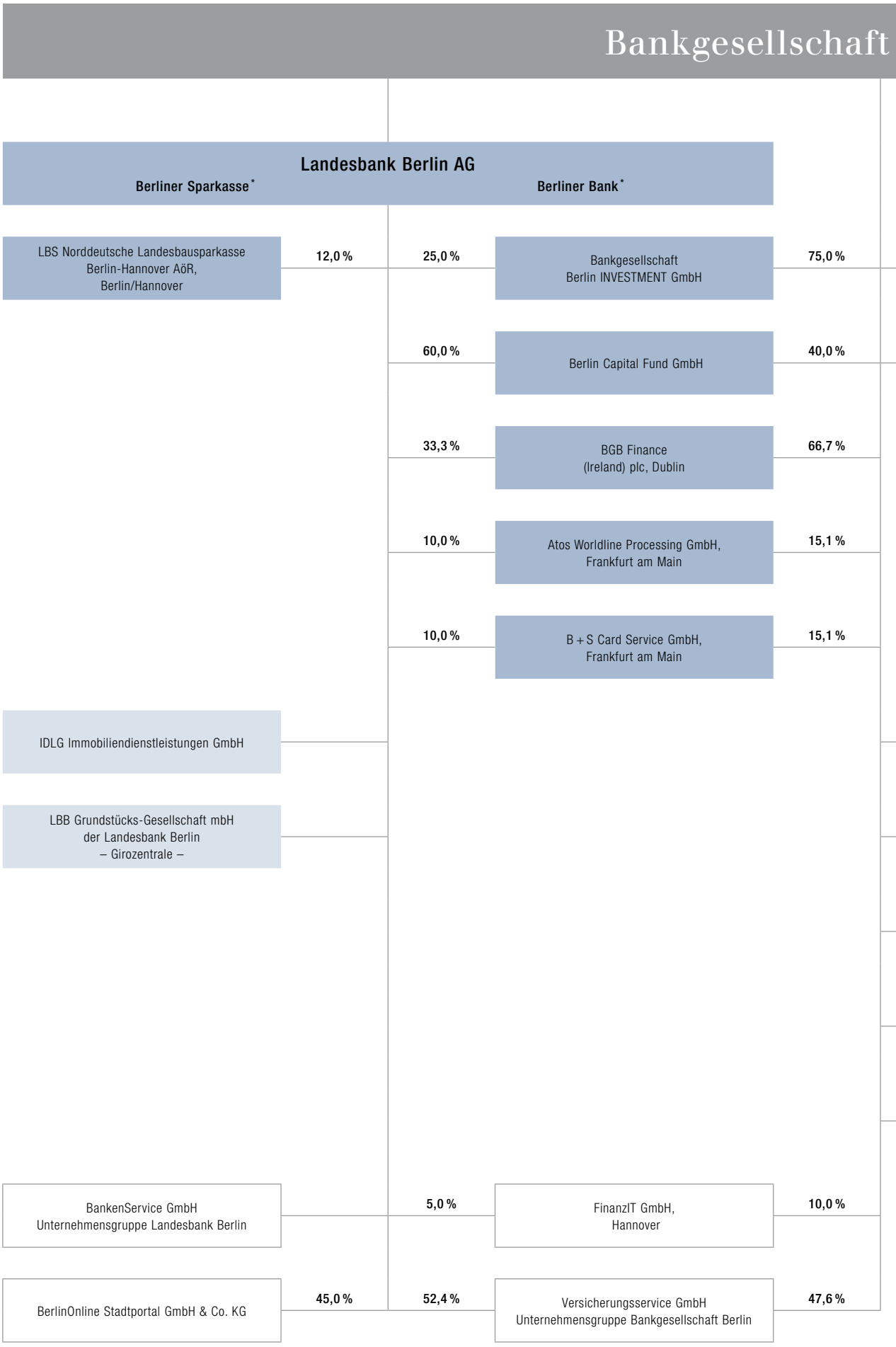
Fotografie

Sabine Wenzel, Berlin

Druck

Langebartels & Jürgens Druckereigesellschaft mbH,
Hamburg

Bankgesellschaft



Berlin AG

89,9 %

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG
Berlin/Hannover

Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH

BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)

94,9 %

5,1 %

Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH

GFBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH

BB-Immobilien-Service GmbH

Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mbH

Kreditinstitute und Finanzunternehmen

Immobilien

Sonstige Dienstleistungen

Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen im Konzern Bankgesellschaft Berlin.
Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0 %;
Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

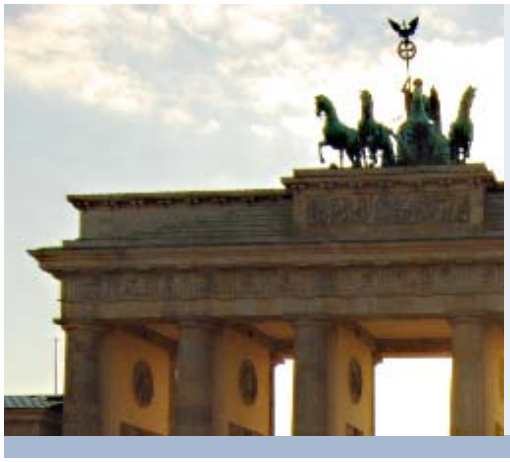
Stand: April 2006

Geschäftsbericht 2005

Bankgesellschaft Berlin AG
Alexanderplatz 2
D-10178 Berlin
Postfach 110801
D-10838 Berlin
Telefon: 030/245 500
Telefax: 030/245 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation
Christina Pries
Telefon: 030/245 663 89
Telefax: 030/245 663 93
E-Mail: IR@bankgesellschaft.de
www.bankgesellschaft.de



Bankgesellschaft Berlin

BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN

Bankgesellschaft Berlin

Zwischenbericht zum 31. März 2006

BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN

Inhaltsverzeichnis

Der Konzern im Überblick 2

Kennzahlen 2
Ratings 3

Aktionärsbrief 4

Grundlagen der Berichterstattung 6

Konsolidierungskreis 7

Geschäftsentwicklung Januar bis März 2006 8

Ertragslage 8
Segmentergebnisse 9
Volumenentwicklung 10
Ausblick 10

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin 11

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin 12

Entwicklung des Eigenkapitals in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006 13

Segmentberichterstattung im Konzern 14

Kapitalflussrechnung 15

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes) 16

Zinsüberschuss 16
Risikovorsorge im Kreditgeschäft 16
Provisionsüberschuss 16
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) 17
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten 17
Ergebnis aus Finanzanlagen 17
Sonstiges betriebliches Ergebnis 17
Verwaltungsaufwendungen 18

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG 19

Der Konzern im Überblick

Kennzahlen

	Einheit	1.01.- 31.3.2006	3/12 von 2005
GuV-Rechnung			
Zinsüberschuss *	Mio. €	246	222
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	7	48
Provisionsüberschuss	Mio. €	96	81
Verwaltungsaufwand	Mio. €	269	278
Operatives Ergebnis	Mio. €	112	61
Ergebnis nach Steuern	Mio. €	83	64
Bilanz		**31.03.2006**	**31.12.2005**
Bilanzsumme	Mio. €	138.811	144.520
Eigenkapital inkl. Bilanzverlust	Mio. €	1.865	1.851
Stille Einlagen	Mio. €	1.100	1.100
Risikopositionen KWG	Mio. €	43.236	40.924
Kennzahlen		**1.01.-31.3.2006**	**1.01.-31.12.2005**
Cost / Income-Ratio	%	68,8	68,8
Eigenkapitalrendite	%	21,2	11,5
		31.03.2006	**31.12.2005**
Gesamtkennziffer nach KWG	%	11,5**	11,6***
Kernkapitalquote nach KWG	%	7,7**	8,1***

Aktie		**1.01.- 31.3.2006**	**3/12 von 2005**
Gewinn je Aktie	€	0,07	0,06
		31.03.2006	**31.03.2005**
Börsenkapitalisierung	Mrd. €	4,62	2,60
Aktienkurs 1.1. - 31.3. (Schlusskurse Frankfurter Börse)		**1.01.- 31.3.2006**	**1.01.- 31.12.2005**
höchst	€	5,01	2,70
tiefst	€	3,11	2,02
Mitarbeiter im Durchschnitt	Anzahl	**1.01.- 31.3.2006**	**1.01.- 31.12.2005**
		8.110	8.459

* Vergütung stille Einlagen 1.01.-31.3.2006 19,5 Mio. € (1.01.-31.3.2005 19,5 Mio. €)

** gemäß LZB-Meldungen

*** nach Feststellung des Jahresabschlusses

Ratings

		Long-term-Rating	Short-term-Rating
Bankgesellschaft Berlin AG (ungarantiert)	Moody´s	A2 s	P-1 s
	FITCH	BBB+ e	F2
Landesbank Berlin AG (garantiert)	Moody´s	Aa3 s	P1 s
	FITCH	AAA	F1+
Landesbank Berlin AG (ungarantiert)	Moody´s	A1 s	P-1 s
	FITCH	BBB+ e	F2
EMTN-Programm der Landesbank Berlin AG / BGB Finance (Ireland) plc. (garantiert)	Moody´s	Aa3 s	
	FITCH	AAA	
EMTN-Programm der Landesbank Berlin AG / BGB Finance (Ireland) plc. (ungarantiert)	Moody´s	A1	
	FITCH	BBB+ e	
Öffentliche Pfandbriefe Landesbank Berlin AG (garantiert)	Moody´s	Aaa s	
	FITCH	AAA	
Öffentliche Pfandbriefe Landesbank Berlin AG (ungarantiert)	Moody´s	Aaa	
	FITCH	AAA	
Öffentliche Pfandbriefe der Berlin Hyp	Standard & Poor´s	AAA	

s = Ausblick stabil
e = Ausblick evolving

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Aktionärin,
sehr geehrter Aktionär,

die Bankgesellschaft Berlin ist ausgesprochen erfolgreich ins neue Geschäftsjahr gestartet. Der erfreuliche Trend des Vorjahres in der Ergebnisentwicklung konnte sogar noch beschleunigt werden. Die Bank erzielte in den ersten drei Monaten auf Basis des Rechnungslegungsstandards IFRS ein operatives Ergebnis (vor Steuern) von 112 Mio. Euro – das ist annähernd doppelt soviel wie im zeitanteiligen Vorjahresvergleich. Der Konzernüberschuss (nach Steuern) stieg um ein Drittel auf 83 Mio. Euro.

Dieses Ergebnis basiert einerseits auf Ertragssteigerungen, andererseits ist es uns erneut gelungen, die Kosten zu senken. Mit dem Wissen um die erfolgreiche Sanierung der Bank haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das neue Vertriebsjahr mit großem Elan begonnen. Es gelingt uns zunehmend, das gesamte Potential der Bank zu erschließen. Das für Banken in den ersten drei Monaten freundliche Zins- und Marktumfeld hat das Ergebnis zusätzlich begünstigt.

Wir sind heute die starke Bank in der Hauptstadt. Wir verfügen über eine solide Basis und arbeiten nachhaltig profitabel. Unsere Produkte und Lösungen sind innovativ und kundenorientiert. Wir arbeiten permanent an neuen intelligenten Lösungen für unsere Kunden. Wir sind gut im Markt positioniert, wissen aber, dass wir noch stärker werden müssen.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär, unsere Ziele auch für dieses Jahr bleiben ehrgeizig. Es stehen wichtige Veränderungen an, die auch unsere Ertragsbasis beeinflussen werden. Zunächst müssen der Verkauf der Berliner Bank und die Übertragung der Immobiliendienstleistungsgesellschaften an das Land Berlin abgeschlossen werden. Hinzu kommen Maßnahmen, zu denen wir Sie auf unserer Hauptversammlung am 14. Juli um Ihre Zustimmung bitten werden: Eine vereinfachte Kapitalherabsetzung zum Ausgleich des Verlustvortrags soll die Sanierung auch bilanziell vollenden. Gleichzeitig sollen so die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um unsere Bank im kommenden Jahr – ein entsprechendes Ergebnis vorausgesetzt - wieder dividendenfähig zu machen.

Zudem soll eine große strukturelle Verbesserung realisiert werden: Das operative Geschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin AG sollen in „Einer Bank“ – der

Landesbank Berlin AG – zusammengeführt werden. Künftig wird die Bankgesellschaft Berlin AG - im Falle der Zustimmung durch die Hauptversammlung - kein Kreditinstitut mehr sein. Ihre Funktion wird sein, die Aktien an der Landesbank Berlin AG zu halten. Das Bankgeschäft soll allein aus der Landesbank Berlin AG heraus betrieben werden. Dazu schlagen wir eine entsprechende Satzungsänderung vor. Darin enthalten: Die jetzige Bankgesellschaft Berlin AG soll noch in diesem Jahr unter dem Namen Landesbank Berlin Holding AG firmieren. Damit wäre es gelungen, die wesentlichen geschäftlichen und die strukturellen Ziele, die auf der Hauptversammlung im letzten Jahr avisiert worden waren, weitgehend umzusetzen.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär, die genannten Maßnahmen dienen letztendlich dazu, die Transparenz und Wirtschaftlichkeit unseres Unternehmens weiter zu verbessern, Kosten zu sparen und unsere Ertragsbasis kontinuierlich zu stärken. Wir tun dies mit dem Ziel, uns dauerhaft als starke, nachhaltig profitable Bank im Sinne unserer Aktionärinnen und Aktionäre zu positionieren.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

Grundlagen der Berichterstattung

Der vorliegende Zwischenbericht wurde in Einklang mit der Verordnung (EG) Nr.1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 sowie der Verordnung (EG) Nr. 2086/2004 der EU-Kommission auf Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Dieser Abschluss basiert auf den IAS/ IFRS-Regeln, die von der EU-Kommission im Rahmen des Endorsement- Prozesses übernommen wurden. Er berücksichtigt ebenfalls die Vorgaben der vom Deutschen Standardisierungsrat verabschiedeten Regelungen (DRS 6).

Bei der Aufstellung des Zwischenabschlusses wurden grundsätzlich dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss 2005 angewandt. Es gelten folgende Ausnahmen:

- Die handelsinduzierten Zinsen werden nicht mehr dem Zinsergebnis, sondern dem Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten (Handelsergebnis) zugeordnet.
- Die Bank nutzt seit dem ersten Quartal 2006 das Cash- Flow- Hedging („Batch 6“).
- Die Wertänderungen und die beizulegenden Zeitwerte der Bankbuch- Derivate der Berlin Hyp werden vollständig dem Segment „Sonstiges/ Konsolidierung“ (Zinsmanagement) zugeordnet.

Die Quartalsberichte 2006 werden erstmals nach IAS 34 aufgestellt. Den Stichtagswerten werden anteilige Vorjahreswerte gegenüber gestellt.

Dieser Zwischenbericht enthält alle nach IAS 34 notwendigen Angaben.

Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2005 sind folgende Gesellschaften veräußert worden und aus dem Konsolidierungskreis abgegangen:

- Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG
- Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstr. 63 mbH
- Gründstücksgesellschaft Schulstr. 56 mbH
- LBB Liegenschaften in Berlin GmbH

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergaben sich nicht.

Im 1. Quartal 2006 wurden keine Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen.

Geschäftsentwicklung Januar bis März 2006

Ertragslage

Das **operative Ergebnis** beträgt 112 Mio. € gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert von 61 Mio. €. Das bedeutet eine Steigerung von 51 Mio. €. Hierzu trugen der gesteigerte Zins- bzw. Provisionsüberschuss, die geringere Zuführung zu Risikovorsorgen im Kreditgeschäft und der weiter rückläufige Verwaltungsaufwand bei.

Im **Ergebnis nach Steuern** erreichte der Konzern 83 Mio. € nach 64 Mio. € im anteiligen Vorjahr.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 246 Mio. € in den ersten drei Monaten um 24 Mio. € über dem anteiligen Vorjahresniveau von 222 Mio. €. Diese Erhöhung erklärt sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass die dem Handel zuzurechnenden Zinsaufwendungen (handelsinduzierte Zinsen) nunmehr als Bestandteil des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierter Finanzinstrumente (Handelsergebnis) ausgewiesen werden. Die stillen Einlagen des Landes Berlin an der LBB wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2006 mit 19 Mio. € (anteiliger Vorjahreswert: 19 Mio. €) vergütet.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wird mit 7 Mio. € gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert in Höhe von 48 Mio. € ausgewiesen .

Der **Provisionsüberschuss** stieg im Vergleich zum anteiligen Vorjahreszeitraum um 15 Mio. € auf 96 Mio. € (+19%). Die Steigerung ist insbesondere auf erhöhte Erträge (12 Mio. €) aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** (Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings) erhöhte sich im Vergleich zum anteiligen Vorjahreswert um 6 Mio. € auf 3 Mio. €.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** reduzierte sich um 31 Mio. € gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert auf 4 Mio. € im Berichtszeitraum. Hier wirkte sich der geänderte Ausweis der handelsinduzierten Zinsen ergebnisbelastend aus.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** veränderte sich um -7 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert auf 8 Mio. €.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** ging um 37% auf 34 Mio. € zurück. Gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert sind Sondereffekte aus der Weberbank und dem Verkauf von Schuldscheindarlehen entfallen. Diese Effekte werden durch den Erlös aus dem Verkauf einer Immobilie teilweise kompensiert.

Die **Verwaltungsaufwendungen** blieben mit 269 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 278 Mio. €.

Segmentergebnisse

Das Segment **Private Kunden** erzielte mit 51 Mio. EUR ein gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert gut doppelt so hohes operatives Ergebnis. Hierzu tragen die verbesserte Ertragslage, die rückläufige Risikovorsorge sowie der niedrigere Verwaltungsaufwand bei. Diese Entwicklung schlägt sich entsprechend in einer deutlich verbesserten Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio nieder.

Das Ergebnis des Segmentes **Firmenkunden** verbesserte sich gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert um 8 Mio. EUR auf 27 Mio. EUR. Bei einer stabilen Ertragslage resultiert die Verbesserung aus rückläufigen Verwaltungsaufwendungen, zudem war das Vorjahr durch ein negatives Beteiligungsergebnis belastet.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte per 31.03.06 mit 24 Mio. EUR ein um 25 Mio. EUR niedrigeres operatives Ergebnis im Vergleich zum anteiligen Vorjahreswert. Die gegenüber dem Vergleichszeitraum geringeren Erträge wurden durch den gesunkenen Verwaltungsaufwand und die verbesserte Risikovorsorge nur zum Teil kompensiert.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** hat das operative Ergebnis gegenüber dem anteiligen Vorjahreswert deutlich um 47 Mio. EUR auf 66 Mio. EUR gesteigert. Ergebnisverbessernd wirkte sich insbesondere die rückläufige Risikovorsorge aus.

Volumenentwicklung

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2005 reduzierte sich die Bilanzsumme leicht um 4 % auf 138,8 Mrd. € (31. Dezember 2005: 144,5 Mrd. €).
Im wesentlichen durch den Ausweis der Berliner Bank im Rahmen von IFRS 5 erhöht sich der Bilanzposten „Zur Veräußerung gehaltene langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen“ um 3,3 Mrd. € sowie der Bilanzposten „Zur Veräußerung gehaltener Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten“ um 4,9 Mrd. €. Beide Posten repräsentieren die im Rahmen des Verkaufsprozesses aus dem Konzern abgehenden Vermögensgegenstände und Schulden. Im Vergleich zum Jahresabschluss 31.12.2005 wurden diese Beträge von den anderen Bilanzposten abgesetzt.
Der Reduktion der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte (-1,8 Mrd. €) bzw. Verpflichtungen (-2,8 Mrd. €) lässt sich im wesentlichen auf den Rückgang der positiven (-2,5 Mrd. €) bzw. negativen Marktwerte (-2,0 Mrd. €) aus derivativen Finanzinstrumenten zurückführen.

Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote von 7,7% und die Gesamtkennziffer von 11,5% veränderten sich im Vergleich zum Jahresende 2005 nur geringfügig (31. Dezember 2005: 8,1% bzw. 11,6% nach Feststellung des Jahresabschlusses).

Ausblick

Das gute Ergebnis im ersten Quartal erzielte die Bank in einem freundlichen Markt- und Zinsumfeld. Das regionale wirtschaftliche Umfeld schätzen wir trotz einiger verbesserter Konjunkturdaten allerdings weiterhin als insgesamt schwierig ein.

Auch bleibt der Wettbewerbsdruck in der Branche weiterhin sehr hoch. Zudem erwarten wir eine weitere Belastung der Margen auch durch die wachsende Präsenz ausländischer Anbieter sowie von Nichtbanken im Markt.

Angesichts dieser Unsicherheiten sowie weiterhin volatiler Börsen und Märkte bleiben wir nach dem erfreulichen ersten Quartal für die Jahresprognose 2006 weiter vorsichtig optimistisch. Wir sehen es als ein realistisches Ziel an – ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren aus dem Verkauf der Berliner Bank -, innerhalb der nächsten beiden Jahre eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalrentabilität zu erreichen.

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006

	1.01-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss *	246	222	11
Zinserträge	1.567	1.291	21
Zinsaufwendungen*	1.321	1.069	24
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	7	48	-85
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	239	174	37
Provisionsüberschuss	96	81	19
Provisionserträge	117	102	15
Provisionsaufwendungen	21	21	0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	-3	>100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	4	35	-89
Ergebnis aus Finanzanlagen	8	15	-47
Sonstiges betriebliches Ergebnis	34	54	-37
Verwaltungsaufwendungen	269	278	-3
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**115**	**78**	**47**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	-3	-17	82
Operatives Ergebnis	**112**	**61**	**83**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29	-3	>100
Konzernüberschuss/ Ergebnis nach Steuern	**83**	**64**	**30**
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	13	2	>100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	70	62	13

* davon Aufwand für stille Einlagen des Landes Berlin	19	19	0

Ergebnis je Aktie	**1.01-31.03.2006**	**3/12 von 2005**	**Veränderung in %**
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	976.162.135	971.831.635	0
Gewinn je Aktie (€) * *	**0,07**	**0,06**	**17**

** verwässertes/ unverwässertes Ergebnis

Bilanz des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

Aktiva	**31.03.2006 Mio. €**	**31.12.2005 Mio. €**	**Ver-änderung in %**
Barreserve	814	1.279	-36
Forderungen an Kreditinstitute	24.960	27.614	-10
Forderungen an Kunden	51.927	56.227	-8
Risikovorsorge	-3.189	-4.325	26
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	432	410	5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	15.438	17.239	-10
Finanzanlagen	40.149	40.670	-1
Immaterielle Vermögenswerte	655	657	0
Sachanlagen	831	854	-3
Ertragsteueransprüche	875	885	-1
Sonstige Aktiva	2.649	2.873	-8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	3.270	137	>100
Gesamt	**138.811**	**144.520**	**-4**

Passiva	**31.03.2006 Mio. €**	**31.12.2005 Mio. €**	**Ver-änderung in %**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.687	42.010	-10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.728	32.407	-11
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.075	33.606	-2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.364	850	60
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	22.669	25.546	-11
Rückstellungen	1.756	1.821	-4
Ertragsteuerverpflichtungen	247	238	4
Sonstige Passiva	2.669	2.223	20
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	4.958	100	>100
Nachrangkapital	3.793	3.868	-2
davon: Stille Einlagen	1.100	1.100	0
Eigenkapital	1.865	1.851	1
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0
Eigene Aktien	-48	-70	31
Kapitalrücklage	31	15	>100
Gewinnrücklagen	-608	-605	-1
Neubewertungsrücklagen	169	291	-42
Anteile im Fremdbesitz	63	36	75
Bilanzverlust	-296	-370	20
Gesamt	**138.811**	**144.520**	**-4**

Entwicklung des Eigenkapitals in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006

Mio. €	Gezeich-netes Kapital*	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen**	Neubewer-tungs-rücklagen	Anteile in Fremd-besitz	Bilanz-verlust	Eigen-kapital Gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2005	**2.484**	**15**	**-605**	**291**	**36**	**-370**	**1.851**
Kapitalerhöhungen							
Veränderung Kapitalrücklage							
Veränderung Gewinnrücklagen							
Ausschüttungen							
Konzernjahresüberschuss					13	70	83
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	22	16	-3	-122	14	4	-69
Eigenkapital zum 31.03.2006	**2.506**	**31**	**-608**	**169**	**63**	**-296**	**1.865**

Über das Eigenkapital nach IFRS hinaus verfügt der Konzern über stille Einlagen in Höhe von Mio. € **1.100**

* unter Berücksichtigung eigener Anteile

** inkl. Rücklage aus Währungsumrechnung

Segmentberichterstattung im Konzern

in Mio. EUR	Private Kunden		Firmen-kunden		Kapitalmarkt-geschäft		Immobilien-finanzierung		Corporate Investments		Sonstiges / Konsolidierung		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005	1.1.-31.3. 2006	3/12 von 2005
Zinsüberschuss	110	106	44	44	84	19	114	129	3		-87	-60	265	241	-19	-19	246	222
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	12	-2	-3	-6	1	-1	36	-2		11	4	7	48			7	48
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**105**	**94**	**46**	**47**	**90**	**18**	**115**	**93**	**5**		**-98**	**-64**	**258**	**193**	**-19**	**-19**	**239**	**174**
Provisionsüberschuss	71	61	9	9	15	8	2	2	2		-1	-1	96	81			96	81
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					-4	-1	6	-2			1		3	-3			3	-3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-34	70	-34	-62	6		72	21	4	35			4	35
Ergebnis aus Finanzanlagen			1	-5	1	4	11	19			-5	-3	8	15			8	15
Sonstiges betriebliches Ergebnis		2			2	2	-6		-1		38	51	34	54			34	54
Verwaltungsaufwendungen	125	132	29	32	46	52	28	30	5		41	27	269	278			269	278
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**51**	**25**	**27**	**19**	**24**	**49**	**66**	**20**	**7**		**-34**	**-23**	**134**	**97**	**-19**	**-19**	**115**	**78**
Saldo aus Restrukturierungs-aufwendungen und -erträgen								-1			-3	-16	-3	-17			-3	-17
Operatives Ergebnis	**51**	**25**	**27**	**19**	**24**	**49**	**66**	**19**	**7**		**-37**	**-39**	**131**	**80**	**-19**	**-19**	**112**	**61**
Segmentvermögen	5.196	5.271	6.880	6.969	58.372	66.455	48.615	48.986			19.748	16.839	138.811	144.520			138.811	144.520
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital)	13.468	13.354	4.959	4.979	48.239	55.436	39.755	41.138			30.526	27.762	136.947	142.669			136.947	142.669
Risikopositionen [1)]	4.084	4.137	5.312	5.237	14.597	14.507	15.727	14.752			3.516	2.291	43.236	40.924			43.236	40.924
gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) [2)]	332	341	350	360	942	910	990	937	118		598	553	3.212	3.219	-1.100	-1.100	2.112	2.119
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.158	3.187	874	876	442	456	595	678			2.096	2.139	7.165	7.336			7.165	7.336
Eigenkapitalrentabilität	61,4 %	29,3 %	30,9 %	21,7 %	10,2 %	21,5 %	26,7 %	7,9 %	24,6 %				16,3 %	10,0 %	7,1 %	7,1 %	21,2 %	11,5 %
cost-income-ratio	69,1 %	78,1 %	53,7 %	65,3 %	71,9 %	50,9 %	30,1 %	35,0 %	43,9 %				65,6 %	65,6 %			68,8 %	68,8 %

1) Im Geschäftsfeld Corporate Investments gehörte die Weberbank bis zum 31.08.2005 zum KWG-Konsolidierungskreis

2) für den Konzern insgesamt wird unter "gebundenem Eigenkapital" das Kernkapital gem. § 10 KWG inkl. und exkl. der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2006

Mio. €	**1.01. - 31.03.2006**
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	**1.279**
Cash Flow aus operativer Tätigkeit	-501
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	110
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-74
Effekte aus Wechselkursveränderungen	0
Zahlungsmittelbestand zum 31.3.	**814**

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

Zinsüberschuss

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft	1.172	989	19
Zinserträge aus Finanzanlagen	344	281	22
Laufende Erträge aus Finanzanlagen	4	14	-71
Sonstige Zinserträge	47	7	>100
Summe der Zinserträge	1.567	1.291	21
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.302	1.050	24
Zinsaufwendungen für stille Einlagen des Landes Berlin	19	19	0
Summe der Zinsaufwendungen	1.321	1.069	24
Gesamt	**246**	**222**	**11**

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Ertrag aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	44	80	-45
Aufwand aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	51	128	-60
Gesamt	**7**	**48**	**-85**

Provisionsüberschuss

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	44	32	38
Zahlungsverkehr / Kontoführung	33	33	0
Kreditgeschäft	5	3	67
Kartengeschäft	9	8	13
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	2	2	0
Sonstiger Provisionsüberschuss	3	3	0
Gesamt	**96**	**81**	**19**

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-65	-56	-16
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	68	53	28
Gesamt	**3**	**-3**	**>100**

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Handelsergebnis*	-316	70	> -100
Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)	320	-35	>100
Gesamt	**4**	**35**	**-89**

* Darin sind auch die Derivate des Nichthandelsbestandes enthalten, die nach IAS 39 als Trading klassifiziert sind.

Ergebnis aus Finanzanlagen

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen	11	20	-45
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-2	-3	-33
Sonstige Ergebnisse aus Finanzanlagen	-1	-2	-50
Gesamt	**8**	**15**	**-47**

Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Sonstige betriebliche Erträge	47	96	-51
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	43	-58
Sonstiger Steueraufwand	-5	-1	> -100
Gesamt	**34**	**54**	**-37**

Verwaltungsaufwendungen

	1.01.-31.03.2006 Mio. €	3/12 von 2005 Mio. €	Veränderung in %
Personalaufwand	**135**	**143**	**-6**
Löhne und Gehälter	102	110	-7
Soziale Abgaben	17	18	-6
Aufwand für Altersvorsorge	16	15	7
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen immaterielle Anlagewerte	**18**	**25**	**-28**
Abschreibungen auf Sachanlagen	10	14	-29
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	8	11	-27
Andere Verwaltungsaufwendungen	**116**	**110**	**5**
Gebäude- und Raumkosten	17	13	31
IT-Aufwendungen	61	53	15
Werbung, Marketing und Repräsentationen	4	6	-33
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	14	15	-7
Geschäftsbetriebskosten	15	15	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	0
Personalabhängige Sachkosten	2	3	-33
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	2	4	-50
Gesamt	**269**	**278**	**-3**

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender des Vorstands

Serge Demolière

Uwe Wilhelm Kruschinski

Martin Klaus Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer, Mainz

Bärbel Wulff *)
Stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

Axel Berger
Vizepräsident der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. Berlin
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dagmar Brose *)
Referentin Finanzen der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Thomas Dobkowitz
Unternehmensberater, Berlin

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main
Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt/Main

Claudia Fieber *)
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

Christina Förster *)
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin

Sascha Händler *)
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

Michael Jänichen*)
Bereichsleiter Firmenkunden und Leiter Landesbank Berlin AG Niederlassung Luxemburg, Berlin/ Luxemburg

Daniel Kasteel *)
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Hannes Rehm
Vorsitzender des Vorstandes der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover

Heiko Reinhard *)
Mitglied des Betriebsrats Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Thilo Sarrazin
Senator für Finanzen, Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

Joachim Tonndorf *)
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Frank Wolf *)
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Harald Wolf
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

*) Arbeitnehmervertreter

London, im Juni 2006

BANKGESELLSCHAFT BERLIN
Aktiengesellschaft

LANDESBANK BERLIN AG
London Branch